Donnerstag, 28. August 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 199 - 35. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Das Kind mit den zwei Müttern

Eine Frau kann ein Kind austragen, das aus der befruchteten Eizelle einer anderen Frau stammt. Der Grundsatz „Mater semper certa" („Die Mutter ist immer gewiß") stimmt nicht mehr. Das Recht ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Für die WELT beleuchtet Bundesjustizminister Engelhard in einem zweiteiligen Beitrag die Rechtsprobleme der Gentechnik – damit setzt er einen Schwerpunkt für den Deutschen Juristentag, der am 9. September beginnt. Seite 7



Was der Kreml durch Spionage spart

Allein im Fünfjahresplan zwischen 1976 und 1980 ist es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, 3500 strategisch brisante Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner bezifferte der Kreml intern auf 2,24 Milliarden Dollar. Die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie ist inzwischen geheimdienstliche Aufgabe Nummer eins. Seite 6

POLITIK

Umwelt: Vor dem Einbau von Wasserenthärtungsanlagen hat das Umweltbundesamt in Berlin gewarnt. Grund: Die Anlagen seien ökologisch bedenklich und könnten für die Gesundheit „unerwünschte Folgen" haben.

Armut: Trotz eines leichten Rückgangs lebt in den USA immer noch fast ein Drittel aller Schwarzen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Der Anteil der Weißen von Amerikas insgesamt 33,1 Millionen Armen betrug dagegen unverändert 11,4 Prozent.

Kabelprojekt: Das Berliner Kabelpilotprojekt hat die Erwartungen des Senats nicht erfüllt. Es sei vorerst nicht gelungen, eine größere Beteiligung lokaler Programmveranstalter zu erreichen.

Sowjetunion: Der sowjetische Politiker Usmanow, früher Regierungsmitglied der Sowjetrepublik Usbekistan, wurde wegen Korruption zum Tode verurteilt. Er habe Daten gefälscht und Schmiergelder kassiert.

Libyen: Das amerikanische Verteidigungsministerium hat dem US-Flugzeugträger „Forrestal" den Auftrag erteilt, weiter vor Libyens Küste zu kreuzen. Ursprünglich sollte der Flugzeugträger Zwischenstation im israelischen Hafen Haifa machen.

Ärzte-Kongreß: Mehr als 15 000 Mediziner aus dem In- und Ausland werden zur 38. Therapiewoche in Karlsruhe erwartet. Die Ärzte werden auch über die Aids-Forschung diskutieren.

WIRTSCHAFT

Schiller: Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD hat ihr früherer Wirtschaftsminister Karl Schiller in einem WELT-Gespräch geübt. Das Prinzip der marktwirtschaftlichen Steuerung sei in der Partei manchen Irritationen ausgesetzt gewesen. Nach Schillers Worten ist dies jetzt überstanden. Überdies relativierte er die Nürnberger Beschlüsse: „Wer liest denn schon Programme im Einzelnen?" (S. 11)

Börse: Die allgemeine Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten setzte sich fort. Der Rentenmarkt tendierte leichter. WELT-Aktienindex 287,08 (284,68). BHF-Rentenindex 107,653 (107,714). BHF-Performance-Index 107,120 (107,151). Dollar-Mittelkurs 2,0595 (2,0453) Mark. Goldpreis je Feinunze 380,10 (381,10) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100

Achse	Werte
y	270, 280, 290
x (August '86)	14., 15., 18., 19., 20., 21., 22., 25., 26., 27.

DIE WELT

KULTUR

Museum: Ein in Europa einzigartiges Museum für Indische Kunst gibt es in Berlin. Es ist 1963 entstanden und gehört zum Verband der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz. Inzwischen hat es seine Bestände nicht nur durch Neuerwerbungen, sondern auch durch eigene Expeditionen systematisch erweitert. (S. 19)

Opernfestival: Im italienischen Pesaro werden Opernaufführungen von Weltgeltung gezeigt – beim Rossini-Festival. Dieses Jahr ist bereits die Oper „Bianca e Falliero" eindrucksvoll aufgeführt worden. Sie zählt zu den letzten Werken Rossinis für die Mailänder Scala, die er in seiner produktivsten Zeit schrieb. (S. 19)

SPORT

Leichtathletik: Guido Kratschmer (33) ist bei der Europameisterschaft in Stuttgart nach der dritten Disziplin des Zehnkampfes (Weitsprung) verletzt ausgeschieden. Bereits in der Qualifikation des Stabhochsprungs schieden beide Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Jürgen Winkler und Bernhard Zintl, aus. (S. 9)

Fußball: 20 000 Zuschauer waren zum Abschiedsspiel von Klaus Fichtel ins Gelsenkirchener Parkstadion gekommen. Eine Schalker Mannschaft mit Fichtel spielte 6:6 gegen eine Internationale Auswahl. Einen Teil der Einnahme von 100 000 Mark will Fichtel den Angehörigen verunglückter Bergleute zur Verfügung stellen. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Prince: Als verwandlungsfähiger Künstler präsentierte sich US-Popstar Prince (26) in Frankfurt beim Start seiner ersten Deutschland-Tournee. Er begeisterte 6500 Zuschauer mit seinen Talenten als Sänger und Tänzer. (S. 20)

Fahnen: Ein ganz neues Fahnengefühl macht sich unter den Italienern breit, bei der Flaggenindustrie herrscht Hochstimmung. Besonders dankbar ist sie Ministerpräsident Bettino Craxi, der zur neuen Freude an der Fahne wesentlich beigetragen hat. (S. 20)

Kohl: Beim Asyl sind wir an Grenze des Möglichen gegangen

Verhandlungen mit der „DDR" / CSU besteht auf Grundgesetzänderung

DIETHART GOOS, Bonn

Auch nach dem Kabinettsbeschluß zur Eindämmung der Asylantenflut bleibt die CSU bei ihrer Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler begrüßte den Maßnahmenkatalog, der dem Mißbrauch des Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge entgegenwirken will, lediglich als einen ersten Schritt. Es müsse, so Tandler, abgewartet werden, ob die jetzt beschlossenen Schritte ausreichten. Der CSU-Politiker erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß auch der Kanzler „erst kürzlich" für eine Ergänzung des Grundgesetzes eingetreten sei. Deutlicher wurde der bayerische Sozialminister Franz Neubauer (CSU), der die Kabinettsbeschlüsse „nicht ausreichend" nannte. Eine Ergänzung des Grundgesetzes sei deshalb nach wie vor erforderlich.

Demgegenüber forderte Kohl die Beendigung der Diskussion um eine Grundgesetzänderung. Mit seinen Beschlüssen habe das Kabinett die Möglichkeiten, die die Verfassung biete, ausgeschöpft. Neben den eigenen Schutzmaßnahmen ist die Bundesrepublik nach Darstellung des Kanzlers auf die Solidarität der Nachbarn angewiesen. „Durch den organisierten Transport von Wirtschaftsflüchtlingen werden vor allem unsere Beziehungen zur DDR belastet. Wir bemühen uns mit Nachdruck, hier eine Änderung zu erreichen." Helmut Kohl war jedoch nicht bereit, Einzelheiten über die Verhandlungen mit Ost-Berlin mitzuteilen. „Wir befinden uns in wichtigen Gesprächen mit der DDR. Darüber jetzt zu sprechen, ist nicht opportun."

SEITE 4:
Bonn schränkt ein

Der Bundeskanzler hob besonders die Kabinettsbeschlüsse hervor, die Mißbräuche im Luftverkehr unterbinden sollen. So werden die Fluggesellschaften verpflichtet, nur solche Personen zu befördern, die über ordnungsgemäße Personaldokumente und Reisepässe verfügen. Auch wird das Transitprivileg für Reisende aus Problemstaaten, wie dem Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und Bangladesh eingeschränkt. Passagiere aus diesen Ländern müssen ein Transitvisum der Bundesrepublik besitzen, wenn sie bei Zwischenlandungen ihr Flugzeug verlassen wollen.

Mit ungewöhnlicher Schärfe reagierte die SPD auf die Asyl-Beschlüsse. Die Auseinandersetzung um die Änderung des Grundgesetzes zwischen den Regierungsparteien ist nach den Worten des SPD-Abgeordneten Penner „entlarvt als ekelerregende politische Machenschaft zum Zwecke der Profilierung von CSU einerseits und FDP andererseits unter Stabführung des Bundeskanzlers". Kohl trage auch die Verantwortung für die „Revitalisierung der rechtsradikalen Szene".

Der Bundeskanzler kritisierte während seiner Pressekonferenz die Beschlüsse des Nürnberger SPD-Parteitages. Was die SPD jetzt biete, verdiene den schwersten Vorwurf, den man einer politischen Partei machen könne: „Sie ist zutiefst unseriös." Zur Person des SPD-Kanzlerkandidaten sagte Kohl, er kenne Johannes Rau kaum.

DER KOMMENTAR

Staatsschlepperei

ENNO v. LOEWENSTERN

Ob die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen ausreichen, wird man sehen. Erst dann hat es einen Sinn, über eine eventuelle Änderung des Grundgesetzes zu reden. Es geht keinesfalls um eine Beschränkung des Zuzugs wirklich Verfolgter. Ohnehin werden nur fünfzehn Prozent der Bewerber anerkannt. Da reicht eine rasche Sachbearbeitung und eine sofortige Abschiebung der Abgelehnten aus.

Verbunden, natürlich, mit angemessenen Strafen für Schlepper – jene Fluggesellschaften eingeschlossen, die Reisende ohne gültige Visa befördern. Da mutet die „Strafe" von 2000 DM eher mild an. Warum bürdet man ihnen nicht die Gesamtkosten jedes dieser Fälle durch entsprechend hohe Strafen auf?

Was man überdies beim Stichwort Schlepper vermißt, das ist der Beschluß, Zuwanderer aus Schönefeld mit „DDR"-Transitvisum, aber ohne Einreisevisum der Bundesrepublik Deutschland, über die Zonengrenze zurückzusenden. Die Überlegung ist vorgetragen und begründet worden, daß die „DDR", indem sie solche Transitvisa gewährt, Verantwortung für die so Begünstigten übernimmt. Bekäme sie ihre Transitreisenden zurück, wäre es schnell mit dem volkseigenen Schleppereibetrieb zu Ende. Aber Bonn steht ja noch in Gesprächen mit Ost-Berlin in dieser Frage. Vielleicht reicht man den speziellen Hinweis erst diskret hinüber.

Der SPD-Rechtspolitiker Wilfried Penner hat dem Bundeskanzler „Schäbigkeit" vorgeworfen. Er behauptet, daß Kohl mit dieser Frage im Wahlkampf die rechtsradikale Szene revitalisiere.

Aber den Asylantenstrom im Wahlkampf hat nicht der Kanzler erfunden. Den verdanken wir vielmehr zum großen Teil dem Sicherheitspartner der SPD in Ost-Berlin. Die Öffentlichkeit ist darüber in größte Bewegung geraten, und zwar mit guten Gründen; darüber kann Penner sich bei den SPD-Bürgermeistern vieler Städte informieren. Wenn die Bundesregierung nicht handelte, dann erst würde die rechtsradikale Szene revitalisiert.

SPD will die NATO „umbauen"

Parteitag beschließt Veränderung der Bündnisstrategie / Schiller im WELT-Gespräch

PETER PHILIPPS, Nürnberg

Der SPD-Bundesparteitag in Nürnberg hat gestern die Forderung nach einer Veränderung der westlichen Bündnisstrategie beschlossen und das Leitmodell einer Sicherheitspartnerschaft in der Friedens- und Sicherheitspolitik unterstrichen.

Bei der Einbringung des Antrags betonte der Vorsitzende der Parteivorstands-Kommission „Sicherheitspolitik", Andreas von Bülow, daß das „Ziel all unserer Bemühungen die Selbstbehauptung unseres Heimatkontinents Europa sein muß". Noch in diesem Jahrhundert müsse Europa eine „verläßliche Friedensordnung" und die Voraussetzung gegeben werden, „daß Westeuropa sich zumindest konventionell mit seinen allein in der NATO zusammengefaßten 300 Millionen Einwohnern selbst verteidigen" kann.

Von Bülow nahm „die schlechten Erfahrungen mit dem Doppelbeschluß" als Beleg dafür, daß die Erhaltung der Glaubwürdigkeit der SPD „viel wesentlicher ist als jeder noch so wasserdichte Beschluß eines Parteitags". Die Streitkräfte von Warschauer Pakt und NATO müßten, dies sei das Ziel der sicherheitspolitischen Überlegungen der SPD, „so umgebaut werden, daß sie zur Vorneverteidigung zwar befähigt, zum raumgreifenden Angriff jedoch schon nach Art und Bewaffnung nicht geeignet sind". Von Bülow griff in diesem Zusammenhang seine alten

SEITEN 2, 4, 11:
Weitere Beiträge

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten abstützt", also „im Hinterland eine Art Igelstruktur" entwickle. Parteitagsbeschluß und Redebeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregierung würde die Verteidigungsausgaben prozentual auf den Stand zurückführen, die sie im letzten Etat der Regierung Schmidt gehabt hätten.

Fast einstimmig machten sich die Delegierten die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von zehn Jahren zu eigen, wobei auch auf die Notwendigkeit eines „breiten gesellschaftlichen Konsens" hingewiesen wurde.

Vor allem der Alarmbrief der Betriebsräte spielte eine große Rolle. Die Gewerkschaftsvorsitzende Wulff-Mathies (ÖTV) und Hermann Rappe (IG Chemie) fochten gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden aus NRW, Farthmann dafür, den betroffenen Arbeitnehmern realistische Arbeitsplatz-Alternativen aufzuzeigen und sich vor allem nicht mit allzu engbegrenzten Zeitvorgaben für den Ausstieg selbst unter Druck zu setzen. Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen übte der frühere Wirtschaftsminister Schiller in einem WELT-Gespräch.

Rogers: Die Atomwaffen umverteilen

„Wir benötigen die Zusammenarbeit der Alliierten" / Spitze gegen Athen und Ankara

cvb./DW. Mons

NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers hat sich dafür ausgesprochen, die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten Atomwaffen um die Hälfte zu verringern. In einem Interview mit dem „Stern", das von Rogers' Hauptquartier SHAPE verbreitet wurde, sagte der General jedoch: „Aber um das erreichen zu können, benötige ich die Zusammenarbeit der anderen Alliierten. Sehen Sie, es gibt da Länder in der südlichen (NATO)-Region, die nicht genügend (atomare) Gefechtsköpfe haben, um die Bedrohung abschrecken zu können."

Von informierter militärischer Seite verlautete dazu, daß Rogers sich indirekt auf die bisher bestehende Weigerung der Türkei und Griechenlands bezog, die die nach dem Reduzierungsbeschluß von Montebello 1983 erforderliche Neuverteilung der Nuklearwaffen von ihrem Territorium fernhalten wollen. In Montebello war beschlossen worden, das NATO-Atomwaffenarsenal auf 4600 Gefechtsköpfe zu kürzen. Rogers drückte jedoch Optimismus aus, daß ihm die Neuverteilung der Atomwaffen gelinge. Auch in Großbritannien seien mehr Atomwaffen gelagert als im Verteidigungsfall notwendig. Er wolle auch diese Situation korrigieren.

Weiter sagte Rogers, von 1995 an könnten die Nuklearwaffen in Europa erheblich unter das 1988 zu erreichende Niveau von 4600 gesenkt werden, vorausgesetzt eine weitere Modernisierung finde statt. Er sprach von einer moderneren Version der „Lance"-Korps-Artillerie-Rakete und einer neuen Luft-Boden-Rakete für Flugzeuge. In Militärkreisen wurde zusätzlich erwähnt, daß eine Modernisierung auch unterirdische Atomversuche notwendig mache.

Rogers sprach sich auch dafür aus, an den in Westeuropa stationierten Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und Cruise Missiles festzuhalten. Diese ermöglichten es der NATO, „das Territorium des Aggressors unmittelbar unter Risiko zu stellen, was die Sowjets mit uns in Westeuropa seit vielen Jahren machen", sagte Rogers. „Wir können in Europa auf diese Option nicht verzichten, was Verhandlungen über die Anzahl nicht ausschließt." Rogers räumte ein deutsches Vetorecht gegen die Stationierung chemischer Kampfstoffe auf dem Boden der Bundesrepublik ein. „Ich denke, jede Nation, auch die Deutschen, haben dieses Vetorecht", sagte der amerikanische General.

Nach seiner Ansicht kann „die Souveränität einer Nation nicht übergangen werden, wenn es um die Stationierung solcher Waffen auf ihrem Boden geht – also bei chemischen und nuklearen Waffen".

Besorgt äußerte sich der General über die Spannungen in der westlichen Allianz. „Ich glaube nicht, daß die Europäer wirklich verstehen, wie sehr die Amerikaner das alles satt haben. Wenn heute ein Politiker in Washington den Antrag stellen würde, unsere Truppen zurückzuziehen, würde der Kongreß wahrscheinlich zustimmen", sagte Rogers.

Fluchtversuch gescheitert

hrk. Berlin

Offenbar ohne Blutvergießen endete gestern vormittag an der Stadtgrenze zwischen West-Berlin und dem „DDR"-Kreis Oranienburg der Fluchtversuch eines Zivilisten in den Westberliner Ortsteil Frohnau. Ein Anwohner auf der Westseite Berlins hörte drei Schüsse, die Grenzposten der „DDR" abgaben. Der Augenzeuge will gesehen haben, wie kurz darauf ein Bewohner der „DDR", der anscheinend nicht verletzt war, von den Soldaten aus dem Todesstreifen abgeführt wurde.

Bischöfe aus Polen zurück

DW. Warschau

Die Delegation der deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Höffner hat gestern ihren Polenbesuch beendet. Unter anderem wurde die Frage deutschsprachiger Gottesdienste in den ehemals deutschen Ostgebieten berührt. Einigkeit herrschte darüber, daß jeder Christ das Recht hat, seinen Glauben in der Muttersprache zu bekennen. Ob ein Bedürfnis für deutschsprachigen Gottesdienst vorliegt, soll die Kirche in Polen beurteilen.
Seite 2: Verantwortung

Verbraucherpreise sinken weiter

DW. Wiesbaden

Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland sind im August wie schon in den vier vorangegangenen Monaten gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum gesunken. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte sei in diesem Monat im Vergleich zum August 1985 um 0,4 Prozent zurückgegangen, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Von Juli auf August seien die Preisen um 0,2 Prozent gesunken.

EG-Soforthilfe für Kamerun

DW. Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat für die Opfer der Giftgaskatastrophe von Kamerun umgerechnet 315 000 Mark bereitgestellt. Eine Transportmaschine der spanischen Luftwaffe soll Medikamente, Zelte, Decken und eine Hilfsmannschaft des Roten Kreuzes nach Kamerun fliegen. Die EG-Hilfe kommt aus einem eigens für solche Fälle geschaffenen Fonds. Auch das Deutsche Rote Kreuz plant eine Hilfsaktion.
Seite 20: Die Stille des Todes

Rekrutiert Kabul 10 000 Frauen?

AFP, Islamabad

Die afghanische Regierung will angeblich 10 000 Frauen für ihre Streitkräfte rekrutieren. Dies war von westlichen Diplomaten in Islamabad zu erfahren. Kabul hatte nach zahlreichen Desertionen aus der afghanischen Armee Rekrutierungen angekündigt. Unter Berufung auf Flüchtlinge aus dem Nachbarland berichteten die gleichen Quellen von der Vorbereitung einer neuen sowjetisch-afghanischen Offensive in der Provinz Logar, südlich von Kabul.

Elf Tote bei Unruhen in Soweto

DW. Johannesburg

In Südafrika sind bei den bisher schwersten Unruhen seit der Verhängung des Ausnahmezustands vor zehn Wochen nach offiziellen Angaben elf Bewohner der Schwarzensiedlung Soweto bei Johannesburg von der Polizei erschossen worden. Auslöser der Gewalttaten sind offenbar Zwangsräumungen von Wohnungen durch die Polizei, deren Mieter sich an einem Boykott der Mietzahlungen beteiligten.
Seite 2: Terror und Miete

Demonstrationen in Estland

DW. Stockholm

In Estland haben nach Informationen von Emigranten mehrere Protestmärsche gegen Zwangsrekrutierungen für Einsätze in Tschernobyl stattgefunden. Der Direktor des Hilfszentrums für politische Gefangene in Estland, Ants Kippar, teilte gestern in Stockholm mit, einige hundert Esten hätten an den Demonstrationen Anfang August teilgenommen. In der Hauptstadt der Sowjetrepublik Estland, Tallinn (Reval), seien einige Teilnehmer festgenommen worden. Zuvor habe das Militär etwa 1000 Reservisten für die Aufräumarbeiten an dem zerstörten Reaktor in der Ukraine einberufen.

„Die Menschen sind sehr besorgt", sagte Kippar. „Sie wissen, daß sie (an der Unglücksstelle) gefährdet sind und daß es nicht genug Schutzkleidung gibt." Von den Rekrutierungen seien vor allem Spezialisten wie Techniker und Lastwagenfahrer betroffen.

Honecker reist nach China

D. D. Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker wird in der zweiten Oktoberhälfte die Volksrepublik China, Nordkorea und die Mongolei besuchen. Er folge einer Einladung von Staatspräsident Li Xiannian und Parteichef Hu Yaobang, teilte das chinesische Außenministerium mit. Die „DDR" und China bemühen sich seit vier Jahren um eine Verbesserung ihrer Beziehungen. Honecker ist der erste Parteichef unter den engsten Bündnispartnern Moskaus, der nach dem chinesisch-sowjetischen Bruch 1963 nach Peking reisen wird. Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Bulgarien werden, wie aus osteuropäischen Kreisen verlautete, bald dem Beispiel der „DDR" folgen.

Offen ist noch, ob der polnische Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski, seinen für Ende September geplanten Besuch Nordkoreas mit einer Reise nach Peking verbinden wird.

Banken erwägen Hilfe für NH

cd. Frankfurt

Die Hypothekenbanken, die einen erheblichen Teil der rund zwölf Milliarden grundbuchlich gesicherten Forderungen an die Neue Heimat (NH) in ihren Büchern haben, sollen bis zur Gläubigerversammlung am 26. September erklären, ob sie einer Aussetzung der Tilgungen durch die NH bis Ende 1987 zustimmen. Im ersten direkten Gespräch zwischen den Hypothekenbanken und NH-Berater Manfred Meyer-Preschany spielte dem Vernehmen nach ebenso wie beim Juli-Gespräch mit den Geschäftsbanken die Forderung eine Rolle, daß die Liquidität und die Existenz der Neuen Heimat durch die Holding BGAG garantiert wird. Voraussetzung für eine Hilfszusage ist auch, daß das Ende 1986 auslaufende Stillhalteabkommen mit den übrigen Banken verlängert wird und daß die BGAG einen eigenen Sanierungsbeitrag leistet. Unter diesen Prämissen zeichnet sich Hilfsbereitschaft ab.

Neue-Heimat-Ausschuß erhält Geschäftsberichte

Die Klage auf Akteneinsicht bleibt aber bestehen

DIETHART GOOS, Bonn

Die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG) hat sich gestern bereiterklärt, dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat die angeforderten Geschäftsberichte zur Verfügung zu stellen. Am Dienstag hatte der Ausschuß noch beim Frankfurter Amtsgericht die Beschlagnahme der Akten beantragt.

Wie der Ausschußvorsitzende Hans Günther Hüsch (CDU) mitteilte, bleibt der Beschlagnahmeantrag, soweit er die BGAG-Aufsichtsratsprotokolle betrifft, bestehen. Hüsch sprach von einem „positiven Signal, daß die BGAG von der Position der Verweigerung gegenüber dem Ausschuß abrückt". Gerichtliche Auseinandersetzungen würden die Arbeit des Untersuchungsausschusses in der begrenzten Zeit bis zum Ende dieser Legislaturperiode behindern und einen weiteren Untersuchungsausschuß Neue Heimat im neuen Bundestag heraufbeschwören.

Zufrieden äußerte sich Hüsch auch über die Zurückweisung einer BGAG-Klage gegen den Untersuchungsausschuß vor dem Kölner Verwaltungsgericht. Die Auffassung des Gewerkschaftsunternehmens, der Untersuchungsausschuß arbeite nicht verfassungskonform und habe kein Recht, Privatunternehmen zu durchleuchten, habe sich als „rechtlicher Nonsens" erwiesen. Wäre diese Position richtig, dann hätte es auch keinen Flick-Untersuchungsausschuß geben dürfen. „Es gibt keine Sonderrechte für die BGAG oder andere Unternehmen, wo der DGB beteiligt ist." Hüsch fügte hinzu: „Im konkreten Fall der Neuen Heimat wurde das Gemeinnützigkeitsrecht als Steuerprivileg mißbraucht. Der Bundestag ist durchaus befugt, diese Gesetzesverstöße aufzuklären und Konsequenzen daraus zu ziehen."

Hüsch äußerte sich zufrieden übr die bisherigen Untersuchungen. In seinen 15 Sitzungen und bei der Sichtung großer Aktenberge habe der Ausschuß „schon jetzt mehr ermittelt, als der Hamburger Untersuchungsausschuß".



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwochsjäger

Von Hans Baumann

Wie nennt man einen Jäger, der in ein Revier zieht, von dem er seit langem weiß, daß es prall gefüllt ist mit den prächtigsten Böcken, und der zwar ein Gewehr, aber keine Munition mitnimmt? Man nennt ihn einen Sonntagsjäger. Wie nennt man eine Konferenz der CDU, die sich mit Energiefragen befassen will und die zeitlich mit dem Nürnberger Ausstiegsbeschluß der SPD in Bonn zusammentritt (seit langem wissend, daß zu diesem Zeitpunkt die Konkurrenz auf dem Felde der Energiepolitik ihren Bock des Jahres schießen wird) – wie nennt man diese Konferenz, wenn sie keine gründliche Analyse des Hauff-Papiers vornimmt?

Man kann sie nicht gut Sonntagskonferenz nennen, weil sie an *einem Mittwoch stattfand. Also muß man* sie wohl Energieforum der CDU nennen.

Es mag ja sein, daß manche müde werden, den immer wieder neu vorgetragenen *Wahlkampf-Unfug* immer wieder neu zu widerlegen. Aber dies war nun einmal die klassische Gelegenheit, anzugreifen, dem Bürger deutlich zu machen, daß und wie die Energiepolitik zum Feld des Wählerfangs geworden ist. Der Bürger will nicht nur, er muß erfahren, wie sich der Ausstieg aus der Kernenergie auf die Volkswirtschaft, auf seinen Arbeitsplatz und die Arbeitsplätze seiner Kinder auswirken würde. Und was es beispielsweise unmittelbar für sein Portemonnaie bedeuten würde, wenn man ihm die Nachtspeicherheizung abschaltete und wenn man beim Strom den Mengenrabatt abschaffte, eines der klassischen Beispiele einer marktwirtschaftlichen, am Interesse des Verbrauchers ausgerichteten Ordnung.

Natürlich wissen die Fachleute Bescheid. Aber ihre Aufgabe ist es, nicht sich selber zufriedenzustellen, sondern den Bürger zu informieren. Auf dieser Energiekonferenz wurden keine Funken geschlagen, sondern da glimmte den ganzen Tag Elitäres aus dem weiten Reich der Energie vor sich hin. Wie lautet einer der wichtigsten Lehrsätze aus dem Energiebereich? „Von nichts kommt nichts" (Robert Mayer).

Terror und Miete

Von Monika Germani

Was sich in Südafrika abspielt, scheint vielen Außenstehenden ein Aufstand der schwarzen Bevölkerung gegen die weiße Vorherrschaft zu sein. Wie das in der Wirklichkeit aussieht, kann man in Soweto studieren. Die Unruhen begann vor zwei Jahren unter anderem mit einem Streik gegen die Mieterhöhung in den schwarzen Städten, die zum Teil rund 20 Mark betrugen. Zur Taktik der „Comrades" (Genossen), wie sie in den schwarzen Städten die Herrschaft zu übernehmen suchen, gehört das Verbot, Miete zu zahlen.

Das war einfach zu kontrollieren: Wer dem Befehl folgte, dessen Müll wurde nicht von der Stadtreinigung abgeholt. Also türmten sich Kehrichthaufen und zeigten wieder einmal, unter welch „menschenunwürdigen Bedingungen" die Schwarzen hausen müssen. Wer seine Miete zahlte, wurde mindestens bedroht, wenn ihm nicht sogar das „Halsband" umgelegt wurde: der benzingefüllte Reifen, der dann angezündet wird.

Inzwischen haben sich die Mietschulden in den schwarzen Städten um Johannesburg gehäuft. Im dichtbesiedelten Vaalgebiet, im Industriegebiet des Witwatersrand waren die ausstehenden Mietschulden Anfang Juli allein auf zwölf Millionen Rand angestiegen. In einigen Gegenden sind bis zu drei Jahren Mietschulden offen. So läßt sich eine Entwicklung der schwarzen Städte nicht durchführen. Schließlich müssen Teerstraßen, Elektrizitätsanlagen und anderes bezahlt werden. Die Stadtverwaltung drohte mit Kündigung und Zwangsräumung.

Das kam den „Genossen" wieder sehr gelegen: Vertreibung der armen unschuldigen Menschen aus ihren Elendsquartieren (Kehrichthaufen eingeschlossen)! Am Dienstag ging die Polizei in Soweto gegen brennende Barrikaden vor. Bei ihrem Erscheinen wurde eine Handgranate gegen sie geworfen („unbewaffneter Kampf"), vier Polizisten verwundet. Die Polizei schoß. Sieben Schwarze wurden in diesem Fall getötet. In einem weiteren Vorfall waren es vier.

Der Zulu-Chief Buthelezi bemerkte kürzlich, was sich in Südafrika abspiele, sei ein Bürgerkrieg schwarz gegen schwarz. Soweto ist ein Fallbeispiel dafür, wie eine Gruppe entschlossener Täter durch Terror einen Aufstand „macht".

Taktlos mit Syrien

Von Rolf Görtz

König Juan Carlos von Spanien wurde nach Damaskus und Syriens Präsident Assad nach Madrid eingeladen. Stolz vermeldet der spanische Außenminister diesen Erfolg seines Besuches in Syrien. Die Syrer haben also den Spaniern gnädigst verziehen, daß diese diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen haben. Und schulterklopfend nahmen sie zur Kenntnis, daß die PLO zum ersten Mal in Europa einen Status erreichte, der dem einer diplomatischen Mission ähnelt.

Eine Morgengabe Madrids an die radikalen Staaten Arabiens. Mehr konnte man den Palästinensern in Madrid nicht anbieten; schließlich „ist die PLO kein Staat", wie aus dem Außenministerium zu erfahren ist. Nun, die Terroristen der PLO werden die vielen Erleichterungen wie Diplomatengepäck und eigene Fahrzeuge auch so gern wahrnehmen.

Die Freundschaftsbotschaften aus Damaskus kommen einen Tag, nachdem Hafez Assad verkündete, man werde gemeinsam mit Libyen gegen jeden Angreifer kämpfen. Gemeint ist die 6. US-Flotte, die unter anderem in der Großen Syrte die Freiheit der Meere verteidigt, auch im europäischen Interesse. Und gemeint ist die Entschlossenheit der USA, dem Terrorismus entgegenzutreten; auch das im Interesse Europas. Daß die USA lieber friedliche Wege gehen, haben sie mit ihrem guten Verhältnis zu Algerien bewiesen, einem Land, das auch zum sozialistischen Lager zählt und mit der Unterstützung der Polisario-Rebellen in der Westsahara durchaus die Interessen des Westens durchkreuzt.

Niemand hat etwas gegen eine kluge, auch „besonders freundschaftliche" Kontaktpflege Spaniens mit den arabischen Ländern. Aber wenn Madrid in dem Augenblick die „arabische Sache" für „gerecht" erklärt, in dem der arabische Exponent der sowjetischen Politik im Mittelmeerraum, Hafez Assad, gegen die USA Front macht und mit seinem libyschen Tete-à-tête den Nahostkonflikt auszuweiten sucht – offensichtlich auch das im sowjetischen Einverständnis –, dann fragt man sich: Wie verhält sich das zur Mitgliedschaft im europäisch-amerikanischen Bündnissystem?


KLAUS BÖHLE

Wie viele Divisionen hat er?

Von Herbert Kremp

Der außenpolitische Teil der oppositionellen Regierungserklärung, *die Johannes* Rau in Nürnberg abgab, ist der deutungsfähigste. Die kurze Passage (zweieinhalb von achtzehn Seiten), die er dem Schicksalsthema widmet, steckt voller voluntaristischer Begriffe, deren Umfang nach dem Gesetz *der Logik ebenso* weit ist wie ihr Inhalt gering.

Was meint Rau mit einer europäischen Friedensordnung, für die er in einer melodramatischen Wendung Olof Palme zum Zeugen aufruft? Sie soll die Machtblöcke übergreifen und schließlich überwinden – gut, aber was heißt das? Wie will ein Bundeskanzler Rau zum Beispiel den Warschauer Pakt, einen der Machtblöcke, der wahrlich nicht auf freiwilligem Zusammenschluß beruht, auflösen? Durch gutes Zureden, durch Vorleistungen, durch geistverändernde Vision? Über das Wie, über das, was an die Stelle der Blöcke treten soll, über die Rolle und die Verfassung Deutschlands und der osteuropäischen Staaten erfahren wir nichts. Warum läßt Rau Prediger-Blasen steigen, die vor Leere schillern?

Der Kanzler-Kandidat etabliert sich in einer schwierigen Partei. *Die SPD* hat Helmut Schmidt wegen der Nachrüstungspolitik fallengelassen – das ist die historische Wahrheit. Ein Teil der Partei und einige ihrer namhaften Vertreter wollen die Organisation der westlichen Allianz verlassen. Der Anti-*Amerikanismus ist in Wortprotokollen* belegt (Beispiel: Berliner SPD-Parteitag vom 22.–24. Juni 1986). Der Sowjet-Kommunismus wird nicht mehr sorgfältig analysiert, seine Gefahren werden nicht beim Namen genannt, sondern in *die Spirale des Schweigens abgedrängt.* Außenpolitik ist zu Friedens- und Abrüstungspolitik geschrumpft. Für Südafrika und Nicaragua (für alles, was fern liegt) engagiert man sich mehr als für Deutschland, dem Rau ganze vier *Schreibmaschinenzeilen widmet.*

Der Kandidat bewegt sich in aufgeweichtem Gelände. Er bekennt sich als „Freund Amerikas", muß aber hinzufügen, dort gebe es für Ergebenheit keinen Rabatt, sondern nur subtile Verachtung. Und er zitiert einen Satz aus dem Leitantrag der Partei, der konditional verschnörkelt ist: „Die Bundesrepublik Deutschland findet das ihr erreichbare *Maß* an *Sicherheit* im Atlantischen Bündnis, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen kann, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit."

Es ist unverkennbar, daß Rau vorsichtig von Brandt in Richtung Schmidt zurückrudert. Der angebliche oder tatsächliche Freund Amerikas will sich in der Außenpolitik nicht ideologisch einengen lassen. Während des Wahlkampfes *mag ihm* dies halbwegs *gelingen,* der Kanzler Rau jedoch wäre sofort wieder in der Gemengelage des am Ende isolierten Helmut Schmidt. Schon jetzt macht er der tiefverwandelten Partei Konzessionen, zu denen Schmidt nie bereit gewesen wäre. *Dem mächtigen linken* Flügel kommt er durch die Forderung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa entgegen.

Ein solcher „Korridor" (wie breit wäre er denn?) ist sicherheitspolitisch unsinnig: Die amerikanischen Atomwaffen wären in jedem Fall *vom Kontinent verbannt – in* Frankreich sind sie nicht stationierbar, Belgien und die Niederlande würden nicht mehr stationieren –, während die sowjetischen Atomraketen aller Art aus der Position östlich von Polen den Kontinent *weiter überschatten würden.* Es gibt keinen sichereren Weg zum Ende des Atlantikpakts und zur endgültigen Suprematie der Sowjetunion als diesen Plan. Europa gliche in diesem Fall der Stadt Hiroshima – sie war bekanntlich atomwaffenfrei. Macht uns diese (uralte) Idee sicherer?


Womit er sich nicht abfinden will: Rau (mit Ehefrau) auf dem Roten Platz FOTO: SVEN SIMON

Für den Anfang („unverzüglich") fordert Rau von den USA und der Sowjetunion Aufstellungsstopp und Reduzierung der Raketen auf den Stand von 1979. Er achtet dabei nicht auf die Symmetrie der Potentiale. Um sie bemühen sich die Amerikaner in Genf. Das Wort Symmetrie kommt bei Johannes Rau nicht vor. Der Kandidat denkt nicht präzise. 1979 war das atomare Gleichgewicht in Europa durch die sowjetische Vorrüstung (SS 20) derartig gestört, daß die Sicherheitslogik zur amerikanischen Nachrüstung mit modernen Pershing 2 und Cruise *Missiles* führen mußte. Als im Dezember 1979 der sogenannte Doppelbeschluß verabschiedet wurde, hatten die Sowjets bereits 120 SS 20-Raketen installiert.

Will Rau diesen Zustand eindeu*tiger sowjetischer Überlegenheit* wiederherstellen? Machte uns das sicherer und freier? Kann sich der Kandidat nicht denken, daß der amerikanische Kongreß angesichts einer solchen Unsicherheitslage jeden Präsidenten zwingen würde, *die praktisch entwaffneten* US-Truppen vom Kontinent abzuziehen? Weiß er nicht, welche Diskussion in Washington schon im Gange ist, oder will er sie vielleicht sogar klammheimlich fördern? Als Bundeskanzler, sagt Rau, werde er sich *nicht* einfach *mit* der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen zwischen den Weltmächten abfinden. Das klingt gewaltig und sehr gelungen äquidistant. Wie viele Divisionen hat Herr Rau, um die Weltmächte zu ihrem Glück zu zwingen?

Ob Atomwaffen, chemische Waffen, SDI – in der Sicherheitspolitik zeigt sich Johannes Rau überfordert. Die Analyse ist unzureichend, es fehlt offenbar an Wissen und Gedankenschärfe. Als Populist reiht er Sätze aneinander, von denen er annimmt, daß sie manchen Leuten gefallen. Zu Ende gedacht, läuft der außenpolitische Teil seines Regierungsprogramms auf die sicherheitspolitische Neutralisierung der Bundesrepublik (und damit Westeuropas) zugunsten der Kontinental-Weltmacht Sowjetunion hinaus. Was damit gewonnen werden soll, steht in den roten *Sternen.*

IM GESPRÄCH Humberto Ortega

Comandante als General

Von Werner Thomas

Es gibt wieder Generale in Nicaragua. Sieben Jahre nach der Machtübernahme der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront" (FSLN) haben die Comandantes orthodoxe militärische Dienstgrade eingeführt. Humberto Ortega, der Verteidigungsminister und Bruder des Präsidenten, wurde zum ranghöchsten Offizier der „Sandinistischen Volksarmee" (EPS) befördert – Heeresgeneral. Der letzte General Nicaraguas hieß Anastasio Somoza.

Der jüngere Ortega, 37 Jahre alt, ist, was die wenigsten wissen, der mächtigste FSLN-Führer. Er wirkt, wie der drei Jahre ältere Bruder Daniel, steif und schüchtern. Humberto jedoch genoß schon immer den Ruf, der klügere Kopf und bessere Taktiker zu sein. Ein Diplomat in Managua sagte: „Ohne Humberto wäre Daniel nie Präsident geworden."


Den Bruder ausbooten? Humberto (links), Daniel Ortega FOTO: DPA

Humberto Ortega tauchte mit siebzehn Jahren in den Untergrund ab. Er gehörte zu den engsten Vertrauten des einflußreichsten FSLN-Gründers, Carlos Fonseca, der drei Jahre vor dem Triumph der Sandinisten bei einem Gefecht ums Leben kam. Fonseca schärfte das ideologische Bewußtsein seines Adepten und dessen Bewunderung für Castro. „Fidel's boy" (so nennt ihn der Ex-Sandinist Alfonso Robelo, heute Führer der bewaffneten Opposition) hielt am 25. *August 1981 vor sandinistischen* Militärs eine bemerkenswerte programmatische Rede mit diesen Feststellungen: „Der Sandinismus ist der konkrete Ausdruck der historischen Entwicklung des Kampfes in Nicaragua. Ohne Sandinismus können wir *keine Marxisten-Leninisten sein.* Der Sandinismus kann ohne Marxismus-Leninismus nicht revolutionär sein."

Humberto Ortega war der Chefstratege der Endoffensive gegen die Truppen Somozas. Als Verteidigungsminister und Befehlshaber der „sandinistischen Volksarmee" konnte er seinem Bruder Daniel Flankenschutz bei dessen steiler politischer Karriere geben. Die Bäckerssöhne aus der Provinzstadt La Libertad (sie hatten noch einen anderen Bruder, Camilo, der bei *Masaya* fiel) bremsten gemeinsam die Ambitionen des Innenministers Tomas Borge (65), des einzigen noch lebenden Gründungsmitglieds der FSLN.

Der neue General kommandiert die größten Streitkräfte Mittelamerikas. Die „sandinistische Volksarmee" umfaßt 120 000 Soldaten und Reservisten (Somozas Nationalgarde zählte *zuletzt 9000 Mann*), mit modernsten Ostblockwaffen ausgerüstet, von 3000 kubanischen Experten beraten. Humberto Ortega verkündete bereits einen „strategischen Sieg" über die „Contras", die in Zukunft freilich wieder mit militärischer Unterstützung der USA operieren. Die Guerillaführer prophezeien eine Eskalation ihres Kampfes und nennen 1987 als „entscheidendes Jahr".

In Managua kursieren Gerüchte, Humberto Ortega, von Anfang an Mitglied des sandinistischen Politbüros „Direccion Nacional", wolle seine militärische Karriere durch eine politische ergänzen. Bruder Daniel soll nur eine Präsidentschaftsperiode amtieren. Der nächste Präsident könnte der andere Ortega sein, der General – falls er den „strategischen Sieg" nicht zu früh verkündet hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der SPD-Parteitag mit Johannes Raus Rede stand im Mittelpunkt der Kommentare:

THE TIMES

Auf der Linken gibt es eine kompromißlose Opposition gegen alles Nukleare, von US-Sprengsätzen bis hin zu Atomkraftwerken. Die Linke unterstützt auch die Forderung nach höheren öffentlichen Ausgaben, selbst wenn damit ein Inflationsrisiko verbunden ist ... Der rechte Parteiflügel befürchtet, daß der gegenwärtige Wohlstand zu Ende gehen könnte, falls man die ordentliche Haushaltsführung aufgibt. Rau ist zwischen die radikalen und konservativen Strömungen seiner Partei geraten und fühlt sich nicht wohl dabei. Das Wahlprogramm, das er gestern vorgelegt hat, trägt das Risiko, daß es keine der beiden Seiten beglückt. Es geht gerade weit genug nach links, um zweifelnde Christdemokraten abzuschrecken. (London)

WIESBADENER KURIER

Die Mehrheitsfrage bleibt der Pferdefuß des Rau-Konzepts. Nichts hat *der Kandidat dazu beigetragen,* den Verdacht zu zerstreuen, nach der Wahl werde auf völlig geänderter Grundlage dann doch mit den Grünen verhandelt.

OFFENBACH-POST

Rau zelebrierte Rau. Der grobe Umriß seines offenkundig schon fertig in der Schublade liegenden Regierungs*programms beinhaltete auffällig oft* Redewendungen wie „rückgängig machen" (Veränderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz), „wieder einführen" (Schüler-BAFöG), „abschaffen" (ungerechte Kinderfreibeträge), „reformieren" (Familien-Lastenausgleich). Wie er damit aber die am Vortag noch von Willy Brandt angepeilten Wähler der Mitte erreichen will, bleibt Raus Geheimnis.

Frankfurter Rundschau

Nach diesem Auftritt ist auch klar, wo die SPD im Wahlkampf die *Schwerpunkte setzen wird: Auf die* Wirtschaftsfragen und die sozialen Themen, auf den Versuch also, die amtierende Regierung von Wählern abzukoppeln, die bei den Spar- und Umschichtungsmaßnahmen der Bonner Koalition Einbußen erlitten haben. Ihnen bietet sich die SPD in einem breiten Bündnis als Sachwalter an.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Rau erzeugt den Eindruck eines Mannes, der über den Wassern schwebt und den guten Willen schon für die beste Tat hält. An die Stelle eines bedenklichen Klischees rückt Rau eine kühne Vision. Er möchte so etwas wie der Kanzler aller Deutschen sein, getragen zwar von seiner Partei, aber weit über sie hinausgreifend. (Kassel)

Polen und die Verantwortung der Katholiken

Höffner erinnert an die Menschenrechte, Glemp hält sich zurück / Von Gernot Facius

Von seiner Sommerresidenz Castelgandolfo aus erinnert der *Papst die Generale in Warschau an* die „Aktualität" der 1980 getroffenen Übereinkommen zwischen der „Solidarität" und der Regierung. Er nennt sie ein Beispiel des „nationalen Geistes, die sozialen und moralischen Probleme des Landes im Dialog zu lösen". Und im polnischen Wallfahrtsort Tschenstochau sagt fast zur selben Stunde Kardinal Höffner unter dem Beifall von 150 000 Gläubigen, die Katholiken müßten sich „ihrer großen Verantwortung" für eine friedliche Zukunft des alten Kontinents bewußt sein: „Ganz Europa, von Gibraltar bis zum Ural, muß ein neues christ*liches Antlitz bekommen." In deut*licher Anspielung auf „Solidarität" weist er auf die „Mißachtung der elementaren Menschenrechte in vielen Teilen der Welt" hin.

Sein polnischer Amtsbruder Kardinal Jozef Glemp betont am selben Ort die Notwendigkeit einer „moralischen Wiedergeburt". Aber er spricht verschwommener von den *gesellschaftlichen Übeln Drogen,* Alkohol, Gewalt und Prostitution. Ein Hinweis auf die „Solidari*tät" kommt bei ihm nicht vor.* Ist das mit der Hoffnung auf Fortsetzung des „Dialogs" mit Jaruzelski zu erklären?

Die „Pilgerfahrt" deutscher Bischöfe nach Polen hat nicht alle Zweifel am Kurs des polnischen *Primas überwinden können;* vielleicht erhält man mehr Klarheit, wenn sich die Oberhirten aus beiden Ländern künftig jährlich treffen. Höffner und seine Mitbrüder hatten bereits am Tag ihrer Ankunft, abweichend vom offiziellen Programm, das Grab des Märtyrerpriesters Popieluszko besucht.

Das war mehr als eine Vernei*gung vor dem Toten, hatte doch* Glemp mehrmals von einem „Kult" um Popieluszko gesprochen. Zur Erinnerung: Der Primas hätte den „politischen Priester" gern in einen entlegenen Winkel versetzt. Doch am Wohlwollen des Papstes für Popieluszko scheiterte damals der Versetzungsplan.

In Tschenstochau, im August 1984, leugnete Glemp die Existenz einer starken deutschen Minderheit in Polen und wandte sich gegen das deutsche Staatsbürgerrecht: „Das Recht eines Landes kann seine Normen nicht auf die Bürger eines zweiten Landes anwenden, wenn es Recht sein will und keine auf politisches Spiel ausgerichtete Mission." Die Kirche in *Polen* wolle Ausländern Gebete in der eigenen Sprache ermöglichen. Aber, so fuhr der Kardinal fort, ohne die Polonisierungsanstrengungen Warschaus zu erwähnen: die Kirche könne nicht mit gutem Gewissen Andachten in einer fremden Sprache für *Leute* organisieren, „die diese Sprache nicht kennen und erst im Gebet lernen wollen".

Der Empörung über diese harte Aussage folgte die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission, die Möglichkeiten deutschsprachiger Seelsorge im Warschauer Machtbereich erörterte. Jetzt sagte Höffner, in der gesamten Weltkirche bestehe Einigkeit darüber, daß das Wort Gottes jedem Gläubigen möglichst in seiner Muttersprache verkündet werden solle. Sache der jeweiligen Ortskirche sei es freilich, ein entsprechendes Bedürfnis festzustellen. Konkret: Glemp und der polnische Episkopat müssen dieses „Bedürfnis" ermitteln.

Es ist kein Geheimnis, daß die Bischöfe Polens, wie das Regime, die Deutsche Bischofskonferenz seit Jahren bedrängen, ein „klares Wort" zur Grenzfrage zu sprechen. Der Kardinal aus Köln hat diese schwierige Klippe umschifft, als er auch in diesem Punkt den Charakter der „Weltkirche" hervorhob: „In unserer Kirche gibt es weder Grenzen noch Ausland." Und auf *dem Hellen Berg, Mittelpunkt* der polnischen Marienverehrung, rief Höffner die „Patronin der Versöhnung" an: „Bitten wir sie alle, Polen und Deutsche, um ihre Fürsprache für den Frieden unter den Menschen und für eine dauerhafte Versöhnung unter den Völkern."

Manchen Polen wird dies zu wenig sein. Aber, so mahnte im Spätherbst *1985* eine deutsche kirchliche Dokumentation zum 20. Jahrestag des historischen Versöhnungsbrief-Wechsels 1965 („Gewähren Vergebung und bitten um Vergebung"): „Wir brauchen viel Geduld, auch in den Beziehungen der Kirchen". Es hat Aufsehen erregt, daß es 1985 nicht gelang, das Jubiläum des Briefwechsels zu einer Aktualisierung der damaligen Botschaft zu nutzen. Natürlich spielte hier die Grenzfrage hinein.

Papst Paul VI. hatte eine „Normalisierung" eingeleitet, als er 1972 polnische Bischöfe in den früheren deutschen Diözesen einsetzte. [illegible]gebnis der vatikanischen Poli[illegible] Die in der Bundesrep[illegible] Deutschland lebenden Apost[illegible]schen Visitatoren dieser Bis[illegible] verloren ihr Stimmrecht [illegible] Deutschen Bischofskonferenz [illegible]

Jetzt nahmen am Besu[illegible] dreizehn Mitgliedern der [illegible]schen Bischofskonferenz der Ve[illegible]triebenenbischof Gerhard [illegible] und der Apostolische Vi[illegible] Freien Prälatur Schneide[illegible] Wolfgang Klemp, teil. Höffner [illegible]tete das als „Ausdruck de[illegible]lität". Das stimmt, denn es [illegible] daran, daß noch Fragen [illegible] Das ist ein Teil der „No[illegible]

Alle Kraft für das Land und den Beruf – das war einmal

Japans Jugend ist ehrgeizig und lernbegierig, sie achtet die Familie und lehnt den Staat nicht ab. Doch auf der Prioritätenliste rücken Freizeit, höherer Lebensstandard und mehr Individualität nach vorne.

Von FRED de LA TROBE

Der Einstieg in die Berufslaufbahn für Japans Schul- und Universitätsabgänger vollzieht sich traditionell Anfang April. In diesem Jahr gaben 1,1 Millionen junger Menschen ihr Debüt in der Verwaltung und Industrie. Die meisten Behörden und Unternehmen begingen den Start der Neulinge mit erbaulichen Begrüßungsfeiern.

„Ich hoffe, daß sie hart arbeiten werden, um der japanischen Wirtschaft zu dienen und unserer Firma zu helfen, eine bedeutende Stellung in der Welt zu erobern." Diese Worte von Yasushi Komatsu, dem Präsidenten der Sumitomo Bank an die Berufsanfänger standen für tausend ähnliche Reden aus dem gleichen Anlaß im ganzen Lande.

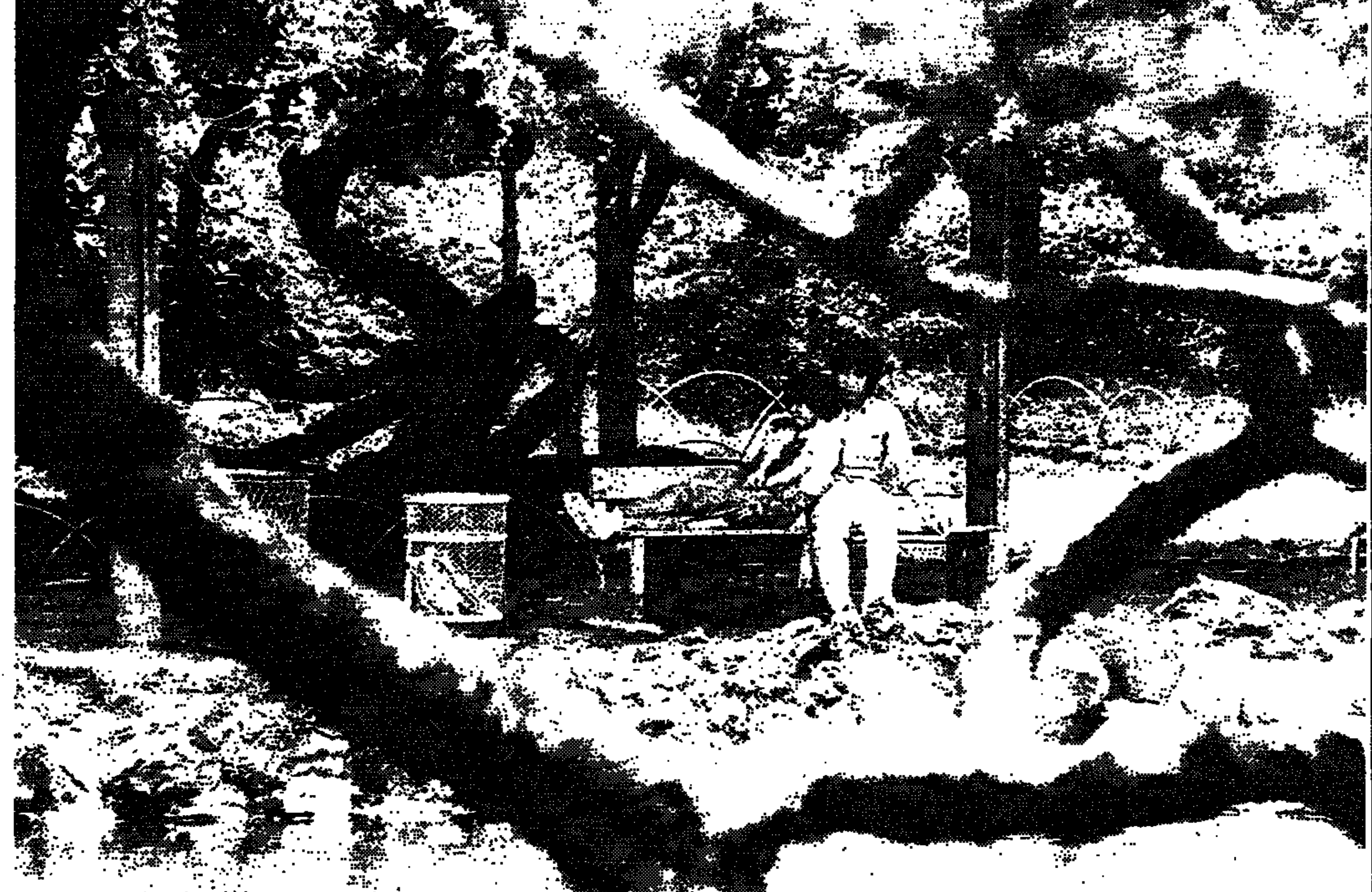
Für den Japaner ist die Schulausbildung das wichtigste Sprungbrett in die Karriere. Der Wettbewerb um die besten Ausbildungsplätze ist oft übersteigert scharf und läßt dem einzelnen wenig Freizeit. Der Ehrgeiz der Eltern ist groß, die eigenen Kinder auf möglichst guten Schulen unterzubringen. Denn das steigert die Berufschancen und ebnet den Weg zu Einfluß und Sicherheit.

Unter Japans Jugendlichen durchlaufen 99,9 Prozent die neunjährige Pflichtschulzeit. Danach rücken 95 Prozent weiter bis zum Abschluß der Oberschule nach drei weiteren Jahren. Nach der Oberschule entschließen sich noch 39 Prozent der Abgänger zum in der Regel vierjährigen Universitätsstudium.

Die Auslese für die Karriere beginnt mit den Aufnahmeprüfungen, die um so schwieriger ausfallen, je höher das Prestige der Hochschule ist. Gegenwärtig gibt es in Japan 2,2 Millionen Studenten, die an nicht weniger als 1024 Universitäten und Colleges studieren.

Besonders stark ist der Andrang auf die vier berühmtesten und am schwersten zugänglichen Universitäten Tokio, Kyoto, Hitotsubashi und Hokkaido sowie auf die renommierten privaten Anstalten Keio, Waseda und Sophia. Regierungsstellen und Industrieunternehmen bevorzugen bei der Einstellung von Neulingen Absolventen der Star-Universitäten.

Das Abgangszeugnis einer Elitehochschule ebnet die Wege und führt auf den Rolltreppen der Karriere nach oben. So sind die Vorstände der Großfirmen und die Führungskräfte in den Behörden Abgänger der Spitzenuniversitäten.



Zu zweit im Park: 90 Prozent der jungen Japaner sagen, sei seien „recht zufrieden und glücklich" FOTO: WOLFGANG STECHE

Elite-Universitäten garantieren die Karriere

Da bei der Einstellung von neuem Personal so großer Nachdruck auf die Schul- und Universitätslaufbahn gelegt wird, gehen nur wenige Jugendliche nach der neunjährigen Pflichtschulzeit sofort in den Job. Und auch der Anteil der auf die Hochschule ziehenden Oberschüler ist in Japan groß. Wer das Abgangszeugnis einer renommierten Universität vorweisen kann, braucht sich über seine Karriere und Berufsaussichten keine Sorgen zu machen. Wer nur die Mittelschulreife mitbringt, wird sich meist mit einer unsicheren Arbeitsstelle in einem Kleinbetrieb ohne viel Aufstiegschancen begnügen müssen.

Das Lebensgefühl der jüngeren Japaner von 18 bis 25 Jahren unterscheidet sich beträchtlich von dem ihrer Eltern, die für den wirtschaftlichen Aufstieg ihres Landes seit den sechziger Jahren verantwortlich sind. Unter dieser älteren Generation ist zwar die auf der konfuzianischen Moral aufbauende Ethik der Vorkriegszeit – sie betonte die Treue zu den Herrschenden, Ehrlichkeit, Mut und Bescheidenheit – schon beträchtlich aufgeweicht. Die Älteren klagen oft, daß die heutige Jugend egoistisch und materialistisch sei und keine klaren Lebensziele habe. Es sei dies eine „gleichgültige Generation", die sich ihrer Arbeitsgemeinschaft und der Gesellschaft nur noch lose zugehörig fühle.

Laut einem von der Regierung Ende 1985 veröffentlichten „Weißbuch über die Jugend" erklärten 90 Prozent, sie seien mit ihrem Los recht zufrieden und auch ganz glücklich. Dabei spielen die steigenden Einkommen, der erhöhte Lebensstandard und die Zunahme der Freizeit wichtige Rollen. Die meisten jungen Leute bevorzugen auch den leichten Weg, um etwas zu erledigen. Es fehlt ihnen an Geduld und Ausdauer und sie versuchen, ihre Wünsche ohne große Anstrengungen zu verwirklichen. Gleichzeitig ist ein Niedergang der Arbeitsmoral zu verzeichnen.

1958 war noch jeder zweite unter 24 Jahren bereit, „alle Kräfte für den Staat und die Firma einzusetzen", im letzten Jahr waren es nur noch sechs Prozent.

Auch eine kürzliche Umfrage der staatlichen Rundfunkgesellschaft NHK deutet auf Wechsel im Verhaltensmuster der reiferen Jugend hin. 70 Prozent erklärten, sie ließen sich nicht gern von anderen Befehle geben, und 71 Prozent meinten, sie wollten ein möglichst sorgenfreies Leben führen. 51 Prozent äußerten, sie würden alles auf sich zukommen lassen und sich erst dann entscheiden, wenn es nötig sei.

Die Personalchefs japanischer Firmen haben festgestellt, daß ein neuer Typ junger Stellungssuchender an ihre Türen klopft: Er ist praktischer und ungezwungener als sein Vorgänger in den siebziger Jahren. Vor allem ist er auch alles andere als ein Ausbund an Bescheidenheit, sondern macht seine Gehaltsansprüche mit Sicherheit geltend. Damit hat der westliche Individualismus auch in Japan den Fuß schon in der Tür.

Schlangestehen für einen Spitzenjob: 2,2 Millionen Japaner studieren an 1024 Universitäten und Colleges FOTO: DPA

Auch das Konsumverhalten der jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren ist ganz anders als das ihrer Eltern und stark von dem Drang geprägt, die Persönlichkeit des einzelnen auszudrücken. Waren die Japaner in der Vorkriegszeit noch dazu angehalten, ihren Eltern und Herrschern zu gehorchen und in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gesellschaft zu handeln, so ist das „Lebensgefühl" der Jugend zunehmend individualistisch.

Nach der alten konfuzianischen Ethik gründete sich das Leben des Volkes auf der Familie. Deren Grundlage war die ehrfürchtige Liebe des Kindes und die gütige Liebe der Eltern. Das Kind verbürgte die Fortdauer der Familie, die von den Vorfahren begründet wurde und ewig fortbestehen sollte. Trotz des Wandels der letzten Jahrzehnte – der Übergang zur Kleinfamilie, Landflucht und Industrialisierung, verschärfter Bildungswettbewerb, Materialismus und Verflachung der zwischenmenschlichen Beziehungen – sind die Familienbande aber immer noch verhältnismäßig fest.

Bei Problemen hilft der Rat der Mutter

Aus einer Umfrage der staatlichen Management- und Koordinationsagentur Mitte letzten Jahres geht hervor, daß knapp 90 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 23 Jahren keine oder nur sehr wenige Probleme beim Zusammenleben mit ihren Familien hatten. Im Falle von persönlichen Schwierigkeiten fragten 37 Prozent ihre Mütter und 19 Prozent ihre Väter um Rat. 26 Prozent erklärten sich bereit, für ihre Eltern im hohen Alter zu sorgen.

Etwas mehr als 90 Prozent aller Japaner heiraten. Das häufigste Alter für Eheschließungen ist bei Männern 29 und bei Frauen 25 Jahre. 85 Prozent aller Ehen basieren – so ergibt eine Umfrage – auf „Liebesheiraten". Dabei sind allerdings Eheschließungen mitgerechnet, bei denen die ersten Kontakte von der Familie arrangiert waren. Der Rest entfällt auf vermittelte Ehen.

Da immer mehr junge Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind, wird das Kinderkriegen eingeschränkt oder aufgeschoben. Nur noch knapp ein Drittel aller jungen Frauen waren der Meinung, daß ihr Platz vorrangig zu Hause sei. Die Scheidungsziffer ist in den letzten Jahren gestiegen, sie lag 1985 bei 13,9, das war allerdings erst etwa ein Viertel derer in den USA.

Sport, Spiel und Reisen gehören laut dem letzten „Weißbuch" von 1983 des japanischen Freizeit-Entwicklungs-Zentrums zu den beliebtesten Hobbies und Freizeitbeschäftigungen junger Japaner.

Reisen, Discos und Botanische Gärten

In der Reihenfolge der Beliebtheit handelte es sich um Inlandsreisen, Autotouren, Karten- und Brettspiele, Besuche von Bars, Discos oder Nachtklubs, Wandern, Schwimmen, Besuche von Zoos, botanischen Gärten und Museen, Gartenarbeit, Besuche von Vergnügungsparks, Anhören von Musik, Fernsehen, Lesen von Comics, Besuch von Spielhallen, Kinobesuch, Tennis, Kegeln, Stricken oder Weben, Jogging, Aerobic, Besuch von Sportveranstaltungen und Besuch von Messen oder Ausstellungen.

Nur ein verschwindend kleiner Teil der japanischen reiferen Jugend hält etwas von gewalttätiger Auflehnung gegen das Establishment. Das politische Engagement der breiten Mehrheit ist schwach. Auch das Nationalgefühl ist längst nicht mehr so stark ausgebildet wie in Vorkriegszeiten. Laut der Untersuchung der Management- und Koordinationsagentur erweisen nur 64 Prozent dem Sonnenbanner, der japanischen Nationalflagge, Achtung. Und nur 16 Prozent erklärten, daß sie sich mit aller Kraft für die Interessen ihres Landes einsetzen würden. Andererseits verurteilten 77 Prozent die Praktik, bei Wahlen Stimmen mit Geld zu kaufen.

Die jungen Japaner sehen sich innerhalb ihrer Umgebung mit passabler Zufriedenheit. Laut „Weißbuch über die Jugend" ist die Mehrheit der Jugendlichen gefühlsmäßig auf Harmonie und Vermeidung von Konflikten ausgerichtet. Während sich 60 Prozent mit ihrer Arbeit und über ihre Firma recht zufrieden äußerten, erklärten sich 55 Prozent mit der bestehenden Gesellschaft im Einklang. 45 Prozent kritisierten die japanische Gesellschaft, weil das, was sie für richtig und gerecht hielten, nicht verwirklicht sei.

Es folgt: Die Jugend in der Sowjetunion

Ein Egozentriker verteilt seine Zensuren

Viele Jahre saß Klaus Bölling als Regierungssprecher „*innen*". Was er „von außen" betrachtet, ist enttäuschend. Eine Buchreportage.

Von PETER PHILIPPS

Am Buchstand in den Wandelgängen des Nürnberger SPD-Parteitags regte sich ein Delegierter auf: Ein 240 Seiten starkes Buch, in wenigen Exemplaren dort, leicht übersehbar gestapelt, war für ihn zum Stein des Anstoßes geworden; es habe auf diesem Rau-Parteitag nichts zu suchen. Denn diesem Werk waren Vorabdrucke vorausgeeilt, hatten öffentlich den Schulterschluß der Partei mit dem Kanzlerkandidaten gestört.

Es ging dem Genossen um Klaus Böllings „Bonn von außen betrachtet" (Deutsche Verlags-Anstalt, 28 Mark). Der Autor selbst war – aus Angst vor verbaler Prügel? – erstmals auf einem Parteikongreß nicht anwesend. Nur sein Werk und die darin auch enthaltenen Sottisen über den „guten Menschen aus Wuppertal" ist in Nürnberg präsent.

Die Aufregung des Sozialdemokraten vor dem Buchstand war überflüssig. Denn neben einigen nachdenkenswerten Betrachtungen wird es vor allem durchzogen von einer breiten Spur aus Larmoyanz eines unter Liebes- und Bedeutungsverlust Leidenden; aus nachträglicher Rechtfertigung früheren Tuns und der Zurschaustellung, über welch intimes Herrschaftswissen er verfügt hat. Es sind weniger Betrachtungen von außen als eine breitangelegte Apologie für sich selbst und den letzten sozialdemokratischen Bundeskanzler.

„Ich habe selber lange genug im Glashaus gesessen", formuliert der Autor da in ungebrochener Eitelkeit, „habe mich immer bemüht, nicht zu oft den vorgestanzten Redensarten aufzusitzen, aber dem ist schwer zu entrinnen." Wen interessiert dies heute noch? Wahrscheinlich nicht einmal den „Lieben H.", wenn es ihn denn geben sollte, der als Adressat der in Briefform gehaltenen Bölling-Gedanken herhalten muß.

Klaus Bölling – Bonn von außen betrachtet

Für 24 Mark ein Blick von außen nach innen FOTO: DIE WELT

Daß der ehemalige Regierungssprecher und Journalist ein intelligenter und eleganter Formulierer ist, ist nicht zu bestreiten. Daß er einer der besten Regierungssprecher in Bonn war, ebenso wenig. Doch dies sind noch keine hinreichenden Voraussetzungen für ein gutes Buch. Der Leser muß das wirklich Lesbare suchen, aussieben, wie der Goldgräber das gelbe Metall aus dem Flußsand.

Strauß sollte nach Bonn gehen

Zumindest überraschend ist das, was da von einem Immer-noch-Sozialdemokraten über Franz Josef Strauß zu Papier gebracht worden ist: „Dieser Republik (wird) etwas wichtiges vorenthalten geblieben sein, wenn Strauß eines Tages aus der aktiven Politik aussteige, ohne in Bonn noch einmal auf die nationale Politik in einem wichtigen Amt eingewirkt haben zu können." Und: „Eigentlich ist das zu bedauern", daß das Amt des Bundeskanzlers für Strauß „mittlerweile unerreichbar" geworden sei. „Denn Strauß ist nun einmal einer der ganz wenigen großen, strategisch denkenden Köpfe in dieser Bundesrepublik, und ich war, bei allen kritischen Vorbehalten, immer davon überzeugt, daß er seine CSU tatsächlich als eine christlich-soziale Volkspartei begreift."

Es ist wohl die spätestens seit Thomas Mann zum literarischen Thema gemachte Bewunderung der blutarmen, dünnhäutigen Intellektuellen für die kräftigen, selbstbewußten „Kerle", die Bölling da die Feder führt: Schmidt über alles; ansonsten füllt nur noch Strauß seinen Ton mit Inbrunst. Kohl und Rau, mit beiden kann er nichts anfangen. Vogel, wenn auch in anderer Weise, hält er gerade noch für kanzlerfähig.

Überraschendes Urteil über Zimmermann

Und noch eine Überraschung verbirgt sich in den 240 Seiten: „Da ich Innenminister Friedrich Zimmermann einigermaßen einschätzen zu können glaube, in ihm einen Gesinnungskonservativen erkenne, der in einigen wenigen Zusammenhängen sogar einer freilich begrenzten Liberalität fähig ist", usw.

Böllings Problem, das er offenbar immer noch nicht bewältigt hat, liegt – neben mehr privaten Schwierigkeiten – vor allem darin, daß sich niemand mehr so recht für seine Meinung interessiert. So schrieb er an einen erdachten Freund, aber der Inhalt dieser „Briefe" sagt mehr über ihn selbst als über die von ihm Beschriebenen aus. Sie werden nicht lange zur Kenntnis genommen werden. SPD-Chef Brandt ging in Nürnberg gerade nur mit einem Halbsatz auf das „Böllern aus den Kulissen" ein.

Er ist „in sich gegangen", hört man von seinen Freunden. Er fühlt sich mißverstanden von aller Welt, habe doch Rau nichts Böses antun wollen. Aber da stehen nun Sätze wie diese schwarz auf weiß: „Was soll ein am Schicksal dieser Republik gedanklich und mit Gefühlen anteilnehmender Bürger mit dem Rau'schen Hirtenwort Versöhnen, statt Spalten denn anfangen? Die Auseinandersetzung mit dem politischen Widersacher ist nicht in der Manier eines Billy Graham zu bestreiten." Da hat er recht, nur als Billy Graham hätte Rau auch in Nordrhein-Westfalen keine absolute Mehrheit gewonnen. Hinter dem Mann muß ja noch mehr stecken.

Und welch Überheblichkeit spricht auch aus folgendem Abschnitt des Buches: „Blüm hat menschliche und gedankliche Substanz, ist, nach meinen Eindrücken, das Gegenteil eines Schönwetter- und Stromlinien-Demokraten." Und dem IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mair fehle „das bißchen Mut", junge Delegierte auf dem Gewerkschaftstag bei ihren Angriffen auf ihn zu bremsen.

Und dann immer wieder: ich, ich, ich. Ein Egozentriker verteilt als selbsternannter Oberlehrer seine Zensuren über andere, die im Verlauf eines langen Lebens mit Leistung ihre Fähigkeiten bewiesen haben.

Gewerkschaft gegen Idee einer Ergänzungsabgabe

ARNULF GOSCH, Bonn

Als *falschen* Weg zu einer wirksamen Steuerentlastung aller Steuerzahler hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft *den steuerpolitischen* Teil der Rede von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau auf dem Nürnberger Parteitag kritisiert. So könne „soziale Gerechtigkeit" im Steuerrecht nicht über eine Ergänzungsabgabe erreicht werden, sondern ausschließlich über einen sozialen Schnitt des Steuertarifs, meinte Gewerkschaftsvorsitzender Werner Hagedorn gestern in Bonn. Die Ergänzungsabgabe habe schon in den siebziger Jahren als Rezept zur Stärkung der Sozialstruktur des Steuerrechts versagt. Als Fremdkörper im Einkommensteuerrecht wirke sie zudem allen Bestrebungen *zur Steuervereinfachung und zur größeren* Transparenz des Steuerrechts entgegen.

Ebensowenig sei eine steuerfreie Investitionsrücklage als Instrument der Wirtschaftslenkung geeignet. Anstatt steuerliche Subventionen abzubauen, würden neue geschaffen, allerdings mit kontraproduktiven Effekten: Gefördert würden betriebswirtschaftlich unvernünftige Investitionen, befrachtet wäre erneut das Steuerrecht mit komplizierten Regelungen. Gangbare Wege zu einer wirksamen Steuerentlastung würden verbaut.

Weiter vermißt die Steuer-Gewerkschaft im *SPD-Konzept* einen *Hinweis* auf die Ausschöpfung der vorhandenen Steuerquellen durch eine funktionstüchtige Steuerverwaltung, die zusätzliche Manövriermasse für eine wirksame Steuerentlastung schaffen könne. Eine Stärkung der Steuerverwaltung wäre nicht zuletzt ein besonders effektives Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit im Steuersystem.

Unternehmer kritisieren EKD

idea, Marl

Heftige Kritik an den Sanktionsforderungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegen Südafrika hat jetzt der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU) geübt. Der Rat der EKD hatte sich Ende Juli in einem Beschluß für „gezielte, kalkulierte Sanktionen" ausgesprochen. In einer Stellungnahme der Unternehmer heißt es, Wirtschaftssanktionen seien „Maßnahmen der Gewalt". Es könne aber auf keinen Fall Angelegenheit der evangelischen Kirche sein, zu Gewalt gegenüber Staaten mit „anderen Rechts- und Wirtschaftsformen als den unseren aufzurufen".

Nach Ansicht des Arbeitskreises unter Vorsitz von Max Dietrich Kley, der auch der Synode der EKD angehört, führen *Sanktionen* mit *großer* Wahrscheinlichkeit zu einer Verschärfung der Fronten zwischen Schwarz und Weiß und „damit zu grausamen Auseinandersetzungen, die die heutigen Gewaltanwendungen auf beiden Seiten bei weitem übersteigen" werden. *Die EKD* könne sich nicht für einen solchen Weg entscheiden „angesichts der Tatsache, *daß friedliche Wege zur* Überwindung der südafrikanischen Probleme nicht endgültig verschlossen sind".

Gegenüber dem ständig wachsenden Beitrag gerade der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung der Lage der Schwarzen und zu ihrer Integration in die Betriebe bleibe der Beitrag der Kirche selbst zur Überwindung der Apartheid in den protestantischen Kirchen Südafrikas „erstaunlich gering".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der schnellstmögliche Verzicht auf die Kernenergie war gestern auf dem SPD-Parteitag nicht strittig. Peinliche Fragen von Gewerkschaftern und ungenügende Antworten der Genossen gab es aber wegen der beschäftigungspolitischen Auswirkungen eines solchen „Umstiegs".

Der dritte Tag in Nürnberg wurde zum Tag der „Enkel"

Trägt nunmehr die Last der Verantwortung: Kandidat Rau FOTO: FRINKE

P. PHILIPPS / Mk. Nürnberg

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel machte *zwar* gestern morgen den Auftakt des dritten Verhandlungstages auf dem Nürnberger SPD-Kongreß, als er seinen Bericht „über die Arbeit der Bundestagsfraktion seit dem Essener Parteitag 1984" vorlegte, aber dann wurde es zum Tag der von Brandt einmal entsprechend titulierten „Enkel". Volker Hauff begann, als er den An*trag zum* Ausstieg *aus* der Kernenergie begründete – und dann waren die Genossen wieder den ganzen Tag bei ihren alten Lieblingsthemen: Als Atomgegner, Energie-Disputanten, Welt- und Verteidigungspolitiker.

Daß man „so schnell wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie verzichten" solle, wie es ÖTV-Chefin Monika Wulff-Matthies vor den Delegierten formulierte, war naturgemäß nicht strittig, wäre es wohl auch auf anderen Parteitagen nicht. Die Diskussion begann bei den Fragen nach den beschäftigungswirksamen Auswirkungen eines „Umstiegs", vor allem aber bei der Frage, wie seriös ein Zehn-Jahres-Zeitraum als feste Zielgröße wirklich ist. Das Urteil der Gewerkschaftsführungen, in deren Reihen eben auch die Angestellten der Kenernergiewirtschaft organisiert sind, fiel mit wenigen Verbrämungen eindeutig aus: „Weder das Papier selbst, noch andere Hinweise tragen heute einen so konkreten Zeitplan", wie ihn die Hauff-Kommission vorgelegt habe. Und es sei auch eine „noch eingehendere Analyse der beschäftigungswirksamen Auswirkungen" erforderlich, es müßten „konkret Beschäftigungs-Alternativen aufgezeigt" werden.

Hermann Rappe, der am Sonntagabend vor Parteitagsbeginn den „Seeheimer Kreis" gemäßigt rechter Sozialdemokraten gemeinsam mit Hans Apel darauf eingeschworen hatte, trotz aller Bedenken dem Hauff-Papier zuzustimmen, wurde während der Debatte im Plenum ebenfalls sehr deutlich: „Ein Schließen der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik allein bringt an Sicherheit nichts", habe aber erhebliche Auswirkungen beispielsweise auf die interantionale Konkurrenzfähigkeit des Landes.

Schwierigkeiten vor Ort

Ihn interessiere „der Beginn" des Ausstiegs aus der Kernenergie, „die Jahreszahl am Ende des Weges ist ziemlich uninteressant". Die Partei habe darauf zu achten, daß auch hier „mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes kein Spiel" getrieben werde. Und sie solle nur „das formulieren, was wir auch in einigen Jahren noch als Eckpunkte formulieren können."

Mehr als eine Orchidee trat auch ein Betriebsrat aus der Kernenergiewirtschaft ans Mikrofon und appellierte an die Genossen, mit den Ausstiegsplänen zugleich auch „den Arbeitnehmern Perspektiven aufzuzeigen, wo und was sie dann arbeiten sollen". Er beschrieb die Schwierigkeit sozialdemokratischer Betriebsräte, vor Ort solche Parteitagsbeschlüsse zu vertreten. Aber er hatte wohl bereits vorher resigniert: „Dinge, die vorprogrammiert sind, sind nicht mehr änderbar". Und in der Tat: *Nach 23 Diskussionsbeiträgen* wurde der Ausstiegsplan mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. „Enkel" Hauff konnte strahlend die Glückwünsche von Johannes Rau und Willy Brandt auf der Vorstandstribüne in Empfang nehmen.

Am Tag zuvor war bis in den späten Abend hinein über die Steuerpolitik *diskutiert worden. Der* finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel, präsentierte dabei den Antrag des Parteivorstandes für eine Steuerreform, die im wesentlichen auf eine Entlastung für kleinere Einkommen durch eine Anhebung des Grundfreibetrages und der unteren Proportionalzone hinausläuft. Eine Änderung des Spitzensteuersatzes lehnte er ab.

Die „unsozialen Kinderfreibeträge", so Apel, sollen gestrichen und das Kindergeld kostenneutral auf 100 Mark für das erste, 200 Mark für das zweite und 300 Mark für jedes weitere Kind angehoben werden. Seiner Ansicht nach muß das Steuersystem durchschaubarer werden. Ein kompliziertes Steuersystem, dessen Vorteile nur noch mit Hilfe eines Steuerberaters genutzt werden können, begünstigt die Steuerzahler, die sich diese Beratung leisten können", sagte Apel. Und der Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht fügte hinzu, die SPD müsse „auf diesem Politikfeld noch . Kampagnenfähigkeit gewinnen".

Kritik an Bonns Steuerpolitik

Der Steuerexperte Dieter Spöri meinte, „die Umverteilung von unten nach oben" sei noch nicht beendet. Die Bundesregierung verschiebe die Steuerlast immer stärker auf die Millionen Facharbeiter und Angestellten, die kleinen und mittleren Beamten. Sie würden auch überdurchschnittlich Verbrauch- und Mehrwertsteuer zahlen. Der haushaltspolitische Sprecher, Helmut Wieczorek, mahnte seine Partei, das Wort von der Staatsverschuldung und von den großen negativen Folgen nicht zu leicht zu nehmen.

Rau: In den USA Verachtung für Ergebenheit

DW. Nürnberg

Kanzlerkandidat Johannes Rau hat in seiner Rede vor dem SPD-Parteitag in Nürnberg auch zum Verhältnis zu Amerika und zur Sicherheitspolitik Stellung genommen. Die WELT dokumentiert Auszüge:

„Ich bin ein Freund Amerikas. Freundschaft heißt Gleichberechtigung. Es ist meine Erfahrung mit Amerika: Dort gibt es für Ergebenheit keinen Rabatt, sondern nur subtile Verachtung ... Wer nirgendwo nein sagt, muß bald alles mitmachen. SDI ist ein Beispiel dafür. Wir werden die SDI-Abkommen kündigen ... Die gegenwärtige Bundesregierung hat ihr Verhältnis zu Amerika nie wirklich geklärt ... Es geht um die *Freiheit durch das Bündnis und um* die Freiheit im Bündnis ... Freiheit im Bündnis – das ist das Gegenteil von Unterwerfung, von Anpassung, von Duckmäusertum ...

Im Bündnis will ich eintreten für eine zweite Phase der Entspannungspolitik, die vier Elemente enthalten soll: Die Abrüstung atomarer und chemischer Waffen in Mitteleuropa; die Stabilisierung der konventionellen Kräfteverhältnisse auf einer möglichst niedrigeren Ebene ... Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, die die Machtblöcke übergreift und schließlich überwindet ... Wir fordern von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles; von der UdSSR fordern *wir den unverzüglichen* Abbau der im Gegenzug in der DDR und CSSR aufgestellten Raketen und eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen mindestens auf den Stand von 1979 ... Wir wollen einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa ... Wir streben eine chemiewaffenfreie Zone in Europa an als Schritt ... Als ersten Schritt für die Begrenzung der Verteidigungsausgaben will ich den Verteidigungshaushalt auf den Anteil zurückfahren, den er im letzten Jahr der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hatte."

FDP fordert: Genscher bleibt Außenminister

AP, Stuttgart

Als „Bedingung" für eine neue Ko*alition mit der CDU/CSU* nach der Bundestagswahl hat FDP-Generalsekretär genannt, daß Hans-Dietrich Genscher Außenminister bleibt. Haussmann wies damit die Forderung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zurück, Genscher als Außenminister abzulösen. „Nach über drei Jahren gemeinsamer Regierung ist der Zeitpunkt gekommen, wo man Abgrenzung gegenüber der Opposition und nicht innerhalb der Koalition vornehmen sollte", sagte der FDP-Politiker. Haussmann warf der CSU vor allem vor, gemeinsame Entscheidungen, wie zum Demonstrations- und Asylrecht, dauernd in Frage zu stellen.

Dormagen ignoriert Gerichtsentscheid

dpa, Dormagen

Die Ratsmehrheit in Dormagen im Kreis Neuss ist nicht gewillt, der Entscheidung des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwier (SPD) und des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf zu folgen und eine von 118 Elternpaaren beantragte Gesamtschule in der Stadt einzurichten. Obwohl die Stadtväter in der vergangenen Woche noch einmal darauf hingewiesen worden waren, daß die vom Rat eingelegte Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Münster keine aufschiebende Wirkung habe und die Schule bis zum Schuljahresbe*ginn am 8. September einzurichten* sei, beschlossen die neun CDU-Ratsmitglieder und ein Zentrumsabgeordneter gegen die neun Stimmen der SPD wie zuvor, daß es in Dormagen keine Gesamtschule geben soll.

Höchstwahrscheinlich wird nun der Neusser Oberkreisdirektor den Stadtdirektor von Dormagen anweisen, den Gesamtschulbetrieb vorzubereiten, *so daß die betroffenen* Kinder zum Schuljahresbeginn ihre Klassen beziehen können. Das Oberverwaltungsgericht Münster wird in der kommenden Woche über den Schulstreit entscheiden.

Bonn schränkt „Transitprivileg" ein

Maßnahmenkatalog gegen Mißbrauch des Asylrechts / Krisensituation kein Anerkennungsgrund

DIETHART GOOS, Bonn

Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, den *das Bundeskabinett* gestern beschlossen hat, will Bonn das Problem steigender Asylbewerberzahlen in den Griff bekommen. Die Beschlüsse, die Bundeskanzler Kohl der Öffentlichkeit vorstellte, zielen darauf ab, den Mißbrauch der Asylbestimmungen des Grundgesetzes einzuschränken. Politische Flüchtlinge sollen weiterhin Asyl in *der Bundesrepublik Deutschland finden* können. Mehrere Beschlüsse richten sich gegen Scheinasylanten, die besonders über den Flughafen Frankfurt/Main in die Bundesrepublik kommen. Die Maßnahmen setzen Gesetzesänderungen voraus:

- Das Transitprivileg wird eingeschränkt. Reisende aus Staaten wie Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und *Bangladesh benötigen künftig* auch für die Zwischenlandung auf einem Flughafen im Bundesgebiet ein Transitvisum, um die Maschine verlassen zu können.
- Fluggesellschaften und Schiffsreedereien müssen Strafe zahlen, wenn sie – unabhängig vom eigenen Verschulden – Ausländer ohne die erforderlichen Einreisepapiere in das Bun*desgebiet befördern. Die Kontrollen* der Grenzbehörden zur Einhaltung dieser Bestimmung werden verschärft.
- Die Beförderungsgesellschaften müssen Ausländer auf eigene Kosten wieder außer Landes zu bringen, die im Bundesgebiet ohne rechtliche Voraussetzung Asyl beantragt haben.
- Fluggesellschaften und Reedereien können auch verpflichtet werden, zurückgewiesene oder abzuschiebende Ausländer in ihr Herkunftsland zurückzutransportieren oder in den Staat zu bringen, der ihren Paß ausgestellt hat oder aus dem sie in das Bundesgebiet *eingereist sind.*
- Die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in den *Problemländern* erteilen Sichtvermerke für die Bundesrepublik restriktiv. Die Gültigkeit der Visa wird auf ein bis zwei Monate beschränkt.
- An Grenzübergangsstellen mit einem hohen Aufkommen an Asylbewerbern wird der Grenzschutzdienst verstärkt. Die Beamten sollen damit besser prüfen können, ob tatsächlich ein Asylbegehren vorliegt.
- *Das Grenzschutzamt* Frankfurt erhält ebenfalls mehr Personal. Diese Dienststelle stellt die Begleitung von abzuschiebenden Ausländern, um die Luftsicherheit zu gewährleisten.
- Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf mit seinen Außenstellen erhält etwa 100 zusätzliche Fachkräfte. Damit sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. *Die* neuen Beamten werden aus Bundesministerien und Bundesbehörden mit Zeitverträgen abgeordnet.
- Bei der Prüfung von Asylanträgen bleiben Umstände unberücksichtigt, die ein Ausländer erst nach seiner Flucht geschaffen hat, um die Anerkennung als politischer Asylant zu erreichen („Nachfluchtgründe").
- Wer sich vor der Einreise in die Bundesrepublik bereits drei Monate in einem anderen Staat aufgehalten hat, kann keine politische Verfolgung in seinem Heimatland geltend machen.
- Asylsuchende, die sich vor der Einreise in die Bundesrepublik bereits länger als drei Monate in einem EG-Staat, in Österreich, der Schweiz, Schweden oder Norwegen aufgehalten haben oder in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher waren, können an der Grenze zurückgewiesen werden.
- Nach dem neuen Asylverfahrensgesetz sollen Asylanträge in solchen Fällen unbegründet sein, wenn um Asyl in der Bundesrepublik nur aus wirtschaftlichen Gründen nachgesucht wird. Auch wenn der Asylantrag mit allgemeiner Notsituation begründet wird oder kriegerische Auseinandersetzungen im Heimatland vorgebracht werden, soll dem Begehren nicht stattgegeben werden.
- Die Bundesregierung erwartet, daß sich diese verschärften Bestimmungen schnell in den *Heimatländern* potentieller Wirtschaftsasylanten herumsprechen und die Zahl der Scheinasylanten damit drastisch sinkt. Auch den Schlepperorganisationen soll mit diesen Maßnahmen begegnet werden.

Gölter warnt die SPD

Mainzer Kultusminister befürchtet bildungspolitische Verschärfung

Nea. Mainz

Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) befürchtet für die nächsten Jahre eine wesentliche Verschärfung der bildungspolitischen Auseinandersetzung zwischen SPD- und unionsregierten Bundesländern. Der Grund liege darin, daß die „Veränderer" in der SPD und der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) offenbar ungeduldig geworden seien und „ihre" Minister neuerdings stark unter Druck setzten.

Diese Kräfte, so Gölter, hätten es ihren Parteifreunden in der Kultusministerkonferenz nie verziehen, daß sie sich etwa wie bei der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse 1982 immer wieder um der Gemeinsamkeit des bundesdeutschen Schulwesens willen auf Kompromisse eingelassen haben.

Ziel dieser Bemühungen ist es nach Gölters Ansicht, an Tendenzen der 70er Jahre wieder anzuknüpfen: Abschied von Leistungsorientierung, Differenzierung und einem gegliederten Schulwesen, das jedem nach seinen Fähigkeiten gerecht zu werden versuche; stattdessen die alte, klassenkämpferische Forderung nach der *Einheitsschule, für die zehn-* bis 16jährigen unter dem Dach der integrierten Gesamtschule, für die 17- bis 19jährigen unter dem Dach der sogenannten Kollegschule, in der in drei Schuljahren bekanntlich sowohl das Abitur mit Hochschulreife, als auch eine berufliche Qualifikation erworben werden soll.

Die Länder mit einer Unionsmehrheit hätten dagegen, so Gölter, mehrfach Nachgiebigkeit bewiesen, etwa im Falle der Kollegschule, als Nord*rhein-Westfalen nachträglich nach* langem Tauziehen um eine Anerkennung noch zwei dieser Schulen zusätzlich „aus der Schublade" gezogen habe. Wegen zweier zusätzlicher Schulen habe man die Einheitlichkeit der Abschlüsse in der Bundesrepublik nicht gefährden wollen. Wenn nun aber Nordrhein-Westfalen, wie manche voraussagen, im kommenden Jahr weitere fünf dieser Bildungsanstalten etabliere, sei für die Union die Schmerzgrenze überschritten: Die Folge werde sein, daß an den Universitäten der Unionsländer das „Abitur" der nordrhein-westfälischen Kollegschulen nicht mehr anerkannt werde. *Auf lange Sicht* werde damit eine Zweiteilung des gesamten Schul- und Hochschulwesens in der Bundesrepublik je nach politischer Mehrheit unausweichlich.

Der Minister hält eine solche Entwicklung auch deshalb für sehr gefährlich, weil der voraussehbare Studentenmangel in den 90er Jahren ohnehin zu einer „Sortierung" nach Leistung führen werde. *Abiturienten* von leistungsstärkeren Gymnasien würden sich dann von selber an den berühmten Universitäten sammeln, die sich ihre Studenten aussuchen könnten. Für die kleinen und jungen Hochschulen bliebe der Rest.

Führte Ausländerhaß zur Brandstiftung?

hrk. Berlin

Die Zerstörung zweier leerer Asyl*antenzelte in Berlin Ende Juli steht* vor der Aufklärung. Ein 16- und ein 18jähriger Berliner haben jetzt bei intensiven Vernehmungen durch Staatsschutz-Beamte gestanden, die Zelte durch zwei „Molotowcocktails" in Brand gesetzt zu haben. Ihr Motiv: Ausländerhaß und Ärger über die „Störung" ihrer nächtlichen Gruppentreffen durch die Notquartiere. Bei*de erklärten jedoch,* sie seien nicht von rechtsradikalen Motiven geleitet worden.

Die Explosion der Brandbomben hatte seinerzeit Besorgnis über den Beginn einer Welle aggressiver Ausländerfeindlichkeit ausgelöst und die Diskussion um eine Regulierung der Asylbewerber-Flut intensiviert.

Berlins stellvertretender Staats*schutzchef* Dieter Piete erklärte auf Anfrage der WELT, die Polizei sei durch Aussagen der Anwohner des Parks, in dem sich das Verbrechen abspielte, auf eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen aufmerksam geworden, zu der die beiden Geständigen gehörten.

Bischof gegen härtere Asylpraxis

rtr, Limburg

Als erster Repräsentant der katholischen Kirche hat sich der Limburger Bischof Franz Kamphaus sowohl gegen eine Änderung des Grundgesetzes als auch gegen eine Verschärfung der Abschiebepraxis ausgesprochen. *In einem gestern* vorab veröffentlichten offenen Brief in der Zeitung „Der Sonntag" schreibt Kamphaus, es sei ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, die soziale, kulturelle und politische Identität der Bundesrepublik Deutschland könne durch die Abschottung der Grenzen gewahrt werden. Zur Zeit werde übersehen, daß wesentlich ärmere Länder wesentlich höhere Flüchtlingszahlen verkraften müßten. Der Bischof wandte sich auch gegen eine Verschärfung der Abschiebepraxis.

Verlorene Schraube kein Sicherheitsrisiko

AP, München

Das bayerische Umweltministerium hat die Zustimmung zur Wiederinbetriebnahme eines vorübergehend stillgelegten Blocks im Kernkraftwerk Gundremmingen erteilt. [illegible] umfassende sicherheitstechnische Prüfung hat nach Angaben des Ministeriums ergeben, daß eine vermißte Schraube kein Sicherheitsrisiko darstelle. Während einer Revision, [illegible] der Block abgeschaltet werden mußte, hatte man bemerkt, daß an [illegible] *Armatur fünf von insgesamt* [illegible] Befestigungsschrauben und die [illegible] gehörigen Sicherheitsbleche [illegible]. Bei einer Suchaktion wurden [illegible] Schrauben gefunden.

Alle „DDR"-Ersttagsbriefe gehen postwendend zurück

RALPH LORENZ, Bonn





Zum zweiten Mal weist die Bundespost im *40jährigen* Briefmarkenkrieg mit der „DDR" eine Mauer-„Gedenkbriefmarke" zurück. Während Bonn abgestuft reagiert, blockt die „DDR" generell ab. So wurde die Vertriebenenmarke (rechts) im vergangenen Jahr 40 000fach abgewiesen.

Vertauschte Fronten im innerdeutschen Briefmarkenstreit: Diesmal ist es die Deutsche Bundespost, die Briefe zurückweist – und das auch erst zum zweiten Mal im 40jährigen Briefmarkenkrieg. Die nach SED-Art markige 20-Pfennig-Marke „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall" ist für sich genommen schon Ärgernis genug, jedoch noch unterhalb der im Bonner Postministerium gesetzten *formalen* Reizschwelle. Denn im Hause Schwarz-Schilling will man nicht auf Kosten des innerdeutschen Briefverkehrs den von der „DDR" zackig betriebenen philatelistischen Grabenkrieg verlängern.

Erst die Tatsache, daß Ost-Berlin seine anrüchige Ideologieduft-Marke mit der provozierend wiederholten Kuvert-Aufschrift „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall" auch noch als Ersttagsbrief herausgibt, ist für die Bundespost Anlaß, sich auf „Paragraph 13, Absatz eins, Nummer drei, Postordnung" zu berufen. Demzufolge dürfen Briefumschläge nicht mit politischen Aussagen bedruckt werden. „Das ist schon ein Hammer", läßt sich Schwarz-Schillings Pressesprecherin *Barbara Schagen* amtsdeutsch-unüblich vernehmen.

Während Volksarmisten gleich paarweise „im toten Winkel" über die Mauer klettern und erst gestern der Fluchtversuch eines „DDR"-Zivilisten in den Westberliner *Ortsteil* Frohnau scheiterte, macht das Regime in Ost-Berlin das Mauerjubiläum zur idyllisch anmutenden Briefkopfzierde. Das Motiv zeigt drei bewaffnete „Vopos" mit schäckernder Volksgenossin vor dem Brandenburger Tor – auf dem knattert wiederum überproportional im ideologischen Gegenwind die Hammer- und Zirkelfahne. Statt Stacheldraht gezackter Briefmarkenrand. 4200 dieser Ersttagsbriefe sind postwendend über die sogenannten Austauschpostämter Hamburg, Hannover, Berlin, *Bad Hersfeld und Hof an die* DDR-Adressen zurückgegangen. Es trifft somit nur die „DDR"-Briefmarkensammler, denen die Bundespost nicht noch den Gefallen erweisen will, mit der üblichen Entwertung das Polit-Papierchen aufzuwerten. Der Briefverkehr (durchschnittlich 4,2 Millionen Sendungen im Monat) ist somit minimal betroffen.

Anders dagegen die „DDR". Die mit der versöhnungsbetonten Marke *„40 Jahre Eingliederung* heimatvertriebener Deutscher" frankierten Briefe aus der Bundesrepublik Deutschland wurden im vergangenen Jahr rigoros zurückgewiesen. Die Ideologen in Warschau und Ost-Berlin stempelten selbst diese friedlich-freundliche, stark abstrahierte Vertriebenenmarke als revanchistisch ab. 44 000 Briefe erreichten ausgerechnet in der Vorweihnachtszeit nicht ihre Empfänger.

Umso empfindlicher reagiert man in der SED, wenn mal Schwarz-Schillings Post mauert: „Ständige Vertretung der DDR in Bonn legte Verwahrung ein", teilte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" gestern seinen Lesern mit. Die Zurückweisung von „DDR"-Postsendungen stehe in eklatantem Widerspruch zu allen „für den internationalen Postverkehr geltenden Regelungen und Bestimmungen".

Daß ausschließlich auf Wertsteigerung kalkulierende Briefmarken-Spekulanten betroffen sind, wird vom „Neuen Deutschland" schamhaft verschwiegen.

Esten rebellierten gegen Einsatz in Tschernobyl

Wehrpflichtige zwangsverschickt / Angst vor Strahlenschäden

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat jetzt erstmals zu einem nationalen Konflikt innerhalb der Sowjetunion geführt. Esten, die dort zur Dekontamination eingesetzt und *zwangsmobilisiert worden sind*, sollen nach einem Bericht der sowjetestnischen Jugendzeitung „Norte Hääl" rebelliert und die Arbeit verweigert haben. Auch in der Sowjetrepublik Estland selber, so etwa in der Hauptstadt Tallinn (Reval), soll es zu Demonstrationen im Zusammenhang mit der atomaren Verseuchung und der Zwangsverschickung gekommen sein.

Ein Reporter berichtete aus Tschernobyl, daß estnische Wehrpflichtige zwangsweise ausgehoben und oftmals bei Nacht nach Tschernobyl abtransportiert worden seien. Sogar Musiker seien abkommandiert worden, um die eingesetzten Arbeiter zu unterhalten.

Die Esten müssen verseuchte Erde abtragen, das Laub der Bäume sowie Gebäudefassaden „waschen" und auf diese Weise von der radioaktiven Verseuchung befreien. Sie tragen bei dieser Arbeit Atemschutzmasken. In dem Bericht heißt es, die Esten seien *nur mit „Befehlen und Verboten"* konfrontiert worden. Es seien auch Männer nach Tschernobyl geschickt worden, die wegen ihres Alters oder wegen ihres Gesundheitszustandes eigentlich nicht dazu geeignet waren.

„Norte Hääl" erwähnt dann nicht nur die klimatisch schwierigen Lebensumstände der ins Gebiet Tschernobyl abkommandierten Esten: Hitze am Tag, nächtliche Kälte, ein Leben im Zelt. Zugleich wird eingeräumt, daß eine Anzahl estnischer Arbeiter, die verstärkter Strahlung ausgesetzt war, nach medizinischen Untersuchungen nach Hause entlassen wurden. Auch Männer über 45 und Väter von mehr als drei Kindern würden inzwischen vom Arbeitseinsatz befreit und könnten nach Hause fahren.

Besonderer Unmut entstand bei den zwangsverpflichteten Esten, als die sowjetischen Militärbehörden die Dauer des Einsatzes von zwei auf *sechs Monate* ausdehnten. Dies habe wie eine kalte Dusche gewirkt. Der Reporter fügte an diese Feststellung den kritischen Satz: „Zu Hause (in Estland) werden die Menschen ständig belehrt, daß Versprechungen gehalten werden müssen."

Schließlich ist von „extremer Bitterkeit", „Empörung" und „Verzweiflung" unter den zwangsverpflichteten Esten die Rede. Auch von einem „irrationalen Überkochen" der Seelen ist die Rede; und der Satz, „diese Emotionen führten zu Ereignissen, deren Ausmaß und deren Resultate in den Erzählungen, die im Lande (Estland) kursieren, ernsthaft übertrieben wurden," deutet auf schwere Zwischenfälle hin.

Viele der in Tschernobyl eingesetzten Esten, so heißt es weiter, fürchteten folgenschwere gesundheitliche Schäden – vor allem eine Zerstörung ihrer Fortpflanzungsfähigkeit durch die Atomstrahlung. Dies aber ist für Estland, dessen kleines Volk knapp *eine Million Menschen zählt und von* einer schleichenden Überfremdung durch die Russen bedroht ist, ein empfindliches Thema.

Die Esten sind sich des hohen Blutzolls wohl bewußt, den sie seit 1940 zahlen mußten, als sie gewaltsam unter sowjetische Herrschaft fielen. Nun kommt zu dieser Erkenntnis die bange Frage, ob Tschernobyl nicht einen weiteren Schlag für die biologische Substanz des estnischen Volkes bedeutet.

Die staatlichen Medien haben jetzt eine Kampagne gegen die Atomangst gestartet. So spielte die „Prawda" die Gefahr der Strahlenverseuchung herunter.

Blockfreie wollen mit Südafrika „abrechnen"

Am Montag beginnt der Gipfel in Harare / Kontroversen vorprogrammiert / Zimbabwe warnt vor Sabotageaktionen Pretorias

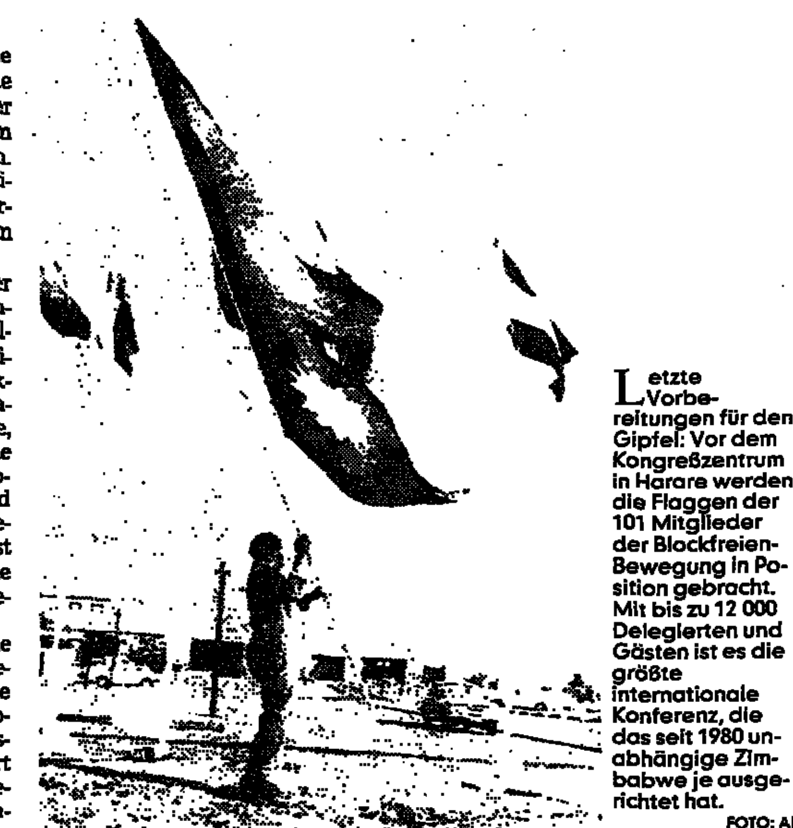
Von W. LÜTZENKIRCHEN

Mit schrillen Tönen stimmt die Regierung von Zimbabwe die Bevölkerung auf die Eröffnung der Gipfelkonferenz der Blockfreien am kommenden Montag in Harare ein. Dabei wird die Gefahr südafrikanischer Angriffe und Sabotageunternehmen in fast hysterischen Zügen beschworen.

Südafrika, so warnte der Minister für Staatssicherheit, Emerson Monangagua, sei darauf aus, die Gipfelkonferenz zu sabotieren. Als mögliches Ziel einer südafrikanischen Aktion nannte der Minister die neue Satellitenempfangsstation in Mazowe, 40 Kilometer nördlich von Harare, die Zimbabwe erstmals einen internationalen Telefon- und Telexverkehr und Fernsehübertragungen unter Umgehung Südafrikas ermöglicht. Sie ist das Herzstück des gesamten für die Blockfreien-Konferenz eingerichteten Kommunikationsapparates.

Die Regierung in Harare und die *Veranstalter der Gipfelkonferenz* sehen noch weitere Risiken. So könnte Pretoria die Abhängigkeit Zimbabwes vom südafrikanischen Verkehrsnetz ausnutzen und den Transport von Versorgungsgütern und die Beförderung von Fluggästen nach Harare empfindlich stören. Mit Handels- und Verkehrsschikanen könne Süd*afrika einen Versorgungsnotstand* auslösen, der eine stilvolle Ausrichtung der Gipfelkonferenz fraglich werden lasse. Offenbar fürchten die Verantwortlichen, daß die Delegationen aus 101 Ländern des blockfreien Lagers in Harare vor leeren Tischen, Regalen und Bars sitzen werden.

Zu der Konferenz, die sich Zimbabwe etwa 50 Millionen Mark kosten läßt, werden bis zu 15 000 Delegierte, Beobachter und Gäste erwartet. Das von Stammeskrieg, politischer Repression und wirtschaftlichem Niedergang gezeichnete Land wird großzügig unterstützt von Nigeria, Algerien und Nordkorea. Organisatorische Hilfe leisten Indien, Jugoslawien und Kuba. Der Aufwand zeigt, *daß für Zimbabwe, wo dieses Jahr* mit einem Defizit in der Handelsbilanz von 800 Millionen Mark gerechnet wird, der Gipfel zu einer Prestigefrage geworden ist.



Letzte Vorbereitungen für den Gipfel: Vor dem Kongreßzentrum in Harare werden die Flaggen der 101 Mitglieder der Blockfreien-Bewegung in Position gebracht. Mit bis zu 12 000 Delegierten und Gästen ist es die größte internationale Konferenz, die das seit 1980 unabhängige Zimbabwe je ausgerichtet hat. FOTO: AP

Die Führer der Frontstaaten, vor allem die Präsidenten von Zimbabwe, Sambia, Tansania und Angola, wollen mit Hilfe der Konferenz den Druck auf Südafrika massiv verstärken und sehen das Forum der Blockfreien als Solidargemeinschaft gegen das sogenannte Apartheidregime. Die 52 afrikanischen Länder bilden die Mehrheit in der buntschillernden Front der Blockfreien. Es steht zu erwarten, daß die Abrechnung mit Südafrika die Gegensätze in der Bewegung zumindest für den Konfe*renzverlauf neutralisieren wird.*

Hoch oben auf der Agenda stehen auch die Schuldenkrise, Wirtschafts- und Ernährungsprobleme, der Rüstungswettlauf und Forderungen nach einer neuen Weltinformationsordnung.

In einem von Vertretern der 101 Länder ausgearbeiteten Papier zur Wirtschaftslage der Dritten Welt wird die Gipfelkonferenz aufgefordert, der zunehmenden Neigung von Industrieländern und internationalen Institutionen, wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) die Kreditgewährung an arme Länder mit „politischen Kriterien" zu verbinden, zu verurteilen. Dem IWF werfen die Blockfreien *vor, für die Lösung* der Schuldenfrage „völlig ungeeignet" zu sein, da er die langfristigen Entwicklungsaussichten der Schuldnerländer gänzlich unberücksichtigt lasse. Die durch die Außenverschuldung entstandenen Probleme seien nicht nur finanzieller Natur: Angesichts der von den multilateralen Finanzinstituten aufgezwungenen Umschuldungsbedingungen berührten sie auch die Souveränität der Gläubigerländer.

Die Blockfreien verlangen darum, daß bei künftigen Umschuldungsverhandlungen in keinem Fall mehr Bedingungen gestellt werden, die den *Schuldnerländern die Möglichkeit* zur Festlegung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik nehmen. Gleichzeitig wird „das unveräußerliche Recht", sein Wirtschaftssystem frei zu wählen und seine Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen, betont.

Wie schon auf dem Blockfreien-Gipfel in Neu-Delhi, wird eine internationale Konferenz zur Vorbereitung einer Reform des Weltwährungssystems gefordert. Außerdem ein Abbau der Zollhürden und die Aufstockung der Entwicklungshilfe der Industriestaaten auf 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts bis spätestens Ende dieses Jahrzehnts.

Auch die Konflikte im Lager der Blockfreien bieten genügend Zündstoff, so etwa der Antrag der Westsahara-Befreiungsfront „Polisario" auf volle Mitgliedschaft. Ebenso wird mit kontroversen Debatten zu den Themen Kambodscha, Libyen, Ägypten, Nord- und Südjemen, Afghanistan und Pakistan gerechnet. Auch die Aufnahme der neuen Mitglieder Haiti und Philippinen steht auf dem Programm. Nach der Entmachtung des Diktators Duvalier erscheint die Aufnahme Haitis problemlos. Dagegen wird mit deutlicher Kritik dem Antrag der Philippinen begegnet, weil die USA dort Stützpunkte unterhalten.

Aquino bietet Rebellenführer Rückkehr an

AP, Manila

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino ist von der ersten Auslandsreise seit ihrem Amtsantritt nach Manila zurückgekehrt. Sie hatte Indonesien und Singapur besucht. Dem in Libyen im Exil lebenden *moslemischen Rebellenführer Nur* Misuari sagte sie freies Geleit zu, falls er in die Heimat zurückkehren wolle. Misuari kämpft auf der Insel Mindanao für einen unabhängigen Staat. Die neue philippinische Verfassung sieht für die Moslems ein gewisses Maß an Autonomie vor.

EG-Programm für Drogenländer

dpa, Brüssel

Die EG-Kommission will asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, in denen Rauschgift hergestellt wird, durch verstärkte Wirtschaftshilfe den Verzicht auf Produktion und Export von Drogen erleichtern. Ein entsprechendes Programm soll im Juni 1987 bei der Sonderkonferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in Wien vorgeschlagen werden.

Israel liefert Kamerun Flugzeuge

AP, London

Einen Tag nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Kamerun hat die britische Militärfachzeitschrift „Jane's Defense Weekly" berichtet, daß Kamerun zwölf israelische Kampfflugzeuge des Typs „Kfir" erhalten wird, die auf der Grundlage amerikanischer und französischer Technik von dem staatlichen Unternehmen IAI in Israel hergestellt werden. Außerdem wurde die Lieferung von vier „Arava"-Transportflugzeugen vereinbart. Die Kosten belaufen sich auf 70 Millionen Dollar.

Cattenom: Zwei Wochen später

DW. Metz

Eine „schlechte Koordinierung beim Probelauf" war die Ursache für die Überschwemmung im Kellergeschoß des französischen Kernkraftwerks in Cattenom. Die Alarmanlagen, die die Überschwemmung und deren Ursprung hätten anzeigen sollen, waren nicht eingeschaltet worden, teilte der stellvertretende KKW-Leiter, Abraham, mit. Wäre der Reaktor in Betrieb gewesen, hätte er „in voller Sicherheit" abgeschaltet werden können. Die für Mitte September vorgesehene Inbetriebnahme dürfte sich um zwei Wochen verzögern.

Uganda schließt Grenze zum Sudan

AP, Kampala

Uganda hat die Schließung der Grenzen zum Sudan jetzt offiziell bestätigt. Grund sei die Unterstützung der in Norduganda operierenden Rebellen durch die sudanesische Regierung in Khartum, hieß es. Die Schließung bedeutet einen schweren Schlag für die Bemühungen internationaler Hilfsorganisationen, rund zwei Millionen Menschen im Südsudan vor dem Hungertod zu bewahren. Der Weg von Norden her ist ihnen wegen der im Süden des Landes gegen die Regierung in Khartum operierenden Rebellen versperrt.

Madrid nähert sich Damaskus

SAD, Madrid

Der spanische Außenminister Francisco Fernandez Ordonez hat seinen Besuch in Damaskus einen vollen Erfolg genannt. In dieser Bewertung kommt die Stabilität des syrisch-spanischen Verhältnisses zum Ausdruck. Spanien und Syrien haben in dem Augenblick ihre Beziehungen gefestigt, als Syriens Staatschef Hafez Assad Oberst Khadhafi versicherte, er werde Libyen „mit allen Kräften unterstützen", wenn es gelte, einen neuen Angriff der USA abzuwehren. Kurz vor seinem Besuch in Syrien hatte Spaniens Außenminister der PLO-Vertretung in Madrid einen Status gewährt, der ihr alle materiellen Vorteile einer diplomatischen Mission zugesteht.

Trotz des „überraschend guten Einverständnisses" mußte Spanien jetzt seinen Botschafter in Beirut abziehen. Botschafter Pedro de Arrestegui hatte mehrfach Drohungen von der palästinensischen Terrororganisation des Oberst Abu Musa erhalten. Die „Gruppe Abu Musa" wird von Syrien unterstützt, weshalb sich Außenminister Ordonez in dieser Angelegenheit gleich an seine Gesprächspartner in Damaskus wandte. Diese versicherten zwar, daß sie die „Manifestationen des Terrorismus verurteilen". Angesichts der in Beirut herrschenden Anarchie bedauerten sie aber, für nichts garantieren zu können.

Das reiche Australien muß sparen

Zu lange über die Verhältnisse gelebt / Liberalisierung des Agrarhandels angestrebt

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Australien will eine neue internationale Wirtschaftsorganisation gründen, die die Interessen aller Länder vertritt, die von den Agrarsubventionen der EG und der USA geschädigt werden. In der nordostaustralischen Hafenstadt Cairns finden gegenwärtig Gespräche von Regierungsvertretern von 14 Ländern statt, die gemeinsam auf der nächsten Gatt-Runde in Uruguay im September Druck auf die USA und Europa ausüben wollen, um eine Liberalisierung des Agrarhandels zu erreichen.

Der Außenminister von Uruguay, Enrique Iglesias, sagte nach einem ersten Meinungsaustausch mit der australischen Führung, daß die *nicht-subventionierenden* Länder sich zusammenschließen werden, um die USA und die EG zur „Aufgabe ihrer destruktiven Politik zu zwingen".

Die Wirtschaftsprobleme Australiens, die jetzt einen rigorosen Sparhaushalt erzwangen, haben mehrere Ursachen. Ein durch rücksichtslose Arbeitskämpfe erreichtes hohes Lohnniveau bei allgemein niedriger Arbeitsmoral verringert die Konkurrenzfähigkeit australischer Produkte und macht damit einen Großteil der Vorteile zunichte, die Australiens natürlicher Reichtum bringen könnte.

Der Kontinent hätte sich seine wirtschaftlichen Versäumnisse und seine zu hohen Staatsausgaben schon lange nicht mehr leisten können, wenn er nicht so ungeheuer reich an Bodenschätzen, wenn er nicht das sonnige „lucky country" wäre.

Australien versäumte es darüber, sich den abzusehenden Veränderungen des Welthandels rechtzeitig anzupassen. Mit der wachsenden eigenen Agrarproduktion vieler Länder sanken die Absatzchancen – und die Preise – traditioneller landwirtschaftlicher Exportgüter wie Wolle, Weizen und Zucker.

Neue Technologien und Kunststoffe verringerten den Weltbedarf an Eisen, Kupfer, Blei und Zink. Schließlich führte der Zusammenbruch der Ölpreise auch noch zum Rückgang der Nachfrage nach Kohle, Australiens einträglichstem Exportgut.

Zehn Jahre lang waren die Ausführerlöse schon um jährlich ein Prozent gesunken, aber im letzten Jahr rutschten sie auf einen Schlag um zehn Prozent ab. Anlaß dafür war die Dumping-Politik der EG und der USA auf den Weltmärkten. Wie die anderen Agrarexporteure, die sich jetzt in Cairns zur Gruppe der „fairen Handelsstaaten" zusammenschließen wollen, mußte Australien mit sinkenden Exporterlösen einen Verfall seiner Währung hinnehmen, der die Importe immer mehr verteuerte.

Im ersten Quartal dieses Jahres erhöhten sich Australiens Exporte mengenmäßig um 14 Prozent, wertmäßig jedoch nur um vier Prozent. Dem standen praktisch gleichgebliebene Importe gegenüber, die sich um 20 Prozent verteuerten. Diese katastrophale Entwicklung der Außenhandelsbilanz, die zu wachsender Inflation und Milliardendefiziten führte, machte einschneidende und unpopuläre Maßnahmen erforderlich.

Der Sparhaushalt will mit dem Abbau des Realeinkommens und Kürzungen der Sozialleistungen die Kaufkraft verringern und damit die Inflation bremsen. Ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit wird dabei von der Labour-Regierung Hawke bewußt in Kauf genommen.

Der „Horror-Haushalt" verprellte alle Gruppen der Bevölkerung – die um Lohnsteigerungen gebrachten Arbeiter ebenso wie die Rentner und Sozialhilfeempfänger. Doch nach der *ersten Erregung (und wütenden Pro*testen auf der Linken, die durch den Verkauf von Uran an Frankreich noch angeschürt wurden) setzt sich langsam eine ruhigere Betrachtungsweise durch.

Die meisten Australier ahnen, daß sie allzulange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Auf der wirtschaftlichen Basis eines Entwicklungslandes beanspruchten sie den Lebensstandard einer Industrienation. Als Schatzkanzler Keating vor einer Woche den Haushalt vorlegte, ging eine wesentliche Aussage in der allgemeinen Empörung fast unter: „Wir müssen mehr investieren und weniger verbrauchen, wenn wir als Nation unabhängiger und selbständig werden wollen." (SAD)

Neue Prognose über Tschernobyl-Opfer

dpa, Wien

Durch eine ständig erhöhte Strahlenbelastung nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl muß in den nächsten 70 Jahren in der Sowjetunion mit zusätzlichen 24 000 Krebstoten gerechnet werden. Diese Schlußfolgerung hat der Leiter der Abteilung für atomare Sicherheit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Morris Rosen, nach einer Analyse des sowjetischen Tschernobyl-Berichts gezogen. Im medizinischen Teil des Berichts beschreiben Ärzte die Auswirkungen der radioaktiven Überdosis. Als erste Symptome werden Kopfschmerzen, Erbrechen und Übelkeit, Schlaflosigkeit, erhöhte Temperatur und Gelenkschmerzen angegeben. Die Betroffenen litten dann an inneren Blutungen, schwere Störungen der Atemorgane, Nierenversagen und bis zur vollständigen Verbrennung der Körperoberfläche.

Priester in Belfast erschossen

rtr, Belfast

In Belfast ist ein katholischer Priester, der 47jährige Pater Paddy McAllister, am Eingang seines Hauses mit sieben Schüssen niedergestreckt worden. Die verbotene militant-protestantische Miliz „Ulster Freiheitskämpfer" (UFF) hat in einem Schreiben die Tat zugegeben. McAllister sei „ein aktives Mitglied der Kriegsmaschinerie" der Irisch-Republikanischen Armee gewesen, hieß es.

Abschuß und Aufstieg

Sowjetische Offizierskarrieren nach Jumbo-Tragödie 1983

FRANZ KADELL, Bonn

Drei Jahre ist es her, da schossen die Sowjets über Sachalin eine südkoreanische Passagiermaschine ab. 269 Menschen starben. Zehn Tage später präsentierte das sowjetische Fernsehen den angeblichen Piloten des Abfangjägers Su-15: einen ungekämmten Mittvierziger in Lederjakke, der sich recht unmilitärisch in einem Sessel zurücklehnte. Was er sagte, reimte sich weder mit den sowjetischen noch mit den amerikanischen Versionen. Name und Rang *wurden nicht mitgeteilt. Man hat nie* mehr von ihm gehört.

Von Fernost nach Moskau

Dagegen ist aus dem damaligen Staffelführer von Sachalin, Generalmajor Gudkow, mittlerweile Generalleutnant Gudkow geworden – eine *routinemäßige Beförderung.* Der nächste auf der Leiter, Armee-General Ivan Tretjak vom Regionalkommando in Tschabarowsk, hat es sogar zum Oberbefehlshaber des Militärbezirks Fernost mit Hauptquartier in Tschita gebracht.

An seinem Schreibtisch in Tschita hatte seinerzeit Armee-General Wladimir L. Goworow gesessen, jener Mann, der mehrmals mit Moskau telefonierte, bevor er die Erlaubnis zum Abschuß nach Tschabarowsk weitergab. Heute leitet Goworow im Range eines stellvertretenden Verteidigungsministers das wichtige Generalinspektorat der Sowjetischen Streit*kräfte* in Moskau.

Ein mysteriöses Schicksal ereilte den Stabschef der Luftverteidigungsstreitkräfte, Generaloberst Semjon F. Romanow. Er war der erste sowjetische Militär, der öffentlich Stellung zu dem Abschuß nahm, und noch am 8. April 1984, dem „Tag der sowjetischen Luftverteidigungs-Streitkräfte", prahlte, seine Soldaten würden „jedes Flugzeug vernichten, das in Kampfnähe" käme. Doch plötzlich machte seine Karriere einen Knick. Zum 1. Mai 1984 wurde er als einer der Stellvertreter Kulikows, dem Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-*Streitkräfte, nach Ost-Berlin* abkommandiert. Alles, was „Neues Deutschland" zu berichten hatte, war, daß Honecker ihm viel Erfolg für seine künftige Tätigkeit wünschte. Ein paar Tage später war Romanow tot. Am 22. Mai – einen Tag nach der Beerdigung – brachte die Militärzeitung „Krasnaja Swesda" einen nichtssagenden Nachruf. Gerüchte kursierten: Romanow sei im Hubschrauber über Afghanistan abgestürzt; er habe in der „DDR" Selbstmord begangen. Am meisten spricht für die Version, er sei bei einem Autounfall in der „DDR" getötet worden.

Militärisch verantwortlich für den Abschuß war als Oberbefehlshaber der Luftverteidigungsstreitkräfte Marschall Alexander I. Koldunow. Zunächst schien er in Ungnade gefal*len zu sein.* „Krasnaja Swesda" gratulierte dem zweifachen „Helden der Sowjetunion" nicht zum 60. Geburtstag, noch erhielt er wie erwartet den „Lenin-Orden". Im April 1984 tauchte Koldunow wieder auf, um in der „Prawda" die „Beendigung der U.S. Provokation" als Beispiel hoher Einsatzbereitschaft zu preisen. Am 1. November *1984 folgte seine* Beförderung zum Haupt-Marschall – ein seltenes Privileg in der Roten Armee.

Die Fäden liefen seinerzeit bei Marschall Nikolai Ogarkow zusammen, dem Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister und Chef des sowjetischen Generalstabs. Ihm war es vorbehalten, die internationale Pressekonferenz am 9. September 1983 zum Flugzeugabschuß zu halten. Am 6. September 1984 schlug es wie eine Bombe ein, als TASS meldete, Ogarkow habe „andere Aufgaben" übernommen. Gerüchte über Gerüchte: Er sei Opfer des Machtkampfs um Tschernenko geworden; er sei wegen des Versagens der Roten Armee in Afghanistan geschaßt worden.

Wahrheit nicht sein Metier

Plötzlich tauchte Ogarkow wieder auf – in der „DDR" am 12. Oktober 1984 bei Honecker. Heute weiß man wenigstens das: *Er leitet das Ober*kommando über den gesamten sogenannten westlichen Kriegsschauplatz des Warschauer Paktes. Daneben schreibt der wichtigste Militärtheoretiker der UdSSR fleißig. Im Juni 1985 erschien sein Buch „Die Geschichte lehrt Wachsamkeit". Vielleicht sollte *er einmal über den Abschuß von 1983* schreiben; schließlich gehört er zu den wenigen, die die ganze Wahrheit kennen. Aber die Wahrheit ist nicht sein Metier: Ogarkow ist der Gründer des Hauptdirektorats für Strategische Täuschung.

Presse-Schelte für Reagans fähigen Krisenmanager

FRITZ WIRTH, Washington

Gäbe es in Washington einen Preis *für jenen Mann, auf den seit Monaten* die meisten strafenden Zeigefinger der Kritiker weisen – John Poindexter wäre der unbestrittene Favorit und Champion. Der Sicherheitsberater des Präsidenten, der vierte in der Amtszeit Ronald Reagans, ist seit neun Monaten im Amt und hatte in dieser Zeit mehr weltpolitische Krisen zu meistern und mehr Feuer zu löschen als seine drei Vorgänger in ihrer ganzen Amtszeit vorfanden. Poindexter mußte für vieles geradestehen, und das bekam seiner Reputation nicht gut. Er hat eine schlechte Presse.

Poindexter sitzt im Weißen Haus *im gleichen Zimmer, aus dem einst* Henry Kissinger als Sicherheitsberater operierte. Ein Vergleich zeigt, welche Welten zwischen zwei Verwaltern des gleichen Amtes liegen können. Henry Kissinger entfaltete sich in diesem Job als der grandiose Stratege, der geschickt die Trommel rührte für *seine Ideen. Er war der Mann,* auf den am Ende alle Zeigefinger wiesen, und zwar voll der Bewunderung.

Dagegen ist Poindexter der stille, unauffällige Mann im Hintergrund geblieben. Er erscheint nicht im Fernsehen und er hält sich von der zuweilen aufdringlichen Clique des Presse*corps* des Weißen Hauses fern. Poindexter sucht keine öffentliche Zustimmung für seine Arbeit. Die Folge: Er ist zum großen Sündenbock geworden für alles, was schief gelaufen ist in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.



Ungeeignet für politische Siegespodeste: John Poindexter FOTO: AP

So lastet man ihm das SALT-2-Debakel an, bei dem sich Reagan in seiner Pressekonferenz am 11. Juni in Widersprüche verhedderte und es für einige Tage unklar blieb, ob das Weiße Haus diesen Vertrag nun für tot erklärt habe oder nicht. Man warf Poindexter vor, den Präsidenten nur unzureichend vor der Pressekonferenz informiert zu haben.

Ebenso legte man den Ärger über die Unbarmherzigkeit, mit der der Kongreß den Verteidigungsetat Reagans zerpflückte und damit seine Sicherheits- und Abrüstungspolitik desavouierte, vor der Haustür Poindexters ab. Er habe, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, keinen Fuß in der Tür zum Kongreß, hieß es.

Es gibt keinen Zweifel, daß Poindexter, der kürzlich 50 Jahre alt wurde, noch kein perfekter Sicherheitsberater ist. Es gibt jedoch ebensowenig Zweifel darüber, daß der größte Teil seiner Kritik an ihm unfair ist. Sie kommt in erster Linie von jenen Journalisten, die frustriert und verärgert darüber sind, daß ihnen mit dem Weggang von Robert McFarlane, dem Vorgänger Poindexters, eine wichtige Informationsquelle im Weißen Haus abhanden gekommen ist.

McFarlane neigte dazu, den Journalisten *in regelmäßigen vertrauli*chen Gesprächen zu erklären, was er tat. Poindexter dagegen gab ihnen bisher kühl einen Korb mit der lakonischen Feststellung: „Ich bin dazu da, den Präsidenten zu informieren und nicht die Presse." Da ist ein Nachrichtenloch entstanden und aus diesem Loch klingt hohl die massive Poindexter-Schelte zurück.

Dabei gibt es plausible Erklärungen für einige Fehlleistungen. Es trifft sicherlich zu, daß unter McFarlane der Kongreß wahrscheinlich dem Präsidenten nicht in allen sicherheitspolitischen Fragen so vehement in den Rücken gefallen wäre, wie es vor 14 Tagen geschah. Der Grund: McFarlane ist im Kongreß groß geworden. Er gehörte zum Arbeitsstab des Verteidigungsausschusses im Senat. Er hatte als Sicherheitsberater gute Kontakte im Kongreß und wußte, wie er funktioniert.

Poindexter, der sich in der Navy zum Admiral hochdiente, hat sie nicht. Sein Pech: Sein Stellvertreter Donald Fortier, der diese Aufgabe wahrnehmen sollte, war seit einem halben Jahr arbeitsunfähig und starb jetzt an Leberkrebs. Fortier war zugleich der Rüstungskontrollexperte im Amt Poindexters. Sein Ausfall riß eine Lücke auf, die um so spürbarer wurde, je hektischer die Sowjets mit immer neuen Vorschlägen das Abrüstungskarussell drehten.

Unfair wurde die Poindexter-Kritik jedoch, weil sie die Erfolge und Vorzüge dieses Mannes weitgehend außer acht ließ. Poindexter mag nicht der glanzvollste Abrüstungsstratege *sein, der je im Weißen Haus saß, doch* er ist gewiß einer der fähigsten Krisenmanager.

Er bewies es während der Libyen-Krise im Frühjahr, deren amerikanische Strategie wesentlich von ihm geprägt wurde, und er unterstrich es beim Sturz von Marcos (Philippinen) und Duvalier (Haiti). Poindexter war der geschickte und sehr wirksame Regisseur im Hintergrund.

Sein Amt ist das schwierigste in der gesamten Administration, besonders in diesen hektischen Monaten im Vorfeld des Gipfeltreffens mit Michail Gorbatschow. Ein Mann wie Robert McFarlane besaß die Autorität und die integrierende Kraft, vor dem ersten Gipfel die in Rüstungskontrollfragen rivalisierenden und divergierenden Kräfte in der Administration zur Ruhe zu bringen und zu einem – wenn auch nur nach außen hin sichtbaren – Waffenstillstand zu veranlassen. Poindexter fehlt (noch) diese Fähigkeit. Er muß sich bei dem Bemühen, Ruhe zu stiften, auf den Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, verlassen, mit dem er wesentlich besser harmoniert als es Robert McFarlane vermochte.

Was die Polen an Friedrich II. stört

JGG. Warschau

Unter dem Titel „Warum lieben die Polen nicht Friedrich d. Gr. ?" hat die Warschauer Wochenzeitung „Polityka" die Feierlichkeiten zum 200. Todestag Friedrichs II. sowohl in der Bundesrepublik als auch in der *„DDR"* kritisiert. So habe der König von Anfang an eine Abneigung gegen die „republikanischen und freiheitlichen Traditionen der polnischen Republik" gehabt. Die Krönung seiner „todbringenden Politik" sei seine Teilnahme an der ersten Teilung Polens gewesen. In den Jahren 1756/63 habe er polnische Geldmünzen gefälscht, um den polnischen Staat zu schwächen. „Mit den Polen sollte man kurzen Prozeß machen", zitiert „Polityka" den Preußenkönig nach dem neuen Bestseller „Friedrich II." von Stanislaw Salmonowicz. Polen sei ein Land, das „aus Sand, Heidekraut und Juden besteht". Die polnischen Einwohner der Pommerellen habe er als „arme Irokesen" apostrophiert, die er an die europäische Zivilisation gewöhnen wolle.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. *Distributed by German Language Publications*, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Eine WELT-Serie über den illegalen Handel mit High Technologie von West nach Ost

Allein im Fünfjahresplan zwischen 1976 und 1980 ist es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, 3500 strategisch brisante Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner bezifferte der Kreml intern auf 2,24 Milliarden Dollar. Bei der Entwicklung neuer Technologien ist der Westen um einige Jahre voraus. Bei der



2. Folge

Massenproduktion und der anschließenden Dislozierung eines Waffensystems jedoch können die Sowjets den Rückstand wieder wettmachen, da sie die langwierigen Entscheidungsprozesse einer Demokratie nicht kennen. Nach Ansicht vieler Experten hat Moskau die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie längst zur geheimdienstlichen Aufgabe Nummer eins aufgewertet.

Die östliche Abhängigkeit von westlichem Wehrwissen hat eine lange Tradition

Von JAY TUCK

Am 18. September letzten Jahres trat US-Verteidigungsminister *Caspar Weinberger* vor die Presse und präsentierte eine unscheinbare weiße Broschüre. Thema: NATO-Technologie in den Waffensystemen des Warschauer Pakts. Rund 640 Millionen Dollar, so die Broschüre, spare der Osten Jahr für Jahr durch den Diebstahl von Westtechnik. Neu war die Analyse nicht. Vergleichbare Studien werden im Pentagon beinah routinemäßig angefertigt und veröffentlicht. Neu war aber die Herkunft.

Die Broschüre, die Weinberger als Produkt des Pentagon vorstellte, wurde von der CIA zusammengestellt; die Statistiken kamen von den Sowjets. Die Analyse stammt nämlich aus einem hausinternen Papier der *Militärisch-Industriellen Kommission* in Moskau. Zum ersten Mal wurde in der Öffentlichkeit deutlich, welche Bedeutung der Kreml seinen Spionage-Anstrengungen in Sachen *High-Technology* selbst beimißt.

Im Verlauf des zehnten Fünfjahresplans (1976–1980) war es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, insgesamt 3500 strategische Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner beziffert der Kreml auf 2,24 Milliarden Dollar. „Die Kapitalisten", sagte einmal der russische Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin, „werden uns noch den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufknöpfen."

Eingeschmuggelte IBM-System-370-Großrechner steuern Flugabwehrraketen um Moskau, und nachgebaute US-Mikrochips von Intel lenken Flugabwehrraketen in Libyen. Das Trägerfahrzeug der SS 20 wurde mit IBM-Hardware aus New York und mit Software aus Massachussetts entworfen; die Raketenspitze ist mit einem Karbon-Hitzeschild aus New Jersey geschützt, und gesteuert wird das Ganze von einem US-Kreiselsystem aus Vermont.

Die betonierten Silos der SS 13 wurden nach westlichen Konstruktionsplänen gebaut, mit westlichem Röntgengerät durchleuchtet und mit westlicher Hydraulik auf Standfestigkeit abgeklopft.

Die östliche Abhängigkeit von westlichem Wehrwissen hat eine lange Tradition. Schon der alte B-29, US-Veteran des Zweiten Weltkrieges, mußte als Vorbild für die ersten TU-4-Fernbomber herhalten. „Nene"-Motoren von Rolls-Royce – geliefert mit Genehmigung der britischen Labour-Regierung – wurden seinerzeit in MiG-15-Abfangjäger eingebaut.

Die beeindruckenden sowjetischen Radar-Fähigkeiten von heute hatten ihren Ursprung in den amerikanischen *Lizenzprogrammen* („lend-lease") der 40er Jahre.

„Zusammen mit den öffentlich zugänglichen *Labor-Büchern des Massachussettes Institute of Technology*" – so Pentagonexperte Jack Vorona – „bildeten sie die Grundlage der ersten Generation sowjetischer Radargeräte."

Im Jahr 1976 erzielte das Boeing-Werk in Seattle einen aerodynamischen Durchbruch. Ihr neues Flugzeug – genannt YC-14 STOL („short take-off and landing") wurde in der Fachwelt einhellig gelobt. Die bahnbrechende *Form ermöglichte* Abflug und Landung auf extrem kurzen Flugpisten.

Vierzehn Monate nach der US-Uraufführung hob der Prototyp des sowjetischen AN-72 STOL ab – eine derart genaue Kopie, daß beide Maschinen ohne Kennzeichnung kaum voneinander zu unterscheiden wären.

Das Rezept für solche Nachbauten ist denkbar *einfach*: Blaupausen klauen und kopieren. Bei ihrer Luft-Luft-Rakete Atoll kamen sowjetische Kopier-Künstler allerdings mit Blaupausen offenbar nicht aus.

Am 21. Oktober 1967 zerschnitten *Starfighter-Pilot Wolf-Diethard* Knoppe und Schlossermeister Josef Linkowski den Drahtzaun am NATO-Flugplatz Zell bei Neuburg und stahlen ein Exemplar der US-Luft-Luft-Rakete Sidewinder. Sie schleppten das schwere Drei-Meter-Ding nach Hause und zerlegten es in *seine Einzelteile. Anschließend* – mit unfreiwilliger Hilfe der Deutschen Bundespost – wurden die brisanten Pakete per Luftpost in die UdSSR befördert.

Knoppe und Linkowski wurden verurteilt. Aber die Rüstungsingenieure von Gorki hatten, was sie wollten. Sie bauten die US-Waffen mühsam auseinander. Das Ergebnis – eine Eins-zu-eins-Kopie der Sidewinder – wird heute als Standardausrüstung unter den Tragflächen von MiG- und Sukoi-Kampfflugzeugen montiert.

Militärisch-relevante Technologien werden aber nicht nur von Spionagediensten beschafft. Gelegentlich gelingt es Moskau, sie auch im Rahmen des ganz legalen Osthandels zu besorgen.

Lastwagen der Roten Armee in Mitteldeutschland und in Afghanistan entstehen heute in einer nagelneuen Lkw-Fabrik in Nabereschnje *Tschelnij im Ural* – mitgebaut von westlichen Großkonzernen, mitfinanziert von westlichen Großbanken. Bis zu 250 000 Diesel-Laster rollen jährlich vom Band in der Fabrik am Kama *Fluß* – auch neueste Truppentransporter und Raketenwerfer. Die automatisierten Gußwerke, robotergesteuerten Fließbänder und computerisierten Endkontrollen entsprechen ausnahmslos dem neuesten Stand der westlichen Technik.

Schmiedeanlagen der österreichi*schen Gesellschaft für Fertigungs*technik und Maschinenbau (GFM) aus Styr helfen bei der Herstellung von Geschützen für russische T-72-Panzer sowie für zahlreiche Kriegs*schiffe der sowjetischen Marine*. Ironischerweise sind es Anlagen des gleichen Typs, die auch die Kanonenrohre des US-Panzers M-1 schmieden.

Befürworter solcher Geschäfte haben stets argumentiert, daß Dieselmotoren und Schmiedeanlagen wohl kaum zu den strategisch relevanten Gütern zählen, die sich für ein NATO-Exportverbot eignen. Oder sollte etwa die Lieferung einer Knopf-Fabrik untersagt werden – so ihre rhetorische Frage –, nur weil die Produkte eines Tages an Soldatenhosen angenäht werden könnten? *Die* Technologien, die in den Jahren der Entspannungspolitik mit dem Segen westlicher Regierungen gen Osten gingen, sind jedoch erheblich bedeutender für die *Armeen der UdSSR als* Knöpfe.

- Geologen aus Texas installierten computerisierte seismische Horchanlagen („*array processors*") auf sowjetischen Schiffen. Anstatt damit nach Erdölvorkommen am Meeresboden zu forschen, werden sie heute von der Roten Flotte für die Suche nach NATO-U-Booten verwendet.
- Aus England, Finnland und Frankreich hat die UdSSR ein westeuropäisches Ladeverfahren erworben. Aber nicht nur Zivilfahrzeuge und Frachtgut ließen sich mit den neuartigen „*roll-on/roll-off*"-Anlagen an Land befördern, sondern auch Panzer und Kanonen. Die „Iwan Rogow" – Spezialschiff für den Amphibienkrieg – wurde damit bereits ausgerüstet.
- Im Jahr 1978 verkaufte Japan ein *riesiges Trockendock für 42 Millionen* Dollar an Moskau. Die Schweden folgten 1981 mit einer weiteren Anlage. Beim Vertragsabschluß versicherte Moskau, beide Anlagen seien ausschließlich für zivile Zwecke bestimmt. Gleich nach der Übergabe zogen aber die ersten Kriegsschiffe ein: Atom-U-Boote, Zerstörer und Raketenträger. *Beide* Werftanlagen sind die einzigen in der Sowjetunion, die V/STOL-Flugzeugträger der Kiew-Klasse aufnehmen können.

Die Nobelmarke Rolls-Royce fliegt heute noch im Warschauer Pakt mit. *Unter Lizenzvertrag mit dem vornehmen* britischen Motorenhersteller baut das Flugzeugwerk Turbomecanica in Bukarest Rolls-Royce-Düsenmotoren (Modell: Viper Mk 632-41) in *den rumänischen* Abfangjäger IAR.93 ein. Für die Hubschrauber IAR.330 und IAR.316 produziert Turbomecanica – ebenfalls unter westlicher Lizenz – Bauteile der französi*schen Helikopter Puma und Alouette.*

Im Herbst 1982 entdeckten US-Fischer vor Neuengland eine zylindrische sowjetische Maschine zwischen den silbrigen Fischen in ihrem Fang. Das 400-Kilo-Gerät, das in einem geheimen Labor des Verteidigungsministeriums kurz darauf untersucht wurde, enthielt einen Computer-Chip (Logika-2, Serie 133), der bis ins kleinste Detail einem Mikroprozessor der US-Firma Texas Instruments (Serie 5400) ähnelte. So genau war die russische Raubkopie, daß die Steuerung des Geräts noch reibungslos funktionierte, als der US-Chip zur Probe eingesteckt wurde.

Ähnliches fanden US-Pfadfinder wenige Monate später am Pazifik-Strand: *eine Sonar-Boje, die diesmal* Elektronik des US-Konzerns RCA verwendete. Peter Stoll, Design-Ingenieur der US-Firma Intel, stolperte über einen weiteren Mikroprozessor *in einer sowjetischen Fachzeitschrift*: „Das ist unser Entwurf – absolut identisch – jeder Schaltkreis, jedes Detail, bis hin zum letzten Schnörkel."

In einer Rakete aus Syrien entdeckten westliche Experten eine funktionslose Schraube, die sich links herum drehte. Sie entpuppte sich als das persönliche Erkennungszeichen des US-Ingenieurs, der die Original-Elektronik entworfen hatte. Unsichere Moskauer Nachahmer, die zwischen Nutz und Unnutz offenbar *nicht unterscheiden konnten, hatten* den Ulk gleich mitkopiert.

In einigen Fällen ist es dem Warschauer Pakt sogar gelungen, Computer-Kopien schneller an die Truppe auszuliefern als die NATO dies mit *dem Original* schaffte. Die Erkenntnis ist beunruhigend: Bei der Entwicklung neuer Technologien ist der Westen zwar um einige Jahre im Voraus. Bei der Massenproduktion und anschließenden Dislozierung eines Waffensystems können die Sowjets – durch die langwierigen Entschei*dungsprozesse einer Demokratie* nicht aufgehalten – den Rückstand wieder wettmachen.

Der Westen ist für seine Verteidigung auf die Überlegenheit im High-Tech-Bereich angewiesen. In der NATO-Strategie der 90er Jahre wird zunehmend auf sogenannte „denkende Waffen" gesetzt, um die Größe östlicher Arsenale und Armeen auszugleichen und um die Abhängigkeit von Nuklearwaffen weiter zu reduzieren.

Der Anteil der Elektronik an dieser Entwicklung steigt explosionsartig. Während Hardware- und Software-Kosten in den sechziger Jahren – beispielsweise bei der Entwicklung des Abfangjägers F-4 Phantom – mit nur zwei Prozent zu Buche schlugen, waren *sie zehn Jahre später* bei der F-15 auf 26 Prozent gestiegen. Bei der F-18, dem neuesten Kampfflieger der US-Marine, betrug der Kostenanteil für Computer-Elektronik 43 Prozent.

„Die Mikroelektronik" – so die Einschätzung des *Londoner Fachblatts* „Economist" – „ist bei weitem die bedeutendste militärische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte." Dies gilt keineswegs nur für die *hochfliegenden SDI-Pläne* der USA im Weltraum, sondern auch für die gängigen Waffentypen der Gegenwart an Land, zur See und in der Luft.

Hochkomplizierte Feuerleitsysteme, die früher ganze Bürotrakte füllten, werden heute auf der Ladefläche eines Jeeps oder gar im Rucksack eines Infantristen transportiert. Kaum eine Rakete, Bombe oder Kanonenkugel wird heute nicht mit Hilfe von Computer-Chips ins Ziel gelenkt.

Es sind elektronische Maßnahmen, Gegenmaßnahmen und Gegen-Gegenmaßnahmen, die in erster Linie über die Schlagkraft moderner Armeen entscheiden. Das haben Kämpfe im Nahen Osten immer wieder bewiesen, wo westliche und östliche Wehrtechnik schon häufiger im blutigen Ernst gegeneinander prallten.

Die technologischen Entwicklungen des Westens – so schätzte Anfang 1984 der damals stellvertretende Ver*teidigungsminister der UdSSR, Ogar*kow, in einem Beitrag für den „Roten Stern" – können die Schlagkraft von konventionellen Waffen um das Zehnfache erhöhen. Sein Problem: *Ausgerechnet die Computer-Elektro*nik gilt als Schwachstelle in den Rüstungsindustrien des Ostens.

Kein Wunder, wenn der Technologie-Schmuggel seinen Schwerpunkt auf dem Elektronik-Sektor hat. Nach *Ansicht vieler Experten hat der* Kreml die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie zur geheimdienstlichen Priorität Nummer eins aufgewertet – noch wichtiger als die *Ausspähung von Politik und Militär* mit traditionellen Mitteln.

Aus sowjetischen Unterlagen kennt man inzwischen die *Preise, die* östliche Geheimdienste für westliches Gerät zu zahlen bereit sind. Daran lassen sich einige *Prioritäten des* Politbüros ablesen. Manche NATO-Waffensysteme stehen nach wie vor hoch im Kurs – mal boten sie 1,4 Millionen Mark für den Bordcomputer des Leopard 2, mal vier Millionen Mark für ein britisches Radar-System. In erster Linie konzentriert sich aber das Interesse der Agenten auf Geräte, die im Westen zur zivilen Herstellung von Mikrochips verwendet werden. Den höchsten Preis setzte das KGB auf ein ziviles Testgerät der US-Firma Xincom: 29 Millionen Mark.



Klauen und kopieren

1976 stellte Boeing die YC-14 STOL einer erstaunten Öffentlichkeit vor (rechts oben). Die bahnbrechende aerodynamische Form *ermöglichte* Abflug und Landung auf *extrem kurzen* Flugpisten. Nur vierzehn Monate später hob die sowjetische AN-72 ab, eine exakte Kopie (rechts unten). Das Rezept für solche Nachbauten ist einfach: Blaupausen besorgen und kopieren. Anfang September 1985 *präsentierte* US-Verteidigungs*minister Weinberger* eine beeindruckende Analyse über Technologie-Schmuggel. Die Zahlen basierten auf vom CIA besorgten Angaben des Kreml.

FOTOS: JAY TUCK/ POLY-PRESS

Unter dem Titel „Computer Spione" ist von Jay Tuck auch ein Buch im Heyne-Verlag erschienen.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Morgen in der WELT

Geheimdienst auf Technologiefang: Die Diebe aus der Verwaltung „T"

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky. Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hardg.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesken, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Durch die Fortschritte der Gentechnologie ist der Mensch erstmals selbst zum Objekt der Forschung geworden. Droht uns in absehbarer Zukunft die Manipulation unseres Erbguts? Das Justizministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der einem möglichen Mißbrauch vorbeugen soll. In dem ersten von zwei Beiträgen für die WELT stellt Justizminister Hans Engelhard seine Überlegungen zur Embryonenforschung vor.

Die Würde des Menschen ist das Maß aller Dinge

Von HANS A. ENGELHARD

Mit den modernen medizinischen Fortpflanzungshilfen und den neuen Möglichkeiten zu genetischen Eingriffen erreicht die Technikentwicklung eine neue Dimension. Die jetzt stattfindende Grenzüberschreitung ist allen bisherigen unvergleichbar. Denn wir legen nunmehr mit den technischen Fortpflanzungsmethoden – etwa der Befruchtung im Reagenzglas, der Tiefkühlung von Ei- und Samenzellen sowie von Embryonen und der Möglichkeit der Geschlechtswahl – die Hand an die Entstehung des Lebens. Und mit der Gentechnik, insbesondere mit der Analyse der menschlichen Erbanlagen und der Gentherapie, greifen wir nach seiner inhaltlichen Gestaltung. „Machbarkeit“ und „Verfügbarkeit“ beziehen sich nicht länger vorrangig auf die Außenwelt: Wir selbst, unsere Entstehung und unser genetisches „So-Sein“ sind in die Reichweite unseres technischen Handelns gerückt.

Das Recht ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Gerade angesichts der nunmehr eröffneten Dimensionen und der unabsehbaren Folgewirkungen unseres Tuns ist es geboten, nicht unbedacht Zeit zu verlieren. Deshalb haben der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Heinz Riesenhuber, und ich bereits im Mai 1984 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie befaßte sich unter Vorsitz des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Ernst Benda mit diesen neuen Techniken sowie mit den von ihnen aufgeworfenen ethischen und rechtlichen Fragen. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde der Bundesregierung am 25. November 1985 übergeben. Die darin ausgesprochenen Empfehlungen machen deutlich, wie groß die Herausforderung unseres gesamten Rechtssystems durch die – im weitesten Sinn verstandene – Humangenetik ist. Vom ärztlichen Standesrecht über den Landesgesetzgeber bis zur Gesetzgebung des Bundes sind alle gefordert.



Was vor Jahren kaum vorstellbar war, ist heute bereits Alltag im gentechnologischen Labor: Das Erbgut menschlicher Körperzellen wird im Reagenzglas „bearbeitet“.

Grundgesetzliche Grenzen müssen deutlich werden

Aus dem Bereich meiner Zuständigkeit möchte ich im folgenden einige wenige straf- und zivilrechtliche Punkte herausgreifen, um an ihnen das Gewicht dieser neuen Problematik anschaulich zu machen.

Ende April dieses Jahres habe ich den Diskussionsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz) der Öffentlichkeit vorgestellt. Mir schien es ratsam, zunächst die Arbeit auf diese strafrechtlichen Regelungen zu konzentrieren. Denn es gilt, rechtzeitig für alle, insbesondere aber für diejenigen, die mit den neuen Techniken umgehen, deutlich zu machen, wo die Grenzen liegen, die unser Grundgesetz der Forschung setzt. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, es sei in der Fortpflanzungs- und Gentechnik alles Machbare erlaubt. Allerdings ist dabei dem Ultima-ratio-Charakter des Strafrechts Rechnung zu tragen. Das Strafrecht soll die für ein gedeihliches und geordnetes Leben unerläßlichen Grundwerte schützen, dabei jedoch nicht in zu kleine Münze geschlagen werden. Sonst droht es sein Gewicht zu verlieren, seine Signalwirkung einzubüßen, die ihm bei sparsamem Gebrauch zukommt.

Der Diskussionsentwurf konzentriert sich deshalb mit seinen wenigen Vorschriften im wesentlichen auf zwei zentrale Anliegen: Zum einen erweitert er den Lebensschutz des noch ungeborenen Lebens; zum anderen verschafft er der Würde des Menschen als unserem zentralen Rechtsgut überall da Geltung, wo sie durch die neuen Techniken besonders betroffen sein kann.

Der Entwurf verbietet unter anderem ausnahmslos, menschliche Embryonen zu Forschungszwecken zu erzeugen. Ferner untersagt er die Forschung an Embryonen, die bei einer Befruchtung außerhalb des Mutterleibs (In-vitro-Fertilisation) „übrig geblieben“ sind, sobald sie die ersten Zellteilungen überschritten und das gleiche Wachstumsstadium erreicht haben, das sie zur Zeit des Abschlusses der Einnistung in die Gebärmutter hätten. Ebenso uneingeschränkt soll untersagt werden, abgegangene, aber noch lebende Embryonen zu Experimenten zu gebrauchen. Verboten werden schließlich aber auch bestimmte Handlungen, die heute, soweit ersichtlich, an menschlichen Zellen und Embryonen noch nicht vorgenommen werden, nämlich Eingriffe in die menschliche Keimbahn, die Herstellung identischer Mehrlinge – das sogenannte Klonen – und schließlich die Bildung von Chimären- und Hybridwesen aus Mensch und Tier.

Möglichen Versuchungen soll vorgebeugt werden

Diese letztgenannte Gruppe von Tatbeständen vorbeugend in den Entwurf aufzunehmen, hat seinen guten Sinn. Denn auch wenn solche Eingriffe, wie uns die Forscher versichern, an „menschlichem Material“ heute nicht durchgeführt werden und teilweise, wie etwa das Klonen, sogar als wenig sinnvoll gelten: Entsprechende Tierversuche belegen, daß diese Eingriffe aber immerhin mehr oder minder erfolgreich möglich wären. Um hier jeder Versuchung vorzubeugen und klar Position zu beziehen, darf deshalb der Gesetzgeber nicht abwarten, bis sich derartige Gefahren verwirklichen. Da in den letzten Jahren fast alle Prognosen über die künftige Entwicklung der Fortpflanzungs- und Gentechnik falsch waren – weil die vorhergesagten Entdeckungen und Erfindungen früher als gedacht vorlagen –, kann daher von Voreiligkeit des Gesetzgebers keine Rede sein.

Der vielleicht umstrittenste Bereich ist die Forschung an menschlichen Embryonen. Hier steht die Forschungsfreiheit in besonders deutlicher Konfrontation der Menschenwürde und dem Lebensschutz gegenüber. Nach meiner Auffassung ist es mit der Menschenwürde, Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG), und dem Lebensschutz, Artikel 2 Abs. 2 GG, unvereinbar, menschliches Leben zu erzeugen, ohne dabei dessen Menschwerdung zu beabsichtigen. Insoweit muß sich die in Artikel 5 Abs. 3 GG unbeschränkt garantierte Forschungsfreiheit durch diese anderweitigen, ebenfalls direkt aus dem Grundgesetz folgenden Wertentscheidungen Grenzen setzen lassen. Deshalb verbietet der Entwurf jede Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken.

Noch schwieriger ist jedoch die Beurteilung bezüglich der sogenannten „überzähligen“ Embryonen. Sie wurden im Reagenzglas erzeugt, um sie in die Gebärmutter einer Frau zu übertragen. Scheitert nun der Transfer – gleich aus welchen Gründen – ist für diese bei der In-vitro-Fertilisation übrig gebliebenen Embryonen die ursprünglich geplante Entwicklung zum Menschen nicht mehr möglich. Da es in solchen Fällen unvermeidbar ist, die Embryonen absterben zu lassen, geht der Entwurf davon aus, daß Experimente an ihnen unter diesen ganz speziellen Umständen und unter äußerst engen Voraussetzungen ausnahmsweise mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Wertordnung vereinbar sind.

Ob dies auch der endgültigen Entscheidung des Gesetzgebers entsprechen wird, ist noch offen. Wenn der Entwurf jedoch insoweit unverändert bleibt, kann deshalb die Forschung nicht etwa beliebige Experimente vornehmen. Vielmehr verlangt der weiter wirkende grundgesetzliche Schutz der Würde des Menschen, daß es sich um Versuche handelt, die in besonderem Maß dem Leben dienen – ich denke vor allem etwa an die Krebsforschung. Eine der weiteren Voraussetzungen ist, daß die erhofften Erkenntnisse auf anderen Wegen nicht erlangt werden können.

Gemäß den im Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes niedergelegten Vorstellungen ist aber auch diesen verbleibenden Versuchen noch eine zeitliche Grenze gesetzt. Danach sind Experimente auf keinen Fall, auch nicht ausnahmsweise, zulässig, wenn der Embryo ein Entwicklungsstadium erreicht hat, das jenem entspricht, in dem er sich bei abgeschlossener Einnistung in die Gebärmutter befindet. Forderungen von Medizinern, diese Frist zu verlängern, wurden zumindest im Ausland bereits erhoben. Einer solchen Entwicklung, in der man Embryonen für einen immer längeren Zeitraum sich außerhalb des Mutterleibs entwickeln läßt – einer Entwicklung, deren Endpunkt unter anderen eine künstliche Gebärmutter sein könnte, gilt es zu wehren.

Soweit innerhalb der aufgezeigten engen Grenzen Forschung an Embryonen nicht untersagt werden soll, bedarf es eines geordneten Verfahrens, in dem das Vorliegen der genannten Voraussetzungen geprüft wird. Deshalb bindet der Entwurf die Durchführung von Forschungsvorhaben an eine Genehmigung der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde.

Bei dem Genehmigungsverfahren handelt es sich um eine typisch gesundheitsrechtliche Regelung, für die die Gesetzgebungskompetenz nicht beim Bund, sondern bei den Ländern liegt. Die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauenfragen und Gesundheit, Frau Prof. Süssmuth, und ich haben deshalb den Regierungen der Bundesländer empfohlen, bezüglich dieser und aller anderen im Bereich des Gesundheitsrechts liegenden Fragen der Fortpflanzungs- und Gentechnik auf möglichst übereinstimmende Regelungen hinzuwirken. Wir haben, um diese Übereinstimmung zu erreichen, auch die Unterstützung durch die Bundesregierung angeboten.

Morgen in der WELT

Künstliche Befruchtung, Samenspende, Leihmütter und Retortenbabies: Die Medizin hat alle Vorstellungen über das natürliche Werden des Menschen auf den Kopf gestellt. Wie die Rechte von Kindern und Eltern gewährleistet werden sollen, beschreibt Justizminister Engelhard im zweiten Teil seines Beitrags.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Unsere Kinder musizieren selber“

„Industrie kritisiert die Musikerziehung“: WELT vom 5. August

Sie zitieren den Geschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Musikinstrumentenhersteller, Notker M. Anton. Nach dessen Worten soll der Musikunterricht an den Schulen zur „reinen Schallplatten-Didaktik“ heruntergekommen sein. Dem muß entschieden widersprochen werden.

Die Wirklichkeit ist nämlich erfreulicher – was sich übrigens auch schon in den Produktionsziffern der Branche niederschlägt. Unsere Kinder, Schüler und Jugendlichen musizieren mehr als je zuvor. Die Berliner Musikschulen können den Andrang von neuen Schülern kaum bewältigen. Die Zahl der Musikgruppen an den Berliner Schulen hat sich in fünf Jahren mehr als verdoppelt.

Vorübergehende, durchaus ernstzunehmende Versuche, das bewußte Hören von Musik in den Mittelpunkt des Musikunterrichts zu stellen, erklären sich auch aus dem Reiz, den die immer vollkommener sich entwickelnde Klangqualität von Tonträgern und Wiedergabeanlagen, vor allem in den sechziger Jahren, auf die Musikpädagogen ausgeübt hat. Sie sind aber längst der Überzeugung gewichen, daß der beste Weg zur Musik und zum Musikverständnis doch über das eigene Musizieren führt, daß man Musik nur lernt, indem man Musik selber macht. Eine Sprache eignet man sich auch nur an, indem man sie spricht – und nicht über sie diskutiert. Ganze Klassensätze von Schlaginstrumenten, Stabspielen, Gitarren, Blockflöten oder Keyboards gehören in diesem Sinne inzwischen zur Standardausrüstung jeder schulischen Musiksammlung. Der Schulmusiker, der sich als „Schallplatten-Didaktiker“ begreift, fristet insofern längst ein von den Schülern als Diskjockey belächeltes Randdasein und trägt zur Demontage der Autorität des Faches bei. Außerdem erfüllt er nicht den Rahmenplan, der in Berlin Singen und Musizieren vorschreibt.

Umfragen haben zudem ergeben, daß das Fach Musik von den Schülern um so häufiger zum Lieblingsfach erklärt wird, je mehr der Unterricht von Praxis und Eigentätigkeit geprägt ist. Daß ein so gestalteter Unterricht auch auf einen sinnvollen Umgang mit der eigenen Freizeit vorbereitet, unterstreicht dessen über das Fachliche hinausgehende Bedeutung. Hier sollte Herr Anton Möglichkeiten und Aufgaben der Musikinstrumentenhersteller sehen, und nicht in realitätsfernen Angriffen auf die Schule.

Günter Spanier,
Pressesprecher beim Senator für Schulwesen, Berufsausbildung und Sport in Berlin

Irreführend

Minister, Politiker aller Parteien und die Medien sprechen dauernd von Asylanten, Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen.

Diese Bezeichnungen sind völlig irreführend. Von der Flut der „Einwanderer“ in die Bundesrepublik Deutschland können allenfalls zwei Prozent als echte Asylanten oder gar Flüchtlinge eingestuft werden.

Asylsuchende und Flüchtlinge waren von 1938 bis 1945 jüdische Bürger in Deutschland und später in den besetzten Ländern Europas. Deutsche waren Flüchtlinge, welche 1945 ihre Heimat im Osten zwangsweise verlassen mußten und sind es noch heute, wenn sie unter Einsatz ihres Lebens die „Staatsgrenze“ der DDR überwinden.

Einwanderer, welche ohne Gefahr für Leib und Leben, mit Flugzeugen, mit Schiffen, mit der Eisenbahn oder mit dem Auto ihr Heimatland legal verlassen, sind schlicht Auswanderer aus sozialen Gründen. Und darum geht es.

Heinz Behrendt,
Bendestorf

Nobelpreiskandidat

„Genscher unter Kohl II“: WELT vom 13. August

Sie schreiben von der Absicht der Verleihung des Friedensnobelpreises an Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Auch der Freundeskreis Internationale Begegnungen, getragen vom Internationalen Club von Hannover und der Hermann-Lindrath-Gesellschaft – Europäische Vereinigung für Gesellschaftspolitik – schließt sich dieser Initiative in voller Überzeugung der langjährigen großen Verdienste von Genscher für Versöhnung und Entspannung an.

Wer sich so lange wie unser Außenminister weltweit im Geiste bismarckscher Politik so um einen Ausgleich von Ost und West bemüht hat und noch immer bemüht ist, verdient diese hohe Auszeichnung. Nicht so sehr im Sinne eines Abschiednehmens aus Gründen des Parteiproporzes, sondern wegen der auf Kontinuität abgestellten und bewährten Außenpolitik.

Carl Doehring,
Freundeskreis Internationale Begegnungen, Hannover

Nerv getroffen

„Das Mandat der Kirche“: WELT vom 14. August

Wo soviel Eifer und Engagement ins Feld geführt wird wie in der Frage um das Verhältnis von Kirche und Politik, scheint ein Nerv getroffen zu sein. Wie sollte es nicht!

Geht es doch um die ungeheure Entwicklung menschlicher Macht in Gestalt der industriellen Zivilisation und darum, ob und wie wir diesen babylonischen Turm etwa noch lenken und ordnen können, so daß es theologisch zu verantworten ist.

Abraham, unser Vater im Glauben, hat seinerzeit von Gott das Mandat erhalten, auszuwandern und sich gewissermaßen demonstrativ zu zerstreuen, auf daß er mit der gigantischen Konzentration und Zuspitzung menschlicher Macht nichts zu schaffen habe.

Sollte es nun stimmen, was Bischof Wilkens sagt und Enno v. Loewenstern zustimmend zitiert, daß nämlich die Kirche in dieser Sache über „ein besonderes Mandat“ nicht verfüge, dann würde das bedeuten, daß wir heute mit diesem Monstrum alleine und von Gott verlassen wären. Das sei ferne!

Gott bewahre uns davor, vom Gewicht unseres eigenen Größenwahns erdrückt zu werden. Sollte er tatsächlich den warnenden Stimmen das Mandat entziehen, so hat er immer noch die Möglichkeit, der Menschheit neu die Sprache zu verwirren. Leichter wär's, wir würden von allein bescheiden werden.

Pastor Hartwig von Schubert,
Hamburg 1

„Landbetrieger“

„Die Axt und die Nagelschere“: WELT vom 21. August

Seit Jahrzehnten klammert sich die Regierung zäh an der unteren Grenze der Progressionskurve fest, auch an ihrer Steilheit. Ich werde an Luther erinnert: „Fynantzer sind Landbetrieger, die die Leute ums Geld bescheißen.“ Ist Leistung unanständig? Das Festhalten an der überalterten Progresssionskurve hat außer der begründeten Verärgerung die Schwarzarbeit gründlich ausgeweitet.

Werner L. J. Plambeck,
Hamburg

Wort des Tages

„Genie ist Intelligenz der Begeisterung.“

Friedrich Hebbel, deutscher Autor (1813–1863)

Betrachtung aus Zululand

Die Schwarzen Südafrikas hoffen auf die Macht der Bildung, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Obwohl die Regierung die gleiche Versorgung mit Bildung ohne Ansehen von Rasse, Farbe, Glauben oder Geschlecht grundsätzlich akzeptiert hat, lehnte sie das Konzept eines Erziehungsministeriums für alle Bevölkerungsgruppen und die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen ab.

Es besteht eine große Lücke zwischen den staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für weiße Schüler (1221 Rand) und schwarze Schüler (165,23 Rand). Die Zahl der schwarzen Schüler ist groß und steigt rasch. Als Ergebnis langjähriger Unterversorgung und Diskriminierung entstand ein riesiger Nachholbedarf. Das Unternehmen, die Qualität der Erziehung für Schwarze in Südafrika zu steigern bedarf vor allem zweierlei: Investitionen für Unterbringung und Einrichtungen sowie ausgebildete Lehrer. Um gute Lehrer zu interessieren, zu trainieren und zu behalten, bedarf es eines entsprechenden wirtschaftlichen Umfeldes.



Alexander J. Thembela

Ohne adäquate Unterbringung sind Lehrer überarbeitet, demotiviert und erreichen nicht ihre maximale Leistungsfähigkeit. Deshalb ist die Infrastruktur eine Priorität auf dem Weg zu gleichem Ausbildungsstand der Bevölkerungsgruppen.

Die politische Unruhe im Lande hat eine Lage geschaffen, in der Zehntausende schwarzer Kinder gewisser Stadtteile ohne jeglichen geregelten Unterricht leben. Viele Schulen wurden niedergebrannt. Die Schuldisziplin ist in manchen Gegenden völlig zusammengebrochen. Die Entstehung zahlreicher arbeitsloser und nicht beschäftigbarer Jugendlicher wird die politische Unruhe verschärfen.

Selbst wenn die südafrikanische Regierung durch Sanktionen gezwungen werden kann, das bestehende politische System zugunsten von „ein Mann, eine Stimme“ zu ändern und alle politischen Führer freizulassen, was alle Schwarzen zu sehen wünschen, werden wir immer noch vor dem Problem stehen, viele schwarze Kindern mit Schulbildung zu versorgen, die heute ohne oder mit nur unzureichender Ausbildung heranwachsen.

Die internationale Gemeinschaft, die derzeitig die südafrikanische Regierung mit Sanktionen unter großen Druck setzt, damit diese das böse System der Apartheid abschafft, muß dafür sorgen, daß sie nicht ein schlimmeres Übel schafft.

Ich argumentiere nicht politisch über die Frage, ob Sanktionen geeignet sind, die nötigen Veränderungen herbeizuführen. Was ich sage, ist, daß wenn wir alle einen „ein Mann, eine Stimme“-Zustand erreicht haben werden, wir es dann mit einer großen Zahl schlecht ausgebildeter Schwarzer zu tun haben, die mit gut ausgebildeten Weißen konkurrieren müssen und sich so der gegenwärtige Stand der Dinge verewigen wird.

Was ich sage, ist, daß Schwarze Hilfe brauchen, um das böse System der Apartheid abzuschaffen, das sie so lange in Unterwerfung gehalten hat. Sie brauchen auch Hilfe, um ihre Fähigkeiten durch Bildung zu entwikkeln. Selbst wenn Sanktionen das erste schaffen, ist es nur schwer vorstellbar, wie sie das zweite erreichen werden.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, eine Strategie zu finden, die beides erreicht und nicht nur das eine auf Kosten des anderen. Politische Emanzipation gründet sich auf Ausbildung und wirtschaftlicher Machbarkeit. Nur unter diesen Umständen wird „ein Mann, eine Stimme“ überhaupt nützlich sein.

Professor Alexander J. Thembela
Vizerektor der University of Zululand, Südafrika

Kardinal Höffner

„Grüne sind für Katholiken nicht wählbar“: WELT vom 23. August

In Ethikfragen ist Kardinal Höffner Wortführer aller bekennenden Christen. Dies gilt besonders für sein Engagement für das ungeborene Leben und für seine Warnung vor den Grünen. Dem katholischen Kirchenführer danken viele evangelische Christen von ganzem Herzen!

Heinrich Wiehemeyer,
Osnabrück

Raus Kinder

Jetzt schleppt Johannes Rau seine kleinen Kinder quer durchs Land, stellt sie zur Schau, vermarktet sie regelrecht. Kleine Kinder brauchen liebevolle Zuwendung in ruhiger Atmosphäre, damit sie sich entfalten können. Was Rau seinen Kindern zur Zeit antut, ist das Gegenteil davon. Mich wundert, daß Frau Rau das alles – widerspruchslos? – mitmacht.

Renate Sommer,
Mülheim

Personen

BERUFUNG

Die Dresdner Philharmonie hat einen neuen Chefdirigenten: Mit Wirkung vom 1. September 1986 wurde der 33jährige **Jörg-Peter Weigle** als Nachfolger des im vergangenen Jahr in den Ruhestand getretenen **Herbert Kegel** berufen. Kegel wird weiterhin ständiger Gastdirigent in diesem Orchester sein. Weigle war zuletzt Chefdirigent des Rundfunk-Sinfonie-Orchesters Leipzig.

GEBURTSTAGE

Die Berliner Musikschriftstellerin **Karla Höcker** feiert am 1. September ihren 85. Geburtstag. An diesem Tag findet zu ihren Ehren ein Festakt der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde (Gedok) und der Neuen Gesellschaft für Literatur im Berliner Literaturhaus statt. Am 1. September erscheint von Karla Höcker die Biographie „Carl Maria von Weber“ (Erika Klopp Verlag, Berlin). Die Autorin ist außerdem Verfasserin zahlreicher Rundfunkfeatures und arbeitete auch für das Fernsehen.



Karla Höcker

*

Der frühere Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen (von 1949 bis 1969), **Ernst Wilm**, feierte gestern seinen 85. Geburtstag. Der Theologe ist Mitbegründer und Ehrenpräsident der Konferenz Europäischer Kirchen. Besondere Verdienste erwarb er sich nach dem Krieg durch seinen Einsatz für Vertriebene und Flüchtlinge. Er ist Ehrenbürger der ostwestfälischen Stadt Espelkamp, die 1949 gemeinsam von Staat und Kirche als Siedlung für Flüchtlinge und Vertriebene gegründet worden war. Wilm gehörte dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Rat der Evangelischen Kirche der Union an. Die Bemühungen von Ernst Wilm, „die Gemeinschaft unter den christlichen Kirchen weiter zu stärken“, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Glückwunschschreiben gewürdigt. In dem Schreiben des Kanzlers heißt es weiter, Wilms Lebensweg sei geprägt von „innerer Unabhängigkeit auf dem Gebiet des christlichen Glaubens und dem festen Willen, angesichts der besonderen Herausforderungen der Zeit, Gemeinschaft mit dem Leiden, der Not und den Hoffnungen der ihm anvertrauten Menschen zu halten“.

VERANSTALTUNG

Weinselig soll es am 23. September im Bundeskanzleramt zugehen: Dies aber nicht, weil **Helmut Kohl** ein großer Freund der Pfälzer Weine ist. Der Bonner Regierungschef will ein Versprechen einlösen, das er der Deutschen Weinwirtschaft schon 1985 gab: nun selbst etwas zu tun, um nach den vielen Weinskandalen dem eigentlich guten Ruf des Weines aus deutschen Landen wieder auf die Beine zu helfen. Zur „Präsentation des Deutschen Weines“ in der Regierungszentrale werden auch Landwirtschaftsminister **Ignaz Kiechle** und Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** kommen. Der Kanzler als Gastgeber wird unterstützt von Vertretern der Deutschen Weinwirtschaft, von dem Stabilisierungsfonds für Wein und von der CMA, der „Centralen Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft“.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat zwei litauische Bischöfe zu Mitgliedern vatikanischer Kongregationen ernannt. **Vincentas Sladkevicius**, Apostolischer Administrator von Kaisiadorys, wurde neues Mitglied in der Sakramentenkongregation, und **Antanas Vaicius**, Administrator von Telsiai und Klaipeda, gehört künftig der Kleruskongregation an.

GESTORBEN

Der französische Philosoph und Romanschriftsteller **Raymond Abellio** ist am Dienstag abend in Nizza im Alter von 78 Jahren gestorben. Abellio, der mit bürgerlichem Namen **Georges Soules** hieß, hatte sich nach einem Ingenieursstudium zunächst der Politik zugewandt und war in den Jahren 1937 bis 1939 Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei. In seinem literarischen und philosophischen Schaffen verschrieb sich Abellio den Geheimwissenschaften und der Metaphysik, die er zum Gegenstand mehrerer Essays machte. Für seinen ersten Roman, „Heureux les Pacifiques“, wurde er 1947 mit dem Prix Sainte Beuve ausgezeichnet.

Die Wende der Sozialdemokraten

Studie über Ursprünge des Anti-Amerikanismus

Diese Studie kommt zur rechten Zeit, um einige Ordnung in das verworrene Bild des deutschen Anti-Amerikanismus zu bringen. Es scheint Emil-Peter Müller vordringlich, die frühen Wurzeln der kulturellen Geringschätzung und der gesellschaftspolitischen Vorurteile freizulegen, denen die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg im deutschen Bürgertum begegneten.

Wie der Verfasser hervorhebt, ist es nicht die Andersartigkeit, die solche Irritationen erzeugte, sondern im Gegenteil der Umstand, daß Amerikas Gesellschaft, durch ihr europäisches Erbe vorgeformt, die Urteilsfindung kompliziert. Die verwandtschaftliche Nähe hat in der Einstellung Deutschlands zur Neuen Welt klassenbedingte Gegensätze dramatisiert und psychologische Mißverständnisse hervorgebracht. Während das Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts mit Herablassung auf die „Unkultur" der Amerikaner reagierte, aber kaum politische Kritik geltend machte, habe die deutsche Linke, glaubt Müller, ihre politischen Hoffnungen auf den sozialen Ausgleich und den demokratischen Fortschritt gerichtet, der damals dem Kaiserreich aus den USA ins Gesicht wehte.

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, das Sozialdemokraten zu denken geben müßte, daß die Geschichte ihrer Partei, die bis nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine pro-amerikanische Grundhaltung gekennzeichnet war, neuerdings von einer Führung, die kurzfristig auf taktische Vorteile fixiert ist, abrupt über Bord geworfen wurde.

Die anti-amerikanische Animosität kam erst relativ spät zum Zuge, nämlich als die militärische Präsenz der USA in der Bundesrepublik, verbunden mit dem Großmachtduell um die europäische Hegemonie, den neutralistischen Tendenzen Auftrieb gab. Um die *Amerikafeindlichkeit* anzuheizen, genügte eine nicht allzu umfangreiche, aber gewalttätige Minderheit, die sich pazifistisch tarnt, aber durch ihren Terrorismus größere Wirkungen erzielt, als es ihrer tatsächlichen Stärke entspricht.

Eine Stärke von kühler Objektivität, Berndt von Staden, der als Koordinator der nicht an die Tagespolitik gebundenen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit über entsprechende Erfahrungen verfügt, macht für diese bedrohliche Entwicklung neben der voreingenommenen Medienkampagne „gewisse Kreise" verantwortlich, die dafür nach seiner Überzeugung „erhebliche Mittel" einsetzen könnten. Hinzufügen sollte man, daß die Öffentlichkeitsarbeit in den USA wie in der Bundesrepublik viel zu wünschen übrig läßt. Der Einseitigkeit, ja häufig Bösartigkeit, mit der ein Teil der deutschen Presse und der elektronischen Medien Amerika moralisch niederzumachen versucht, steht auf amerikanischer Seite eine Lückenhaftigkeit der Europa-Berichterstattung gegenüber, die auf den freiwilligen Verzicht hinausläuft, sich mit dem Anti-Amerikanismus intensiv auseinanderzusetzen.

Der großen Mehrheit der Amerikaner und Deutschen ist es bisher entgangen, wie lange sie schon mit dieser Entfremdung leben. Niemand hatte zunächst bemerkt, was die Bildung *der Großen Koalition in Bonn wirk*lich bedeutete. Sie schuf schon 1966, also vor genau 20 Jahren, die psychologische Voraussetzung für eine amerikafeindliche Animosität. Ohne den Spielraum, der durch sie den außerparlamentarischen Bewegungen geschenkt wurde, hätte die Agitation gegen die USA nie die Schärfe und den Umfang erreichen können, die heute zu Störfaktoren in den Beziehungen beider Länder geworden sind.

Emil-Peter Müller kommt zu dem Schluß, daß sich daran so bald nichts ändern kann. Er führt das vornehmlich auf den schwankenden Kurs der SPD zurück. Während Willy Brandt noch 1971 als Kanzler die SPD strikt gegen den Kommunismus abgrenzte und von einer Rückentwicklung der Reformpartei des Godesberger Programms zu einer Kaderpartei nichts wissen wollte, nehme er heute eine ganz verschiedene Haltung ein. Bezeichnend dafür seien emotionale Besuche, wie er sie dem Kuba Fidel Castros und Nicaragua abstatte, sowie seine Kampagne gegen die Mittelamerikapolitik der USA.

Das alles geht wohl auf die unrealistische Überzeugung Brandts zurück, daß eine Mehrheit links der Mitte noch immer zu finden sei. Eine Ansicht, die bei weitem nicht von den meisten seiner Parteigenossen geteilt wird. Nach einer Allensbacher Umfrage von 1985 bekundeten 46 Prozent der SPD-Mitglieder Sympathien für die USA – ein stattlicher Anteil, der sich angesichts der scharfen Spannungen in der Partei inzwischen kaum verringert haben dürfte. Den Ausschlag geben in einer industriellen Wohlstandsgesellschaft wie der *Bundesrepublik am Ende auch bei* den Sozialdemokraten sicherheitspolitische Überlegungen und nicht die verstaubten ideologischen Vorurteile gegen das kapitalistische Amerika.

HEINZ BARTH

Emil-Peter Müller:
Anti-Amerikanismus in Deutschland
Deutscher Instituts-Verlag, Köln. 172 S., 25 Mark.



Nach dem US-Angriff auf Libyen: Antiamerikanische Demonstration in der Frankfurter Innenstadt FOTO: DPA

Erkundungen am verfluchten Gebirge

Ein Buch über Albanien gestern und heute

Der frühere österreichische Diplomat Walther Peinsipp ist einer der wenigen Westeuropäer, die in die albanischen Probleme wirklich eingedrungen sind. In den sechziger Jahren war er österreichischer Botschafter in Belgrad, von wo er die heraufkommende Kosovo-Frage – den Konflikt der albanischen Bevölkerungsmehrheit mit den Serben und mit Jugoslawien – beobachten konnte. Während des Zweiten Weltkriegs war der promovierte Jurist unfreiwillig deutscher Soldat in den nordalbanischen Bergen – im eigentlichen „Shkypetarenland", das nördlich von Tirana beginnt und sich bis zum *Skutari-See* und dem „Prokletije" (dem verfluchten Gebirge) an der heutigen jugoslawisch-albanischen Staatsgrenze erstreckt.

Von Peinsipp erfährt man zunächst, daß Albaner nicht immer gleich Albaner ist: Die Nation teilt sich in zwei Stämme – die beweglichen, mediterranen, von Griechenland beeinflußten Tosken im Süden des heutigen Albanien – und die Gegen sowie die eigentlichen „Shkypetaren" im Norden, in den albanischen Alpen. Ein wenig vereinfacht gesagt: Die Tosken waren während des Zwei*ten Weltkriegs Kommunisten. Aus ih*rer Mitte stammten Enver Hodscha und der größte Teil der heutigen albanischen Partei- und Staatsführung.

Das Bergvolk der „Shkypetaren" im Norden war seiner Tradition und Lebensauffassung nach eher antikommunistisch. Da die deutsche Wehrmacht 1943 Albanien von der italienischen Besatzung befreite und sich die Soldaten durchweg korrekt verhielten, waren und sind die Deutschen auch heute noch bei den Shkypetaren hoch angesehen. Dazu der Verfasser: „Die Kommandeure der *Wehrmacht achteten auf strengste* Disziplin der Truppe in deren Verhalten der Bevölkerung, vor allem den Frauen, gegenüber. Kamen einmal Übergriffe vor, wurden sie stets und raschestens abgestellt. Die Wehrmacht mischte sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes ein. Die Truppe lebte streng getrennt von der Bevölkerung ..."

Peinsipp vergleicht die shkypetarischen Bergrepubliken samt ihrer Sippen- und Stammesverfassung sowie einer Rechtsordnung, die in eine urtümliche Vergangenheit und Vorzeit zurückreichte, mit den schweizerischen Urkantonen des Mittelalters. Für ihn ist das shkypetarische Gemeinwesen, wie er es noch während des Zweiten Weltkriegs kennenlernte, das Modell einer gewachsenen Demokratie. Peinsipp erklärt aus dieser urtümlichen Rechtsordnung und aus einem lebendigen Ethos der Shkypetaren auch die dem Westeuropäer unbegreiflichen Elemente: Wie die bis jüngst noch praktizierte Blutrache, zugleich aber auch die Heiligkeit des Gastrechts oder die unbedingte Geltung eines gegebenen Ehrenworts. Von *diesem Gastrecht* haben übrigens die Deutschen während ihres Rückzugs 1944 profitiert: Die Shkypetaren griffen die abziehende Wehrmacht nicht an, weil die Deutschen als Gäste betrachtet wurden.

Von den shkypetarischen Volksführern schreibt der Verfasser: „Vor allem waren sie Herren, die nicht Stolz mit Eitelkeit oder Parvenümanieren verwechselten. Sie fühlen sich ihrer Hausgemeinschaft und ihrem Geschlecht verpflichtet, jedoch waren sie sich stets bewußt, daß die Verdienste der Ahnen nur zählen, wenn ihnen die Leistung der Lebenden folgt." Die Shkypetaren seien „von der Christenheit verlassen" auch unter Jahrhunderte dauernder Fremdherrschaft ein freies Volk geblieben.

Peinsipp ist sich darüber klar, daß die archaische und heroische Lebensform dieser albanischen „Bergrepubliken" durch die modernen Zeiten und den Kommunismus ausgehöhlt und vielleicht schon vernichtet worden ist. Aber vieles, was uns an den heutigen Albanern – auch an den Kommunisten in Tirana – auf den ersten Blick unbegreiflich erscheint, wird plötzlich transparent und erklärbar, wenn man Peinsipp gelesen hat. Darin liegt das große Verdienst dieses Buches. CARL GUSTAF STRÖHM

Walther Peinsipp:
Das Volk der Shkypetaren
Geschichte, Gesellschafts- und Verhaltensordnung. Verlag Böhlau, Wien-Köln-Graz. 303 S., 78 Mark.

Daten des Terrors

Die ersten Strategiepapiere der „Roten Armee Fraktion" erschienen in den Jahren 1971 und 1972. Heute sind sie weitgehend vergessen. Die neue Generation der Terroristen hat schwächere Bildungsvoraussetzungen als die Baders, Meinhofs und Ensslins. Das „Primat der Praxis" hat theoretische Auseinandersetzungen eindeutig in den Hintergrund gedrängt. Die Bekennerschreiben nach den Attentaten der 80er Jahre dienen nur noch der Rechtfertigung der Aktion und vermögen nicht mehr zukunftweisende Strategien darzustellen.

Diese Entwicklung schildert der Autor in knapper und klarer Form. Er beschreibt Entstehung und Hintergründe des deutschen Terrorismus und zeigt die internationalen Zusammenhänge auf, die sich in den 70er Jahren nur als initiierende Beispiele und noch nicht als tatsächliche Zusammenarbeit darstellten. Heute existieren Bündnisse in der Praxis, so zwischen der RAF und der französischen „Action Directe" sowie – weit schwächer – mit den belgischen „Cellules Communistes Combattantes" (CCC). Ziel ist der Aufbau einer *„anti-imperialistischen Front in Westeuropa"*.

In dem Buch wird deutlich, daß der deutsche Terrorismus – nicht zuletzt wegen seines Theoriedefizits – rücksichtsloser und brutaler geworden ist. Geiselnahmen kommen nicht mehr in Frage. Die Repräsentanten des „militärisch-industriellen Komplexes" werden nicht mehr gefangengenommen, sondern ermordet.

Das hat zu Diskussionen innerhalb der militanten Linken geführt. Der Versuch, die Tötung des amerikanischen Soldaten Pimental zu rechtfertigen, hat nur noch engste Unterstützer erreicht. Der Frankfurter Kongreß im Februar 1986 machte die unterschiedliche Auffassung zwischen Anhängern der RAF und Vertretern der autonomen Linken klar. Auch die neue Untergrundschrift der RAF, „Zusammen kämpfen", kann die wachsende Isolierung der RAF nicht verdecken. Gleichwohl wird sie, wie der Verfasser unterstreicht, weiterkämpfen, *auch ohne Aussicht auf Erfolg*.

Das Buch zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Vielzahl von Fakten aus, von denen einige auch den Fachleuten entfallen sind oder nicht bekannt waren, so zum Beispiel die Tatsache, daß Anwälte der linksextremistischen Szenen über den inzwischen verstorbenen Rechtsanwalt Prof. Friedrich Karl Kaul der „DDR"-Führung vorschlugen, die Gefangenen von Stammheim gegen politische Häftlinge in „DDR"-Haftanstalten auszutauschen.

Das führt zur Rolle des Ostblocks. Kahl betont zu Recht, daß eine Steuerung des Terrorismus in Deutschland durch sowjetische Zentralen nicht nachgewiesen werden könne und unwahrscheinlich sei. Er unterstreicht aber anhand von Beispielen, daß der Ostblock dem Terrorismus immer wieder indirekte Unterstützung gewährt habe. Das Buch verbindet Sachkunde mit Spannung.

HANS JOSEF HORCHEM

Werner Kahl:
Vorsicht Schußwaffen!
Von kommunistischem Extremismus, Terror und revolutionärer Gewalt. Olzog Verlag, München. 200 S., 16,80 Mark.

Leiden im Lager

Das tragische Leben der Hilda Vitzthum

Da wächst, 1902 geboren, in einer österreichischen Beamtenfamilie ein intelligentes Mädel auf. Früh kommt es mit der sozialistischen Jugendbewegung in Berührung, tritt Anfang der 20er Jahre in die KPÖ ein. Als Mitglied des antifaschistischen Komitees wird Hilda Vitzthum 1929 kurzzeitig verhaftet, fährt sofort nach ihrer Freilassung *auf Vorschlag der Partei zu einem* einjährigen Kurs über politische Ökonomie und Leninismus nach Moskau. Dort lernt sie den Gruppenleiter Georgi kennen.

Nach diesem Kurs lebt sie wieder in Wien und arbeitet im Untergrund. Nicht nur um einer zweiten Verhaftung zu entgehen, vor allem aus persönlichen Gründen reist sie erneut nach Moskau, heiratet Georgi, wird in die KPdSU übernommen und erhält den Auftrag, an der Seite ihres Mannes die Kulturarbeit für die zahlreichen ausländischen Arbeiter in Kusnezk, der entstehenden Industrieanlage, *zu organisieren*. Sie bekommt zwei Kinder, die Tochter stirbt nach einem Unfall.

Sozialismus scheint keine Utopie mehr zu sein; der erste Fünfjahresplan mobilisiert die Massen. Doch dann folgt das Jahr 1937. Der „demokratische Zentralismus", mit anderen Worten die Parteibürokratie, läßt Fragen oder andere Meinungen nicht aufkommen und beginnt mit der großen „Säuberung". Tausende Erbauer von Kusnezk werden über Nacht verhaftet. Statt wie versprochen in der „Gartenstadt" zu wohnen, verschwinden sie für zehn bis fünfundzwanzig Jahre in den Arbeitslagern.

Auch Hilda kommt in ein Lager. Ihr Mann, ein überzeugter Kommunist, wird als „Volksfeind" erschossen; den Sohn nimmt Georgis Bruder zu sich. Kaum hat sich Hilda an ein Lager gewöhnt, verlegt man sie in ein anderes. Sie ist oft sehr krank. Es herrscht ein Leid ohnegleichen, Erschießungen sind an der Tagesordnung. Allein der Gedanke an ihren Sohn läßt sie durchhalten. Durch die Intervention einiger Freunde wird Hilda schließlich 1948 aus der Lagerhaft entlassen. Sie holt ihren Sohn, besorgt sich mit letzter Kraft zwei Pässe. Heute lebt Frau Vitzthum wieder in Wien.

JÜRGEN K. HULTENREICH

Hilda Vitzthum:
Mit der Wurzel ausrotten
Erinnerungen einer ehemaligen Kommunistin. Verlag Ernst Vögel, München. 240 S., 24,80 Mark.



Hilda Vitzthum in den 50er Jahren FOTO: DIE WELT

Immer umgetrieben

Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren

Orthodoxe oder chassidische Ostjuden auf der einen Seite, aufklärerische oder assimilierte Westjuden auf der anderen, mit diesem Raster scheint die jüdische Wirklichkeit in Europa zu erfassen zu sein. Doch dieser Eindruck täuscht. Darauf macht die Autorin mit ihrem „historischen Lesebuch" aufmerksam.

Die zwiespältige Situation des „Prager Kreises", der deutschschreibenden Juden zwischen Tschechen und Deutschen, ist einigermaßen be*kannt, weil eine Interpretation* der Werke Kafkas, Werfels, Brods ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen nicht möglich ist. Diese Zwitterstellung war das Ergebnis einer langen Entwicklung, denn anders als die Juden im polnisch-russischen Raum lebte diese Minderheit in den böhmischen und mährischen Landen nicht von der übrigen Bevölkerung weitgehend isoliert.

Trotzdem war die jüdische Existenz voller Probleme, weil die Böhmen und Mähren die Juden als Verbündete der Deutschen sahen – seit dem Toleranzpatent von Joseph II. (1782) mußten sie deutsche Namen tragen und ihre Geschäftsbücher Deutsch führen –, die Deutschen sie aber nicht als gleichberechtigt akzeptierten. Im tschechischen Antisemitismus treten deshalb zu den religiösen und wirtschaftlich motivierten *Vorurteilen gegen die Juden auch* noch nationale.

Deren Auswirkungen waren selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch virulent, wie Wilma Iggers belegt. Die deutschsprachigen Juden, die zurückkehrten, mußten die tschechoslowakische *Staatsbürgerschaft* neu beantragen. Und wer zwischen den Kriegen, als sich die Bewohner der Tschechoslowakei für die tschechische, deutsche oder jüdische Nationalität entscheiden konnten, die jüdische gewählt hatte, wurde nicht wieder eingebürgert.

Erstaunlich ist, daß die Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren bislang nur wenig wissenschaftliches Interesse fand. Es sind in neuerer Zeit lediglich zwei Bücher in Deutsch zu diesem Thema erschienen, die „Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern" von Ruth Kestenberg-Gladstein (1969), die leider nicht über „Das Zeitalter der Aufklärung 1780–1830" hinausgedieh, und „Die Juden in den böhmischen Ländern" (1983), ein Band mit den Vorträgen einer Tagung des Collegium Carolinum über Einzelaspekte der Zeit seit dem Mittelalter.

Wilma Iggers beschränkt sich auf die zweihundert Jahre von der – allerdings nur kurzzeitigen – Austreibung der Juden aus dem Erbkönigreich Böhmen 1744 durch Maria Theresia bis zum neuen kommunistischen Antisemitismus, der offen beim Slansky-Prozeß 1952 hervortrat. Diese zwei Jahrhunderte mit dem ständigen Wechsel zwischen Hoffnung und Verfolgung werden in den Berichten von Zeitgenossen anschaulich.

PETER DITTMAR

Wilma Iggers:
Die Juden in Böhmen und Mähren
Verlag C. H. Beck, München. 392 S., 58 Mark.

Große Fleißarbeit

Neuer Gesamtkatalog atomarer Einrichtungen

Bei der Ankündigung dieses Buches wird mit pompösen Worten nicht gegeizt. Zum ersten Male zeige „Nuclear Battlefields" Athenäum Verlag, Königstein. 416 S., 49,80 Mark), in welchem Ausmaß alle Länder der Welt in die nukleare Logistik eingebunden seien. Und mit er*schreckender Deutlichkeit werde er*kennbar, daß eine quantitative Verringerung der Nuklearwaffen die atomare Kriegsmaschinerie, die ihre eigenen Sachzwänge reproduziere, nicht außer Gefecht setzen werde.

Das Buch der amerikanischen *Journalisten Arkin und Fieldhouse* will der Stichwortgeber für die „Friedensbewegung" sein. Es will den augenscheinlich uninformierten und vielleicht desinteressierten Zeitgenossen anstacheln, sich dem Protest gegen die atomare Rüstung anzuschließen. Zitat: „Das größte Hindernis für die Beteiligung des Bürgers stellt die Geheimhaltung dar ... Die Offiziellen schweigen aus einem naheliegenden Grund: Alles spielt sich in nächster Nähe eines jeden ab. Schweigen verhüllt die Verbindungen zwischen einer unangenehmen Anlage oder einem unschönen Anblick vor Ort und den Ereignissen im Weltmaßstab. Dieses Schweigen ist die beste Waffe, um öffentliche Neugier im Zaum zu halten."

Von solchen Sätzen bis zu dem Entschluß, sich blockierend vor die nächste Kaserne zu setzen, scheint es für manchen nur ein kurzes Stück zu sein. Jedenfalls möchte das Buch dies dem Leser suggerieren. Es ist eine überdimensionale Fleißarbeit an Recherche. Was auf der Welt an atomaren Einrichtungen der Supermächte und der kleineren Länder, die über *Nuklearwaffen verfügen, vorhanden* ist, wird in einem umfangreichen Katalog aufgelistet und dargestellt.

Für jeden Interessenten muß aber klar sein: Dieser Text ist geschrieben, um destruktiv die Verteidigungsplanung der USA und ihrer Verbündeten zu unterminieren. Deshalb enthält das Buch nicht nur Aufklärung, die jeder nüchtern Wägende begrüßen sollte, es agitiert gegen das System, das uns den Frieden im Atomzeitalter erhält.

RÜDIGER MONIAC

NACHRICHTEN

Sperre für Groh

Frankfurt (sid) – Mit einer Sperre von vier Wochen wegen „unsportlichen Verhaltens" ist Jürgen Groh (1. FC Kaiserslautern) vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bestraft worden. Groh war nach einem Foul an Hans-Jörg Criens (Mönchengladbach), der sich dabei einen doppelten Bänderriß zuzog, vom Platz gestellt worden.

Marseille weiter unbesiegt

Paris (sid) – Olympique Marseille bleibt mit dem deutschen Nationalspieler Karl-Heinz Förster nach dem 0:0 bei Stade Rennes weiterhin ungeschlagen. Pierre Littbarski verlor mit Racing Paris das zweite Heimspiel gegen Sochaux 0:3. Trainer Sylvester Takac muß um seinen Posten bangen.

Delzepich nach Österreich

Aachen (dpa) – Günter Delzepich wechselt vom Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen zum österreichischen Erstligaklub Sturm Graz. Delzepich saß zum Schluß in Aachen nicht einmal auf der Reservebank.

Organisiertes Rowdytum

London (dpa) – Die britische Fernsehgesellschaft BBC will Vereinigungen entdeckt haben, die Fußball-Rowdytum organisieren. Die Mitglieder dieser Vereinigungen setzen sich keineswegs aus Arbeitslosen und Slum-Bewohnern zusammen. Diese Rowdys, die sich „Casuals" nennen, gehören zumeist der Mittelklasse an. Auch ein Arzt und ein Rechtsanwalt sollen sich an den geplanten Schlägereien beteiligen.

Schüler unterlagen

Royan (sid) – Deutschlands Fußball-Schüler (unter 15 Jahre) verloren in Royan ein Länderspiel gegen Frankreich mit 2:4. Nach dem 0:3-Rückstand kamen die Spieler von DFB-Trainer Holger Osieck durch Tore von Plößner (Wernsball-Weierzell) und Lässig (Mannheim) nur noch auf 2:3 heran.

Kaiserslautern: Gewinn

Kaiserslautern (dpa) – Die Bilanz des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern weist einen Gewinn von 1,694 Millionen Mark auf. Die Pfälzer erzielten Transfererlöse von rund vier Millionen Mark und gaben davon drei Millionen wieder für neue Spieler aus.

50 000 Karten verkauft

Nürnberg (sid) – Das Bayern-Derby in der Fußball-Bundesliga zwischen dem 1. FC Nürnberg und Bayern München am 3. September ist fast ausverkauft. Nur noch 5000 Stehplatzkarten sind zu haben. Rund 50 000 Karten wurden bereits verkauft.

Maria Canins verletzt

Colorado Springs (sid) – Die Italienerin Maria Canins zog sich bei einem Sturz einen Schlüsselbeinbruch zu und kann bei den Rad-Weltmeisterschaften in Colorado Springs nicht starten. Die zweimalige Siegerin der Tour de France wurde beim Training von einer starken Windböe erfaßt und stürzte.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 2. Spieltag: Coventry – Arsenal 2:1, Luton – Southampton 2:1, *Queens Park – Watford 3:2*, Wimbledon – Aston 3:2. – Tabellenspitze: 1. West Ham 6 Punkte, 2. Tottenham 4, 3. Everton 4.

EISHOCKEY

Europacup: ZSKA Moskau – Södertälje 10:2, Rosenheim – St. Gervais 9:4. – Tabellenspitze: 1. Moskau 2:0 Punkte, 2. Dukla Iglau 2:0, 3. Rosenheim 2:2.

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, 1. Runde: Jelen (Deutschland) – Woodforde (Australien) 6:3, 4:6, 2:6, 6:4, 6:4, Chesnokow (UdSSR) – Osterthun (Deutschland) 7:6, 6:7, 6:3, 6:3, Annacone – McEnroe (beide USA) 1:6, 6:1, 6:3, 6:3, Lendl (CSSR) – Layendecker (USA) 6:3, 6:2, 6:0, Davis – Rostagno (beide USA) 6:3, 7:6, 6:3, Krickstein (USA) – Novacek (CSSR) 5:7, 4:6, 7:6, 6:4, 6:3, Teltscher – Scanlon (beide USA) 6:2, 6:4, 6:1, Krishnan (Indien) – Bauer (USA) 7:6, 6:2, 7:5, McNamee (Australien) – Vilas (Argentinien) 7:5, 5:7, 2:6, 6:1, 6:3, Leconte (Frankreich) – Jaite (Argentinien) 6:3, 6:4, 6:4, Anger (USA) – Arraya (Peru) 6:2, 3:6, 6:1, 7:5, Maciel (Mexiko) – Fibak (Polen) 3:6, 6:4, 7:6, 6:1, Hooper – Brown (beide USA) 6:3, 4:6, 7:6, 6:4, Purcell (USA) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:4, 6:2, 6:1. – **Damen**, 1. Runde: Bartos-Cserepy (Ungarn) – Betzner (Deutschland) 6:1, 7:6, Hanika (Deutschland) – White (USA) 7:6, 6:2, Bunge (Deutschland) – Gompert (USA) 7:5, 6:4, Navratilova (USA) – Holikova (CSSR) 6:4, 6:2, Croft (England) – Demongeot (Frankreich) 4:6, 6:0, 7:5, Herr – P. Smith (beide USA) 6:0, 6:1, Fairbank (Südafrika) – Dunbar (USA) 6:4, 2:6, 6:2, Budarova (CSSR) – Fernandez (USA) 6:2, 6:3, Mandlikova (CSSR) – Calleja (Frankreich) 6:2, 6:2, Horvath – Sloane (beide USA) 6:3, 6:2, Dingwall (Australien) – Fernandez (Puerto Rico) 7:6, 7:6, Reggi (Italien) – Vermaak (Südafrika) 6:1, 6:1, Hu Na (USA) – Herreman (Frankreich) 6:4, 6:2, Mochizuki (USA) – Mundel (Südafrika) 6:3, 7:6, Paradis (Frankreich) – Villagran (Argentinien) 6:7, 6:3, 6:1, Rush – Henricksson (beide USA) 6:1, aufgegeben, Torres – Rinaldi (beide USA) 6:1, 6:4, Marsikova (CSSR) – Krapl (Schweiz) 0:6, 6:3, 6:4, Werdel (USA) – Cecchini (Italien) 6:4, 6:3, Benjamin – Piatek (beide USA) 6:4, 3:6, 6:3, Gildemeister (Peru) – Suire (Frankreich) 2:6, 6:4, 6:2, Moulton (USA) – Bassett (Kanada) 6:4, 4:6, 6:0, Casale (USA) – Hobbs (England) 6:3, 3:6, 7:6, Phelps – Sodupe (beide USA) 6:4, 6:4, Bonder (USA) – Inoue (Japan) 6:2, 6:4.

LEICHTATHLETIK / Jürgen Hingsen jagt Olympiasieger Daley Thompson – Guido Kratschmer verletzt ausgeschieden

● Jürgen Hingsen jagt Olympiasieger Daley Thompson, der seit 1979 im Zehnkampf unbesiegt ist. Nach drei Übungen (100 m, Weit, Kugel) hat der Brite 54 Punkte Vorsprung. Hingsen: „So dicht war ich ihm noch nie auf den Fersen." Hingsen war im Weitsprung (7,89/7,72) und im Kugelstoßen (16,46/15,73) stärker, über 100 m aber schwächer (10,87/10,27). Siggi Wentz lag auf Platz vier.

● Enttäuschung um die Stabhochspringer aus der Bundesrepublik Deutschland. Jürgen Winkler und Bernhard Zintl fehlen bei der Entscheidung am Freitag. Beide überstanden die Qualifikation nicht. Zintl scheiterte an 5,40 m, Winkler hatte diese Höhe, die zur Finalteilnahme gereicht hätte, ausgelassen und schaffte dann 5,50 m nicht. Ebenfalls gescheitert ist der Sowjetrusse Rodion Gataullin.

● Zwei ehemalige Weltrekordlerinnen müssen heute bei der Entscheidung im Hochsprung zusehen: Die Italienerin Sara Simeoni und Tamara Bykow aus der UdSSR. Die Höhe von zwei Metern war für sie einmal selbstverständliche Leistung, jetzt scheiterten sie in der Qualifikation an 1,86 m. Heike Redetzky aus Leverkusen kam mit 1,89 m in die Gruppe der zwölf Teilnehmerinnen am Endkampf.

● Die große Überraschung des ersten Wettkampftages: Drei Italiener gewannen die Medaillen beim Lauf über 10 000 m. Olympiasieger und Weltmeister Alberto Cova wurde dabei von dem erst 23 Jahre alten Stefano Mei besiegt. – Claudia Losch aus Fürth, von der im Kugelstoßen eine Medaille für die Bundesrepublik Deutschland erwartet worden war, belegte nur den vierten Platz.

Ein großes, trauriges Mädchen und ein Sieger, der vorgibt, „zum Schlafen geboren" zu sein

■ Kugelstoßerin Claudia Losch und der starke Druck, der von außen kam ■ Wehmütiges Lachen: „Eigentlich jammerschade, ich habe soviel drauf"

JÖRG STRATMANN, Stuttgart

Aus ihren Augen spricht die Enttäuschung. Scheinbar gelassen sitzt sie da, beantwortet geduldig jede Frage, vergißt nicht die tröstenden Worte für diejenigen Konkurrentinnen, denen es ähnlich ergangen war. Und sie reagiert hier und da mit ihrem ansteckend lustigen, burschikosen Lachen. Doch ihre Augen lachen nicht mit. Sie zeigen ihre unendliche Enttäuschung.

Claudia Losch (26), das Aushängeschild des Frauen-Leistungssports im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV), die Olympiasiegerin im Kugelstoßen, von der alle am ersten Tag der Europameisterschaften in Stuttgart den ersten, den beflügelnden Sieg für das deutsche Team ersehnt hatten – Claudia Losch war ohne Medaille geblieben.

Vierte war die Fürtherin geworden. Ein großer Erfolg. Schließlich waren, anders als in Los Angeles, die weltbesten Kugelstoßerinnenn angetreten. Auch fehlten ihr nur wenige Zentimeter zum dritten Platz. Schließlich war sogar Weltrekordlerin Natalia Lissowskaja aus der UdSSR im Vorkampf gescheitert. Doch es war eben kein Erfolg für die, die ein gutes Abschneiden der um ihre wenigen Chancen bangenden DLV-Mannschaft von einem frühen Erfolgserlebnis abhängig gemacht hatten.

Und in erster Linie war es kein Erfolg für Claudia Losch selbst. Sie saß da, blickte gedankenverloren vor sich hin und zerdrückte den längst leeren Plastikbecher ihres ersten Erfrischungsgetränks. „Ich bin sehr enttäuscht." Ein großes, trauriges Mädchen.

Sicherlich sei der Druck von außen da gewesen, sagt sie. Leicht, aber stetig. Und mit der Zeit lästig in der Vorbereitung. Kräftig und einengend in den letzten zwei Tagen vor dem Wettkampf. Medien, Freunde, DLV-Funktionäre sagten: „Du machst das schon, Claudia." Und, mit kräftigem Schulterklopfen: „Du gewinnst Gold." Gut gemeinte Worte. Die aber das Gegenteil bewirken bei jemandem, der sich lieber vollständig abschottet, um in Ruhe zu arbeiten. Der nichts mehr fürchtet, als daß all die Freundlichkeiten, der Ruhm um sportliche Erfolge die individuellen Freiheiten beschneiden könnten.

Da reagiert Claudia Losch, die stets gut gelaunte, empfindlich. „Nimmt denn niemand Rücksicht!" Deshalb organisierte sie ihre ausgedehnten Trainingslager. So konnte sie sich in Ruhe vorbereiten. „Ich habe nichts gehört und nichts gesehen." Nur den Druck des nahenden Wettkampfes habe sie gespürt. Diese selbstverständliche Spannung, sich selbst im Vergleich mit den Besten zu bestätigen. Vor allen Dingen nach ihrem Olympiasieg von Los Angeles. Doch mit dieser Art Druck könne sie besser umgehen.

Claudia Losch, die Wettkämpferin. Sie habe gewußt, daß mit einem Stoß um 21 Meter eine Medaille zu gewinnen gewesen sei. Das war die Leistung, auf die sie sich vorbereitet hatte. Alle Trainingsergebnisse sprachen dafür. Also hatte sie keine Angst vor den Gegnerinnen. „Auch wenn du die Ostblock-Athletinnen nie einschätzen kannst."

Doch dann dieser Wettkampfverlauf: Ein riesiges Feld von Teilnehmerinnen. Claudia Losch muß lange auf ihren ersten Versuch warten. Und dann der Regen, der einsetzt als sie erstmals den Ring betritt. Heidi Krieger aus der „DDR" hatte da schon unter besseren Bedingungen ihre Siegesweite von 21,10 Meter erzielt.

Nein, der Regen war es nicht, eher die ermüdenden Pausen. Gut drei Stunden dauerte der Wettbewerb für den eineinhalb Stunden vorgesehen waren. Kleinigkeiten, die am Leistungsvermögen nagen und das Gefühl zurücklassen, es viel besser machen zu können. „Für die Zuschauer tut es mir leid", sagt sie.

Claudia Losch, die Empfindsame. Auch im Wettkampf. So verspürt sie keine Genugtuung, die frühere Weltrekordlerin Helena Fibingerova weit hinter sich gelassen zu haben. Sie bedauert die Tschechoslowakin vielmehr: „Das hat Helena nicht verdient." Und dabei fällt Claudia Losch ihre eigene Enttäuschung wieder ein.

In diesem Jahr noch, wie geplant, Wettkämpfe zu bestreiten, kann sie sich nicht vorstellen. „Eigentlich jammerschade", lacht sie traurig, „ich habe so viel 'drauf." Doch mit ihren Gefühlen muß sie erst einmal fertig werden. In Ruhe. Und dann entzieht sie sich schnell. „Die Eltern warten", sagt sie und geht. Ein großes, trauriges Mädchen.

Kratschmer: So höre ich nicht auf

Für Guido Kratschmer war der Zehnkampf schon nach zwei Disziplinen beendet. Eine Muskelzerrung im linken Oberschenkel, die er sich beim dritten Weitsprung-Versuch zugezogen hatte, zwang ihn zur Aufgabe. „Ich bin der Pechvogel der Nation," war Kratschmers erste Reaktion. Doch dann besiegte der Glaube an die Zukunft die Enttäuschung und Resignation: „Ich mache weiter bis zu den Olympischen Spielen 1988."

Der Masseur hatte den 33 Jahre alten Kratschmer, dessen immer stärker gewordene Muskulatur auch ständiges Verletzungs-Risiko bedeutet, vor dem Wettkampf noch einmal untersucht, dabei aber keine Verletzungsanzeichen entdeckt. Kratschmer: „Ich bin wohl zu aggressiv abgesprungen. Ich ahnte gleich, das dies das Ende ist." Kratschmer will das Schicksal noch einmal herausfordern: „So höre ich nicht auf."

■ Ein italienischer Abend im Neckarstadion ■ Drei Läufer – lässig, freundlich, selbstbewußt

JÖRG STRATMANN, Stuttgart

Ein Kleeblatt in Azur. Mei, Cova, Antibo, drei Namen, die für den ersten Höhepunkt der Europameisterschaften von Stuttgart stehen, einen italienischen Triumph.

Ein Trio, dem der Erfolg im 10 000-m-Lauf gemeinsam ist. Und die Lässigkeit, mit der Fragen zum Rennen und zur Person beantwortet werden. Eine Lässigkeit, die so unerklärlich zur überschäumenden Freude kontrastiert, mit der ihre Landsleute im Stadion feiern. Aber auch ein Trio völlig unterschiedlicher Typen. Stefano Mei (23), Student aus La Spezia, schlaksig, selbstbewußt, der sich nicht scheut, in der verhältnismäßig gediegene Atmosphäre der Pressekonferenz für Medaillengewinner das durchnäßte Hemd und die Socken zu wechseln. Dem aber auch der Siegerkommentar so selbstverständlich von den Lippen geht, als sei der Titel längst eingeplant gewesen. „Ich bin hergekommen, eine Medaille zu gwinnen." Na bitte.

Schon als Kind ist ihm vieles leicht gefallen. Mit zehn Jahren wollte man ihn bei den Ligurien-Spielen nicht antreten lassen, weil er immer gewann. Mit 16 Jahren schon machte er Schlagzeilen, der Leistungsknick kam Anfang der 80er Jahre. „Ich bin wohl zu schnell zu gut geworden", sagt Mei heute. Erst 1985 mit einem dritten Platz über 1500 m beim Europacup und Silber im Weltcup über 5000 m hatte er sich zurückgemeldet. Jetzt sagt er: „Ich bin endlich ein kompletter Läufer, perfekt. Ich konnte schon lange kämpfen, aber mir fehlte die Robustheit." Das klingt sehr selbstbewußt, aber auch freundlich, aufgeschlossen. Da paßt die Aufschrift seines T-Shirts gar nicht mehr zum dem, der es trägt. „Born to sleep", steht das – zum Schlafen geboren? Er will auch noch über 5000 m gewinnen . . .

Daneben Alberto Cova (27), Angestellter aus Invergio, der unterlegene Seriensieger, Olympiasieger, Weltmeister, nach eigener Aussage ebenso ehrgeizig wie eitel, der nach schnell überwundener Enttäuschung souverän und leicht amüsiert Rede und Antwort steht. Ein Siegertyp, auf dessen Erfolg Experten ihren Arm gewettet hätten.

Als Dritter im Bunde Salvatore Antibo (24), Student aus Altofonte, Olympiafünfter, klein mit langen dunklen Haaren, der sich wie im Rennen diskret zurückhält und sich still „über meine erste echte Medaille" freut. Schließlich habe er, das gibt er leise zu, sich in der letzten Runde noch arg anstrengen müssen, den dritten Platz zu halten. „Als ich sah, daß Mei und Cova wegzogen, ging es mir nur darum, eine Medaille zu gewinnen."

Dieser dreifache Triumph „ist ein historisches Ereignis", da sind sich Cova und Mei einig. Antibo nickt stumm. „Dieses Rennen war eine Auszeichnung für den italienischen Langstreckensport. Für Italien war es der maximale Erfolg überhaupt." Wer mag da widersprechen.

Dabei sei der Erfolg im Grunde gar keine Überraschung. Zur Zeit mögen Italiens Läufer vielleicht im Mittelpunkt stehen, doziert Cova, aber Erfolge ließen sich kontinuierlich bis in die 30er Jahre zurückverfolgen. Und er selbst habe sich längst daran gewöhnt, gegen Landsleute zu verlieren, Schon vor dem Zielstrich applaudierte er dem Landsmann.

Und wie wird es über die 5000-m-Distanz aussehen? Da sind sich die Drei noch gar nicht einig. „Auf jeden Fall", sagt Mei, „werde ich mein Bestes geben."

Noch Fragen? Keine Fragen.

Ein italienischer Journalist aber formuliert schon seine Schlagzeile für den Bericht über den Triumph: „Auch über 5000 Meter wird der Vesuv Feuer spucken." Basta. Ein italienischer Abend im Neckarstadion.

Zeitplan und WELT-Tips

Das Programm des dritten Wettkampftages und die WELT-Tips:

● **17.00 Uhr, Diskuswerfen, Frauen:** 1. Christova (Bulgarien, 72,52), 2. Sachse (73,26), 3. Hellmann (beide „DDR", 72,52). – DLV-Teilnehmer: Losch (62,82), Storp (58,25).

● **17.30 Uhr Uhr, Hochsprung, Frauen:** 1. Kostadinowa (Bulgarien, 2,08), 2. Turtschak (2,01), 3. Binias („DDR", 1,97). – DLV-Teilnehmer: Redetzky (1,91)

● **18.40 Uhr, 400 m, Frauen:** 1. Koch („DDR", 49,24), 2. Wladykina (UdSSR, 49,76), 3. Müller („DDR", 49,79). – DLV-Teilnehmer: Kinzel (50,83), Thimm (51,62), Lix (52,17.

● **18.50 Uhr, Kugelstoßen, Männer:** 1. Timmermann (22,60), 2. Beyer (beide „DDR", 22,64), 3. Andrei (Italien, 22,06). – DLV-Teilnehmer: Stolz (20,57), Gelhausen (20,33).

● **19.00 Uhr, 800 m, Männer:** 1. Cram (1:43,22), 2. Coe (beide Großbritannien, 1:44,10), 3. Semljanski (UdSSR, 1:45,05) – DLV-Teilnehmer: Braun (1:44,03), Assmann (1:44,59), Giessing (1:45,73).

● **19.40 Uhr, 800 m, Frauen:** 1. Olisarenko (UdSSR, 1:57,42), 2. Wodars („DDR", 1:57,05), 3. Bußmann (Deutschland, 1:58,11).

● **20.20 Uhr, 3000 m, Frauen:** 1. Puica (Rumänien, 8:38,91), 2. Budd (Großbritannien, 8:34,43), 3. Bondarenko (UdSSR, 8:34,90). – DLV-Teilnehmer: Kraus (im Vorlauf aufgegeben).

● **20.40 Uhr, 400 m Hürden, Männer:** 1. Schmid (Deutschland, 47,89), 2. Wassiljew (UdSSR, 48,24), 3. Tomow (Bulgarien, 48,48) – Weitere DLV-Teilnehmer: Scholz (49,52), Kaulin (49,80).

● **Im Fernsehen:** 9.55 bis 13.15 Uhr (Vorkämpfe), 17.30 biis 19.47 Uhr, 20.15 bis 21.45 Uhr (alles in der ARD).

Die Entscheidungen

Männer: 10 000 m: Gold: Mei 27:56,79, **Silber:** Cova 27:57,93, **Bronze:** Antibo (alle Italien) 28:00,25, 4. Erixon (Schweden) 28:01,50, 5. Castro (Portugal) 28:01,62, 6. Treacy (Irland) 28:04,10, ... 15. Herle (Deutschland) 28:44,10.

Frauen: 10 km Gehen: Gold: Diaz (Spanien) 46:09 Std., **Silber:** Jansson 46:14, **Bronze:** Ybanez (beide Schweden) 46:19, 4. Rodionowa (UdSSR) 46:28, 5. Sobrino (Spanien) 46:35, 6. Lewandowskaja (UdSSR) 46:36, 21. Warz (Deutschland) 51:41.

Marathon: Gold: Mota (Portugal) 2:28:38 Std., **Silber:** Fogli (Italien) 2:32:52, **Bronze:** Schramenkowa (UdSSR) 2:34:18, 4. Keskitalo (Finnland) 2:34:31, 5. Villeton (Frankreich) 2:35:17, 6. Moe (Norwegen) 2:35:34 – Hutterer (Deutschland) aufgegeben.

Kugelstoßen: Gold: Krieger 21,10 m, **Silber:** Müller (beide „DDR") 20,81, **Bronze:** Achrimenko (UdSSR) 20,68, 4. Losch (Deutschland) 20,54, 5. Hartwig („DDR") 20,14, 6. Abaschidse (UdSSR) 19,99, 7. Plotzitzka 19,16, ... 11. Storp (beide Deutschland) 18,45.

Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. Italien	1	2	1
2. „DDR"	1	1	0
3. Spanien	1	0	0
3. Portugal	1	0	0
5. Schweden	0	1	1
6. UdSSR	0	0	2

TENNIS

Niederlage – da lächelte McEnroe

sid/dpa, New York

Paul Annacone bewies Stil. „Sorry, John", sagte er am Netz auf dem Center Court von Flushing Meadow, als er nach seinem Erfolg dem tragischen Verlierer John McEnroe die Hand drückte. Annacone: „John tat mir regelrecht leid." Die Hoffnung von John McEnroe auf eine glorreiche Rückkehr in die große Tennis-Welt wurde am ersten Tag der US-Meisterschaften zu Grabe getragen.

Das Resultat von 6:1, 1:6, 3:6, 3:6 war bitter. „Ich fühle mich fast ein bißchen schlecht, McEnroe geschlagen zu haben", sagte Sieger Annacone. Die Wirklichkeit ist hart: „Mac is out" statt „Mac is back". McEnroe spielte wie ein Anfänger, und die eigenen Fehler nahm er wie ein Boxer die Schläge. Er murrte oder meckerte nicht einmal mehr, er lächelte. Ergebenheit war in seinem Gesicht zu lesen. „So", meinte er, „muß sich wohl ein Boxer fühlen, der Treffer nicht wahrhaben will, der irgendwann am Boden liegt und dennoch keine Schmerzen spürt."

John McEnroe kam ins Nachdenken: „Die Vergangenheit ist Vergangenheit. Es ist Zeit, nach vorn zu blicken und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen." War das schon sein eigener Grabgesang? Er wollte schon das Ende seiner Karriere verkünden, sagte er, „dann aber fiel mir ein: Ich habe ja auch im Doppel gemeldet. So lange spiele ich auf jeden Fall noch."

Seine Situation stellt sich für ihn so dar: „Mein Spiel findet im Kopf statt. Leider habe ich keinen Schalter zum Ein- oder Ausschalten wie das Licht. Acht oder neun Jahre hat es hell für mich gebrannt, dann flackerte es ein bißchen, und ich stieg aus. Jetzt kann ich nicht so schnell sagen, ob ich an dem Punkt bin, an dem Björn Borg Schluß machte mit dem Spiel."

Paul Annacone lieferte unbewußt eine mögliche Antwort. Er sagte: „Mein Bruder Steve und mein Trainer Mike de Palmer haben vorher gemeint, es sei nicht nötig, das beste Spiel meines Lebens für einen Sieg über John McEnroe zu spielen. So war es." McEnroe ist verwundbar geworden.

STAND ● PUNKT

Abschied im „freien Spiel der Kräfte"

Schmerzlich und freudig zugleich erinnerten Altvordere des Fußballs beim Abschiedsspiel für Bundesliga-Rekordhalter Klaus Fichtel (451 Einsätze in 21 Profijahren) an die goldenen 60er und 70er Jahre. Zwar *hatte sich Teamkapitän Franz Bek*kenbauer schon vorher festgelegt, nie mehr spielen zu wollen („Ich habe kein Verlangen mehr danach") und auch Wolfgang Overath wollte seinen Urlaub nicht unterbrechen.

Wie schön Fußball sein kann, wenn kein Druck und keine Zwänge dahinterstehen, demonstrierten Persönlichkeiten und Originale der Vergangenheit in geradezu üppiger Fülle. Da stürmte Uwe Seeler (er wird am 5. November 50), als wolle er den Torjägern von heute Anschauungsunterricht im effektiven Sturmspiel geben. Zweimal traf er, einmal schob er dem Schalker Torwart Junghans den Ball durch die Beine, und als Krönung servierte er dann wie früher noch einen Fallrückzieher, der zwar etwas danebenging, aber viel Beifall und „Uwe-Uwe-Rufe" nach sich zog. Und mit Vergnügen konsumierten die rund 20 000 Fans bei böigem Wind, was Willi Lippens, wegen seines Watschelganges nur „Ente" genannt, und der inzwischen zwei Zentner schwere „Buffy" Ettmayer an zirkusreifen Tricks zu bieten hatten. Höhepunkt der Varieté-Einlagen: „Ente" stoppte einen aus dem Fußgelenk geschlagenen Traumpaß des Österreichers mit dem Allerwertesten.

Freilich, Ettmayer sagte auch, daß solche Kunst nur im „freien Spiel der Kräfte" gedeiht. 6:6 hieß es am Ende. „Wenn's um etwas gegangen wäre, hätten die mich auf die Haupttribüne geschleudert." Klaus Fichtel, von Sprechchören gefeiert, winkte mit tränenfeuchten Augen zum letzten Mal ins Publikum. Was ihm bleibt, sind rund 100 000 Mark aus dem Abschiedsspiel. Einen Teil davon will der ehemalige Bergmann (Fichtel arbeitete von 17 bis 20 unter Tage) Angehörigen verunglückter Bergleute zur Verfügung stellen. Und auch den Wunsch einer Behindertenstätte nach einem fahrbaren Untersatz will er erfüllen helfen. HEINZ STUMM

Chirac besucht Unruheregion Neukaledonien

AP, Paris

Der französische Premierminister Jacques Chirac wird heute mit fünf Ministern zu einem zweitägigen Kurzbesuch ins Überseeterritorium Neukaledonien fliegen. Vor sechs Wochen hatte das Pariser Parlament ein neues Gesetz gebilligt, das eine Übergangsregierung und für Sommer 1987 eine Volksabstimmung über die Selbstbestimmung Neukaledoniens vorsieht. Chirac will bei seinem Besuch nicht nur den künftigen politischen Status der Inselgruppe, sondern auch Wirtschaftsmaßnahmen und die allgemeine Rolle Frankreichs im Südpazifik erörtern.

Ende 1984 und Anfang 1985 war es auf Neukaledonien zu blutigen Unruhen gekommen, die elf Menschenleben forderten. Die Kanaken, mit 43 Prozent die stärkste Volksgruppe unter den 150 000 Inselbewohnern, fordern im Gegensatz zu den anderen Bewohnern die völlige Unabhängigkeit Neukaledoniens.

Ceausescu zieht jetzt Konsequenzen aus wachsender Wirtschaftsmisere

Rumänische Regierung erneut umgebildet / Starker Druck der Auslandsschulden

cgs./DW. Wien

Mit der Ernennung von zwei Wirtschaftsexperten in Schlüsselpositionen hat der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu offenbar Konsequenzen aus den wachsenden wirtschaftlichen Problemen seines Landes gezogen. Rumänien hat in der letzten Zeit anhaltende Schwierigkeiten, seine Auslandsschulden fristgemäß zurückzuzahlen.

Bei der Kabinettsumbildung war am Dienstag Ioan Tutu zum neuen Außenminister ernannt worden. Sein Amtsvorgänger Ilie Vaduva übernahm die Leitung des Ministeriums für Außenhandel und internatioanale wirtschaftliche Zusammenarbeit, das bisher Vasile Pungam führte. Ob Pungam mit neuen Aufgaben betraut wurde, war bisher nicht zu erfahren.

Neu besetzt wurde auch der Posten des Finanzministers. Hier löste Alexandru Babe Petre Gigea ab. Der bisherige Außenhandelsminister und der Finanzminister galten als enge Berater des Präsidenten.

Regierungsumbildungen sind in Bukarest nichts Ungewöhnliches, da Präsident Ceausescu nach Ansicht von Beobachtern durch häufige Umbesetzungen der wichtigsten Ämter seinen Ministern die Bildung einer „Hausmacht" erschweren will. Wenn auch Rotationen dieser Art nicht überbewertet werden sollten, fällt diesmal doch die massive Berufung von Wirtschaftsexperten in die Spitzenpositionen auf.

Die rumänische Führung, die ihre gesamte Wirtschaftspolitik auf die Rückzahlung der Auslandsschulden ausgerichtet und dafür eine fühlbare Verschlechterung des Lebenstandards der Bevölkerung hingenommen hat, kann keine greifbaren Erfolge aufweisen. Bukarest mußte bereits um Umschuldung für die 1986 und 1987 fälligen Schulden nachsuchen.

Nur neun Monate nach seiner Ernennung zum Außenminister wurde Ilie Vaduva zum Außenhandelsminister ernannt. Der 52jährige ehemalige Rektor der Wirtschaftsakademie gilt als Vertrauensmann von Elena Ceausescu und hat bisher immer die wenig reformfreudigen Wirtschaftskonzepte Nicolae Ceausescus unterstützt.

Der neue Außenminister Ioan Tutu, ehemals Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, war bisher Vize-Ministerpräsident und für die Beziehungen zum Comecon zuständig. Als Abgeordneter zur Großen Nationalversammlung hat er Rumänien öfters bei Konferenzen der Interparlamentarischen Union vertreten. Er ist auch Politbürokandidat.

Der neue Finanzminister Alexandru Babe war bisher Beamter im Finanzministerium.

Genscher fordert: Gorbatschow beim Wort nehmen

AP, Wien/Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat den Westen aufgerufen, den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow mit seiner angekündigten Bereitschaft zum Neuanfang und zu neuer Offenheit im Ost-West-Verhältnis beim Wort zu nehmen. In einer Rede vor dem Donau-Europäischen Institut in Wien sagte Genscher gestern, alle sinnvollen Angebote zu mehr Zusammenarbeit müßten realistisch auf Ernsthaftigkeit geprüft werden. Die demnächst in Wien beginnende KSZE-Folgekonferenz biete dafür den nächsten Termin. Die Bundesrepublik Deutschland wolle dafür sorgen, daß es dabei nicht an Ideen mangele. Kritik übte Genscher an pauschaler westlicher Ablehnung neuer sowjetischer Abrüstungsvorschläge. Es verrate Unsicherheit und Mangel an Kompetenzen, wenn jeder neue Ansatz im sowjetischen Verhalten als Propaganda charakterisiert werde.

USA drängen Moskau zu mehr Pragmatismus

Hinter den Kulissen häufiger Gespräche als angenommen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion finden – so lassen NATO-Kreise in Brüssel durchblicken – derzeit sehr viel substantiellere Gespräche über die Zukunft der Ost-West-Beziehungen statt als allgemein bekannt ist. Wie in Brüssel verlautet, hat die von Präsident Reagans Sonderbotschafter für Abrüstungsfragen, Paul Nitze, geführte Delegation in Moskau am 11. und 12. August mit den Sowjets in gelockerter Atmosphäre eine „tiefgehende" Aussprache geführt. Washington habe dabei seine Bereitschaft zu weitreichenden Übereinkommen mit der Sowjetunion unumwunden zum Ausdruck gebracht.

Auf zahlreichen Ebenen hätten die USA andere Kontakte mit Moskau oder bereiteten sich auf Gespräche vor. So sind zum Beispiel für die kommende Woche Verhandlungen über chemische Waffen in Bern angesetzt. Das ganze Spektrum der beiderseitigen Beziehungen werde dabei erörtert, hieß es in Brüssel. Selten zuvor in der Geschichte der Supermächte seien derart intensive Gespräche hinter den Kulissen geführt worden, obwohl offiziell nur Vorbereitungen für das Zusammentreffen der Außenminister Shultz und Schewardnadse am 19. und 20. September zugegeben würden.

Verbündete informiert

Als Gradmesser für den Ernst der Gespräche wurde darauf verwiesen, daß über die Gesprächsrunde in Moskau in der zweiten Augustwoche weder aus dem Westen noch dem Osten Einzelheiten an die Öffentlichkeit gedrungen seien. Eine weitere Kontaktrunde auf dieser Ebene ist für den 5. und 6. September in Washington vorgesehen.

Dennoch haben die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten in der NATO inoffiziell über den Inhalt der Gespräche informiert. Die Amerikaner haben der Sowjetunion zu verstehen gegeben, so lauten zuverlässige Informationen, daß es auf jedem der zur Debatte stehenden Felder zu baldigen Fortschritten kommen könne, wenn Moskau weniger eine Philosophie verfolge, die in der Substanz darauf zu zielen scheine, die USA auf den Platz zwei unter den Supermächten zu verweisen.

Große Offenheit

Die von Moskau wiederholte Formel von „Gleichheit und gleicher Sicherheit", die ideologische Prinzipien in völkerrechtliche Substanz verwandeln solle, sei Ausdruck einer Tendenz, dort militärische Kompensation zu suchen, wo die Sowjetunion Gegner ihrer Gesellschaftsordnung sehe. Washington sei nicht bereit, der Sowjetunion eine aus dieser Perspektive angestrebte Dominanz einzuräumen. Verhandlungserfolge seien aus amerikanischer Sicht unvermeidlich, wenn das Thema pragmatischer behandelt würde.

Es wurde eingeräumt, daß es zu früh sei, einen Ausgang der Gespräche vorauszusagen. Es sei jedoch so, daß die Amerikaner in großer Offenheit ihre Verhandlungsbereitschaft dargelegt und Probleme beschrieben hätten, die aus ihrer Sicht Fortschritte bis jetzt verhindert hätten. Washington habe Moskau erklärt, daß es bei SDI keine Umkehr geben könne. Es sei bereit, über alle Einzelheiten, einschließlich des ABM-Raketenabwehrvertrages von 1972, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Das Forschungsprogramm selbst stehe nicht zur Disposition. Die Sowjetunion müsse verstehen lernen, daß Mittel der Strategien durch die Rastlosigkeit menschlichen Geistes Veränderungen unterworfen würden. Politische Blockaden könnten den Prozeß bremsen, aber nicht aufhalten.

(SAD)

Von SAT 1 ein Angebot an die Konkurrenz

fac./dpa, Bonn

Die private Fernsehgesellschaft SAT 1 hat dem Konkurrenzunternehmen RTL Plus aus Luxemburg ein Kaufangebot für die bei der Deutschen Bank treuhänderisch deponierten vier Prozent des Gesellschaftsanteils am Medienunternehmen CLT (Compagnie Luxemburgoise de Telediffusion) gemacht. SAT 1-Geschäftsführer Jürgen Doetz (Mainz) bestätigte dies der WELT. Doetz: „Das Angebot ist so ernst gemeint wie das Angebot der CLT."

Über die Kaufofferte hatte CLT-Generaldirektor Gustave Graas am Dienstag in Luxemburg berichtet. Am Kapital von RTL Plus sind derzeit CLT zu 50 Prozent und einer Aktie, zu 10 Prozent die Essener Zeitungsgruppe WAZ und zu 40 Prozent minus einer Aktie UFA/Bertelsmann beteiligt. CLT will vier Prozent an einen künftigen deutschen Gesellschafter abgeben. RTL-Programmdirektor Helmut Thoma sagte im Gespräch mit dpa/VWD: „Wir sind erfreut über die Kontaktnahme. Sie zeigt, daß SAT 1 die Erfahrung und Kompetenz von RTL im Fernsehbereich zu schätzen weiß." An SAT 1 ist eine Gruppe von Verlagen und die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfernsehen (PKS) beteiligt. Vor kurzem war eine zentrale Betriebsgesellschaft geschaffen worden, um den Programmverantwortlichen ein schnelleres Reagieren zu ermöglichen. Bis zum Inkrafttreten der Reform lag die Verantwortung im wesentlichen bei den beteiligten Häusern. Zur Zeit sind Gespräche darüber im Gange, auf welchem Kanal des geplanten Rundfunksatelliten TV SAT – sein Start ist nach dem Ariane-Debakel für das Frühjahr 1987 vorgesehen – SAT 1 künftig senden wird.

Bonn lehnte Verfolgung von Kriegsverbrecher ab

dpa, New York

Die Bundesregierung hat 1983 die Anregung des US-Justizministeriums abgelehnt, die Auslieferung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers zu beantragen. Entsprechende Dokumente wurden jetzt in New York vom Jüdischen Weltkongreß veröffentlicht. Es geht um den heute 63 Jahre alten Ukrainer Bogdan Koziy, der 1943 als Mitglied der unter deutscher Leitung stehenden ukrainischen Polizei ein vierjähriges jüdisches Mädchen und mehrere Mitglieder einer jüdischen Familie erschossen haben soll.

Koziy lebt seit 1949 in den USA. Nachdem die Vorwürfe gegen ihn bekannt geworden waren, wurde ihm 1982 die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen.

In einer Verbalnote vom 28. März 1983 hatte das Auswärtige Amt argumentiert, die Koziy zur Last gelegten Taten seien verjährt. In dem Gutachten wurde ein Gutachten der Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von Naziverbrechern zitiert, in dem es heißt, die Teilnahme des Ukrainers an den Erschießungen sei zwar „aufgrund der sehr präzisen Zeugenaussagen nicht zweifelhaft", aber diese Taten seien „unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung" lediglich als „Verbrechen des Totschlags oder als Beihilfe zum Mord" zu werten und damit seit dem Frühjahr 1960 verjährt.

Im Juli schrieb der Direktor des „Büros für besondere Ermittlungen" an das Justizministerium in Bonn und wies darauf hin, daß der Fall Koziy eine „Basis" für eine Strafverfolgung in der Bundesrepublik und damit für eine Auslieferung liefern könne, wie der damalige Justizminister Jürgen Schmude dies in Aussicht gestellt habe.

KVAE unter Zeitdruck

Rühe hält Erfolg für möglich / Kontrolle bis zum Ural geplant

DIETHART GOOS, Bonn

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe erwartet von der Endrunde der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) konkrete Vereinbarungen. Rühe erklärte, daß sich die KVAE-Konferenz unter starkem Zeitdruck befinde. Bis zum 19. September müssen sich die 35 Staaten aus Ost und West über neue vertrauensbildende Maßnahmen als Erweiterung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki einigen. Dieser Termin kann nicht hinausgeschoben werden, weil sich bereits am Tag darauf die Außenminister der USA und der UdSSR, Shultz und Schewardnadse, treffen, um die Bedingungen für ein neues Gipfeltreffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow zu vereinbaren.

In der Schlußphase der KVAE-Konferenz geht es um die neuen Forderungen für verbindliche Manövermitteilungen. Bisher mußte ein KSZE-Staat Übungen mit mehr als 25 000 Soldaten den anderen Konferenzteilnehmern 21 Tage vorher bekanntmachen. Das meldepflichtige Manövergebiet in der UdSSR war auf 250 Kilometer östlich der West-Grenze beschränkt. Künftig soll das europäische Gebiet der Sowjetunion bis zum Ural in die Meldepflicht einbezogen werden.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West bestehen noch über die anzumeldende Mindestzahl der Manövertruppen. Der Warschauer Pakt nannte zunächst 18 000 Mann, während die NATO-Staaten und neutrale Länder als Mindestzahl 6000 Soldaten festschreiben wollten. Rühe rechnet damit, daß sich beide Seiten auf 12 000 einigen werden. Das wäre aus seiner Sicht ein erheblicher Fortschritt. Bei dieser Mindestzahl hätten beide Seiten jährlich etwa 20 Manöver anzumelden.

Realzins durch Preisstabilität weiter auf hohem Niveau

Inlandsobligationen — Lebenshaltungskosten*) — Realzins

12% · 10% · 8% · 6% · 4% · 2% · 0

1979 · 1980 · 1981 · 1982 · 1983 · 1984 · 1985 · 1986

*) Veränderung gegen Vorjahr

Das durch Dollarschwäche und niedrige Ölpreise sinkende Preisniveau hielt die Realzinsen, die Differenz zwischen dem Nominalzinssatz und der Preisänderungsrate, rechnerisch mit über sechs Prozent auf einem extrem hohen Niveau. QUELLE: COMMERZBANK

WELTWIRTSCHAFT

Großbritannien: Die Leistungsbilanz hatte im Juli ein Defizit von zwölf Mill. Pfund (36 Mill. DM).

Mexiko: Die staatliche Ölgesellschaft Pemex nahm mit 3,1 Mrd. Dollar nur 37,8 Prozent der erwarteten 8,16 Mrd. Dollar ein.

Südafrika: Die Kapitalflucht hat größere Auswirkungen als offizielle Sanktionen. (S. 13)

Frankreich: Die Preise werden bis Ende des Jahres freigegeben. Auch der Devisenverkehr wird weiter liberalisiert. (S. 12)

FÜR DEN ANLEGER

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 287,08 (284,68); Chemie: 166,02 (164,77); Elektro: 339,52 (339,25); Auto: 756,52 (748,83); Maschinenbau: 154,18 (150,12); Versorgung: 169,73 (165,87); Banken: 436,21 (430,47); Warenhäuser: 177,96 (176,74); Bauwirtschaft: 508,08 (509,52); Konsumgüter: 188,44 (187,88); Versicherung: 1523,25 (1525,20); Stahl: 158,22 (155,89).

Nachbörse: Freundlich

Japan: Der Zentralbankpräsident Satoshi Sumita hat die Möglichkeit einer sofortigen Senkung des Diskontsatzes ausgeschlossen.

Anleihe: Das Beamtenheimstättenwerk hat eine 150-Mill.-DM-Auslandsanleihe mit einem Nominalzins von 6⅜ Prozent bei einem Ausgabekurs von 99,25 DM aufgelegt.

Bundesanleihe: Das Bundesanleihekonsortium wird morgen die Konditionen für eine neue Anleihe festlegen.

MÄRKTE & POLITIK

Verbot: Das US-Transportministerium hat die geplante Fusion von Texas Air und Eastern Airlines verboten. (S. 14)

Norwegen: Die Regierung will mit den Mineralölgesellschaften über eine Beschränkung der Ölförderung aus der Nordsee sprechen, um gemeinsam mit der Opec den Rohölpreis zu stützen.

Preise: Von allen Industrieländern war der Geldwert in der Bundesrepublik am stabilsten, wo die Inflationsrate gegenüber dem 2. Halbjahr 1985 von zwei Prozent auf 0,2 Prozent fiel.

Autos: Mit dem Motto „Global 10" hat die Toyota Motor Co. ihren Anspruch auf zehn Prozent des Weltmarktes angemeldet.

Gas: Die Niederrheinischen Gas- und Wasserwerke GmbH (NGW) senken die Preise im Haushaltsbereich zum 1. Oktober um 1,2 Pfennig je Kilowattstunde und damit um rund 25 Prozent.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	26. 8. 86	25. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	195,00	192,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	128,50	128,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	70,00	71,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Flüssigei: Die Staatsanwaltschaft teilte mit, daß eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen vier Hersteller eingestellt wurden.

Gründung: Degussa und BASF gründen die Ultraform Company (Thermoplast) mit Sitz in Mobile/Alabama.

Steilmann: Der „Modezar" ist mit einem um acht Prozent gestiegenen Gruppenumsatz von 1,179 Mrd. DM mit Abstand der größte Bekleidungshersteller. (S. 14)

Preussag: Die Ertragslage ist durch negative Außeneinflüsse weiterhin belastet. Trotzdem arbeitet das Unternehmen mit Gewinn. (S. 13)

Flabeg: Die 100prozentige Tochtergesellschaft der Flachglas AG steigerte im 1. Halbjahr 1986 das Umsatzergebnis um 17 Prozent.

Lufthansa: Scharfe Kritik an der Führungsstruktur wird in der Studie der SCS-Management Unternehmensberatung geübt. (S. 12)

NAMEN

La Stampa: Die Deutschen werden die Rolle als Lokomotive der europäischen Wirtschaft behalten, erklärte der Wirtschaftsressort-Leiter der italienischen Tageszeitung, Renzo Villare, in einem Gespräch mit der „WELT". (S. 12)

Triumph Adler: Francesco Tato, bis zum 31. Juli Geschäftsführer des Verlagskonzerns Mondadori, Mailand, übernimmt möglicherweise die Nachfolge von Wolfram Nadebusch als Vorstandsvorsitzender.

„Die große Papierfabrik eines SPD-Parteitages ist nicht relevant"

WELT-Gespräch mit Karl Schiller, dem früheren SPD-Wirtschaftsminister

Mk./p. p. Nürnberg

Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD hat ihr früherer Wirtschaftsminister Karl Schiller in einem Gespräch mit der WELT geübt. Das Prinzip der marktwirtschaftlichen Steuerung sei in der Partei in den vergangenen Jahren manchen Irritationen ausgesetzt gewesen, was Schiller jetzt als überstanden bezeichnete. *Allerdings charakterisierte er den ursprünglichen wirtschaftspolitischen Entwurf des Parteivorstandes, der unter der Regie von Wolfgang Roth entstanden war, als marktwirtschaftlicher als das jetzt verabschiedete Aktionsprogramm.*

Im übrigen relativierte er die Beschlüsse von Nürnberg: „Wer liest denn schon solche Programme im einzelnen?" Er sprach von der „großen Papierfabrik" der SPD, „die ich nicht für relevant halte". Überdies wies er auf die Pluralität der Meinung gerade in seiner Partei hin. Und so könne auch ein „in der Wolle gefärbter Marktwirtschaftler" wie er, Johannes Rau „mit seinem marktwirtschaftlichen Rat zur Seite stehen".

In dem verabschiedeten Aktionsprogramm vermißt Schiller das soziale Bündnis, Arbeit für alle, das er als Fortentwicklung der früheren konzertierten Aktion deutete. Außerdem macht er deutlich, daß er von paritätisch besetzten Strukturräten nichts hält. *Er fürchtet, daß solche* Institutionen permanent an Erhaltungssubventionen arbeiten würden.

Zwar geht Schiller davon aus, das Thema Machtkontrolle und Wettbewerb werde in der nächsten Legislaturperiode eine große Rolle spielen. Von dem „Schlenker" im SPD-Aktionsprogramm, „wenn alle Stränge reißen, dann bleibe auch die Verstaatlichung", hält er überhaupt nichts.

Schiller, der als Minister diese Idee *durchgesetzt hatte,* ist davon überzeugt, daß die konzertierte Aktion in irgendeiner Form wiederkommen werde. Er sieht eine Chance, weil auch bei den Gewerkschaften der große Dampf, der 1984/85 im Kessel war, raus ist.

Seit 1966 bestimmte Prof. Dr. rer. pol. Karl Schiller – 1911 in Breslau geboren – als Wirtschaftsminister und später auch als Finanzminister den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Brandt, bis es 1972 zu einem Zerwürfnis mit der SPD kam. Er blieb nach seinem Rücktritt als Berater im In- und Ausland gefragt, leitete auch die Volkswirtschaftliche Abteilung beim Axel Springer Verlag und kehrte 1980 zur SPD zurück, lehnte aber Ministerverantwortung trotz mehrmaliger Aufforderungen ab.

Die Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an der SPD hält Schiller für weit überzogen. Überdies sei auch die jetzige Bundesregierung in bezug auf Subventionen „alles andere als ein marktwirtschaftlicher Musterknabe". In seiner Rede vor dem Parteitag hatte er im Hinblick auf die Kritik des Spitzenverbandes an der SPD und der Gewerkschaften an der Bundesregierung das *Bild „von der sozialen Symmetrie zur* polemischen Symmetrie" benutzt.

Schiller geht davon aus, das Konzept der Globalsteuerung werde auch in der Bundesrepublik wieder eine größere Rolle spielen, weil die „Leute lernen, es hat keinen Sinn, unzählige einzelne Schräubchen und Hebelchen zu bedienen". Daher würden sie sich an die großen Linien der fiskalen Geldpolitik halten. Die Globalsteuerung sei aus der bewußten Erkenntnis entstanden, daß man nicht punktuell intervenieren sollte, sondern nur die großen Aggregate im Auge behalten sollte.

Den Streit um die Diskontsenkung hält Schiller auf beiden Seiten des Atlantiks für überzogen. Die Vorstellung, wenn die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt gesenkt würden, werde die Inlandsnachfrage prosperieren, hält er ebenso für überzogen, wie den ständigen Hinweis auf die Gefahren für die Stabilität.

Der Dollar tendierte zur D-Mark fester

dpa/VWD, Frankfurt

Am Tag vor der Sitzung des Zentralbankrates legte der US-Dollar an den internationalen Devisenmärkten 1,4 Pfennige zu. Vor allem in New York blühten die Spekulationen darüber, ob die Bundesbank dem Schritt der US-Zentralbank folgen werde. Am Frankfurter Markt zog der Dollar auf 2,0595 (2,0453) DM an, nachdem er vorigen Freitag mit 2,0391 DM noch den niedrigsten Mittelkurs seit Januar 1981 erreicht hatte. Das Pfund Sterling erholte sich auf 3,05 (3,03) DM.

Eine feste Tendenz zeigte gestern die Frankfurter Börse, die von der *kräftigen Aufwärtsbewegung* an der Wall Street profitierte. Der Dow-Jones-Index legte am Dienstag 32,48 Punkte zu und endete mit 1904,24 knapp unter dem Rekordstand von 1909,03. Gestern begann die New Yorker Börse behauptet.

Zentralbankrat heute ohne Pressekonferenz

dpa/VWD, Frankfurt

Die in den letzten Tagen gestiegenen Erwartungen auf eine Senkung der Leitzinsen durch die Deutsche Bundesbank schon in dieser Woche erhielten am Mittwoch einen Dämpfer. Die Deutsche Bundesbank kündigte an, daß nach der heutigen Sitzung des Zentralbankrates keine Pressekonferenz stattfindet.

An den Finanzmärkten halten sich jedoch hartnäckig Vermutungen, daß der Zentralbankrat im Hinblick auf die amerikanischen Forderungen die Leitzinsen bei seinem nächsten Zusammentreffen in zwei Wochen senken werde. Der Diskontsatz der Bundesbank wurde zuletzt am 7. März dieses Jahres um 0,5 auf dreieinhalb Prozent zurückgenommen, während der Lombardsatz seit August letzten Jahres fünfeinhalb Prozent beträgt.

Im luftleeren Raum

cd. – Rein rechnerisch liegt der deutsche Realzins, also der gängige (Nominal-) Zins am Kapitalmarkt abzüglich der unter den Nullpunkt gerutschten Preisveränderungsrate, bei rund sechs Prozent. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die um Sondereinflüsse bei den Einfuhrpreisen bereinigte hausgemachte Teuerungsrate etwa zwei Prozent ausmacht, was sich im nächsten Jahr auch in der Statistik niederschlagen wird, ist der Realzins mit rund vier Prozent noch recht beachtlich.

Im historischen Vergleich ist dieser *Realzins* sogar überdurchschnittlich hoch. Es wäre jedoch leichtfertig, deswegen auf einen weiteren Rückgang der Nominalzinsen zu spekulieren, was gelegentlich geschieht. Denn der Realzins ist ein mehr oder weniger im luftleeren Raum stehendes rechnerisches Datum. Über die tatsächliche Zinsentwicklung entscheiden an den Märkten – zumindest bei stabiler Teuerungsrate – ganz andere Kräfte, darunter nicht zuletzt die von welchen Überlegungen auch immer geprägten internationalen Kapitalströme.

Es ist auch absurd, mit Hinweis auf den hohen Realzins am Kapital*markt die Bundesbank zu geldpoli*tischen Lockerungsübungen zu drängen. Denn der Zusammenhang zwischen Notenbankzins und Kapitalmarktzins ist recht locker; der Kapitalmarkt hat eine Notenbankzinssenkung bereits eskomptiert. Ein hoher Realzins bremst auch nicht die Konjunktur, solange gute Gewinne dafür sorgen, daß unternehnerische Aktivitäten mehr Rendite abwerfen als Anlagen in Geldkapital.

Rasches Programm für die Küste

Hamburgs Wirtschaftssenator hat Denkschrift für Norddeutschland vorgelegt

Mk. Nürnberg

Der Bund und die vier Küstenländer müssen nach Ansicht des Hamburger Wirtschaftssenators Volker Lange rasch gemeinsam an die Umstrukturierung der norddeutschen Wirtschaft herangehen. Einen entsprechenden Vorschlag will er heute der Küstenwirtschaftsministerkonferenz in Bremen in Form einer Denkschrift vorlegen. Wie er gegenüber der WELT am Rande des SPD-Parteitages in Nürnberg betonte, gehe es vor allem darum, vorhandene Pläne möglichst schnell umzusetzen.

Dadurch könne kurzfristig Beschäftigung an der Küste als Ersatz für Arbeitsplätze geschaffen werden, die bei den Werften verlorengehen. Allerdings geht es Lange nicht nur um diesen kurzfristigen Beschäftigungseffekt, sondern um eine Modernisierung der Wirtschaftsstruktur in Norddeutschland, was sich auch mittel- und langfristig positiv auf die Region auswirken werde.

Vom Bund fordert er ein Programm zur Strukturentwicklung nach Artikel 104 Grundgesetz. Es sollte eine Laufzeit von drei Jahren haben, mit einer ersten Rate von 500 Millionen Mark für 1987.

Ein Kernpunkt stellt die Verbesserung der Verkehrsbedienung dar, um die Nachteile aus der Randlage auszu*gleichen. Konkret plädiert Lange* für die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken oder für das Vorziehen des Baus der vierten Elbtunnelröhre als zentrale Verkehrsader Norddeutschlands. Ferner sollte die Qualifizierung von Arbeitnehmern vorangetrieben werden.

Zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur zählt er den verstärkten Ausbau der Luftfahrtindustrie, die Förderung von Informationstechnologie-Unternehmen, aber auch die Stärkung des Tourismus an der Küste. Darüber hinaus will er heute den Ausbau der Außenhandels-Informationssysteme und Datenbanken anregen. Außerdem müßten seiner Meinung nach neue Forschungsschwerpunkte im Norden geschaffen wer*den. Ein weiterer Punkt ist für ihn* die ökologische Modernisierung, zum Beispiel durch die Sanierung von Flüssen oder die Wiederbelebung von Industriebranchen.

Einfuhrpreise sinken noch bis in den Herbst

tb. Berlin

Ein nur geringes Exportwachstum im dritten Quartal erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Zwar sieht das Institut Chancen zur Exportausweitung auf den Märkten der Europäischen Gemeinschaft, wobei die durch die Verbilligung der Energie gesteigerte Kaufkraft der Verbraucher die deutschen Exporteure begünstigt, doch auf vielen Märkten haben sich die Wettbewerbsbedingungen durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar verschlechtert.

Nachdem der gesamte reale Warenexport im ersten Halbjahr 1986 nur um 0,7 Prozent gegenüber der gleichen *Vorjahreszeit gestiegen sei,* stelle sich die Frage, ob sich für das ganze Jahr selbst bescheidene Einschätzungen des Exportwachstums erfüllen würden. Die reale Wareneinfuhr dagegen werde zügig steigen.

Die Einfuhrpreise würden bis zum Herbst noch sinken. Auch für die Ausfuhrpreise sei bei zunehmendem Wettbewerbsdruck keine Tendenzwende zu erwarten; sie dürften weiter leicht zurückgehen. Daraus ergebe sich die Erwartung einer weiteren Verbesserung der Terms of Trade, die dazu beitragen dürfte, daß der nominale Überschuß in der Handelsbilanz noch größer werde.

AUF EIN WORT



„Wir haben aber vor allem auch leistungsfähige Wettbewerber in Japan, die mit großer Innovationskraft und erheblichen Standortvorteilen in der Zukunft im Kampf um die Marktanteile auch in den Produktbereichen antreten werden, die lange Zeit eine Domäne deutscher Hersteller gewesen sind."

Dr. Alfred Zubler, Sprecher des Vorstands der Kochs Adler AG, Bielefeld.
FOTO: GERDA HERRMANN

Kooperation von Bundesbahn und Lufthansa

dpa/VWD, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbahn, die möglicherweise noch in diesem Jahr eine vereinfachte Tarifstruktur einführen wird, will sich über eine dauerhafte Kooperation mit der Deutschen Lufthansa auch auf ausländischen Märkten besser verkaufen. Bereits im September soll zwischen den beiden Staatsunternehmen ein Vertrag unterzeichnet werden, demzufolge die Fluggesellschaft den Verkauf von Bahnfahrkarten in Übersee übernimmt. Bereits in Kürze wird die LH, in Südafrika als Generalagent der Bahn auftreten. Der Lufthansa ihrerseits gestattet der angestrebte Pakt, ihr Vertriebsnetz vor allem im nordamerikanischen Raum auszuweiten.

Zusammen mit dem Flugticket sollen Touristen künftig an ausländischen Lufthansa-Schaltern verschiedene Eurail-Pässe und DB-Touristenkarten kaufen können. In Nordamerika etwa bietet die Bahn den sogenannten Zwei-Länder-Paß an: *Zum Pauschalpreis von 49 US-Dollar* gestattet er US-Touristen an neun Tagen unbegrenztes Reisen auf Schienenstrecken in der Bundesrepublik und Österreich. Mit diesen preisgünstigen Angeboten will die Bahn vor allem den Mietwagenverleihern als „größten Konkurrenten" Kunden aus dem Ausland wegnehmen.

Kein Programm der SPD

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Wirtschaftspolitik gehört zweifellos zu den Bereichen, in denen die SPD nach wie vor die größten Defizite aufweist. Und das *gilt auch noch nach dem Nürnber*ger Parteitag. Auf diesem Felde befindet sie sich wahrlich nicht in der Offensive, im Gegensatz zur Mitte der sechziger Jahre, als sie – wie jetzt – antrat, um die Regierung in Bonn zu übernehmen. Damals hatte sich die SPD auch in der Wirt*schaftspolitik Kompetenz* erarbeitet.

Ausschlaggebend waren drei Gründe, die sich wechselseitig bedingten. Zum einen hatte die SPD mit dem Godesberger Programm von 1959 ihre ordnungspolitische Position definiert, wobei das Bekenntnis zur Marktwirschaft dominierte, der Streit um Verstaatlichung oder Vergesellschaftung beendet wurde. Zweitens gab es an der Spitze der Partei Personen, die wie Deist, Schiller, Möller oder Arndt nicht nur für diese Ansichten standen, sondern auch über den Einfluß verfügten, die SPD auf diesem Kurs zu halten. Und sie propagierten drittens eine Rezeptur für den Ablauf der Wirtschaftspolitik, die sich wie zum Beispiel das Konzept von der Globalsteuerung auch wissenschaftlich auf der Höhe der damaligen Zeit befand.

Die SPD hat heute – anders als in den 60er Jahren – keine klare und eindeutige wirtschaftspolitische Linie. Auch personell fehlt die Kompetenz. Nürnberg war wieder nur ein Parteitag der Schlagwörter.

Gegenwärtig gibt es in der SPD weder ein in sich konsistentes Wirtschaftsprogramm noch einen Wirtschaftspolitiker, auf den kraft seines Ansehens alles zuläuft, der die Fäden in der Hand hält. Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher, ist das nicht. Das zeigt sich auch daran, daß der unter seiner Regie entstandene Entwurf wirtschaftspolitischer Leitlinien schließlich von der Antragskommission für diesen Parteitag so zerpflückt wurde, daß sich allenfalls der Taktiker Roth darin wiederfindet. Angesichts der Widersprüche und Ungereimtheiten kann von einer klaren Linie nicht die Rede sein. Die Überzeugung, der Staat werde es schon richten, beherrscht dieses Nürnberger Aktionsprogramm, das jetzt beschlossen wurde.

Es läßt sich kaum an dem Motto „Versöhnen, nicht Spalten" messen, mit dem der Kanzlerkandidat Johannes Rau antritt. Denn Elemente, die auf Ausgleich, auf Kooperation der Gruppen gerichtet waren, gibt es nicht mehr. Das soziale Bündnis für mehr Arbeit, das alle an einen Tisch bringen sollte und in dem die Fortentwicklung der konzertierten Aktion gesehen wurde, wurde gestrichen. Die Feindbilder müssen eben stimmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfe nicht den marktradikalen Kräften überlassen werden, meinte ein Diskussionsredner. Andere kennzeichneten den Markt als unbändig oder blind. Die SPD tut sich schwer. Sie geißelt Marktwirtschaft, weil sie nicht jene Ergebnisse hervorbringt, die von der Partei gewollt werden, obwohl dieses doch gar nicht erwartet werden kann. Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Möglichkeit wird der Marktwirtschaft angelastet.

An einer Stelle wird der Wettbewerb als unentbehrlich, als „eine Triebkraft unserer Wirtschaftsordnung" bezeichnet. An anderer Stelle werden paritätisch besetzte Strukturkommissionen gefordert, für Problembereiche sollen gar Branchenausschüsse gebildet werden. Das läuft nicht nur auf die Ausschaltung des Wettbewerbs hinaus, sondern auch auf immer neue Erhaltungssubventionen.

Die Machtkontrolle soll verstärkt werden, auch im Interesse des Wettbewerbs. Und wenn das nicht möglich sei, bleibt als Ultima ratio Vergesellschaftung. Damit wird zwar, wie Roth richtig sagt, eine Machtkonzentration durch eine andere ersetzt. Aber die SPD hat eben in ihrem Programm wieder das Schlagwort, an dem einige so hängen.

Daß der Umweltschutz zu den großen Zukunftsaufgaben gehört, ist unbestritten. Ob dazu gewaltige staatliche Programme, die über höhere Steuern finanziert werden, notwendig sind, ist fraglich. Das gilt auch für das, was unter dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie *behandelt wird. Wo nach Ansicht* der SPD die Grenzen der Mitbestimmung liegen sollen, bleibt unklar. Ebenso wie die künftige Steuerpolitik. Auch hier tun sich die Sozialdemokraten schwer, weil sie die Steuerpolitik vor allem unter dem Gesichtspunkt der Umverteilung sehen.

Lorbeeren lassen sich so freilich kaum ernten. Und dieses Nürnberger Programm hat seine Funktion wohl auch damit erfüllt, daß es zur innerparteilichen Solidarität beigetragen hat. Jetzt wird an stromlinienförmigen Wahlkampfaussagen gebastelt. Aber auch sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD immer noch auf der Suche nach einer wirtschaftspolitischen Konzeption ist.

Frust und Freude lagen auf der Herbstmesse dicht beisammen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Internationale Frankfurter Herbstmesse, die am Mittwoch abend ihre Pforten schloß, hat die Unsicherheiten nicht beseitigt. Nach wie vor bleibt offen, wofür der Verbraucher das Geld, das er in diesem Jahr mehr im Portemonnaie hat, ausgeben wird.

Das machte aus der Frankfurter Konsumgüterschau, der größten der Welt, zwar eine ungeheuer lebhafte Veranstaltung. Die „Pfadfinder" waren in Scharen unterwegs. Die Einkäufer nämlich, die auf der Suche nach all jenen „schönen Dingen des täglichen Bedarfs" sind, die das Leben angenehmer und schöner machen sollen. Und die natürlich auch dazu verleiten sollen, Geld „außer der Reihe" auszugeben.

An der prognostizierten Steigerung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5,5 Prozent in diesem Jahr wollen viele Branchen partizipieren. Bisher ist das in diesem Jahr *mit deutlichen Zuwachsraten* aber nur der Industrie rund ums Auto und – trotz Tschernobyl – den Reiseveranstaltern gelungen. Die genau rechnenden Verbraucher stockten darüber hinaus ihre Heizölvorräte angesichts der günstigen Preise kräftig *auf* und legten mehr *aufs Sparkonto.* Die Bundesbank erwartet für das ganze Jahr eine Sparquote von gut 14 Prozent, ein Spitzenwert, der zuletzt 1981 erreicht wurde.

Die von den Auguren erwartete Umsatzsteigerung für den Einzelhandel (ohne die Kraftfahrzeuge) von real drei Prozent (auch dies wäre ein „Spitzenwert", wie er zuletzt 1979 erreicht wurde), blieb bisher für viele Branchen ein Hoffnungswert. Auch die Herbstmesse, die mit der Hoffnung angegangen wurde, daß nach Erfüllung der Bedürfnisse in Sachen Auto, Reisen und Heizöl nun endlich *im zweiten Halbjahr Geld für andere* Dinge zur Verfügung steht, hilft da nicht weiter. Rosa Konsumzeiten werden nur sehr begrenzt und für ausgewählte Anbieter anbrechen, wenn man die Einkäufe des Handels in Frankfurt als Barometer sieht.

Frust und Freude lagen in Frankfurt dicht beieinander. Sicher, Preise waren überwiegend kein Thema. Die vielfach kolportierte Aussage eines Anbieters – „Hier tanzt der Bär" – läßt sich aber nicht auf alle ausdehnen. Denn gute Geschäfte gemacht hat in Frankfurt nur, wer etwas bot, das nach Einschätzung der kritischen Einkäufer auch „satte" Kunden lockt. Edles, Teures, Anspruchsvolles, jene Stücke eben, mit denen der potentielle Käufer seine Individualität und seine Fähigkeit, sich etwas mehr als die *Masse leisten zu können,* unterstreichen kann. Diese Stücke hatten kein Problem, ihre Abnehmer zu finden. Von diesem Hang zum Unikat profitierten übrigens besonders zahlreiche Kunsthandwerker, die auf der Messe traditionell ein besonders großes Ausstellerkontingent stellen.

Eine rosa Konsumgüterkonjunktur *läßt sich freilich damit nicht anfa*chen. Die teilweise enttäuschten Gesichter besonders rund um den „gedeckten Tisch" und die fehlenden Chancen für Massenware sprechen Bände. Die Konsumgüterindustrien operieren in weitgehend gesättigten Märkten. Und das macht das Verkaufen schwer, den Wettbewerb entsprechend hart. Daran wird sich auch nach der 82. Internationalen Frankfurter Messe nichts ändern.

Eher kündigt sich, zumindest auf dem deutschen Markt, noch eine Verschärfung des Wettbewerbs an. Denn der Exportausweg ist für die meisten kleiner geworden, angesichts der Währungsentwicklung der D-Mark in jüngster Zeit. Auf der Messe wurde das übrigens durch einen deutlichen Rückgang der Zahl der Einkäufer aus den USA spürbar.

Im deutschen Einzelhandel wird vor *diesem* Hintergrund mehr Umsatz in diesem Jahr nur mit mehr Phantasie zu schaffen sein. Für viele Bereiche gilt die Aussage eines Einkäufers aus der Möbelbranche: „Da (fast) jeder alles hat, gibt es kaum noch echten Bedarf. Deshalb kommt es darauf an, ein Ambiente zu verkaufen, Wohlbefinden und eine Erlebniswelt zu vermitteln, die zur Anschaffung anregen und verleiten."

Der Verkauf von Lebensstil statt Ware? Vieles deutet darauf hin, daß darin der Schlüssel für den Erfolg einzelner Anbieter liegt.

Lufthansa: Führung zu zentralistisch?

dpa/VWD, Hamburg

Scharfe Kritik an der Führungsstruktur der Deutschen Lufthansa AG, Köln, üben die Unternehmensberater der SCS Management Consults GmbH in Hamburg. Wie es in einer von Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau bei der Tochter der Deutschen BP in Auftrag gegebenen Studie heißt, sind die Verwaltungskosten zu hoch und die Entscheidungswege zu lang. Die Berater kommen – so berichtet das Wirtschaftsmagazin „Capital" in seiner Septemberausgabe – zu dem Schluß, daß die Lufthansa unter „beamtenhafter Struktur" leide, die kurzfristige Reaktionen auf geänderte Marktbedingungen verhindere. Entscheidungen über Angebot und Zielgruppen würden außerdem von Bereichen getroffen, die über wenig unmittelbare Marktkenntnisse und -erfahrung verfügen.

Doch nicht nur bei Marketing und Verkauf deckt die Studie, von der ein Exemplar „Capital" vorliegt, Mängel auf. Die Entscheidungsprozesse seien zu zentralistisch organisiert. Dies führe dazu, das sich der LH-Vorstand mit Bagatell- und Routineangelegenheiten beschäftigen müsse. Außerdem würden von ihm betriebsferne Entscheidungen getroffen werden. Die SCS-Berater belegen dies mit Zahlen: So entfielen von den im vergangenen Jahr vom Lufthansa-Gesamtvorstand getroffenen Entscheidungen nur 29 Prozent auf die Unternehmenspolitik während es bei 23 Prozent um Stellenbesetzungen ging.

PERSONALIEN

Jakob Lux (34), seit 1981 Presse- und PR-Chef der Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, übernimmt zum 1. Januar 1987 die Hauptabteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Kolbenschmidt AG, Nekkarsulm.

Klaus J. Schreiner ist mit Wirkung vom 1. August 1986 als Deputy General Manager in die Niederlassung London der Hessischen Landesbank – Girozentrale eingetreten.

Prof. **Helmuth Bott**, Mitglied des Vorstandes der Dr. Ing. H. C. F. Porsche AG, und **Dudley G. Eustace**, Finanzdirektor der British Alcan Aluminium Plc, sind in den Aufsichtsrat der zum Bereich der Kanadischen Alcan Aluminium Ltd. gehörenden Alcan Aluminiumwerke GmbH, Eschborn, berufen worden.

„Deutschland ist Europas Lokomotive"

WELT-Gespräch mit dem Leiter des Wirtschaftsressorts von Italiens „La Stampa"

E. ANTONAROS, Turin

„Die deutsche Wirtschaft ist eine zugkräftige und wegweisende Lokomotive, die in Europa – und genauer gesagt im EG-Raum – den Ton angibt." Mit diesen Worten, die spontane Bewunderung verraten, schätzt der italienische Wirtschaftsjournalist Renzo Villare die deutsche Wirtschaftslage äußerst positiv ein. Villare leitet das Wirtschaftsressort der Tageszeitung „La Stampa", die siebenmal in der Woche mit einer Tagesauflage von 600 000 Exemplaren in Turin erscheint.

Ständig neue Impulse

Als Symptom für die dauerhafte Hochform der deutschen Wirtschaft betrachtet Villare die Inflationsentwicklung der letzten Zeit. Zwar seien die Inflationsraten in der ganzen Welt nicht mehr so hoch wie erst vor einigen Jahren. Aber daß die Preise in Deutschland zurückgingen, sei doch erstaunlich. Nicht zuletzt dadurch erhalte die deutsche Wirtschaft trotz der teilweise exporthemmenden Kursentwicklung der Mark gegenüber dem Dollar ständig neue Impulse, die in anderen europäischen Ländern nicht vorhanden seien.

In den Augen von Villare ist der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik weitgehend auf besonders günstige Rahmenbedingungen zurückzuführen. Dazu gehöre in erster Linie die Währungspolitik, die den Deutschen – so Villare – „eine manchmal zu starke, aber im Endeffekt doch wohltuend stabile Währung" beschert habe. Darüber hinaus begünstige das Fehlen von öffentlichen Defiziten und einer hohen Staatsverschuldung die wirtschaftliche Aktivität. In anderen Ländern dagegen – und dazu zähle auch weiterhin Italien – würden die zu hohen Schulden die Investitionstätigkeit bremsen, die in Deutschland keine Grenzen zu kennen scheine.

Als „besonders wohltuend" für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands empfindet Villare die Rolle der Bundesbank: Ihn fasziniert vor allem ihre Unabhängigkeit von den jeweils in Bonn regierenden Politikern sowie ihre Fähigkeit, eine richtungsweisende Politik zu formulieren. Darüber hinaus würden die Deutschen im europäischen Ausland um ihr Preisbewußtsein beneidet. Dadurch seien „Quasi-Verbraucherpreiskontrollen" entstanden, die eine wilde Preisentwicklung mit allen ihren negativen Nebenauswirkungen praktisch unmöglich gemacht hätten.

Daß die Bundesrepublik seit Jahrzehnten ein „Wirtschaftswunder ohne Ende" erlebe, hat nach Villares Ansicht auch weitgehend mit vielen angeborenen Charakterzügen der Deutschen zu tun. Ideenreichtum, Fleiß, eine bewundernswerte Arbeitsmoral, Effizienz und die Einführung von modernsten, sonst in diesem Umfang nur noch in Amerika angewandten Managementmethoden seien der treibende Motor der deutschen Wirtschaft.

Villare: „Ideen haben auch die anderen führenden Industrienationen Europas." Aber die Deutschen verstünden es besser als alle anderen, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Darüber hinaus arbeite kein anderes europäisches Volk, vielleicht mit Ausnahme der Schweizer, so konsequent und verantwortungsbewußt. Diese Qualitäten der Deutschen und den „robusten, modernen Charakter der deutschen Wirtschaft" müßten nach Villares Meinung die übrigen Europäer als eine „Art Herausforderung" empfinden, um härter zu arbeiten, besser zu organisieren, ihre Firmen wirksamer zu managen. In einigen Branchen, davon ist Villare überzeugt, seien die Deutschen allerdings nicht mehr zu schlagen: Dazu gehörten die Chemieindustrie und der Maschinenbau.

Sorgenvoll betrachtet Villare dagegen die Stahl- und die Automobilindustrie. Im Stahlsektor habe er den Eindruck, daß die Deutschen den Modernisierungs- und Restrukturierungsprozeß weitgehend vernachlässigt hätten. Bei der Autobranche wiederum, die zur Zeit glänzende Exportergebnisse erziele, hat der Fachmann Villare die Befürchtung, daß die Deutschen zu kurzfristig Produktionskapazitäten geschaffen hätten, die auf die Dauer vor allem im Fall einer Wirtschaftskrise nicht zu halten seien.

Dennoch brauchten die Deutschen und die anderen Westeuropäer vor der japanischen Invasion langfristig keine Angst zu haben. Es ist Villares feste Überzeugung, daß die führenden Industrieländer Europas – und dazu zählt er neben Deutschland auch Italien, Frankreich und Großbritannien – den Japanern „trotz anderslautenden Behauptungen technologisch überlegen" seien.

Vormarsch gestoppt

Daher glaubt er, daß der Vormarsch der japanischen Industrieprodukte nicht mehr so stark sei. Er nimmt ein konkretes Beispiel: Bis vor knapp anderthalb Jahren habe die Mehrheit der in Italien verkauften Motorräder aus Japan gestammt. Inzwischen habe sich der Trend geändert: Es würden italienische und deutsche Fabrikate bevorzugt. Der Grund laut Villare: „Die niedrigeren Preise der Japaner sind nicht mehr ausschließlich ausschlaggebend. Die Europäer haben schnell gemerkt, daß sie billigere, aber qualitativ schlechtere Produkte aus Japan gekauft haben.

Als einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten Italiens leitet Renzo Villare seit zehn Jahren die Wirtschaftsredaktion der in Turin erscheinenden und von der Familie Agnelli kontrollierten Tageszeitung „La Stampa". Der heute 59 Jahre alte Betriebswirt hat an Mailands renommierter Bocconi-Universität studiert und sich auf Fragen der Automobilindustrie spezialisiert.

Nunmehr legen sie schon wieder Wert auf bessere Qualität."

Allerdings müßten die Europäer zusehen, daß sie den Zug nicht verpassen, daß sie wettbewerbsfähig bleiben, daß sie neue Märkte erschließen. Besser als jeder andere könnten die Deutschen davon profitieren. Denn nach Villares Meinung verfügt Deutschland über ein Arbeitnehmerpotential, das trotz des Wohlstandsniveaus der deutschen Gesellschaft immer noch gern arbeite. Villare: „Daher bin ich sicher, daß den Deutschen die Rolle als Lokomotive der Wirtschaft Europas erhalten bleiben wird." (SAD)

Kernenergie-Verzicht problematisch

CDU-Kongreß: Kraftwerke müssen international noch sicherer gemacht werden

ARNULF GOSCH, Bonn

Ein kurz- oder auch nur mittelfristiger Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie wäre in vielerlei Hinsicht problematisch. Er würde Beschäftigungs-, Umwelt- und Kostenprobleme sowie auch Sicherheitsprobleme bei der Energieversorgung in noch nicht zu übersehendem Ausmaß mit sich bringen. Auf diesen gemeinsamen Nenner lassen sich die Ausführungen der Referenten bringen, die gestern auf dem energiepolitischen Fachkongreß der CDU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zum Generalthema „Energiepolitik für eine humane Zukunft" das Wort ergriffen.

Wie der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ludwig Gerstein, als Tagungsleiter erklärte, müßten die Kernkraftwerke international sicherer gemacht werden. In der Diskussion um die Risiken der einzelnen Energieträger müsse man aber aufpassen, daß nicht ein Energieträger gegen den anderen ausgespielt werde, weil das schwerwiegende Schäden für die Industriegesellschaft verursachen würde. Die Energiepolitik der CDU basiere auf Kohle und Kernenergie, das heißt weder Kohle vor Kernenergie noch Kernenergie vor Kohle.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler stellte in seinem Eröffnungsreferat fest, daß es für seine Partei nicht die simple These „Ausstieg aus der Kernenergie" gebe, weil dies weder technisch noch volkswirtschaftlich, aber auch ethisch nicht verantwortbar sei. Das bedeute jedoch nicht, daß man nicht alle Anstrengungen unternehmen müsse, Energie einzusparen und alternative Technologien zu erforschen.

Bundesumweltminister Walter Wallmann warf der SPD wegen ihrer Ausstiegsthese vor, das Prinzip Verantwortung durch das Prinzip Opportunismus zu ersetzen, und fügte wörtlich hinzu: „Wir werden solange aus der Kernkraft nicht aussteigen, wie uns eine bessere Energieart nicht zur Verfügung steht." Mit Nachdruck wandte sich der Minister gegen Versuche, das deutsche Volk in ein Lager der anständigen Kernkraftgegner und der rückständigen und unanständigen Kernkraftfetischisten aufzuspalten.

Wallmann hob noch einmal hervor, daß die Sicherheit der Anlagen im Interesse von Leben und Gesundheit immer absolute Priorität habe. Im übrigen sei keine der beiden großen Energiequellen ohne Risiko, weder die Kernkraft noch das Verbrennen von Kohlenwasserstoff. Der Kernphysiker Professor Heinz Maier-Leibnitz gab seinem Bedauern Ausdruck, daß eine sachliche Argumentation über das emotionsbeladene Thema Kernenergie zur Zeit kaum stattfinde. Bedauerlich sei auch, daß die zuständigen Stellen zur Frage einer Gefährdung durch Angriffe auf Atomkraftwerke im Falle eines Krieges „beharrlich schweigen". Trotzdem hält Maier-Leibnitz die Atomenergie vor allem wegen des wahrscheinlichen Bedarfs in 50 Jahren für unverzichtbar.

Die Exekutivdirektorin der Internationalen Energie-Agentur, Helga Steeg, warnte vor der Annahme, daß die Kombination von mehr Einsparung und erneuerbaren Energiequellen allein die Kernkraft ersetzen könne. Bevor eine Regierung den Einsatz der Kernenergie in Frage stellt, müsse sie sich über ihre Rolle bei der Erreichung einer optimalen Mischung der Energieträger im klaren sein. Hätte man den Strom aus Öl erzeugen wollen, so würde dies einen Mehrverbrauch um das anderthalbfache der Gesamtproduktion der Nordsee erfordert haben. Für die IEA sei die Kernenergie eine versorgungssichere und kostengünstige Energiequelle.

Frankreich: Boom für Saudi-Öl

J. Sch. Paris

Die französischen Rohölimporte sind im ersten Halbjahr 1986 um zwei Prozent auf 35,18 Mill. Tonnen zurückgegangen – die aus Saudi-Arabien haben sich aber gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um nicht weniger als 45¼ Prozent auf 7,57 Mill. Tonnen erhöht. Dadurch steht Saudi-Arabien unter den französischen Öllieferanten – wie schon vor 1980 – wieder mit Abstand an erster Stelle. Der spektakuläre Anstieg wird vom Verband der Mineralölindustrie damit begründet, daß das Saudi-Öl zu besonders günstigen Bedingungen, insbesondere über sogenannte „Net Back"-Verträge, bezogen werden konnte.

Geschrumpft sind die Ölimporte aus Großbritannien um 55 Prozent auf 3,64 Mill. Tonnen, was wesentlich dazu beitrug, daß Frankreich zum ersten Mal seit fünf Jahren gegenüber Großbritannien einen Ausfuhrüberschuß (6 Mrd. Franc im ersten Halbjahr) erzielte. Rückläufig waren auch die Importe aus Nigeria, Algerien und Mexiko. Überrascht hat der starke Anstieg der Ölimporte aus Iran um 64 Prozent auf 2,06 Mill. Tonnen. Aus Irak, einem der größten Waffenkunden Frankreichs, wurden 3,02 Mill. Tonnen mehr importiert.

Paris gibt die Preise völlig frei

Ausländer dürfen bald in Frankreich Anleihen aufnehmen

J. Sch. Paris

Die in Frankreich 1945 gesetzlich eingeführte Preiskontrolle wird zum Ende dieses Jahres beseitigt, erklärte jetzt Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur. Bis dahin würden die letzten der dann noch reglementierten Preise (hauptsächlich Dienstleistungen und Handelsspannen) in vier Monatsetappen freigegeben werden. Ausgenommen blieben nur die durch andere Gesetze kontrollierten Preise für Bücher, erstattungsfähige Arzneimittel und bestimmte Dienstleistungen wie Taxifahrten sowie die administrierten Tarife (zum Beispiel bei der Eisenbahn). Diese repräsentieren etwa 20 Prozent des Lebenshaltungskostenindex.

Zum ersten Mal seit Kriegsende wagt damit eine französische Regierung den Schritt in die „unwiderrufliche" Preisfreiheit. Zwar waren immer wieder Preisverordnungen aufgehoben worden. Jedoch hatte man niemals auf die parlamentarische Generalermächtigung verzichten wollen, Preiskontrollen jederzeit auf dem Verordnungswege einzuführen oder zu verstärken.

Das Risiko, das sich aufgrund der Preisfreigabe die Inflation in Frankreich beschleunigt, schätzt Balladur gering ein. Denn der Preisanstieg habe sich schon seit einiger Zeit trotz der bedeutenden Liberalisierungsmaßnahmen (alle Industriegüterpreise wurden inzwischen freigegeben) kontinuierlich abgeschwächt. Die Inflationsrate erreichte zuletzt im Jahresvergleich Juli mit zwei Prozent ihren niedrigsten Stand seit 20 Jahren.

Bei der Devisenkontrolle will Balladur allerdings nicht so weit gehen wie bei den Preisen. Hier soll das entsprechende Ermächtigungsgesetz bis auf weiteres fortgeführt werden. Dieser Vorsicht habe aber nichts mit der jüngsten Franc-Schwäche zu tun, erklärte Balladur. Sie sei inzwischen gemeistert. Am Pariser Devisenmarkt hat sich die D-Mark bei 3,277 Franc stabilisiert.

Die weitere Liberalisierung des französischen Devisen- und Kapitalmarkts soll den Franzosen insbesondere erlauben, im Ausland Konten zu unterhalten. Auch wird das Verbot für Devisenkonten in Frankreich aufgehoben. Darüber hinaus sollen Ausländer ermächtigt werden, in Frankreich Anleihen aufzunehmen. Noch offen ist, ob die französischen Exporteure von ihrer Verpflichtung befreit werden, die eingenommenen Devisen innerhalb einer bestimmten Frist (zur Zeit drei Monate) in Franc umzutauschen.

Arztbesuch meist unversichert

Von SIEGFRIED LÖFFLER

Wenn ein Arbeitnehmer oder ein freiwillig bei einer Berufsgenossenschaft Versicherter auf dem Weg zum Arzt verunglückt, kann er zwar hoffen, daß ihm unverzüglich „Erste Hilfe" zuteil werden wird. Die Sicherheit, daß die gesetzliche Unfallversicherung für die finanziellen Folgen des Unfalls aufkommt, hat er aber keineswegs. Nur in Ausnahmefällen wird von den Sozialgerichten ein Versicherungsschutz bejaht, normalerweise sind Klagen erfolglos.

Das bekam jetzt die 53jährige Filialleiterin einer Metzgerei in Bayreuth zu spüren, die während der



(versicherten) Arbeitszeit zur Behandlung in eine nur 15 Meter von ihrem Arbeitsplatz entfernte Zahnarztpraxis gegangen war. Auf dem Rückweg stürzte sie und brach sich beide Oberarme.

Hätte sich der Unfall am Arbeitsplatz ereignet, wäre der Versicherungsschutz natürlich gegeben gewesen. So fehlte aber der ursächliche Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit und deshalb verneinte das Landessozialgericht München im Urteil L 2/U 342/85 den Versicherungsschutz. Die Begründung: „Die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit gehört grundsätzlich zum unversicherten persönlichen Lebensbereich eines Arbeitnehmers."

Der Arztbesuch sei nicht schon allein deshalb der versicherten Tätigkeit zuzurechnen, weil damit gleichzeitig die Arbeitskraft wiederhergestellt werde. Etwas anderes könnte nur dann gelten, wenn der Arztbesuch unumgänglich wurde, weil der Arbeitnehmer infolge starker Schmerzen nicht mehr arbeiten konnte.

Mit dieser Entscheidung liegt das Landessozialgericht Bayern auf der Linie der für die unteren Instanzen verbindlichen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts in Kassel. In der letzten Instanz konnten die auf dem Weg zum Arzt Verunglückten nur deshalb in einigen Fällen den Prozeß gewinnen, weil sie nicht die Arbeit unterbrochen hatten, sondern nach Dienstschluß auf dem ohnehin versicherten Heimweg den Arzt aufsuchten.

In einem Fall aus Hessen sah das Bundessozialgericht im Urteil 2 RU 136/63 vom 28. 8. 1964 eine anderthalbstündige Unterbrechung des Heimwegs als unerheblich an; auch in dem unter dem Aktenzeichen 2 RU 5/83 vom 31. 1. 1984 entschiedenen Fall – hier war der Arbeitnehmer im Einverständnis mit dem Arbeitgeber wegen starker Zahnschmerzen zum Zahnarzt gegangen – blieb der Versicherungsschutz erhalten. Dagegen ging ein anderer Arbeitnehmer leer aus, der auf dem Heimweg die direkte Wegstrecke verließ, um zum Arzt zu fahren und nach mehr als einer Stunde kurz vor Erreichen des unmittelbaren Heimwegs – aber eben doch noch auf der Umwegstrecke – verunglückte (2 RU 156/71 vom 31. 8. 1972).

Nach der Entscheidung 2 RU 97/76 vom 26. 5. 1977 ist bei einem Unfall auf dem Weg zur Werksambulanz normalerweise der Versicherungsschutz gegeben, weil hier ein unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Zusammenhang mit der Tätigkeit im Betrieb besteht. Dennoch hat das Bundessozialgericht auch in dieser Entscheidung auf die Grundsätze seiner Rechtsprechung hingewiesen: „Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit sind grundsätzlich dem unversicherten persönlichen Lebensbereich zuzurechnen."

Preussag: Negative Entwicklung

Der Verfall der Rohstoffpreise belastet das Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, rechnet kurzfristig nicht mit einer merklichen Besserung der anhaltend ungünstigen Geschäftsentwicklung. Vor allem der Verfall der Erdölpreise, so schreibt der Vorstand im Halbjahres-Bericht, belastet das Ergebnis weiter. Aber auch der Metallbereich bereitet unverändert Sorgen, wenngleich eine Stabilisierung der Metallpreise auf niedrigem Niveau beobachtet wird. Konkrete Zahlen zur Ertragsrechnung legt der Rohstoff-Konzern allerdings nicht vor. Wie es heißt, werden alles in allem noch schwarze Zahlen geschrieben.

Die erstmalige Einbeziehung der Deilmann-Gruppe ließ den Umsatz des Inlandskonzerns im ersten Halbjahr 1986 auf 2,3 (2,1) Mrd. ansteigen. Ohne Deilmann errechnet sich ein deutlicher Umsatzrückgang. Lediglich der Unternehmensbereich Kohle habe den Vorjahresumsatz überschritten; die wichtigen Umsatzträger Erdöl und Chemie, Metall sowie Verkehr verzeichneten demgegenüber zum Teil kräftige Einbußen.

Während das Erzbergwerk Rammelsberg die Förderung und die Konzentraterzeugung etwas erhöhte, kam es im Erzbergwerk Grund zu einem drastischen Rückgang der Förderung. Die Hütten im Harz und in Nordenham waren unterschiedlich beschäftigt. Verbessert habe sich die Auftragslage der Verzinkereien. Die im Effektivhandel und in der Zinnverhüttung tätige AMC-Gruppe, London, litt unter dem Vertrauensverlust aufgrund der Zinnkrise. Eine hohe Auslastung der Kesselwagen und eine unbefriedigende Nachfrage in der Versorgerschiffahrt kennzeichnete die Entwicklung des Verkehrsbereichs.

Die Erdölförderung im Inland ging im ersten Halbjahr um 4,1 Prozent auf 202 000 Tonnen zurück. Auch in den USA blieben die Fördermengen unter den Erwartungen. Das Steinkohlebergwerk Ibbenbüren förderte 1,19 Mill. Tonnen Kohle, 16 000 Tonnen mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Absatz stieg gleichzeitig um 16,3 Prozent. Wegen der verzögerten Inbetriebnahme des Kraftwerks nahmen die Haldenbestände aber geringfügig zu.

Die Katastrophe in Tschernobyl war programmiert

Von ERWIN MÜNCH

Nun liegt der Bericht des Staatskomitees für die Nutzung der Kernenergie der UdSSR über den Unfall in dem Kernkraftwerk von Tschernobyl und seine Folgen einer Expertenkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien vor. Und dieser Bericht macht deutlich, daß sich die Bundesrepublik vier Monate lang völlig umsonst einer intensiven, emotionalisierten und nahezu hysterischen Diskussion über die Sicherheit der Kernenergie hingegeben hat.

Folgt man den Ausführungen der russischen Techniker, so haben unterschiedliche Fehlbedienungen, aber insbesondere die Blockierung von wesentlichen Sicherheitseinrichtungen zu dem folgenschweren Unfall geführt.

Beim Test der Möglichkeiten für die elektrische Eigenbedarfsdeckung beim Auslaufen des Turbogenerators waren verschiedene Bedingungen für die Abschaltung des Reaktors überbrückt worden, das Notkühlsystem war für die Dauer des Versuches unwirksam gemacht.

Man könnte daher zu der Aussage kommen, daß es ja nur natürlich sei, daß ein Reaktor, der seiner Schutzeinrichtung beraubt ist, auch leicht *katastrophal versagen kann. Doch gerade hier* zeigt sich erneut die Schwäche der Systemtechnik des RBMK-1000.

Ein Turbinenausfall wird von deutschen Anlagen problemlos ertragen, und selbst das zusätzliche Versagen der Reaktorabschaltung bei einem derartigen Fall gehört zu den Störfällen, die nach den Störfalleitlinien von den deutschen Anlagen beherrscht werden.

Zudem kann die Überbrückung von Schutzeinrichtungnen nicht von der Steuerzentrale aus vorgenommen werden. Die Schnellabschaltung ist ohenhin fail-safe konstruiert, so daß bei Eingriffen die Absorber in den Reaktor einfallen und ihn abschalten. Außerdem sind die Einrichtugnen redundant, also mehrfach ausgelegt und selbstkontrollierend.

Der markante Unterschied zwischen Tschernobyl und deutschen Anlagen ist offenbar doch in der unterlegenen Anlagetechnik des RBMK-Typs zu suchen. So sehen denn auch die Russen kurzfristige Verbesserungen bei der Regel- und Abschaltbarkeit ihrer Anlagen und eine Änderung der Brennstoffeigen*schaften, um die Möglichkeit tempe*raturbedingter Leistungsüberschläge zu verringern. Langfristig sollen passive Sicherheitssysteme konzipiert und entwickelt werden.

Fast vier Monate hat sich die deutsche Bevölkerung, haben sich die deutschen Reaktor-Experten und natürlich auch die politischen Parteien mit der Frage herumgeschlagen, ob ein gleicher Unfall, wie er im russischen Tschernobyl passierte, auch in einem Kernkraftwerk der Bundesrepublik Deutschland auftreten könnte. Wegen fehlender Informationen aus der UdSSR wurde auf der Basis der in der Literatur verfügbaren Anlagenkenntnisse, aufgrund einiger Hinweise russischer Offizieller und aus dem Wissen über reaktorphysikalische und sicherheitstechnische Zusammenhänge der Störfallablauf in Tschernobyl analysiert.

Dabei wurde deutlich, daß reaktorphysikalische Auslegungsschwächen, sicherheitstechnische Mängel und konstruktive Unzulänglichkeiten der Anlage zu einem derartigen Unfall geführt haben. Denn bei Temperaturerhöhungen steigt die Leistung noch weiter an, die Notkühlung *würde die Forderung der deutschen* Sicherheitsrichtlinien nicht erfüllen, und ein dichter Sicherheitsbehälter zur Rückhaltung der Radioaktivität fehlt völlig.

Die Angst unter der Bevölkerung im Angesicht der Folgen eines solchen Unfalls war absolut verständ*lich. Die Befürchtungen gegenüber* einer Technik, die Gefahren nicht absolut auszuschließen in der Lage ist, müssen wohl auch von Technikern akzeptiert werden. Die politischen Parteien, allen voran die Grünen, die schon immer gegen die Kernenergie waren, aber auch die Sozialdemokraten, die wohl auch einen wahltakti*schen Vorteil witterten, forderten* vehement den Ausstieg aus der Kernenergie oder zumindest einen Einstieg in diesen Ausstieg.

Man kann sicher behaupten, daß Tschernobyl nicht überall ist, vor allem nicht in der Bundesrepublik.

Der Autor ist Leiter der Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich GmbH.

Investoren ziehen Kapital aus Südafrika ab

DW. Johannesburg

Mehr als an offiziellen Sanktionen leidet die südafrikanische Wirtschaft seit dem letzten Jahr an der Kapitalflucht, stellte Zentralbank-Chef, Gerhard de Kock, fest. Letztes Jahr zogen Investoren trotz verschärfter Devisenbestimmungen rund 3.55 Mrd. Dollar aus Südafrika ab, im ersten Halbjahr 1986 war es eine weitere Mrd. Durch gleichzeitige Schuldenrückzahlungen ins Ausland schrumpften die Netto-Reserven des Landes um eine Mrd. Dollar, was einen Kursverfall des Rand nach sich zog. Ausländischen Geldgebern warf de Kock vor, die innenpolitische Situation nicht realistisch einzuschätzen und sich durch Besorgnis über die Art, den Umfang und die möglichen Konsequenzen der internen politischen Probleme leiten zu lassen. Dies führe zudem dazu, daß das Klima der Unsicherheit jetzt auch auf südafrikanische Geschäftsleute übergreift, die von Investitionen Abstand nehmen.

Die Leistungsbilanz der Kaprepublik wird dennoch voraussichtlich in diesem Jahr ein Plus von vier bis fünf Mrd. DM aufweisen, das zur Erfüllung der Auslandsverpflichtungen ausreicht, sagte der Generaldirektor des südafrikanischen Finanzministeriums, Chris Stals. Das Land hatte 1985 für 14 der 24 Mrd. Dollar Auslandsschulden ein Moratorium erklärt, das zu einem Bankenabkommen führte. In diesem Jahr hat es bereits 400 Mill. Dollar an seine Gläubigerbanken zurückgezahlt. Bis Juni 1987 sind nur noch weitere 80 Mill. Dollar fällig. Auch an den Internationalen Währungsfonds (IWF) habe Südafrika in diesem Jahr rund 640 Mill. DM zurückgezahlt. Die nicht unter das Stillhalteabkommen fallenden Schulden würden planmäßig beglichen. Behauptungen, Südafrika könne oder wolle seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, seien einfach bösartig.

Das Pilsener läuft und läuft

Bitburger verkaufen 1986 rund 100 000 Hektoliter mehr

Bm. Bonn

Die Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH wird auch 1986 ihre kontinuierliche Aufwärtsentwicklung fortsetzen. Nachdem 1985 ein Ausstoßplus von 4,5 Prozent auf gut 2,1 Mill. Hektoliter Bier erzielt worden war, wird der Ausstoß im laufenden Jahr nach Auskunft des Geschäftsführers Michael Dietzsch die 2,2 Mill. Hektoliter *überschreiten.*

Der Umsatz wird sich entsprechend erhöhen und prozentual deutlicher ausfallen, nachdem eine Preiserhöhung Anfang 1986 vom Markt akzeptiert wurde. Sie betrug beim Faß nach vier Jahren Preisabstinenz neun Mark je Hektoliter und bei der Halbliterflasche etwas über einen Pfennig. Die Flaschenbier-Preiserhöhung wurde jedoch nahezu kompensiert durch Verbesserung der Konditionen des Handels. 1985 war der Umsatz von Bit um 5,9 Prozent auf 264 Mill. Mark gestiegen.

Im Gegensatz zum Trend der Branche erhöht Bit den Absatz von Faßbier. *Er liegt zur Zeit bei 41 Prozent* des Ausstoßes. Hier kommt die seit Jahrzehnten gepflegte Orientierung zur Gastronomie zum Ausdruck.

Die Erfolge in diesem Bereich werden von Dietzsch vor allem auf die Philosophie konsequenten Qualitätswachstums zurückgeführt. Bit besteht in der sechsten Generation. Die Geschäftsführung liegt ausschließlich in Händen von Familienmitgliedern. Verkauft wird dieses Premiumbier zu 95 Prozent über den Getränke-Fachgroßhandel. Rund 750 solcher Großhändler vertreiben das Erzeugnis im Faß und in Flaschen. Außer dem Pilsener Bit erzeugt die Brauerei kein Bier. Separat geführt wird die Mehrheitsbeteiligung Gerolsteiner Sprudel, einer der wenigen lukrativen Brunnen der Bundesrepublik mit einem Ausstoß von rund 3 Mill. Hektoliter 1986 nach 2,7 Mill. im Jahr zuvor.

Bit bemüht sich nun auch ernsthaft um Exportpositionen. 1985 wurde die Marke von 50 000 Hektoliter überschritten. Nach Dietzsch erreichte der Exportanteil zum 30. Juli 1986 ein Plus von 14 Prozent. Neben den traditionellen Nachbarmärkten Belgien und Luxemburg richtet sich das Exportinteresse auf die USA, auf Österreich, Italien und Spanien.

Seit 1984 rüstet Bit auf das zylindrische Keg-Faß um. In diesem Jahr wird diese Entwicklung im wesentlichen abgeschlossen. 1985 investierte die Brauerei 50 Mill. Mark, 1986 werden es nach Dietzsch „über 60 Mill. Mark" sein.

Die Bitburger Brauerei verzichtet auf den Vertrieb von Bier in Dosen kleiner Gebinde. Michael Dietzsch will das Umweltproblem beim Einwegbier gar nicht hervorkehren. Er lehnt diese Vertriebsschiene aus betriebswirtschaftlichen Gründen ab. Seine Meinung hat er sich darüber am Markt gebildet. Geringe Mengen Einwegbier gehen von Bit in den Export. Und da auch im Inland eine kleine Nachfrage vom Heimkonsum besteht, bedient auch Bit diesen Bedarf. Obwohl Einweg teurer sei als Mehrwegbier in Flaschen, seien die Erträge unbefriedigend und daher ohne Attraktion.

Berlin ist „Partner des Fortschritts"

tb. Berlin

Zum Schaufenster der Dritten Welt wird das Berliner Messegelände unter dem Funkturm vom dritten bis siebten September. Rund 700 Aussteller aus 60 Ländern sowie etwa 450 zusätzlich vertretene Firmen werden auf der 24. Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts" ihr Warenangebot präsentieren.

Wie Geschäftsführer Dr. Manfred Busche von der AMK Berlin mitteilte, kommen größere Beteiligungen unter anderem aus Ägypten, Brasilien, den Philippinen und aus Zypern. Als Anreiz für die Ausstellung, die Treffpunkt der Exportwirtschaft aus den Entwicklungsländern und der europäischen Importeure ist, haben die Europäische Gemeinschaft und die Bundesregierung erweiterte handelspolitische Maßnahmen beschlossen.

So hat der EG-Ministerrat Sonder-Zollpräferenzen für die Übersee-Import-Messe in Höhe von vier Prozent zu den gegenwärtig geltenden Höchstgrenzen der Gemeinschaft genehmigt. Diese Vergünstigung war erstmals 1985 in Höhe von drei Prozent gewährt worden. Sie ist wieder an Lieferfristen (bis 30. Juni 1987) gebunden. Die Bundesrepublik stellt außerdem mit Zustimmung der EG-Kommission erneut Sondereinfuhrkontingente auf dem Textil- und Bekleidungssektor zur Verfügung. Diese Messekontingente haben ein Einfuhrvolumen von rund 300 Mill. DM. Mit den beiden Vergünstigungen soll die Messe, die in ihrer Konzeption einmalig in der Welt ist, sowohl für die Aussteller als auch für die europäische Importwirtschaft noch attraktiver gemacht werden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Belebung reicht nicht

Hamburg (dpa/VWD) – Eine Konjunkturbelebung allein kann nach einer Studie des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die Beschäftigungsprobleme nicht lösen. In einem Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium über die Beschäftigungsentwicklung in den westlichen Industriestaaten zwischen 1973 und 1983 führt das Institut die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den USA und der EG vor allem auf die Entwicklungen der Reallöhne, der Lohnstruktur, der Flexibilität der Arbeitsmärkte und den ordnungspolitischen Rahmen zurück.

Höherer Verlust bei Voest

Wien (freisl.) – *Höher als noch in* der ersten Budgetvorschau erwartet, werden 1986 die Verluste des angeschlagenen österreichischen Stahlkonzerns Voest-Alpine ausfallen. Der vor dem Sommer neu formierte Unternehmensvorstand erhöhte jetzt den ursprünglich erwarteten Fehlbetrag von 2,6 Mrd. Schilling fast auf *den dreifachen Wert von 7,2 Mrd.* Schilling. Davon entfallen 3 Mrd. auf alte Industrieanlagenprojekte und Beteiligungen im Ausland. Weitere 1,2 Mrd. Schilling entstehen in der Hütte, 0,6 Mrd. im Industrieanlagenbau, 1,2 Mrd. in der Stahlindustrie und 1 Mrd. in der Verarbeitung. Gleichzeitig wurde erklärt, daß 2400 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Agrar-Bündnis

Cairns (VWD) – Eine Gruppe von 14 Agrarexportländern hat in der australischen Stadt Cairns ein Bündnis gegen die protektionistische Agrarpolitik der EG und der USA gegründet. In einer „Erklärung von Cairns" kündigten die Staaten an, in Zukunft gemeinsam für die Liberalisierung des Weltagrarhandels zu kämpfen.

Darlehen bereitgestellt

Brüssel (Ha.) – Für ein gemeinsam von drei Unternehmen aus den Niederlanden, Großbritannien und der Bundesrepublik beschlossenes Projekt zur Entwicklung eines neuen Verkehrsflugzeugs hat die Europäische Investitionsbank (EIB) ein Darlehen von 30 Mill. Pfund (rund 90 Mill. DM) mit einer Laufzeit von zwölf Jahren bereitgestellt. Darlehensnehmer ist die Firma Short Brothers in Belfast. Messerschmitt-Bölkow-Blohm übernimmt die Herstellung des Hecks und bestimmte Abschnitte des Rumpfes.

Gemeinschaftsgründung

Frankfurt (adh) – BASF und Degussa haben jetzt eine gemeinsame Tochter in den USA zur Fertigung des Kunststoffes Ultraform gegründet. An der Ultraform Company in *Mobile (Alabama) sind die amerikani*sche Degussa Corp. und die BASF Corp. zu jeweils 50 Prozent beteiligt; die geplante Anlage mit einer Jahreskapazität von 11 000 Tonnen wird Anfang 1988 in Betrieb gehen. Auch in Europa stellen Degussa und BASF den Thermoplast in einer gemeinsamen Tochter (Ultraform GmbH, Ludwigshafen) her.

Besteuerung abgelehnt

Düsseldorf (AP) – Die Mehrheit der Bundesländer lehnt zusätzliche Steuern auf Preisnachlässe für Jahreswagen, Deputatkohle oder ähnliche Zuwendungen von Unternehmen für ihre Mitarbeiter ab. Das ergab eine in Düsseldorf veröffentlichte Umfrage der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit". Der Bundesrechnungshof hatte eine Besteuerung vorgeschlagen.

Gelder gesperrt

Mailand (rtr) – Im Zusammenhang mit Klagen italienischer Firmen auf Vertragserfüllung libyscher Geschäftspartner sind auch Gelder des libyschen Botschaft in Italien gesperrt worden. Ein Sprecher der Banca Nazionale del Lavoro (BNL) erklärte, bei der Zweigstelle in Rom sei Anfang dieses Monats ein Konto des Volksbüros gesperrt worden.

Hilfe für Dürreschäden

Paris (J. Sch.) – Die französische Regierung wird den von einer Dürreperiode geschädigten Bauern mit 1,3 Mrd. Franc (400 Mill. DM) helfen. Außerdem erhalten die Bauern Kredite zu Vorzugsbedingungen.

Geringeres Defizit

Paris (J. Sch.) – Der französische Haushaltsplan für 1987 soll ein Defizit von höchstens 130 Mrd. Franc aufweisen. Es würde damit um mindestens 14 Mrd. Franc niedriger ausfallen als das diesjährige Defizit, das im Nachtragshaushalt für 1986 von 145 auf 144 Mrd. Franc reduziert worden war. Nach dem gegenwärtigen Stand der Budgetplanung ist eine Zunahme der Staatsausgaben um nur 1,8 Prozent vorgesehen, während die Staatseinnahmen stärker steigen sollen. Der Haushaltsplan unterstellt eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um real 3 Prozent.

Umsatzplus bei Steilmann trotz der Textilkrise

dpa/VWD, Bochum

Dem Bekleidungshersteller Steilmann in Bochum hat die Krise der Textilindustrie nichts anhaben können. Mit einem um acht Prozent gestiegenen Gruppen-Umsatz von 1,179 Mrd. DM im vergangen Jahr ist das Unternehmen mit Abstand der größte Bekleidungshersteller in der Bundesrepublik und einer der größten in Europa. Die Muttergesellschaft, die Klaus Steilmann GmbH & Co. KG, erzielte nach dem stürmischen Wachstum 1984 (23,6 Prozent) im „wenig rosigen" Vorjahr noch eine Umsatzsteigerung von sieben Prozent auf 730 Mill. DM.

Im ersten Halbjahr 1986 habe das Unternehmen „gut pari" abgeschlossen und erwarte für die nächsten Monate ein leichtes Plus. Nach Investitionen von 15,7 Mill. DM im Jahr 1985 (14,3 Mill. DM) soll die eigene Produktionsbasis in der Bundesrepublik 1986 erneut erweitert werden, um der sich rasch wandelnden Nachfrage folgen zu können.

Bei der hohen Sättigung auf dem Inlandsmarkt rechnet der Bekleidungshersteller mit weiteren Wachstumschancen vor allem im Auslandsgeschäft. Rund die Hälfte der 1985 in der Gruppe produzierten 23 Mill. Teile wurde exportiert, insbesondere in den Raum der Europäischen Gemeinschaft, aber auch nach Kanada und in die USA. 7072 Mitarbeiter (6559) sind in den Steilmann-Werken der Gruppe beschäftigt, rund 20 000 arbeiten in den Lohnbetrieben im In- und Ausland. Auch in den „Billigproduktionsländern" läßt das Unternehmen heute „mit Steilmann-Know-how" fertigen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: MFB Elektro-Schnelldienst GmbH; Nachl. d. Karl Dißmann, Bad Honnef; **Fürth:** *Kurstift Mozart Betriebsges. mbH;* **Hannover:** Metall- u. Kunststoffverarbeitung W. Sporleder KG, Hemmingen; **Itzehoe:** S + P Markt GmbH Sonderposten u. Partiewaren, Wrist; **München:** Atlas Ofen- u. Küchen-Vertriebsges. mbH; ESV Energie-Systeme Vertriebs GmbH, Baldham; Nachl. d. *Porf. Dr. Karl Hans Jürgen Wallner;* **Münster:** Nachl. d. Dr. Wilfried Reinhold Huber; **Trier:** Hilarius Pütz, Wiltingen; **Waldshut-Tiengen:** Nachl. d. Dr. Dr. Franz Alfred Nikolaus Kienzle, Ühlingen-Birkendorf Ortsteil Hürrlingen.

Vergleich eröffnet: München: Augustine *Kaiser.*

Die wichtigste Tradition: Technischer Fortschritt

„Ein Unternehmen ist nur so gut wie seine Führung" – Jürgen Heraeus, Vorsitzender der Familiengesellschaft

Jürgen Heraeus, Geschäftsführungs- Vorsitzender und – nach *dem Ableben* von Vater und Onkel im vergangenen Jahr – in der vierten Generation Alleinvertreter der Gründerfamilie in der Führungsspitze der W. C. Heraeus GmbH, Hanau, ist nicht eben anspruchslos: „Ein Unter*nehmen kann nur so* gut sein wie seine Führung", treibt er sich und seine vier Mitgeschäftsführer an.

Das Konzerngebilde, dessen Besitz er sich mit rund 100 Familiengesellschaftern teilt, stellt in dieser Hinsicht ganz besondere *Anforderungen.* Denn da gilt es, vieles unter einen Hut zu bringen, was auf den ersten Blick unvereinbar scheint: eine 135jährige Tradition und den Ehrgeiz, technisch die Nase vorn zu haben (Lösung: „*Unsere Tradition ist es, an der Spitze* des technischen Fortschritts zu marschieren"), den – auch vom Markt diktierten – Expansionsdrang und die Möglichkeiten einer Familiengesellschaft, die es vorerst auch bleiben möchte, den Wunsch nach der Konzentration der Forschung in Deutschland und die Partnerschaft mit wichtigen Abnehmern in Übersee und schließlich ein Produktspektrum, das jeder Branchenzuordnung trotzt.

Gemeinsame Klammer um zwanzig Produktbereiche

Zwischen dem Edelmetallhandel und der Quarzglasschmelze, zwischen dem Laser- und dem Katalysatorfabrikanten, zwischen dem Metallpastenproduzenten (überhaupt dem Vormaterialzulieferer für die Elektronikindustrie) und dem Medizingerätehersteller scheinen Welten zu liegen. Eine lose Klammer bilden vielleicht die Märkte: Die Elektronik stellt etwa ein Drittel von 1,5 Mrd. Mark Industrieumsatz (was für einen US-Anteil von 34 Prozent und einen Fernostanteil von 18 Prozent sorgt), High-Tech-Produzenten, Forschungsstätten und Universitäten sind wichtige Abnehmer.

Heraeus fertigt Berylliumteile für die Kernfusionsforschung, Sensoren, Simultationskammern für Umweltexperimente und Elektroniktests, Präzisionsöfen für Chips-Fabriken und Weltraumversuche, Keramikträger für die Hochleistungselektronik. Das Unternehmen beliefert Zahnärzte mit Speziallegierungen, Krankenhäuser mit Operationsleuchten und Bestrahlungsgeräten sowie die Chemie (wie auch andere Branchen) mit Sondermetallen und ist schließlich weltweiter Marktführer im Geschäft mit Glasfaser-Rohlingen.

Zwanzig sehr unterschiedliche Produktbereiche sind nötig, um das Gesamtgebilde mit seinen weltweit etwa 7200 Mitarbeitern und rund 3 Mrd. Mark Umsatz (davon etwa die Hälfte Edelmetallhandel) in einen organisatorischen Rahmen zu fassen. Der Eindruck eines etwas wirren Gemischtwarenladens täuscht indessen: „Alles hat einen gemeinsamen Ursprung", weiß der Urenkel des Firmengründers.

Es habe sich bewährt, auch beim Schritt in neues Terrain bei seinem Leisten zu bleiben: „Von drei Faktoren – technische Entwicklung, Produktionsverfahren und Vertrieb – müssen wir wenigstens zwei sicher beherrschen", so der eiserne Grundsatz bei der Entscheidung über neue Tätigkeitsfelder oder die Akquisition ganzer Unternehmen. Die meisten Produktbereiche haben sich aber logisch auseinander entwikkelt.

Die Hochtemperaturtechnik zum Beispiel geht schon auf die Gründung im Jahr 1851 zurück. Erstmalig gelang es damals in Deutschland, Platin nach einer neuen Methode bei 1800 Grad zu erschmelzen. Andere Edel- und Sondermetalle kamen hinzu, und immer hieß es, hohe Temperaturen und höchste Reinheitsgrade im Griff zu behalten. Der Reinheitsanspruch führte schließlich zur Vakuumtechnik ebenso wie zum Quarzglas, das sich – wie heute wieder in der Halbleiterfertigung – als Tiegel- und Gerätematerial mit geringster Verunreinigung erwies.

Vom Quarzglas, das heute in seiner reinsten Form als Glasfaser neue Triumphe feiert, ging es dann über die Quecksilberhochdrucklampe (für die Großflächenbeleuchtung) direkt zur Höhensonne, die vom Beginn des Jahrhunderts noch bis in die siebziger Jahre für den Namen Heraeus schlechthin stand.

An diesem Produkt zeigte sich auch, was man in Hanau unter einer organischen Unternehmensentwicklung versteht: Mangels eigener Vertriebsmöglichkeiten hatte man die Höhensonne schon seit 1906 im Joint-venture mit der AEG vermarktet. Als in den siebziger Jahren der Quarzbrenner durch einfache Leuchtstoffröhren ersetzt wurde, paßte die Konsumentenversion endgültig nicht mehr ins Heraeus-Konzept. Der ganze Produktbereich ging – Tradition hin, Markenträger her – an Electrolux.

ZEICHNUNG: BÖHLE

„Bei solcher Vielfalt ist man gezwungen, permanent sein Portfolio zu überprüfen", meint Heraeus. „In Deutschland wird eigentlich viel zu wenig in Richtung Devestitionen gedacht – das gilt hier als unfein." Die Trennung von Bereichen, die nicht mehr in den Unternehmensrahmen passen, komme aber meist beiden Seiten zugute. So wurde der Kölner Vakuumbereich Leybold-Heraeus mit Hilfe fremder Gesellschafter (Degussa, Metallgesellschaft) abgenabelt, als sein Wachstum die Möglichkeiten der Hanauer überstieg – heute kommt Leybold allein auf eine runde Milliarde Mark Umsatz.

Auch Bereiche, die mit 2 oder 5 Mill. Mark Jahresumsatz die ideale Bereichsgröße – „so zwischen 30 und 100 Mill. Mark, bei hohen Marktanteilen in relativ kleinen Produktsegmenten" – verfehlt hatten, wurden verselbständigt, teilweise von Heraeus-Mitarbeitern in Eigenregie übernommen. Auch sie arbeiten heute mit Gewinnen, die im Firmenverbund nicht möglich waren.

Der scheinbaren Unregierbarkeit eines so vielfältigen Unternehmensgebildes setzt Heraeus nicht nur die ständige Überprüfung der Verträglichkeit entgegen. Auch auf die richtige Verteilung der Kompetenz komme es an: „Die guten Leute müssen vor Ort sein, direkt in den Bereichen, nicht weit weg in der Zentralverwaltung", meint der promovierte Diplom-Kaufmann, der sich in den ersten seiner 20 Heraeus-Jahre „in allen Teilen des Konzerns herumgetrieben" hat.

Es habe sich bewährt, jeden Bereich (vielfach in Form einer eigenständigen GmbH) von nur einem Bereichsleiter führen zu lassen, der bis hin zum Ergebnis in voller unternehmerischer Verantwortung steht. Dem Trend zur Rezentralisierung bei weiterem Wachstum müsse man so lange wie möglich durch weitere Zellteilung und gegebenenfalls auch Ausgliederung entgegenwirken.

Ein straffes Berichtswesen – jeder Bereichsleiter ist einem Geschäftsführer direkt unterstellt – sorgt dafür, daß es keine Ausreißer gibt. Aber auch die persönliche Betreuung sichert Führungsqualität: „Unser engerer Führungskreis umfaßt 80 bis 90 Personen weltweit – die kenne ich bisher alle noch persönlich", betont Heraeus, der sich – wie schon sein Vater – auch in den Hanauer Werkshallen regelmäßig sehen läßt, gelungene Synthese modernen Managements mit dem Patronat alter Prägung.

Schritt an die Börse wird nicht erwogen

Vom Schritt an die Börse zur Unterstützung der weiteren Expansion hält Heraeus wenig: „Wenn die Anteile zu Tageskursen bewertet werden, kommt auf die Gesellschafter eine enorme Belastung mit Vermögens- und im Ernstfall auch mit Erbschaftssteuern zu", so sein Haupteinwand. Und nachdenklich: „Ich habe auch den Eindruck, daß die Banken bei Emissionen häufig mehr an die Aktionäre als an die Unternehmen denken."

Um das Unternehmen vor den gelegentlich fatalen Einwirkungen von Familienzwistigkeiten zu bewahren, hat man sich darum auf einen anderen Weg geeinigt. Eine Holding wird künftig der Puffer zwischen Eigentümern und Betrieben sein, ohne die Gesellschafterrechte wesentlich zu schmälern.

JOACHIM WEBER

Texas Air: Noch keine Fusion

Transportministerium lehnt Eastern-Airlines-Übernahme ab

VWD, Washington

Das US-Transportministerium hat die geplante Übernahme der in Schwierigkeiten geratenen Fluggesellschaft Eastern Airlines durch die Texas Air Corp überraschend doch verboten. Das Übernahmeangebot lautete über 600 Mill. Dollar. Zur Begründung teilte das Ministerium mit, die Fusion würde den Wettbewerb im Flugverkehr in Nordostamerika stark beeinträchtigen. Damit hat sich das Ministerium anders entschieden, als zunächst angedeutet worden war.

Aus der Fusion wäre die größte US-Airline-Holdinggesellschaft entstanden. Das Ministerium hatte früher eine Genehmigung der Fusion angedeutet, für den Fall, daß Texas Air Maßnahmen ergreift, die es Pan American World Airways erlauben, ein nennenswerter Wettbewerber für Eastern Airlines auf der Flugverbindung Washington–New York–Boston zu werden.

Die von Texas Air zur Beilegung der Wettbewerbsprobleme auf dem nordöstlichen Markt vorgelegten Vorschläge, wie etwa die entgeltliche Überlassung von Start- und Landeerlaubnissen, hätten jedoch nicht ausgereicht, die Fusion zu erlauben, hieß es aus dem Ministerium. Man ließ jedoch die Möglichkeit für Texas Air offen, einen neuen Fusionsvorschlag vorzulegen, der dann geprüft und voraussichtlich auch angenommen werde, wenn das Konkurrenzproblem gelöst werden kann. Texas Air ist bereits im Besitz der New York Air und der Continental Airlines.

Als Folge der durch das Transportministerium nicht genehmigten Fusion der beiden Luftgiganten, fiel gestern an der Wall Street der Kurs der Eastern-Airlines-Aktien um 50 Cent auf 8,50 Dollar. Die Aktien der Texas Air mußten Kursverluste von mehr als 2,50 Dollar hinnehmen und schlossen bei knapp 28 Dollar.

Im Sog der Baufinanzierung

Wüstenrot Leben mit geringerem Neugeschäft

nl. Asperg

Aufgrund des hohen Gewichts der Bauspargruppen-Risikoversicherung (für die Darlehensnehmer der Bausparkasse Wüstenrot) befindet sich die Wüstenrot Lebensversicherungs-AG, Ludwigsburg, gewissermaßen auch im Sog verminderter Baufinanzierungen. Deshalb dürfte das ge*samte Neugeschäft dieses unter den* mehr als 100 deutschen Lebensversicherern nach Neuabschlüssen auf Platz 18 rangierenden Instituts nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden Hans Laux im laufenden Geschäftsjahr 1986 wohl auch ein Minus ausweisen.

Der weitere Rückgang bei den Risikoversicherungen werde nicht durch den Zuwachs in der Großlebens-Einzelversicherung zu kompensieren sein. Hier verbuchte die Gesellschaft in den ersten fünf Monaten der Summe nach im Neugeschäft ein Plus von 2,4 Prozent, während die Risikoversicherung – auf diesem Felde ist Wüstenrot Leben Drittgrößter in der Branche – um 8,9 Prozent rückläufig war. Auch dieses Institut wird Anfang 1987 neue Tarife einführen.

Der Jahresabschluß 1985, der sich sehen lassen kann, brachte der Wüstenrot Leben einen nochmals um 10,8 Prozent auf 131 Mill. DM gesteigerten Überschuß, der damit 47,4 (45,4) Prozent der um 6,1 Prozent auf 276 (260) Mill. DM gewachsenen Bei*tragseinnahmen ausmacht* und wiederum zu über 94 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung geht. Aus dem mit 3,9 (3,8) Mill. DM ausgewiesenen Bilanzgewinn wird eine Dividende von unverändert 15 Prozent auf das eingezahlte Grundkapital von 7,2 Mill. DM ausgeschüttet, wovon 0,8 Mill. DM ab Jahresmitte 1985 dividendenberechtigt sind. Am Grundkapital sind die Bausparkasse Wüstenrot mit 60 Prozent und die Allianz Leben mit 40 Prozent beteiligt. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 2,24 (2,17) Prozent.

Das Neugeschäft in der Einzelversicherung hat im Berichtsjahr um 24 Prozent auf 565 (455) Mill. DM zuge*nommen, während das Risikoge*schäft um 19 Prozent auf 1,89 Milliarden DM zurückging. Die Stornoquote verringerte sich in der Großlebenssparte auf 5,1 (5,5) Prozent. Während der Abschlußkostensatz auf 15,2 *(11,8) Promille anstieg, reduzierte* sich der Verwaltungskostensatz auf 7,6 (7,8) Prozent. Bei um 17,1 Prozent auf 1,35 Milliarden DM erhöhten Kapitalanlagen nahmen die Erträge hieraus um 18 Prozent auf 106 Mill. DM zu.

FINANZANZEIGEN

BMW neuer Favorit am Aktienmarkt

Im Zuge der festen Wallstreet deutliche Kurssteigerungen

DW. – An den Aktienmärkten setzte sich am Mittwoch nach der Konsolidierung des Vortages die allgemeine Aufwärtsbewegung verstärkt fort. Nahezu alle Standardpapiere zeigten eine freundliche Verfassung. Verantwortlich hierfür war vor allem der Kurssprung an der Wallstreet. Hinzu kam ein gut erholter Kurs des US-Dollar. Auch die jetzt bekanntgewordenen positiven Unternehmensdaten, so aus dem Halbjahresbericht von Bayer, sorgten für kräftigen Optimismus bei in- und ausländischen Anlegern.

Trendleader waren die Aktien der BMW. Aufgrund der Empfehlung eines Börseninformationsdienstes sowie der weitverbreiteten Erwartungen einer positiven Unternehmensentwicklung in den nächsten Jahren konnte sich der Kurs des Automobilproduzenten um etwa 20 DM erhöhen. Nachdem nun auch das „Managermagazin" – wie schon „Capital" am Monatsanfang – Mannesmann auf dem gedrückten Niveau zum Kauf empfohlen hat, konnte sich der Kurs hier ebenfalls kräftig befestigen. Die Umwandlung des Unternehmens vom Röhren- zum Technologiekonzern scheint trotz der in naher Zukunft noch zu erwartenden Verluste bereits gute Fortschritte zu machen. Großchemiewerte lagen nach Abschluß der Halbjahresberichtsserie freundlich, litten jedoch aufgrund der kurzfristig fehlenden Phantasie naturgemäß am stärksten unter Gewinnmitnahmen. Am Bankenmarkt dominierten Bayern Hypo und Deutsche Bank.

Frankfurt: Anzag zogen um 10 DM an, Rütgers erholten sich um 17,50 DM und Bilfinger gewannen 8 DM. Aesculap verminderten sich um 10 DM, Kochs Adler sanken um 14 DM und Pegulan St. um 5 DM.

Düsseldorf: DAT befestigten sich um 30 DM, Hagen Batterie verbesserten sich um 8 DM und Hochtief um 30 DM. Keramag verminderten sich um 6 DM, Kochs Adler um 2 DM und Leffers um 5 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden mit plus 2,50 DM bezahlt. HEW erhöhten sich um 0,80 DM und Beiersdorf um 1 DM. Reichelt konnten sich um 3 DM erholen. Harmstorf gaben um 2 DM nach.

Berlin: Berliner Elektro gewannen 15 DM, Bergmann und Schering je 8 DM und Berliner Kindl 6,50 DM. Detewe mußten um 10 DM und Herlitz Vz. um 4 DM zurückgenommen werden.

München: Aigner fielen um 3 DM, *Audi* und *Flachglas* verloren jeweils 10 DM. AKS verbesserten sich um 3 DM, Electro 2000 konnten sich um 60 DM und Knürr um 13 DM verbessern.

Stuttgart: Daimler erholten sich um 11 DM und Dresdner Bank legten 14 DM zu. Aesculap zogen um 10 DM an. Progress mußten 5,90 DM abgeben und WCM verminderten sich um 20 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 287,08 (284,68)
WELT-Umsatzindex: 5465 (5945)
Advance-decline-Zahl: 131 (88)
38-Tage-Linie: 263,10 (262,43)
200-Tage-Linie: 275,24 (275,06)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

	27.8.	26.8.
H Aach M Best. 12,5	2360	2352
H Aach. M. Vers. 7	1840	1800bG
D Aach. Rück. 9	2800	2780
D Anzag *4	360G	350G
M Act-Gögg. 8	165	167
H Adca 5	182,1	185
D Adler 12+16	295G	295G
F AEG 0	338	340,5
D AEG KABEL 9	426	420
B Aesculap 9	445	435
F AGAB 5	172,8	171,5xD
D Agrippina *0	3700	3700
M Aigner *0	191bB	192bG
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	27.8.	26.8.
F Cobb.Gemüsch.	126,5bG	126
D Conc. Chem. 4,5	250bG	235T
B Conc. Spinne * 0	505T	505T
D Contigas 8	345	345
D Conti Gummi 5	335,7	334,9
D Dahlb. St. 7,75	284,5	284,5
D dgl. Vz. 14,75	405G	410bB
S Daimler 12+2,5	1311	1300
M Deckel AG 6	233	230bG
D Dt. Atl. Tel. 10	720T	690T
D Dt. Babcock St. 3	203	199,5
D dgl. Vz. 3,5	198	195
F Dt. Bank 12	849,8	834,5
D Dt. Centroboden 12	922	880
D Dt. Conti Rück 0	4000G	4000T
D dgl. NA 0	1020G	1010
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	27.8.	26.8.
H Hdl. Lüb. 9	630	640bB
Hn Hann. Papier 6	268	248
H Harmstorf 0	56	60
D Harpener 11+1	322	321
F Hartm. & B.St. 6	2600T	2610bG
F dgl. Vz. 6	1680B	1700
M Hasen-Bräu 9	970G	970
S Heidelb. Zem. 7	628G	630G
M Hellt & W. 5	270G	270G
D Hein. Lehm. *6	295T	300bB
D Heinr. Ind. *16+7	660	660
D Henkel 5	444	442
F Henninger 2	174,9	175
B Herlitz 7	187	185
B dgl. Vz. 7,8	172	175
B Hermes 8	820G	820G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	27.8.	26.8.
F dgl. Vz. 7,5	335G	335G
D Mannesmann 6	190,5	181,8
F Mannh. Vers. 8	920bG	933
H Markt & K. 8	212	211
F MAN St. 5,8	227,5	226
F dgl. Vz. 5,5	197,5	193
F MAN-Rol. 20,2	608	600
F Massa	495	495
S M.Mühl.Weing. *0	310,5	310G
D Mauser 0	83G	85G
F Mercedes 10,5	1194	1180
F Metallges. 6	323	315
S Met. u. Lack 0	105bG	105G
S Mülag 6,5	472G	460G
F Moenus 0	87	87,1
F Monachia 5	2700G	2640G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

	27.8.	26.8.
ACF Holding	350	353
Aegon	103,7	101,2
Akzo	157,3	155,5
Alg. Bk. Nederl.	600	590
Amev	76,9	75,3
Amro Bank	108	106,5
Berkel's Patent	40,5	40,7
Bijenkorf	106,5	–
Bols Lucas	165	163
Bredero	240	239
Buehrmann	225	222
Dessaux	175,4	171,5
Fokker	72,8	71,5
Gist Brocades	52,9	50,7
Océ-v. d. Grinten	539,5	531
Hagemeijer	70	70
Heineken Bierbr.	–	181,5
KLM	44,2	43,5
Hoogoven Kon.	72,3	69,2
Nationale Ned.	87,7	86,5
Ned. Lloyd Groep	178	178
Ommeren van	38,9	39,2
Pakhoed	65	66
Philips	56,4	55
Rijn-Schelde	6,05	6,01
Robeco	95,8	95,1
Rolinco	86,3	86
Rorento	50,4	50,2
Royal Dutch	208,2	202
Credit Lyonnais Bk.N	93,5	93
Unilever	518	515
Ver. Masch.	29,5	28,5
Volker Stevin	41,2	41,9
Index: ANP/CBS	280,50	274,50

Brüssel

	27.8.	26.8.
Arbed	2550	2525
Brux. Lambert	3185	3185
Cockerill Ougrée	135	134
Ebes	4770	4780
Gevaert	5890	5900
Kredietbank	19675	–
Petrofina	8970	8810
Soc. Gén. d. Belg.	2980	3015
Sofina	11400	11175
Solvay	7870	7870
UCB	8580	8900
Index	3853,48	3857,05

Hongkong

	27.8.	26.8.
China Light + P.	16,4	16,4
Hongkong Land	6,35	6,3
Hongk. + Sh. Bk.	7	6,95
Hongk. Teleph.	11,7	11,5
Hutch. Whampoa	34,25	33,5
Jard Matheson	15,8	15,5
Swire Pac. + A +	14,1	14

Kopenhagen

	27.8.	26.8.
Den Danske Bank	259	263
Jyske Bank	475	480
Kopenh. Handelsbk.	236	239
Novo Industri	–	240
Privatbanken	241	246
Ostasiat. Komp.	188	187
Dan. Sukkerfabr.	336	339
För. Bryggerier St.	1020	1040
Kgl. Porz. Fabr.	380	365

London

	26.8.	25.8.
All. Lyons	356	
Anglo Am. Corp.	1262,5	
Anglo Am. Gold	6550	
Babcock Int.	190	
Barclays Bank	489	
Beecham Group	398	
Bowater	313	
B.A.T. Industries	411	
Rover Group PLC	40	
BLOC Int.	325	
British Petroleum	650	
British Aerospace	511	
British Telecom	194	
Britoil	133	
BTR	285	
Burmah Oil	391	
Cable Wireless	342	Börse
Cadbury Schweppes	170	ge-
Charter Cons.	255	schlos-
Cons. Gold Fields	489	sen
Cons. Murchison	143,75	
Courtaulds	258	
De Beers	655	
Distillers	678	
Driefontein	1375	
General Electric	186	
Guinness	343	
Hawker Siddeley	493	
ICI	1012	
Imperial Group	365	
Lloyds Bank	424	
Lonrho	206	
Marks & Spencer	210	
Midland Bank	537	
Nat. Westminster	519	
Plessey	194	
Reckitt & Colman	794	
Rio Tinto-Zinc	599	
Rustenburg Plat.	1100	
Shell Transp.	900	
Thorn Emi	491	
TI Group	487	
Trusthouse Forte	150	
Unilever	1900	
Unitech	190	
Vickers	405	
Woolworth	640	
Financial Times	1275,50	–

Luxemburg

	27.8.	26.8.
ARBED	2580	2500
Arlco	115	–
Audiofina	5900	–
Bque. Gen. du Lux.	16100	–
Bque. Int. du Lux.	15000	14950
Belgo Mineira St.	0,17	–
Cegedel	5570	3570
Kredietbank Lux.	18100	–
PAN Holding	–	–
SCI Techn.	660	–
SEO	830	–

Madrid

	27.8.	26.8.
Banco de Bilbao	1120	1120
Banco Central	827	822
Banco Popular	1360	1425
Banco de Santander	798	790
Banco de Vizcaya	1545	1555
Citroën España	575	581
Const. Aux. Ferro	158	160
Cros	159	156
Cubiertas	467	445
Dragados	350	349
Duro Felguera	630	548
El Aguila	310	315
Esp. del Zink	300	300
Esp. Petróleos	342	341,5
Unión Fénix	–	2210
Fecsa	81	81
Hidroeléctr. Esp.	118	119
Iberduero	170	171,5
Macosa	111	–
Papelera	204	206
Seda de Barcelona	435	420
Sevillana de El.	124,25	124
Telefónica	196,5	196
Unión Eléctrica	102,75	105,75
Explosivos RT	230	–
Urbis	290	295
Vallehermoso	265	267
Index	195,20	195,75

Mailand

	27.8.	26.8.
Bastogi	720	728
Benetton Group	17530	17800
Dalmine	557	570
Farmitalia C. Erba	15250	15100
Fiat	15950	15900
Fiat Vz.	10950	10790
Gemina	2710	2635
Generali	169100	165500
IFI Vz.	31700	31100
Italcementi	78680	78500
Lloyd Adriatico	33500	33300
Magneti Marelli	4800	4800
Mediobanca	290000	292000
Mondadori A.	10150	9955
Montedison	3685	3600
Mira Lanza	45700	45830
Banco Ambrosiano	4390	4300
Olivetti Vz.	10050	10000
dgl. St.	18150	18100
Pirelli SpA	5700	5670
La Rinascente	1259	1250
RAS	65200	64000
SAI Risp.	35400	34250
SIP	3630	3515
Snia BPD	6050	5920
STET	5130	5130
Index	–	802,90

New York

Ortszeit: 18.00 h	27.8.	26.8.
Adv. Micro Dev.	18,75	19
Aetna Life	63,75	64,25
Alcan Aluminium	30,5	30,625
Alcoa #	37,25	37,375
Allied Signal #	42	41,875
Allis-Chalmers	3,375	3,5
AMR Corp.	56,75	56,375
Amax	12,5	12,75
Amerada Hess Corp.	20,625	20,5
Am. Brands	93,75	93,5
Am. Can. #	89,125	89
Am. Cyanamid	89,5	87,875
Am. Express #	65,75	65,875
Am. Home Prod.	93	92,75
Am. Motors	2,75	2,75
Am. Tel. & Telegr. #	24,25	24,125
Ameritech	150,25	150,25
Amoco Corp.	68	66,75
Anchor Hocking	32,875	32,875
Armco Inc.	6,75	6,875
Asarco	13,5	13,5
Atlantic Richfield	58,5	57,375
Avon Products	33,5	33,375
Bally	17,25	17,375
Bk. of America	12,5	12,375
Bell Atlantic	77	75,625
Bell Howell	44,625	44,25
Bethlehem Steel #	8,25	8,25
Black & Decker	17,5	17,375
Boeing	61,5	61,25
Borg-Warner	33,625	33,5
Bristol-Myers	80,875	80,875
Brunswick	32,25	32
Burlington Ind.	37,5	37,75
Burroughs	72,875	73,125
Campbell Soup	65,375	65,125
Capital Cities Corp.	268,75	265
Caterpillar	49,75	49,625
CBS	143,5	142,875
Celanese	225	225,5
Centronics	7,625	7,625
Chase Manhattan	43,125	42,875
Chevron #	44,875	44,25
Chrysler	41	41
Citicorp	56,75	56,625
Clorox	57,75	57,25
Coca-Cola	38,875	39
Colgate	40,875	40,625
Commodore	6,5	6,25
Comwth. Edison	34,125	34,125
Comm. Satellite	34,5	34,125
Control Data	25,375	25,375
CPC Int.	69,375	69,25
Curtiss Wright	55,25	55,25
CSX	30,875	30,5
Deere	24,75	24
Delta Airlines	44	43,625
Digital Equipm.	102,625	102
Dow Chemical	55,25	54,875
Du Pont #	83,5	83
Eastern Gas-Fuel	28	27,5
Eastman Kodak #	57,375	57,375
Enron	48,375	48
Exxon Corp. #	69,25	67,875
First Chicago	30,75	30,625
Firestone	24,625	24,5
Fluor Corp.	14,625	14,5
Ford Motor	63,375	62,625
Foster Wheeler	12,375	12,25
Fruehauf	47,75	47,75
GAF Corp.	33,25	33,5
General Dynamics	76	75,125
General Electric #	78,125	77
General Instrument	21,625	21,75
General Motors #	73,5	73,75
Gillette	45,625	44,75
Global Nat. Res.	4,5	4,5
Gen. T & E.	59,875	59,625
Goodrich	39,375	39,625
Goodyear Tire #	33,375	33,5
Gould	21,875	21,25
Grace	50,75	50,625
Greyhound	31,375	31,375
Grumman	25,875	26
Halliburton	22,375	22,25
Heinz	46,75	46,75
Hercules	55,625	55,25
Hewlett Packard	44,125	43,875
Homestake Mining	24,75	24,25
Honeywell	72,875	73
IBM #	141,75	141,125
Inco Ltd. #	12,125	12,125
Inland Steel	17,875	17,75
Insp. Resources Corp.	4,5	4,5
Int. Tel. & Tel.	54,625	54,25
Int. Paper #	70,125	69,875
Jim Walter	50,625	50,5
Kaiser Aluminium	16,75	16,5
Kerr McGee	29,25	28,5
Lehmann	16,375	16,25
Litton Industries	79,75	79,5
Lockheed Corp.	49,625	48,375
Loew's Corp.	70	70,25
Lone Star	30,5	30,5
Louisiana Land	29,125	29,25
LTV Corp.	2,5	2,625
McDermott A	22,875	23
McDonald's #	64,375	64,25
McDonnell Doug.	87,125	87,625
Merck & Co. #	112,5	112,625
Merrill Lynch	37	36,125
Mesa Petroleum	3,5	3,5
Minnesota M. #	113,25	112,75
Mobil Oil	37,375	36,875
Monsanto	73,625	73
Morgan J.P.	94,25	94,25
Nat. Distillers	35,875	35,875
Nat. Semiconductor	10,625	10,125
Nat. Intergroup	18,5	18,875
Navistar Int. Corp. #	8	8
NCR	55,375	54,5
Newmont	52,375	52
Owens Ill. #	44,125	44,25
PanAm World	5,625	5,625
Pfizer	68,875	68,75
Philip Morris #	76,75	77,25
Philips Petroleum	10,25	10,25
Pittston	13,75	13,75
Polaroid	67,875	67,5
Prime Computer	22,625	22,625
Procter & Gamble #	79,75	79,25
Revlon	13,75	13,75
Reynolds Ind.	54	53,875
Rockwell Int.	43,125	43
Rorer Group	39	38,25
Salomon Inc.	45,5	45
Schlumberger	34	33,5
Sears, Roebuck #	47	46,75
Singer	56,75	55,625
Sperry Corp.	76,375	76,375
Stand. Oil Calif.	44,75	44,25
Storage Techn.	2,625	2,625
Tandem	39,125	38,375
Tandy	37,125	37
Teledyne	324	321,5
Telex Corp.	59,375	58,625
Tesoro	9	8,875
Texaco #	32	32,25
Texas Air	29,625	29,125
Texas Instrum.	120,125	119
Tosco	3,125	3,375
Trans World Corp.	30,875	30,875
Transamerica	37,625	37,625
Travellers	47,375	47
Turner Broadcast.	–	17,5
UAL	56,75	55,125
Uocal Corp.	21	20,875
Union Carbide #	22	21,875
Union Oil of Calif.	22,625	22
US Gypsum	39,75	40,125
USX Corp. #	18,75	18,875
United Technolog. #	45,75	45,875
Walt Disney	43,125	44,25
Warner Comm.	23,125	23
Westinghouse El. #	58,125	58,25
Weyerhaeuser	36,625	36,25
Whittaker	32,75	32,75
Woolworth #	44,5	44,25
Wrigley	50,75	50
Xerox	58,75	58,5
Zenith Radio	24,75	24,75
Dow Jones Index	1909,31	1904,25
Stand. & Poor's	254,07	252,84

#= Berechnung Dow Jones Index
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	27.8.	26.8.
Bergen Bank	164	165
Borregaard	355	372,5
Den Norske Cred.	172	171,5
Elkem	114	105,5
Kreditkassen	183	183,5
Norsk Data	252	224
Norsk Hydro	155,5	149
Storebrand	281	281
OSE Ind. Index	367,61	361,60

Paris

	27.8.	26.8.
Air Liquide	780	775
Alsthom Atlant.	378	382
Beghin-Say	519	496
BSN-Gerv.-Danone	4195	4149
Carrefour	3405	3370
Comp. du Midi	1750	1750
Club Méditerranée	640	627
CSF Thomson	1750	1754
Elf-Aquitaine	351	344
France Petrol B	477,5	445
Hachette	2900	2900
Imetal	65,5	66
Lafarge	1440	1440
Lafayette	1430	1245
Locafrance	705	695
L'Oréal	3740	3737
Machines Bull	52,9	55,5
Michelin	3578	3495
Moët-Hennessy	2305	2287
Moulinex	77,3	74,5
Penarroya	44	44,5
Pernod-Ricard	1098	1075
Perrier (Source)	780	756
Peugeot-Citroën	1255	1225
Printemps	647	646
Radio Techn.	922	935
Redoute à Roubaix	2015	2011
Schneider	787	–
Sommer Allibert	1388	1290
Usinor	5,4	5,4
Index: INSEE	154,10	153,10

Singapur

	27.8.	26.8.
Cycle + Car.	1,92	1,88
Cold Storage	3,64	3,52
Dev. Bk. of Sing.	7,95	7,95
Fraser + Neave	8,35	8,3
Kl. Kepong	1,56	1,55
Mal. Banking	4,22	4,02
Nat. Iron	4,42	3,86
OCBC	7,9	7,85
Sime Darby	1,5	1,45
Singapur Land	5	4,72
Un. Overs. Bank	4,2	4,14

Sydney

	27.8.	26.8.
ACI	3,55	3,55
Ampol. Explor.	2,02	2,02
Westpacific Banking	4,62	4,6
Bougainville Copper	2,62	2,6
Bridge Oil	0,8	0,8
Brok. Hill. Prop.	7,8	7,8
Coles	4,68	4,63
CRA	6	5,9
CSR (Theiss)	2,66	2,65
Metals Expl.	1,05	1,04
MIM-Holdings	1,8	1,75
North Broken Hill	2,12	2,08
Oakbridge	0,81	0,8
Peko Wallsend	5,6	5,58
Poseidon	2,88	2,9
Thomas Nat. Tr	3,05	3
Waltons Bond	0,34	0,34
Western Mining	5,43	5,48
Woodside Petr.	0,90	0,92
Index	1182,40	1179,30

Johannesburg

	27.8.	26.8.
Abercom Inv		2,6
AE & CI Ldt		–
Barlow Rand	Werte	19,2
De Beers	lagen	32,75
Gold Fields	bei	54,75
Highveld Steel	Red.-	6,85
Kloof Gold Min.	Schluß	33,25
Rembrandt	nicht	77,5
Rustenburg Platinum	vor	55,25
Sasol		–
Vaal Reefs		328
RDM Gold Index	–	1631,20
RDM Ind. Index	–	–

Stockholm

	27.8.	26.8.
AGA AB	–	197
Alfa-Laval AB Ser B	348	345
ASEA Fria	–	345
Atlas Copco AB	215	214
Electrolux AB Ser. B	305	305
Ericsson Ser. B	227	228
Saab-Scania AB	720	720
Sandvik AB	–	163
SKF B	325	375
Volvo B Fria	401	404
J & P Ind. Index	2205,46	2505,46

Tokio

	27.8.	26.8.
Alps.	1810	1710
Bank of Tokyo	895	918
Banyo Pharma	1000	1000
Bridgestone Tire	666	645
Canon	1000	980
Daikin Kogyo	660	655
Daiwa Sec.	2170	2160
Daiwa House	1600	1640
Eisai	1750	1820
Fuji Bank	1690	1740
Fuji Photo	2800	2730
Hitachi	1040	1060
Honda	1160	1170
Ikegai Iron	350	370
Kansai El. P.	3460	3850
Kao Soap	1550	1630
Kirin Brewery	1600	1620
Komatsu	515	508
Kubota Iron	480	467
Matsushita El. Ind.	1600	1510
Matsushita El. Wks.	1620	1650
Minolta Camera	709	772
Mitsubishi El.	514	520
Mitsubishi H. I.	638	656
Nikko Sec.	1960	2050
Nippon El.	1080	1090
Nippon St	259	271
Nomura Sec	3270	3370
Pioneer	2000	1970
Ricoh	845	841
Sankyo	1620	1610
Sanyo Electric	449	474
Sharp	970	940
Sony	3250	3200
Sumitomo Bank	2180	2280
Sumitomo Marine	1090	1150
Takeda Chem	2090	2140
Teijin	575	597
Tokio Marine	1700	1750
Tokyo El. Power	6540	4990
Toray	698	720
Toyota Motor	1650	1560
Index	1527,47	1552,45

Toronto

Ortszeit: 10.00 h	27.8.	26.8.
Abitibi Price	22	21,625
Alcan Alu	42,625	42,625
Bk. of Montreal	32,125	32,125
Bk. of Nova Scotia	15,625	15,5
Bell Cda Enterprises	39,375	39,25
Bluesky Oil	–	2,67
Bow Valley Ind	11,125	11,125
Brenda Mines	–	9
Brunswick M & Sm	12,875	12,75
Cdn. Imperial Bk.	17,75	17,75
Cdn. Pacific	15,125	15
Cominco	12,875	12,5
Coseka Res.	–	0,96
Denison Mines	5,75	5,625
Dome Petroleum	1,28	1,28
Domtar	31,5	31,375
Falconbridge Ltd	17,875	18
Great Lakes Forest	–	72,25
Gulf Canada	14,625	14,625
Gulfstream Res.	0,46	0,46
Hiram Walker Res.	38,125	38
Hudson Bay Mng	6,25	6,25
Husky Oil	8,5	8,5
Imperial Oil -A-	43,75	43,375
Inco	17	16,875
Inter City Gas Ltd	15,625	15,625
Interprov. Pipeline	39,75	39,125
Kerr Addison	–	15
Lac Minerals	24,125	24,125
Moore Corp	32,875	33
Noranda Mines	18,5	18,25
Norcen Energy Res.	13,625	13,5
Northgate Expl.	5,25	5,375
Northern Telecom	40,875	40,875
Nova An Alberta 'A'	5,125	5
Nu West Group	–	0,34
Oakwood Petrol	2,5	2,6
Placer Development	28,125	28,25
Provigo Inc.	18,75	18,375
Ranger Oil	5,625	5,5
Revenue Properties	–	3
Rio Algom	–	27,625
Royal Bk. of Can.	32,75	32,75
Seagram	84,625	84,25
Shell Canada	23	22,5
Sherritt Gordon	6,375	6,25
Steico -A-	21,625	21,25
TransCan. Pipelines	17,5	17,5
Verity Corp	2,95	3,25
Westcoast Transm	13,625	13,5
Index: TSE 300	3042,73	3055,80

Wien

	27.8.	26.8.
Creditanst.-Bkv Vz.	2300	2550
Gösser-Brauerei	3475	3452
Länderbank Vz.	2270	2300
Lenzing	985	981
Linz Textil	3545	3530
Österr. Brau	3450	3450
Perlmooser Zement	632	658
Reininghaus	898	885
Schwechater Br.	1845	1835
Semperit	219	222
Steyr-Daimler-P	160	162
Steyrermühl Papier	3350	3360
Universale Hoch	283	285
Veitscher Magnesit	10400	10480
Index	237,88	239,15

Zürich

	27.8.	26.8.
Alusuisse	605	675
dgl. NA	209	210
Bank Leu	5825	5780
Brown Boveri	1660	1600
Ciba Geigy Inh.	3550	3525
Ciba Geigy Part.	2610	2575
Elektr. Watt	3440	3425
Georg Fischer Inh.	1810	1818
Mag. & Globus Part.	1650	1625
H. La Roche 1/10	10725	10725
Holderbank	4450	4400
Italo-Suisse	330	310
Jacobs Suchard Inh.	8550	8500
Jelmoli	3850	3875
Landis Gyr	1900	1900
Mövenpick Inh.	6500	6450
Motor Columbus	1700	1720
Nestlé Inh.	8490	8450
Oerlikon-Bührle	1765	1800
Sandoz NA	4300	4250
Sandoz Inh.	10900	10700
Sandoz Part.	1725	1710
Art. A. Saurer	205	200
Schw. Bankges.	5870	5800
Schw. Bankverein	569	560
Schw. Kredit. A. Inh.	3800	3770
Schw. Rückv. Inh.	18000	17500
Schw. Volksb. Inh.	2635	2610
Sika -B-	569	660
Gebr. Sulzer Part.	582	570
Swissair	1420	1400
dgl. NA	1290	1260
Winterthur Inh.	6950	6875
Winterthur Part.	1190	1180
Zur. Vers. Inh.	7800	7650
Index: Schw. Bankv.	–	643,10

Inlandszertifikate

	Ausg. 27.8.	Rückn. 27.8.	Rückn. 26.8.
AAR-UNIV.F.I	174,86	164,69	164,69
Adifonds	71,12	67,73	67,19
Adirenta	24,00	23,30	23,29
Adirewa	110,69	107,47	107,08
Aditec	113,52	108,11	107,85
Adiverba	190,59	181,51	181,78
Aegis Eink.-Fds.	40,31	38,58	38,39
Aegis Wachst.-Fds.	68,80	65,51	65,54
AGI Fonds	172,25	164,05	164,05
Akkumula	214,55	204,33	203,43
Albingia Rendite Fds.	52,75	50,63	50,40
Alte Kapital Fds.	39,53	36,75	36,45
Allianz-Rentenfonds	127,61	124,50	124,44
Analytik Fonds	33,90	31,51	31,21
Ara-Rendit.	60,52	58,42	58,41
AriDeka	59,23	56,86	56,49
Assecura I	92,46	92,00	92,00
Austr. Pazifik	45,99	43,97	44,30
Berenberg-U-Fonds	420,17	407,95	406,26
Berenberg-U.-Eff.-F.	53,08	51,53	51,35
Berenberg-U-Renten	125,96	122,89	122,70
BW-Rema-Univ.	55,34	53,99	53,99
BW-Wartberg-Univ.	139,78	unerh.	134,73
Colonia Rentenfonds	52,70	50,91	50,92
Concentra	40,85	39,05	38,84
dgl.-Fonds V I	–	60,06	60,06
DekaFonds	57,98	55,08	54,82
DekaRent	33,77	32,79	32,74
DekaSpezial	256,31	243,50	243,26
DekaTresor	62,64	61,11	61,09
DespaFonds	85,25	80,99	80,99
DEVIF-Invest	110,70	105,35	104,41
DEVIF-Rent	56,90	55,15	55,02
DIFA-Fonds	179,90	170,88	170,80
DIFA GRUND	105,81	100,52	100,52
DIT Fonds f. Verm.	70,67	68,95	68,69
DIT Rohstoffonds	66,29	64,36	63,31
DIT Pazifikfonds	127,07	123,37	123,45
DIT Spezial	76,88	74,64	74,38
DIT Technologiefonds	81,95	79,54	78,88
DIT Wachstumsfonds	74,97	72,79	72,39
DIT Fds.f WdLu.Opt.A	136,33	133,00	132,18
Dr. Rentenfonds	86,80	85,10	85,08
Dr. Vermögenb. Fds. A	41,87	39,88	39,52
dgl. I	55,04	52,42	52,03
dgl. II	28,48	27,65	27,65
DWS Bayern Spezial	104,75	99,73	99,54
DWS Energiefonds	87,88	85,66	85,17
DWS Provesta	89,50	85,22	85,07
DWS Rohstoff Fds.	76,95	75,04	74,57
DWS Technologie Fds.	90,70	88,46	87,66
Fondak	77,15	73,46	72,78
Fondirent	80,95	78,46	78,50
Fondis	68,68	65,41	65,75
Fondra	116,29	110,75	110,04
FT Accuzins	140,04	135,96	135,69
FT Am Dynamik	23,69	21,68	21,42
FT Frankf. Eff. F	150,25	142,74	143,24
FT Interspezial I	29,84	27,50	27,32
FT Interspezial II	34,59	31,65	31,67
FT Interzins	46,93	45,56	45,55
FT Nippon Dynamik	106,33	97,27	97,25
FT Re-Spezial	197,80	187,91	188,07
Gerling Dynamik	72,69	69,56	69,58
Gerling Rendite	57,45	55,78	55,79
GKD-Fonds	77,90	74,90	74,55
Gothaer	97,18	93,80	93,78
Grundbesitz-Invest.	74,40	70,79	70,79
Grundwert-Fonds	134,55	127,54	127,54
Hbg.-M. Rentenfonds	60,73	58,59	58,37
Hansainternational	51,54	49,80	49,69
Hansarenta	50,43	48,72	48,71
Hansasecur	78,47	67,11	67,37
Hansazins	50,92	49,20	49,19
Haus-Invest	69,40	66,04	66,04
Il-Fonds Nr. 1	117,10	111,40	111,40
dgl. Nr. 2	75,90	72,20	72,20
Industria	66,02	64,10	64,10
INKA-Global	87,40	85,10	85,70
INKA-Rent	53,50	51,80	51,80
INKA-Re-Invest	140,40	136,20	135,80
Inrenta	75,50	73,62	73,59
Interglobal	161,79	157,08	156,58
Inter-Renta	39,75	38,56	38,47
Intervest	105,75	100,72	100,35
Interkapital	29,10	27,50	27,50
Int. Rentenfonds	82,60	80,59	80,34
Investa	74,70	71,12	70,44
Investors Fds.	15,20	14,13	13,94
Iverafonds	64,54	59,05	58,93
Japan-Pazifik-Fds.	84,36	81,90	82,42
Kapitall. Spezial	147,05	136,02	136,87
Magdeb. W.-Fd.DIT	86,45	82,33	82,11
Medico-Invest	124,15	116,00	117,00
Mertor I	30,35	30,35	30,35
NB Rent	58,22	56,51	56,47
Nordcumula	79,99	77,66	77,77
Nordrenta Int.	57,92	56,23	56,24
Nordstern-F. RK	52,98	51,18	51,20
Nürnberger Rentenfds.	unerh.	unerh.	48,55
Oppenh. Int. Rent.	104,26	101,21	101,20
Oppenh. Priva-Rent	116,38	112,98	112,91
Oppenheim-Privat	59,62	56,77	56,74
Oppenheim-Spez. I	128,84	125,08	124,91
Oppenheim-Spez. II	96,55	91,94	92,19
Plusfonds	81,00	77,14	76,61
Privatfonds	71,90	68,46	69,02
Re-Inrenta	170,35	166,18	166,16
Renditdeka	36,36	35,30	35,28
Rentak	168,09	159,68	159,88
Rentex	113,44	110,03	109,99
Rentensparfonds	59,35	57,62	57,62
Ring Aktien-Fds. DWS	51,10	48,79	48,44
Ring Renten-Fds. DWS	48,85	46,62	46,58
Säkular-U-Fonds	177,92	172,74	172,74
SMH-Rentenfonds	54,50	52,91	52,89
Südinvest I	67,70	64,48	64,45
dgl. II	80,64	76,80	76,49
dgl. III	27,91	27,10	27,09
dgl. IV	83,48	80,27	80,21
Thesaurent	66,99	65,36	65,07
Thesaurus	247,55	241,51	240,42
Transatlanta	32,19	31,25	30,74
Unifonds	34,70	33,05	32,81
Uniglobal	101,30	96,44	95,84
Unikapital	85,15	83,06	83,05
Unirak	89,95	85,65	85,54
Unirenta	42,00	40,78	40,69
Unispezial I	–	59,21	58,99
Universal-Eff.-F.	101,83	99,83	99,83
Unizins	117,35	113,91	115,90
Verm-Aufbau-F.	128,56	122,44	121,82
Verm.-Ertrag-F.	101,49	97,59	97,48
VICTORIA Rent-Adig	72,97	70,50	70,49

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	34,60	32,65	32,65
Bond Valor DM	114,41	112,30	112,39
Convert Fund A DM	36,20	34,40	34,20
Convert Fund B DM	108,20	102,90	102,30
CS Money Market DM	1094,51	1094,50	1094,38
Eurinvest DM	96,60	92,60	92,60
Eurunion DM	196,75	181,39	181,46
Formular Sel. DM	81,89	76,57	76,30
GT Inv. Fund DM	49,60	45,90	44,50
Interspar DM	28,57	25,14	unerh.
Japan Sel. DM	455,06	425,45	427,00
Unico DM	78,10	75,74	75,67
Amerika-Valor sfr.	457,50	442,25	435,00
Asia Fd. S	352,62	335,83	345,16
Automation sfr.	124,00	115,50	114,50
Bond-Invest sfr.	64,25	62,75	62,75
Bond Valor Yen	11096,00	10890,00	10887,00
Bond Valor S	129,62	127,20	127,44
Bond Valor sfr.	109,40	107,35	107,30
Bond Valor Ster.	109,32	107,28	107,30
CSF-Bonds sfr.	78,50	75,75	75,75
CS Gold Valor	101,03	99,15	98,09
CS Money Market S	1161,87	1161,86	1161,68
CS Money Market Ster.	1128,53	1128,52	1128,24
CS Money Market Yen	103934,0	103933,0	103922,0
Convert Valor sfr.	141,55	138,95	139,05
Convert Valor S	155,13	152,23	152,25
Dreyfus S*	15,07	13,79	13,65
Dreyfus Internat. S*	unerh.	unerh.	48,27
Dreyfus Intercont. S*	52,02	48,90	48,90
Dreyfus Leverage S*	unerh.	unerh.	21,65
Energie-Valor DM	186,61	177,28	176,19
Europa Valor sfr.	195,00	185,75	187,00
Fonsa sfr.	196,50	191,50	192,50
Founders Growth S*	10,49	10,49	10,36
Founders Mutual S*	11,89	11,87	11,71
Goldmines Hfl.	–	194,00	195,00
Intercont. Tr. sfr.	–	352,75	352,00
Interswiss sfr.	172,00	165,50	165,50
Intervalor sfr.	84,00	81,00	80,75
Japan Portfolio sfr.	1515,75	1465,50	1477,50
Kemper Growth S*	25,10	13,82	13,67
Pacific-Valor sfr.	199,75	187,25	187,25
Pharmafonds sfr.	348,50	324,00	323,00
Pioneer Fund S*	25,85	23,65	23,29
dgl. II S*	20,96	19,18	18,95
Schweizeraktien sfr.	501,00	475,00	477,75
Siat-Imm. sfr.	1710,00B	1700,00G	1700,00G
Siat 63 sfr.	1345,00B	1335,00G	1335,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2615,00	2490,00	2490,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1345,00	1275,00	1275,00
Swissvalor sfr.	417,25	405,25	406,25
Technology S*	15,51	14,19	13,99
Technogrowth Fd.	100,66	94,97	94,01
Templeton Growth S*	13,50	12,35	unerh.
Universal B.S sfr.	78,50	76,00	76,00
Universal Fund sfr.	121,72	118,22	117,69
Ussec	786,00	748,00	734,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 27. 8. 1986
2863 Optionen = 158 500 (152 450) Aktien,
davon 247 Verkaufsoptionen = 12 750 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 10-300/50; 360/10,5; 370/8B; 380/6; 400/4,2; 1-300/57G; 320/40; 340/34; 360/25; 380/20; 400/15; 4-300/75B; 320/60; 340/43,5G; 360/35G; 380/25G; 400/17; BASF 10-250/27,1; 260/21; 330/1,9B; 1-260/35G; 270/25,5G; 280/18; 290/17B; 300/12; 310/10B; 320/8; 350/6G; 370/5G; 4-260/40; 280/28; 300/18,5; 320/17; Bayer 10-277,45/36; 280/34; 290/25; 300/18; 340/2,9B; 1-280/37; 290/34; 340/11,6; 350/10,5; 360/7; 370/6; 4-30/38; 280/55G; 320/30; 340/21,1; 360/13,4; BBC 10-265/75B; 283/56B; 340/8G; 1-340/10,5G; 360/6,4G; 4-340/25G; 3360/16,8G; BHF 1-500/73G; 600/35; 650/20B; 4-50/35G; Bay. Hypo 10-600/48B; 650/24B; 700/8B; 1-600/85; 650/36G; 700/21G; [illegible]

Freenzag 10-170/15,4G; 180/10G; 190/6,6B; 200/3,6B; 220/1,5G; 1-180/25; 190/17B; 200/13; 220/8G; 4-180/32; 200/18,5B; 220/12; RWE St. 10-190/40B; 200/26G; 210/18B; 220/14B; 257,20/2,3B; 260/26; 267,20/16; 1-200/36G; 220/23; 240/15; 260/7G; 280/5G; 4-200/53B; 220/32; 240/22G; RWE Vz. 10-200/25B; 210/13B; 220/9B; 230/6B; 1-200/35B; 220/15G; 240/8,5G; 4-200/43B; 220/20G; Schering 10-550/60B; 600/26; 1-550/68,25B; 600/45G; 650/20; 4-600/58G; 700/17G; Kali + Salz 10-250/52; 263/39G; 270/52G; 273/30; 295/12; 300/10G; 313/5G; 1-260/52G; 280/37; 295/27; 300/20,5; 313/18G; 320/17; 4-300/38; 320/25G; 340/18G; Siemens 10-650/90G; 650/80; 688/56; 700/37; 718/30G; 738/25,2B; 750/15,5; 788/12G; 800/6; 838/4; 850/3,5; 888/2; 1-600/120G; 650/88,75G; 700/54; 750/45; 800/25; 850/20; 4-600/152G; 650/100G; 700/70G; 750/60G; 800/40G; 850/35; Thyssen 10-150/18; 160/11; 170/5; 180/3,7; 190/2,9; 200/2; 220/1,3B; 1-150/25; 160/19; 170/14; 180/10,6; 190/8; 200/6,5; 220/4,6; 4-160/27,2; 170/20,5; 180/18,5; 190/14B; 200/12,6; 220/8,1; Veba [illegible]

180/13; 4-180/15G; RWE St. 10-20/6G, 207,2/2B; 1-200/4G; 220/7G; 4-190/4,4G; 200/8G; Kali + Salz 10-270/5, 1-250/7,2; Siemens 10-600/2B; 680/13; 700/20G, 1-550/4G; 650/14,1G; 700/30G; 4-600/10G; 650/25; Thyssen 10-155/2G; 160/6,9; 170/11; 1-150/5,9; 4-150/9B; 160/13G, Veba 10-270/4, 280/8,9; 300/13; 310/24B; 1-250/4B; 280/11G; 300/22B; 4-260/10, 280/12,6G; VEW 10-154/26; 160/3G; 1-160/4G; 184/24B; 4-160/6G; VW 10-40/7G; 450/3,9; 510/10,5G; 520/18, 530/30,1G; 540/33G; 550/43; 1-450/7G, 460/13G; 490/28G, 500/30; 4-500/33G; Alcan 10-60/2B, 70/6B; 1-65/6,7B; Chrysler 1-80/5G; 85/7; 4-75/5G; 80/8B; 85/11B; General Motors 10-150/12B; 170/27B; 1-170/36B; 180/40B; IBM 10-260/3B, 280/6,9B; 320/40B; 1-280/9G; 300/25; 4-260/7G; Litton 1-140/5,5G, 150/6,9G; 4-140/6G; Norsk Hydro 10-40/2B, 45/4; 50/8,5B; 4-35/1,4G, 40/2,05G; Philips 10-45/1B; 50/2; 55/7B; 1-45/2,5B; 55/7,5B; 4-45/3,5B; 50/5,5; Sperry 1-150/10B; 160/15B; Xerox 4-110/8.

Rentenoptionen

Frankfurt: 27. 8. 1986
[illegible] 7 3/4 Bund 82 I(90): JAN87-108/2,25B; [illegible]

Junge Aktien

[illegible] 810G, VAB 2700B. Düsseldorf: Allianz Vers. [illegible]5, Goldschm. 238, IKB 289,5, Lehnkering 210G, O[illegible] Frankfurt: Allianz Vers. 2490, BMW 621, Frankona 640, [illegible], Fuchs Vz. 168, Goldschm. 240, IKB 290,5, Mag[illegible] NA 790G, Magdeburger Feuer 1300G, Main[illegible], Mercedes 1177, Ymos Vz. 185. Hamburg: Doag 370 [illegible] 2758, Mercedes 1170bG, Stumpf 125, VAB 2760.

[illegible] Düsseldorf Radamco entf.

Devisenmärkte

Nachdem die Leitwährung während der letzten Tage die Marke von 2,04 nicht nach unten durchstieß, nahm die Neigung am 27. August zu Positionsglattstellungen zu, um in Ruhe die Daten der nächsten Tage abzuwarten. Der Dollar erholte sich daraufhin bis auf 2,06 und kam amtlich mit 2,0595 zur Notiz. Die Mitteilung, daß keine Pressekonferenz nach der morgigen Sitzung des Zentralbankrates stattfinden wird, wurde recht gelassen aufgenommen. Allerdings fiel der Kurs anschließend um ½ Pfennig auf 2,0530 zurück. Das Britische Pfund befestigte sich prozentual parallel zum Dollar auf 3,05. Das neueste Außenhandelsergebnis Großbritanniens entsprach in etwa den Erwartungen und führte zu keiner weiteren Belastung für den Kurs. Die übrigen Währungen entwickelten sich unterschiedlich. US-Dollar in: Amsterdam 2,3255; Brüssel 42,655; Paris 6,74; Mailand 1420,30; Wien 14,491; Zürich 1,6616; Ir. Pfund/DM 2,754; Pfund/Dollar 1,4809; Pfund/DM 3,050.

Devisen und Sorten

27.8.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0555	2,0635	2,0494	2,00	2,10
London[2]	10,0	3,043	3,057	3,006	2,97	3,12
Dublin[2]	16,5	2,747	2,761	2,711	2,69	2,84
Montreal[1]	8,58	1,4725	1,4805	1,4605	1,43	1,53
Amsterd.	5,00	88,495	88,715	88,44	87,75	89,50
Zürich	4,00	123,85	124,05	123,99	122,75	125,30
Brüssel	8,00	4,819	4,839	4,791	4,67	4,85
Paris	9,50	30,465	30,625	30,295	29,80	31,45
Kopenh.	7,00	26,39	26,51	26,155	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,92	28,04	27,305	27,00	28,75
Stockh.	8,00	29,59	29,75	29,315	28,75	30,50
Mailand[3]**	12,0	1,445	1,455	1,4245	1,40	1,48
Wien	4,00	14,186	14,226	14,173	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,526	1,536	1,494	1,48	1,68
Lissabon**	14,5	1,394	1,414	1,358	1,15	1,70
Tokio	3,50	1,325	1,328	1,3245	1,29	1,35
Helsinki	8,50	41,67	41,87	40,725	40,50	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,25	0,65
Budap.* **	–	–	–	–	2,75	4,25
Athen* **	20,5	1,498	1,562	–	1,00	1,75
Ankara* **	–	–	–	–	0,21	0,48
Sydney*	–	1,248	1,267	–	1,18	1,38
Johannbg.*	10,5	0,768	0,802	–	0,54	0,87
Hongkong*	–	25,50	30,50	–	24,00	31,80

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Dr. med. Kaspar Roos

* 30. 4. 1921 † 25. 8. 1986

Der NAV hat seinen Gründer und langjährigen Bundes- und Ehrenvorsitzenden verloren.

Er wird für uns Vorbild bleiben.

In tiefer Trauer
Der Bundesvorstand und die Mitarbeiter des NAV-Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands e.V.

5000 Köln 1, Belfortstraße 9/V

Die Exequien werden gehalten am Montag, dem 1. September 1986, um 8.15 Uhr in der Pfarrkirche St. Engelbert, Köln-Riehl, Riehler Gürtel. Die Beisetzung ist am selben Tage, um 13.45 Uhr auf dem Friedhof Köln-Melaten, von der Trauerhalle aus (Eingang Piusstraße).

Wir trauern um

Dr. med. Kaspar Roos

* 30. 4. 1921 † 25. 8. 1986

Seit Gründung unserer Firma 1968 hat Dr. Roos weitsichtig und klug die Entwicklung unseres Unternehmens maßgeblich mitgeprägt. Wir haben ihm viel zu verdanken.

Viel zu früh müssen wir jetzt auf seinen Rat und seine menschliche Wärme verzichten.

NAV – Wirtschaftsdienst für Ärzte GmbH
W. Botz

5000 Köln 1
Belfortstraße 9

Am 25. August 1986 starb plötzlich mein lieber Mann, unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater

Dr. Eduard Koenig

geb. am 9. 1. 1907

Hedwig Koenig geb. Kralemann
Ingeborg Zander geb. Koenig
Dieter Koenig
Hans Koenig-Losch
im Namen aller Angehörigen

Hamburg-Volksdorf
Wiesenhöfen 18

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 29. August 1986, um 14 Uhr in der Kapelle des Waldfriedhofes Volksdorf.

Margarete Goemann

geb. Schröder

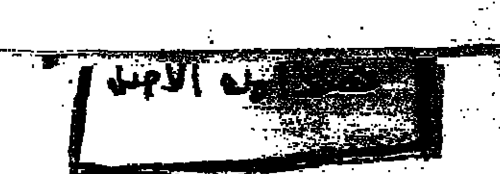
* 7. 9. 1894 in Stettin, † 22. 8. 1986 in Hamburg

Ich verneige mich in Hochachtung und Dankbarkeit vor meiner geliebten Mutter.

Ilse von Dziengel geb. Goemann
Marius von Dziengel
und Angehörige

2000 Hamburg 63
Wellingsbütteler Landstraße 263

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.



Bundesanleihen

Industrieanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

F	6 Lawi.Rent.Bk.RS15		100,05	100,05
F	6 dgl. RS 16		100,1G	100,1G
F	6½ dgl. RS 60		100,95G	100,95G
F	7 dgl. 94		104,25G	104,25G
F	7 dgl. 99		100G	100G
F	8 dgl. 101		105,65G	105,65G
F	7½ dgl. 102		105,75G	105,75G
F	9½ dgl. 126		101,5G	101,5G
D	6½ Dt.Ausgl.Bk. 77/87		101,45	101,5G
D	5½ dgl. 78/88		101,1bG	101,1bG
D	7 dgl. 79/87		101,1	101,15G
D	6 dgl. 86/96		97,7G	97,8G

Bundesbahn

F	6 dgl. 78 II	7/88	102,35bG	102,3
F	6½ dgl. 77	5/89	103,95	103,95
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,8G	107,8
F	6 dgl. 78 I	2/90	105	105
F	8 dgl. 80 II	7/90	109,1G	109,1G
F	9 dgl. 81	3/91	114G	114
F	10½ dgl. 81	9/91	121,2	121,2
F	10¼ dgl. 81	11/1	120,9	120,9G
F	8 dgl. 80 I	2/92	110,6	110,7
F	10 dgl. 82	2/92	120	120,1
F	9½ dgl. 82	7/92	118,6	118,7
F	8 dgl. 82	11/92	111,65	111,8G
F	7¾ dgl. 83	1/93	109,4	109,9

Zinshoffnungen wurden vertagt

Zur Wochenmitte tendierten die bundesdeutschen Rentenmärkte überwiegend schwächer. Öffentliche Langläufer lagen besonders gedrückt im Markt. Die meisten Marktteilnehmer haben die Hoffnungen auf eine Senkung der Leitzinsen durch den Zentralbankrat bis zu dessen nächster Sitzung vertagt, da eine solche Maßnahme der Bundesbank momentan nicht sinnvoll erscheint und auch von deren Sprechern immer wieder abgelehnt worden ist. So blieb auch die Senkung der Primerate durch mehrere US-Großbanken ohne Einfluß auf das Marktgeschehen.

F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	360G	360G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	98,75G	98,5
F	6¼ dgl. 83 m. O.	282T	280T
F	6¼ dgl. 83 o. O.	98,5G	98,5
F	3¾ dgl. 85 m. O.	249	248
F	3¾ dgl. 85 o. O.	95,5	95,3
F	6½ dgl. 86 m. O.	139,5bG	138,75
F	6½ dgl. 86 o. O.	100,3	100,4
F	3¾ Didier 85 m. O.	139	139
F	3¾ Didier 85 o. O.	81,5	81,5G
E	4 Dresdn.Bk. 85 m. O	205G	205G
F	4 dgl. o. O.	96,2	96
F	8 dgl. 84 m. O.	227	227G
F	8 dgl. 84 o. O.	109	108,75G

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	27.8.	26.8.
8 Afr. Entwickl. 79/87	101,05	101,25T
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	106	105,9G
9 Air Canada 82/92	111,5T	111,75G
7½ dgl. 85/95	106,5	106,75
9½ Akzo 82/89	105,25	105
7½ Allied Chem. 84/94	104	104,25G
8½ AMCA Ltd. 83/91	106,25	105G

8½ E.O.F. 82/92	107,75G	108
8½ dgl. 85/95	110T	110,25
7 Belarobras 77/87	100,8	100,75T
7 dgl. 79/87	99,5T	99,9G
5½ ELF Aquit. 78/88	100T	100
6¾ Emhart Corp. 86/96	102,95	102,95
6½ Ericsson LM 72/87	100,75G	100,75
6¼ Escom 72/87	100,25	100,25
7 dgl. 73/88	97,95	97,9
9¼ dgl. 80/87	100,2bG	100,6
9½ dgl. 82/90	99,6	99,75
8½ dgl. 83/90	97bB	96,55
8 dgl. 84/92	91bG	90,95
8½ dgl. 84/92	91,75	91,5

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Gold-, Silber und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Uneinheitlich notierte Kaffee. Fester ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	26.8.	25.8.
Sept.	247,00-247,25	250,75
Dez.	254,25-254,75	256,75-257,00
März	254,00	255,50-255,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

26.8.	25.8.
29,00	29,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

26.8.	25.8.
17,25	17,75

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

New Yorker Metallbörse

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Edelmetallmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Gollwitzers Biographie über Ludwig I. von Bayern

Herrscher mit Marotten

Seinen Enkel nannte man schon bald den „Märchenkönig". Daß es hingegen der Großvater war, der dem bayerischen Königtum seinen märchenhaften Altweibersommer bescherte, ist fast vergessen: Ludwig I., Bayerns zweiter König, wurde vor 200 Jahren, am 25. August 1786, in Straßburg geboren.

Fast wäre es dem zweiten Träger seines Namens auf dem Wittelsbacher Thron gelungen, die Erinnerung an seinen großen Ahnen mit den medienwirksamen Reminiszenzen zu seinem 100. Todestag zu verdunkeln. Mißt man jedoch die Intensität der Erinnerung am Gehalt der Ergebnisse, die sie hervorbringt, ist Ludwig I. klar der Bevorzugte. Ein Grund ist



diese Beschreibung seines Lebens durch den Münsteraner Historiker Heinz Gollwitzer. Der emeritierte Ordinarius für Geschichte legt auf 951 Seiten eine Analyse des Ludovizianischen Königtums vor, die sich Theodor Schieders Friedrich- oder Lothar Galls Bismarck-Biographie ebenbürtig zur Seite stellt.

Im Gegensatz zu den Biographen der beiden Preußen näherte Gollwitzer sich seinem Helden nicht über eine problemorientierte, auf der Grundlage der bisherigen Forschung fußende Untersuchung. Aus seiner Zeit als Privatdozent in München mit den bayerischen Archiven gut vertraut, wählte er den Weg über das weitgehend unerschlossene Quellenmaterial. Dabei kam ihm zu Hilfe, daß er als erster Forscher von Seiner Königlichen Hoheit, Herzog Albrecht von Bayern, die Erlaubnis erhielt, die mehrere hundert Bände Tagebücher auszuwerten, die Ludwig mit Akribie zusammengeschrieben hat.

„Noblesse, Zartgefühl und Rücksichtslosigkeit, Pedanterie und hochgemute Großzügigkeit, naive Gutgläubigkeit und übertriebenes Mißtrauen, das Bedürfnis zu idealisieren und zu sublimieren und handfester Realitätssinn. Exzentrizität einschließlich Schrullen und Marotten stoßen in seinem Charakter hart aufeinander." Doch nicht das Psychogramm des Herrschers ist Gollwitzers Thema, sondern der Mann, der wie keiner nach ihm die Physiognomie seines Staates prägte.

Als Kronprinz opponierte er gegen Napoleon und Bayerns allmächtigen Reform-Minister Montgelas. Als spendabelster Mäzen seiner Zeit machte er München zur Kunstmetropole, erhielt er durch seine grundlegende Finanzreform die Mittel dafür. Ein ebenso farbiges wie facettenreiches Bild dieses „Königtums im Vormärz" modelliert Gollwitzer aus der Fülle der Fakten und Zeugnisse.

Doch das ist – zugegebenermaßen gediegenes – historisches Handwerkszeug. Was das Buch zum Standardwerk macht, sind zum einen die vielen biographischen gesellschaftlichen Skizzen, mit denen der Autor die Elite Bayerns zeichnet. Zum anderen ist es die souveräne Einordnung von Ludwigs Herrschaft in die Epoche, in der sich die europäische Fürstenfamilie zur Staatengemeinschaft entwickelt. In diesem Spannungsverhältnis bezog Ludwig die entschiedenste Position: Das „monarchische Prinzip", die Vorstellung, daß der Herrscher mit der Fülle der Staatsgewalt ausgestattet war, war sein politisches Credo.

Die Erklärung, warum Ludwig mit seiner Vorstellung von Herrschaft scheiterte, ist der rote Faden durch diese Biographie. Da wird Ludwig fast zu einer tragischen Gestalt. Denn er erkannte nicht, daß das Ziel des von ihm mit großer Energie unterstützten deutschen Nationalgedankens auf den deutschen und europäischen Status quo revolutionierend wirken mußte. War Ludwig deswegen ein Reaktionär, eine negative Gestalt der deutschen Geschichte, weil er den Zeitgeist nicht erkannte? Gollwitzer wendet sich gegen solche kritisch-emanzipatorischen Verurteilungen: „Persönliche Bewährung und Entfaltung von Humanität läßt sich sehr wohl auch außerhalb des Engagements für die Sache des tatsächlichen oder vermeintlichen Fortschritts betätigen." Und: „Eine nur aus Progressiven bestehende Welt wäre vermutlich schon lange an sich selbst zugrunde gegangen."

BERTHOLD SEEWALD

Heinz Gollwitzer: „Ludwig I. von Bayern, Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie". Süddeutscher Verlag, München 1986, 951 S., 49,80 Mark.



Zum ewigen Leben verdammt: Christopher Lambert (links) als Mac Leod und sein Mentor Ramirez (Sean Connery) in dem Film „Highlander" FOTO: TWENTIETH CENTURY FOX

Mulcahys Film „Highlander" mit Christopher Lambert und Sean Connery

Die Unsterblichen sind unter uns

Großer Ruhm eilt ihm voraus, dem zweiten Spielfilm des 32jährigen Australiers Russel Mulcahy: „Highlander". Das liegt nicht etwa an dem Regisseur, von dem man bislang nur weiß, daß er einige hervorragende Pop-Musik-Videos herstellte. Es liegt vor allem am Hauptdarsteller und Titelhelden der Geschichte: Christopher Lambert.

Weltruhm errang der heute 29jährige Lambert 1983 als jüngster Tarzan der Kinogeschichte in Hugh Hudsons Urwald-Epos „Herr der Affen". In „Subway" war er der Mitternachts-Yupie der Pariser Metros neben Isabelle Adjani. Jetzt ist er – wiederum unwiderstehlich und eindringlich präsent – Connor Mac Leod, 1518 in Schottland geboren und seitdem durch aller Herren Länder vagabundierend; denn Connor Mac Leod ist unsterblich, und das wird er auch bleiben. Es sei denn, seinem Todfeind Kurgan (Clancy Brown), Inbegriff alles Bösen, gelingt es, ihm das Haupt mit dem Schwert vom Leibe zu trennen.

Das schicksalhafte Duell zwischen den beiden Männern, zwischen Gut und Böse, findet im New York unserer Tage statt. Der Ausgang ist gewiß. Wie könnte Lambert alias Mac Leod denn unterliegen? Vor Kurgan sterben jedoch eine Reihe anderer „Unsterblicher" durch des Highlanders Hand. Besagt doch eine alte Fama: „There can be only one", und dieser eine wird unbegrenzte Macht besitzen. Natürlich ist die New Yorker Polizei dem Mann aus Schottland bald auf der Spur. Es gibt einschlägige Action-Szenen mit wilden Verfolgungsjagden. Daneben aber führen uns raffinierte Rückblenden in ein anderes Ambiente: ins schottische Hochland des Mittelalters.

Im Jahre 1536 beispielsweise kämpft Mac Leod erstmals gegen Kurgan, wird tödlich verwundet, steht aber wenig später quicklebendig wieder auf, was seinem Clan wie Hexerei erscheint. Der junge Mann, nicht wissend, wie ihm geschieht, wird verfemt. Erst der weise alte Ramirez klärt ihn über seine „Unsterblichkeit" auf.

Sean Connery ist Ramirez. Er hat hier nur einen kleinen, aber äußerst einprägsamen Part als Lehrer und Mentor Mac Leods. Die kurze Begegnung dieser beiden Mimen ist ein rares Bravourstückchen dieses Films, dessen Geschichte – bei Licht besehen – banal und flach daherkommt. Zwar gibt es atemberaubende Momentaufnahmen – etwa aus dem nächtlichen New York –, doch immer haftet ihnen ein Hauch von Video-Clip an. Den Film können diese „Highlights" nicht retten.

„Highlander" ist ein Film, der sich modisch zwischen alle Stühle setzt: Action-Reißer und Thriller, Lovestory, Märchen und Ritterlegende, schließlich sogar philosophisches Traktat über Leben und Tod. Doch er wird keinem Genre gerecht.

Nur Fans von Christopher Lambert kommen auf ihre Kosten: Mac Leod bleibt – dem Film zum Trotz – ein altmodischer Held, ein Mann, der nicht sterben kann und alle Menschen überlebt, die er liebt. Der einsame Wolf Mac Leod, Ahasver im launigen Spiel der Jahrhunderte, ist ein weiterer wichtiger Markstein in der Karriere dieses brillanten jungen Schauspielers.

DORIS BLUM

Die 8. Tagung der Hofmannsthal-Gesellschaft

Jedermann im Kloster

Die im Herbst 1968 von dem damaligen Frankfurter Ordinarius Martin Stern gegründete Hugo-von-Hofmannsthal-Gesellschaft hatte zu ihrer achten Tagung diesmal nach Lothringen eingeladen. Die Wahl des ehemaligen Praemonstratenserklosters im zwischen Metz und Nancy malerisch an der Mosel gelegenen Pont-à-Mousson erwies sich in vieler Hinsicht als glücklich. Das touristisch kaum überfremdete Städtchen bot einen geschichtsträchtigen und kunsthistorisch bemerkenswerten Hintergrund.

Neben den Tagungsteilnehmern aus den beiden einladenden Ländern waren Wissenschaftler und begeisterte Hofmannsthal-Leser aus allen Kontinenten angereist – heimlicher und ehrwürdiger Mittelpunkt unter den nahezu zweihundert Tagungsteilnehmern war Christiane Zimmer, die Tochter des Dichters.

Die Themen der wissenschaftlichen Vorträge und der mit Fleiß und Ausdauer frequentierten Arbeitskreise kreisten naturgemäß, dem auch schon von Hofmannsthal selbst geschätzten genius loci entsprechend, um die deutsch-französischen Beziehungen im Spektrum des Hofmannsthalschen Werks.

Der Dichter, der über französische Lyrik des 19. Jahrhunderts promovierte und sich mit einer Arbeit über Victor Hugo habilitieren wollte, verdankt seine wichtigsten poetischen Anregungen zweifellos der französischen Literatur – trotz Calderon und „Everyman". Er sah in Frankreich ein literarisches Volk; er bewunderte im geistigen Leben der Nachbarnation Geselligkeit und Kontinuität, Tugenden, die er im Bereich deutschsprachiger Literaturtradition schmerzlich vermißte.

In seinem geistvollen, wohltuend unpathetisch differenzierenden Einführungsvortrag stellte Claude David, als Nestor der französischen Germanistik lebhaft begrüßt, diese Begriffe in den Mittelpunkt. Das von Bewunderung, Liebe und nur selten artikulierter leiser Kritik geprägte Frankreich-Bild Hofmannsthals wurde nachgezeichnet, indes von David und seinen französischen Kollegen behutsam relativiert – vor allem im Blick auf die heute eingeholten Zukunftsvorstellungen des Dichters, speziell über die Geschichte Mitteleuropas. Dabei blieb der fast zu Tode diskutierte Begriff der „konservativen Revolution" leider wieder so polyperspektivisch wie letztlich unerklärt.

Ein Arbeitskreis beschäftigte sich mit Hofmannsthals Rezeption in Frankreich – ein schwieriges Kapitel, denn der Dichter ist selbst in Paris noch (oder wieder) ein Unbekannter, den zu entdecken sich nach Meinung der französischen Medien lohnen sollte. Die Tagung wird auf ihre Weise dazu beigetragen haben. Und das wäre den tatkräftigen Veranstaltern, vorab den Professoren Köttelwelsch, Valentin und Mauser, wohl auch der schönste Lohn.

Daß trotz – oder wegen – aller gegenläufigen Strömungen der modernen europäischen Literatur eine Hofmannsthal-Gemeinde wächst, erweist nicht nur das durchaus überdurchschnittliche Interesse an der Tagung, sondern noch eindrucksvoller die stetig steigende Zahl der Mitglieder dieser literarischen Gesellschaft, die inzwischen über 600 Hofmannsthal-Leser vereinigt, und zwar in einer bemerkenswerten, sonst höchstens noch in den Goethe- oder Shakespeare-Gesellschaften zu konstatierenden Internationalität.

Es steht zu hoffen, daß dieses engagierte Interesse auch einmal dem Absatz der im Erscheinen begriffenen kritischen Ausgabe sämtlicher Werke zugute kommt, denn noch haben sich die inzwischen vorgelegten zwölf Bände (einschließlich des gerade jetzt erschienenen „Rosenkavalier") weder auf dem Buchmarkt noch im Bewußtsein der Lesewelt so recht durchgesetzt. Vielleicht wäre dem auch eine Konzentration der Veröffentlichungen der Gesellschaft förderlich, die sich noch den ungewöhnlichen Luxus zweier Publikationsorgane leistet: die seit 1968 erscheinenden „Hofmannsthal-Blätter" und die „Hofmannsthal-Forschungen".

Eine vom Österreichischen Kulturinstitut in Paris auch hier gezeigte Ausstellung zu Hofmannsthals populärstem und in jeder Hinsicht erfolgreichstem Werk „Jedermann in Europa. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart" fand lebhaftesten Zuspruch, auch wenn zu diesem Thema keine französischen Anregungen auszumachen und eine nur sehr zögerliche Aufnahme des Salzburger Mysterienspiels in Frankreich zu konstatieren sind. Doch stimmte gerade die „Jedermann"-Welt zur charakteristischen Atmosphäre des Centre culturel de l'ancienne Abbaye des Prémontrés.

HEINZ RÖLLEKE

Wo die Düne für die ZDF-Invasion entschädigt

Das kann die Timmendorfer in ihrem Selbstgefühl stärken: Gleich nach Mallorca hat das ZDF als zweiten sommerlichen Austragungsort seiner Hitparade Timmendorfer Strand gewählt! Das schöne Ostseebad wird „in" bei jungen Leuten. Bisher stand es eher im Ruf, ein wenig „tutig" zu sein.

Tatsächlich verschreiben die Ärzte gegen Gicht, Blasenleiden und andere Altersgebresten gern eine Kur in Timmendorfer Strand. Das Kurmittelhaus direkt am Seeufer ist mit allen

Sommerhitparade – ZDF, 20 Uhr

Raffinessen ausgestattet und zieht viele ältere Patienten an, die man jeweils am Morgen in Kompaniestärke ihre Freiübungen machen sieht. Mit dem Jetset von Sylt möchte Timmendorfer Strand nicht konkurrieren. Zwar gibt es seit einiger Zeit ein mondänes „Golfhotel", aber zurückhaltende Exklusivität ist dort Trumpf. Die beiden eleganten Strandhotels leben überwiegend von älteren Kurgästen, die jedes Jahr wiederkommen, egal wie das Wetter ist.

Ist das Wetter schön, bricht freilich die „Hamburgische Invasion" über Timmendorfer Strand herein. Der Ort ist die erste Strandkorb-Zusammenballung hinter Lübeck und für die badehungrigen Elb-Hanseaten bequem zu erreichen. So füllen sich also die Wegränder mit abgestellten Motorrädern, und an der weit in die See hinausragenden Landebrücke ballen sich Schwärme jugendlicher Eintagsgäste.

Die Stammgäste werden nicht recht froh darüber, mindert der Betrieb doch ihr schönstes Kurvergnügen: den Spaziergang auf der Düne. Diese Düne ist ohne Frage der eigentliche Schlager von Timmendorfer Strand, absolut einmalig an deutschen Küsten. Kilometerlang ist sie mit herrlichen riesigen Eichen bestückt, deren sattes Grün wunderbar zum Weiß des Strandes kontrastiert. Man kann unter ihnen wandeln wie Sarastro in seinen heiligen Hallen.

Ein Spaziergang auf der Timmendorfer Düne entschädigt für vieles: für das meist kühle Wetter, für den vielen verfaulenden Tang am Ufer, für die knarrenden Gymnastik-Kompanien, für die jugendliche Subkultur an der Brücke – und sogar für die Sommerliche Hitparade des Fernsehens.

ANDREAS WILD

KRITIK

Ein Elefant strickt eine Legende

Am Ende des kleinen, kulturfilmhaften Fernsehspiels **Der Fall des Elefanten** (ZDF) war man zwar nicht viel schlauer als vorher, aber man konnte wenigstens die Frage einer Schülerin zu Beginn des Films beantworten: „Was will denn ein Elefant in der Schwebebahn?" Er mußte mitfahren, weil sich der Zirkus Althoff davon Werbung versprach. Der Fall ereignete sich 1950. Tuffi hielt es in der Bahn nicht aus, durchbrach mit seinen 700 Kilo Gewicht die Fensterwand und stürzte in die nur 1,2 Meter tiefe Wupper – wie durch ein Wunder blieb er unverletzt.

Volker Anding unternahm den Versuch herauszufinden, warum Tuffi die Schwebebahn derart vorschriftswidrig verlassen hatte. Er tat's mit viel Verständnis für die Mentalität der Dickhäuter und erinnerte mit historischen Bildern an berühmte Tuffi-Verwandte.

In Ermangelung authentischen Filmmaterials inszenierte Anding den Elefanten-Fall raffiniert: Ein immer wieder in Großaufnahme zwischen technische Schwebebahn-Sequenzen eingeblendetes Elefantenauge schien Tuffis tierische Angst vor der Höhe zu dokumentieren. Andings Sammelsurium an Interviews Wuppertaler Bürger und prominenter Tier-Experten entsprach der Verwirrung, die es auch heute noch um Tuffis Sensationssprung gibt. Geradezu erheiternd waren die Aussagen einiger Augenzeugen, die den Vorfall widerspruchsvoll schilderten.

Der wie ein Puzzle zusammengesetzte Film machte klar, wie Legenden entstehen und sich im Bewußtsein phantasievoll ausweiten. Treuherzig bekundete ein Werbemanager, wie bedeutend der Name Tuffi noch für den Verkauf einer Joghurt-Marke („ein spritziges Produkt") sei. Selbst die nahe der Absturzstelle befindliche Elefanten-Apotheke zehrt immer noch von der ungebrochenen Popularität des sympathischen Kolosses.

Anding kam es wohl nicht darauf an, in die Tuffi-Szene Klarheit zu bringen. Ob Wuppertals Lieblingstier noch lebt, blieb offen. Daß in Paris ein Elefant heute noch als Tuffi gezeigt wird – eine gute Schlußszene –, spricht eher für das Verkaufstalent seines Besitzers.

G. RUDORF

Schönberg, Strawinsky und Bartók sind Taylors Vorbilder – und dann spielt er mit Händen und Füßen, um Kopf und Kragen FOTO: DIE WELT

Cecil Taylor sprengt die Grenzen der Tonalität

Brüche des Tellerwäschers

Der 53jährige amerikanische Pianist spielt Klavier mit Händen und Füßen. Er ist riskiert dabei alles. Auch seine Existenz. In Europa scheint er allerdings mehr bereitwillige Zuhörer für seine radikal-atonale und perkussive Musik zu finden als in den USA. Allein in diesem Jahr trat er viermal in der Bundesrepublik auf.

Von seinen musikalischen Ausbrüchen konnte Taylor in New York nicht leben. Noch 1966 mußte sich der experimentierfreudige und musikalisch kompromißlose Avantgardist mit zwei festen Engagements pro Jahr und Sozialfürsorge zufrieden geben. Taylos Klaviermonologe galten als unzumutbar. Als Koch bei „Macy's" und als Tellerwäscher in Restaurants, aus deren Lautspre-

Cecil Taylor – NORD III, 22 Uhr

chern John Coltrane drang, verdiente er sich seinen Lebensunterhalt.

Saxophonist Archie Shepp veranschlagt ganze drei Jahre, um sich mit dem eigenwilligen Stil Taylors vertraut zu machen. Die Musiker, die ihre Tonsignale auf der Wellenlänge Taylors senden, kann man an zwei Händen abzählen: der Bassist Buell Neidlinger, die Schlagzeuger Sunny Murray, Dennis Charles und Andrew Tyrille, die Saxophonisten Jimmy Lyons, Steve Lacy und Sam Rivers. Die schwierige Zusammenarbeit mit Taylor liegt in seiner eigenen, noch unbefriedigt gebliebenen Suche nach einer bestimmten Klangkonzeption begründet. Doch mittlerweile ist Taylor selbst zu einer Legende geworden. Diejenigen, die seiner Musik zuhören, erleben jedoch Ungeheuerliches. In die an Begriffliches und feste Harmonien gewöhnten europäischen Ohren dringt Taylor mit einer geballten Klangwolke aus Cloftern und undurchdringlicher Rhythmik ein.

1933 in New York als Sohn einer gutsituierten farbigen Familie geboren, bekam er mit fünf Jahren den ersten Klavierunterricht. In Boston, dem intellektuellen Zentrum der amerikanischen Ostküste, studiert er Komposition, Harmonielehre und Klavier am renommierten New England Conservatory.

Er orientiert sich an Schönberg, Strawinsky, Berg und Bartok. In die Jazz-Szene rutschte er erst später, durch die Zusammenarbeit mit Dave Brubeck, Lennie Tristano und den Saxophonisten Jonny Hotges hinein. Seine sowohl klassische Ausbildung als auch seine Erfahrungen im Jazz befähigen ihn dazu, die Kompositionen von Chopin, Liszt und Bartok, aber auch diejenigen von Keith Jarrett, Dollar Brang und Bud Powell aus drei Grundstrukturen zu reduzieren: Dynamik, Gegenbewegungen und Perkussionierung.

Der Künstler begnügt sich mit den Grundstrukturen, verzichtet darauf, ihnen ein harmonisches Beziehungssystem überzustülpen. Jede bequeme, vorgefertigte Klangvorstellung lehnt er ab. Da der Flügel aber nur ein beschränktes Tonrepertoire umfaßt, greift Taylor immer wieder zu Cloftern, Sprechgesang und Urlauten, die jede konventionell geprägte Eindeutigkeit leugnen. Er entkleidet die Musik der Semantik und nähert sich damit an die moderne E-Musik an.

ASTRID PRANGE

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.03 Wer bekehrt hier wen?
10.35 Die seltsamen Missionen des Dominick Hide
12.10 Die Reportage
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.50 Klamottenkiste
Larry im Gemischtwarenladen
15.05 Unsere kleine Farm
Die neue Nellie (1)
15.50 Tagesschau
16.00 Made in Holland
Musikalische Unterhaltung
Mit Marjol Flore und dem Deep River Quartet
16.30 Anna, Ciro & Co.
Wenn der Freund ein Geheimnis hat
16.55 Kein Tag wie jeder andere (2)
17.20 Jimmy und das furchtsame Gespenst (2)
17.30 Leichtathletik-EM
gegen 18.00 Uhr: Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Leichtathletik-EM
21.30 Der 7. Sinn
21.33 Das Beste aus dem Musikantenstadl
Mit Gitti und Erica, Schwarzwaldfamilie Seitz, Berglandecho, Alpenoberkrainer, Marianne und Michael, Fredl Fesl, Lydia Huber, Winfried Stark und Vico Torriani
22.30 Tagesthemen
23.00 Leichtathletik-EM
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

15.00 heute
15.03 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Die geheimnisvolle Boje
15.30 Ferienkalender
Gast: Doris Papperitz
16.05 Fünf Freunde verfolgen die Strandräuber
Nach dem Buch von Enid Blyton
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht: Aufruhr
19.00 heute
19.30 Locker vom Hocker
Mit Walter Giller, Brigitte Mira, Barbara Schöne, Josef Meinertzhagen, Hubert Suschka
Regie: Gerhard Schmidt
20.00 Sommerhitparade
Live aus Timmendorf
21.00 Kinder Kinder
Schule fürs Leben?
Buch, Regie: Ulli Rothaus
21.45 heute-journal
22.10 5 nach 10
Ist das Boot voll? – Asyl in der Bundesrepublik
Leitung: Horst Schaettle
Anschließend: heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 02 21 / 23 64 33
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Frankensteins Braut
Amerikanischer Spielfilm (1935)
21.25 Amerika literarisch
Literaturszene San Francisco
22.10 Tips für Leser
Polnische Bibliothek
22.25 Reisewege zur Kunst
Italien: Umbrien
23.10 Sternenhimmel im September
23.25 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Bismillah – im Namen Allahs
Von Uwe Sauermann
19.15 Natur und Freizeit (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Bruder, ein Lump
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Warren Beatty, Karl Malden
Regie: John Frankenheimer
22.00 Cecil Taylor
Film von Ralph Quinke
Bald schon Legende des US-Jazz ist der in Brooklyn lebende Pianist Cecil Taylor. Seit 30 Jahren beeinflußt er die Jazz-Szene.
22.45 Unterm Funkturm
Werner Sonne, Korrespondent in Warschau, diskutiert mit seinen Gästen zum Thema „Normalisierung oder Dauerkrise? Polen fünf Jahre nach dem Kriegsrecht"
0.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame
Der Außenseiter
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.53 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Ein himmlischer Schwindel
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Elvis Presley
Regie: William Graham
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Politik/Igel/Treffpunkt
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Stiftungsfest der Harmonie
Wo ist denn hier die Bühne?
Mit Marianne Mendt, Ivan Rebroff
23.15 Schach-WM '86
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser: PS
18.45 Rundschau
19.00 Petersburger Nächte
Deutscher Spielfilm (1934)
Mit Paul Hörbiger, Eliza Illiard, Theo Lingen, Adele Sandrock
Regie: E. W. Emo
Walzerkönig Johann Strauß steht im Mittelpunkt der romantischen Liebesgeschichte mit viel Musik.
20.25 Flash Gordon (5)
Der Bumerang
20.45 „Der mich erfreut von Jugend auf"
Situationen des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.30 Z. E. N.
Marienaltar Creglingen
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Eine tödliche Bedrohung
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Mit Linda Blair, Lee Purcell
Regie: Wes Craven

SAT 1

15.00 Marco
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Tennis in Flushing Meadow
17.00 Kobra, übernehmen Sie
Comeback für Richie (2)
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Boomer, der Streuner
Muß Boomer sterben?
Anschließend: Klein Lulu
18.30 APF-blick
18.45 Treibstoff
Aktuelles Motor-Magazin
19.45 Triumphbogen
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Charles Boyer, Ingrid Bergmann, Charles Laughton
Regie: Lewis Milestone
21.30 APF-blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Konzert
22.45 High Chaparral
Sheriff der Geisterstadt
Anschließend: APF-blick
23.45 Notlandung im Weltraum
Amerikan. Science-fiction-Film (1964)
Mit Paul Mankee, Victor Lundin
Regie: Winston C. Hoch
1.20 Tennis in Flushing Meadow



19.00 New York – Babylon der Küchen
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
Großbritannien: Alles Käse
20.00 Tagesschau
20.15 Inspektion Lauenstadt
Großfahndung
21.05 Schön Rosmarin und Liebesleid
Nostalgische Soirée aus dem Berliner „Einstein"
22.05 Tick . . . Tick . . . Tick
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Regie: Ralph Nelson
Anschließend: Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
18.30 Eiger, Mönch und Jungfrau
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Der Untermieter
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Kennwort: Kino
22.30 Alien – Das unheimliche Wesen aus einer fremden Welt
Englischer Spielfilm (1978)
Regie: Ridley Scott
0.25 Nachrichten



18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Dr. Jonathan Ferrier (2)
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der große Mandarin
Deutscher Spielfilm (1949)
Regie: Karl Heinz Stroux
22.00 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.10 Reserviert für: Mary and Gordy
22.25 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Sensibler Provokateur

P.D. – Dichter sind sensibel und leicht zu verletzen – besonders die, die andere so gern provozieren. Günter Rüber gehört zu dieser Spezies. Zwei Jahre brauchte er, um sich von einem schweren Schlag zu erholen, daß ein Theaterstück von ihm keine Premiere erlebte. Die Pressemitteilung eines Rechtsanwalts läßt uns dazu wissen: „Nachdem Günter Rüber Jahre benötigte, um die Absetzung des Stücks persönlich zu verarbeiten, hat er sich nunmehr entschlossen, um sein Stück zu kämpfen".

Dabei ging es seinerzeit – wie auch heute wieder – nicht um ein Werk der zarten Poesie, sondern um Schlagzeilen. Das Stück, für das Stuttgarter Theater unter Hansgünther Heyme nach Maß geschrieben, trug den Arbeitstitel „Der Lieblingsnazi". Gemeint war damit der General Erwin Rommel, der Vater des Stuttgarter Oberbürgermeisters. Und wie es sich für einen sensiblen Provokateur gehört, verbarg sich der Autor hinter dem beziehungsreichen Pseudonym Martin Luder.

Der Stuttgarter OB, auf das Theater seiner Stadt nicht ohne Einfluß, wußte dieses läppische Spiel zu verhindern. Eigenartigerweise fand sich auch kein anderes Theater, das es trotzdem spielte, oder ein Verlag, der den Text druckte, obwohl solcher skandalträchtigen Publizität viele sonst nicht widerstehen können. So schien die Sache inzwischen vergessen und begraben.

Aber weit gefehlt. Die Rechtsanwälte argumentieren, Heyme hätte dem Autor öffentlich und intern eine Aufführungsgarantie gegeben. (Von einem Aufführungsvertrag ist allerdings nicht die Rede.) Außerdem habe man mit der Verpflichtung eines Regisseurs für 20 000 Mark dokumentiert, daß das Stück aufführungswürdig sei.

Der Kadi soll also die Stuttgarter verdonnern, etwas aufzuführen, was sie nicht mehr für bühnenwürdig halten. Aber da es mit der Premiere ja nicht getan ist, müßten auch Zuschauer dazu verurteilt werden, sich das Stück anzusehen. Denn wenn – wie die Rechtsanwälte argumentieren – der Autor in seiner „Kunstfreiheit" beeinträchtigt ist, weil sein Stück nicht gespielt wird, wären es die Schauspieler auch, wenn sie kein Publikum hätten. Aber die Stuttgarter Bürger werden dieses kleine Opfer sicherlich gern bringen, um die Psyche eines der ihren, eines Dichters zumal, zu stabilisieren.

Höhepunkt der Rossini-Renaissance: „Bianca e Falliero" beim Pesaro-Festival

Die Königin der Adria regiert

Rossini zum Nachtisch: Wie auf Verabredung treffen sich die Festivaliers aus Profession und Laune, nachdem sie Aix und München, Bayreuth und Salzburg abgehakt haben, dieses Jahr in Pesaro. Dort hat sich für den Spätsommer das jüngste Opernfestival von Weltgeltung eingenistet. Das Rossini-Festival von Pesaro findet gerade zum sechsten Male statt. Und doch leuchtet es auf eigene, unverwechselbare Art.

Eine merkwürdige Synthese: Zunächst war da die ortsansässige Rossini-Stiftung, die endlich etwas für den größten Sohn der Stadt Pesaro tun wollte, und dann war da Geld aus der Region und auch aus Rom; schließlich läuft das Tourismus-Geschäft an der Adria nicht mehr von allein. Aber dann ist Pesaro eben doch kein Verona oder Macerata geworden, nicht einmal, wenn Luciano Pavarotti ein Konzert auf der Piazza del Popolo gibt oder die Caballe zu einem Arien-Abend anreist.

Denn zur selben Zeit, als sich in Pesaro die Pläne eines Rossini-Festivals konkretisierten, war beim Verlagshaus Ricordi in Mailand ein längst überfälliges Projekt auf den Weg gebracht worden: die quellenkritische Gesamtausgabe des Werkes von Giacchino Rossini.

Genialer Rösselsprung auf dem Musikmarkt

Eben dieser Punkt ähnelt der Frage, ob nun erst das Huhn oder das Ei da war. Ricordis Rossini-Projekt traf sich nämlich mit jener völligen Neueinschätzung des Belcanto-Repertoires, grob gesagt: jenes Halbjahrhunderts zwischen Mozart und Verdi, das heute Spielpläne und Plattenproduktionslisten immer stärker prägt. Das neue Rossini-Festival zum Ort der Erstaufführungen der kritischen Neu-Editionen zu machen, diese Aufführungen zugleich über die Schallplatte zu multiplizieren und damit wiederum Interpreten der Spitzenklasse zu mobilisieren, das ist einer der genialsten Rösselsprünge des heutigen Musikmarktes.

Man muß sich vergegenwärtigen: Beethoven war kaum tot, da war sich die musikalische Welt einig darüber, daß Giacchino Rossini der größte lebende Komponist sei. Daß man Rossinis Rang später überhaupt jemals anzweifeln konnte, hängt zusammen mit der einseitigen Fixierung auf ein paar Opera-Buffa-Späße wie den „Barbier von Sevilla". Wer heute einen Rossini aus der Schmiede von Pesaro, Ricordi und Plattenindustrie hört, der kann sich nur noch darüber wundern, was im 19. Jahrhundert nach Rossini an Orchesterfarbe, an Kompositionskunst, ja an künstlerischer Intelligenz verlorengegangen ist.

So beim diesjährigen Pesaro-Festival bei der Wiederaufführung von „Bianca e Falliero" aus dem Jahre 1819, der letzten Oper Rossinis für die Mailänder Scala, entstanden in Rossinis produktivster Schaffenszeit. Sie war für Rossini dermaßen mit Aufträgen angefüllt, daß er trotz seiner sagenhaften Geschwindigkeit beim Komponieren ein paar Anleihen bei früheren Werken aus der eigenen Feder machen mußte. So übernahm er Biancas herrliches Schlußrondo aus der erst wenige Monate zuvor in Neapel uraufgeführten „Donna del Lago". Andererseits hat Rossini ja auch nicht einfach sich selbst beklaut, sondern die Zitate weiterentwickelt.

„Bianca e Falliero" ist zwar auf den ersten Blick auch nur eine jener beinahe tragischen Liebesgeschichten, die damals nicht nur für Felice Romani das beste Holz waren, um ein Libretto daraus zu schnitzen. Bianca und der Feldherr Falliero lieben sich, aber Biancas Vater Contareno will eine Hochzeit mit dem reichen Capellio und zettelt eine Intrige gegen Falliero an, die denn auch fast bis zu dessen Hinrichtung führt. Aber eben nur fast, weil Bianca die Schurkerei des Vaters aufdeckt und das berühmte Jubelrondo anstimmen darf, einen Seufzer der Erleichterung noch nach dem eigentlichen Finale, eine Einzigartigkeit, die allein schon reichte, diese Oper in einen Ausnahmerang zu heben.

Aber ebensosehr wie um die verhinderte Liebestragödie geht es in diesem Werk doch auch, 25 Jahre vor Verdi, um einen Hymnus auf Venedig und Italien, auf Adria und italienische Seetüchtigkeit, auf Schönheit der Frauen und Tüchtigkeit der Männer, auf Recht und politische Klugheit. Kein Wunder, daß „Bianca e Falliero" damals ein ganz überragender Publikumserfolg war.

Doch dafür gibt es einen noch gewichtigeren Grund: den Gesang. Was Gesang im frühen 19. Jahrhundert musikalisch bedeuten konnte, das läßt sich eben nur an diesen großen, ernsten Stücken Rossinis messen, die eben einer ganz anderen Konzeption von Oper huldigen als zur gleichen Zeit etwa Spontini, Weber und kurz zuvor noch Beethoven. Es geht bei Rossini ja tatsächlich so weit, daß er, ohne größere Rücksicht auf den Plot, ganz einfach mit den Stimmen musiziert. Daß dies der musikdramatischen Ideologie des späten 19. Jahrhunderts widerspricht, ist ja überhaupt kein Argument gegen die Qualität dieser Musik.

Das Werk mit über drei Stunden Musik teilt sich nur noch in elf Nummern plus Ouvertüre. Das zeigt schon, zu welch stattlichen Format hier Arien und Duette, erst recht aber die größeren Ensembles angeschwollen sind. Die Hochzeitsszene beginnt Rossini als Duett, erweitert sie zum Terzett, zum Quartett und schließlich zum großen Concertato mit Chor und allen Solisten: Eine Kunst, die nicht einmal mehr Verdi so vollendet beherrschte.

Altistin in Hosen als venezianischer Feldherr

Der Falliero, nicht für einen Kastraten, sondern für eine Altistin en travestie geschrieben, hat zwei große Arien zu singen, bei denen man seinen Ohren nicht mehr traut. In Pesaro ist Marilyn Horne dieser Falliero, und da folgen dann auf die rund zwanzig Minuten des „Tu non sai" rund zwanzig Minuten Beifall und (unerhörte) Da-Capo-Rufe. Die Horne im späten Glanz ihrer Stimme zeigt hier, was es denn heißt, singend zu musizieren, nämlich nicht nur, die schwindelerregenden Koloraturen zu meistern, sondern mit Atem und Akzenten, Färbungen und Phrasierungen Musik darzustellen. Ihre Bianca ist Katia Ricciarelli, ein bißchen verhuscht in den Auszierungen, ein bißchen kühl, aber doch sehr anhörenswert. Und in der Schurkenrolle des Contareno läßt Chris Merritt seinen Tenor bis weit über das hohe C hinaus spielen, daß es eine Lust ist. Mit ihm scheint die Oper wieder einen jener fulminanten Feuerwerker der Spitzentöne zu gewinnen.

Unter Donato Renzettis Leitung spielte das Orchester (London Sinfonietta) konzentriert und guter Laune, trotz fast unerträglicher Hitze im Theatersaal des Conservatoriums, auf dessen Bühne Pier Luigi Pizzi das Stück als Regisseur und Ausstatter aufs Kostbarste angerichtet hatte: Er kopiert nämlich aus der venezianischen Accademia Paolo Veroneses „Gastmahl im Hause Levis" und erzielt damit eine so schöne wie dramatische Bühnenwirkung.

REINHARD BEUTH

Neben Konzerten und Liederabenden bringt Pesaro (bis 17. Sept.) Wiederaufnahmen des „Türken in Italien" (mit Lucia Aliberti und Ruggero Raimondi) sowie des „Comte Ory"; Wiederholungen von „Bianca e Falliero" am 29. August sowie 1. und 4. Sept.; die Schallplattenaufnahme soll schon in diesem Spätherbst erscheinen.



Gesichter voller Geheimnisse: Buddha aus grauem Schiefer. 2. / 3. Jhd. n. Chr. Aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Berlins Museum für indische Kunst zu Gast in Köln

Was die Götter erzählen

Ein Museum für Indische Kunst gibt es nur einmal in Europa und zwar in Berlin im Verband der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz seit 1963, als die Sammlung indischer Kunst aus dem Völkerkundemuseum herausgelöst und selbständig wurde. Seitdem hat es seine Bestände nicht nur durch Neuerwerbungen, sondern auch durch eigene Expeditionen und Grabungen systematisch erweitert, so daß es heute imstande ist, einen einzigartigen Überblick über fast alle Bereiche der Kunst im indischen Kulturkreis zu bieten. Seit einigen Tagen ist es zu Gast in der Kölner Kunsthalle, mit 123 Einzelwerken aus Stein, Terrakotta, Bronze, Messing, Elfenbein sowie Miniatur- und Textilmalereien aus rund zwei Jahrtausenden.

„Schätze indischer Kunst" nennt sich die Ausstellung. Der Titel wurde mit Recht und Bedacht so formuliert; denn sie zeigt in der Tat erlesene und kostbare Kunstwerke in Einzeldarstellungen, allesamt als „Schätze" zu betrachten und in ihrer formalen Vollkommenheit, technischen Perfektion und rätselhaften Fremdheit zu bewundern. Viel mehr freilich können und wollen sie auch nicht bieten; viel mehr kann der abendländische Normalbesucher auch nicht mit ihnen anfangen.

Natürlich können wir die indische Kunst nicht verstehen. Die Ausstellung macht uns diese Tatsache nur noch tiefer bewußt; und von indischer Kunstgeschichte kann sie bestenfalls eine Ahnung vermitteln. Doch zu bewundern gibt es genug.

Hinzu kommt, daß die indische Kunst nur über die indischen Religionen zu verstehen ist. Ein Inder findet sich gewiß nur schwer, wenn überhaupt, in der germanischen Walhalla oder im christlichen Heiligenhimmel zurecht. Aber was in dieser Beziehung die indischen Religionen und damit die indische Kunst aufzubieten haben, ist bei weitem verwirrender, um nicht zu sagen: chaotischer. Dennoch genügt es nicht, das Leben Buddhas in allen Einzelheiten und das indische Pantheon mit all seinen Splitterungen, Spaltungen und Metamorphosen zu kennen.

Das alles ist vielerorts nachzulesen, nicht zuletzt auch in dem vorzüglich ausgestatteten, instruktiven Katalog, der die dargestellten Figuren und Vorgänge genau beschreibt – ohne sie für den Betrachter zu enträtseln oder begreiflich zu machen. Freilich wissen wir jetzt, daß mehrere Köpfe mehr Wissen oder Weisheit, mehrere Arme oder Beine mehr Macht ausdrücken; wir wissen die unterschiedlichen Körperhaltungen und Attribute und andere Zeichen der religiösen Bildersprache zu deuten. Aber einen Zugang ins Innere der indischen Kunst öffnen uns diese Kenntnisse immer noch nicht. Denn hinter dem sichtbar Dargestellten, dem „drishtam", verbirgt sich das „adrishtam", das mit unseren Sinnen nicht mehr erfaßbar, sondern nur mit dem geistigen Auge erschaubar ist.

Mit anderen Worten: Das eigentliche Verständnis dafür ist an Meditationen gebunden, die dem Europäer fremd sind. Wir haben es nicht allein mit Mythologien zu tun, sondern mit Mysterien, mit geistigen Vorgängen, kosmischen und magischen Kräften, die in der indischen Plastik und Malerei zum Ausdruck drängen – wobei wir uns nicht sicher sind, ob diese Formulierung zutreffend ist. Häufig gewinnt man den Eindruck, als dränge in dieser Kunst nichts nach außen, als ruhe sie in sich selbst und erwarte vom Betrachter nichts anderes als seine Identifizierung.

Der Europäer, im allgemeinen, muß hier passen. Doch was verschlägt es? Hat er mit der Mona Lisa nicht auch seine Schwierigkeiten? Ihr Lächeln ist so rätselhaft wie das des Gautama. Es bleibt, auch in dieser Kölner Ausstellung, noch genug, was unser formales Empfinden direkt anspricht und fasziniert, und zwar nicht nur bei der hellenistisch beeinflußten Gandhara-Kunst. Es ist die ungeheure Vielgestaltigkeit, der Formenreichtum dieser Kunst, ihre Plastizität und Eleganz, der Zauber der Buddha- und Götterbildnisse, die uns fesseln, nicht zuletzt die künstlerische, die „bildende" Kraft, die uns spüren läßt, wie Blut und Leben die Plastik durchströmen, und die unbeschreibliche Anmut, die immer wieder die erzählfreudigen Miniaturen zu köstlichen Kleinodien verzaubert. (Bis 2. 11. 86; Katalog 22 Mark.)

EO PLUNIEN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Kunstmagazin „art"

Hummer an der Leine

Das Kunstmagazin „art" (Gruner + Jahr, Warburgstr. 50, 2000 Hamburg 36) hat bei der Boulevardpresse gelernt, was es bei der Boulevardpresse zu lernen gibt. Die stets bunt gemischten „art"-Hefte verlieren nie den Unterhaltungswert der Kunst aus dem Auge, setzen sich gleichwohl kulturpolitisch in Szene und gestatten es ihren Lesern, sich aufgrund des eingestreuten Kunstklatsches so recht als Insider zu fühlen. Die eigene flotte Fahrt immer hart am Wind des Zeitgeistes nötigt „art" mitnichten zum Verzicht auf die kulturkritische Attitüde gegenüber dem „Kunstbetrieb, der zunehmend zu einem Unterhaltungsfaktor einer Mediengesellschaft mutiert". „Kunst", trompetet so „art"-Chefredakteur Axel Hecht in der August-Nummer, „das müssen wir alle wieder lernen. schafft auch die stillen Sensationen."

Den Künstlern würde es allerdings übel bekommen, wenn sie sich auf das Axel-Hecht-Diktum verlassen würden. Einer von ihnen, Hans Platschek, macht deutlich, daß der Künstler nicht umhin könne, auf sich aufmerksam zu machen, wie einst Gérard de Nerval, der mit einem Hummer an der Leine den Boulevard hinunterspazierte. Doch dürfe der Künstler nicht vergessen, wie das spanische Sprichwort sagt, stets die eine Kerze dem Teufel, die andere Gott anzuzünden. Versäumt er über der „Öffentlichkeitsarbeit" das Werk, bleiben ihm nur die bereits in der nächsten Woche vergilbten Schlagzeilen.

Es fügt sich da gut, daß der Hauptbeitrag (von Uwe M. Schneede) der gleichen August-Nummer von „art" der großen Futurismus-Ausstellung im Palazzo Grassi am Canal Grande gewidmet ist, die am 12. September ihre Pforten schließen wird. Denn die explosive Mischung von Propaganda und Kunst besitzt im Futurismus nicht nur ihr erstes, sondern auch ihr theoretisch und ästhetisch am gründlichsten durchdachtes Modell. F. T. Marinetti war so etwas wie der Prophet des Zeitalters der Massenkommunikation.

Der Futurismus entstand 1909 mit einem im Pariser „Figaro" abgedruckten Manifest des Dichters und Vortragskünstlers Marinetti (1876–1944). Diesem schlossen sich im folgenden Jahr die Maler Boccioni, Carrà und Russolo an, die ein Manifest über die Malerei verfaßten und in rasender Eile ein dementsprechendes Opus schufen. Das Beispiel des italienischen Futurismus, der die Kunst des Zeitalters der Technik und der Massen sein wollte, machte international Schule.

Der Futurismus Marinettis strebte die Neudefinition aller Bereiche, die „futuristische Rekonstruktion des Universums" an. Nicht nur Literatur und Malerei, auch Plastik, Architektur, Musik, Theater und dann auch Politik wurden einbezogen. Es handelte sich nicht um eine künstlerische Bewegung, die isoliert betrachtet werden kann, sondern um die Durchführung jener Kulturrevolution, über die der italienische Kommunistenführer Antonio Gramsci lediglich theoretisierte.

„art" weist darauf hin, daß die glanzvolle Ausstellung im Palazzo Grassi die „Verbrüderung von Futurismus und Faschismus" vertusche. Bezugspunkte zwischen dem italienischen (nicht etwa dem deutschen, wie Schneede fälschlich behauptet) Faschismus und dem Futurismus gab es in der Tat, doch wann hätten sich jemals eine kulturpolitische Richtung und ein Regime auf einen Nenner bringen lassen?

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Marler Schau: Oxidierender Stahl in der Kunst

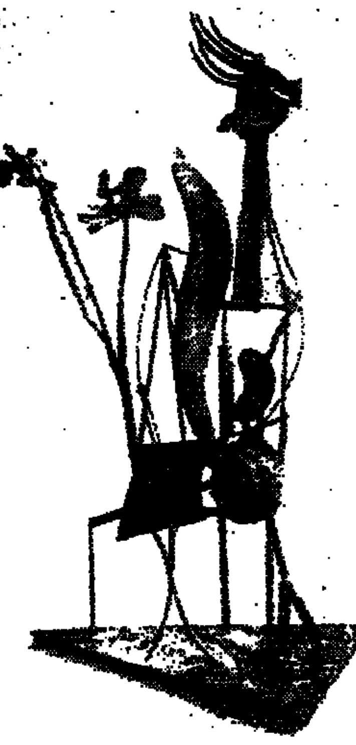


Wirklich nichts als Rost?

Kaum ein Material hat in der Auseinandersetzung mit moderner Kunst die Gemüter mehr erregt als oxidierender Stahl. Beispiele hierfür sind etwa die heftigen Anfeindungen gegen die Arbeiten von Richard Serra in Bochum und jüngst auch in New York, aber auch weniger spektakuläre und teure Beispiele hierzulande sind noch nicht vergessen. Der Anstoß richtete sich in all diesen Fällen nicht gegen die Form oder den Inhalt (oder die Inhaltlosigkeit), sondern in erster Linie gegen das Material, gegen den Rost.

Dennoch wird in Künstlerateliers immer wieder damit laboriert – mit offensichtlicher Zustimmung von Seiten der Museen. Warum? Welche sind die spezifischen Möglichkeiten dieses Materials? Welche ästhetischen Qualitäten und Assoziationen verbinden sich mit ihm? Diese Fragen stellt zur Zeit das Skulpturenmuseum in Marl mit einer Ausstellung von 54 oxidierenden Stahlobjekten.

Neben den Katalogbeiträgen sind vor allem auch die Aussagen der Künstler zum Thema ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Eingefleischte „Rostgegner" können natürlich auch damit nicht bekehrt werden, doch bietet es in einem mehr oder weniger international abgesteckten Rahmen die Möglichkeit, ein Fazit zu ziehen. Caro, Serra, Spagnulo, Rabinowitch sind neben deutschen Bildhauern wie Lechner, Nierhoff, Prager, Baukhage und dem Schweizer Paul Suter vertreten.



Pablo Picasso: „Die Frau im Garten" (Eisen, 1929), aus der Marler Ausstellung FOTO: KATALOG

Vollständigkeit oder gar ein historischer Überblick sind nicht angestrebt gewesen. Vielmehr sind die ausgestellten Arbeiten durchweg in den letzten zehn Jahren entstanden. Dies ist insofern schade, als dadurch nicht eindeutig belegt wird, was man beim Rundgang zu vermuten beginnt, daß nämlich das Material bestimmend für eine ganz bestimmte Art von Skulptur wird.

Picasso hat als erster verrostete Bleche für Skulpturen verwendet, für die „Gitarre" von 1912 etwa. Diese Arbeit aber ist gewiß auch eine der ersten gebauten, konstruierten und nicht modellierten Skulpturen. Rost ist dabei Farbe, die Farbe des Holzes, aber auch die bestimmende Tönung nicht nur seiner, sondern der kubistischen Bilder dieser Jahre.

Abstrakt geometrische Körper, geschlossene und durchbrochene Volumina beherrschen die optische Wahrnehmung in dieser Ausstellung: Skulpturen, an denen Arbeitsprozesse wie krümmen, knicken, schneiden, schweißen ablesbar sind. Rost an sich ist kein Thema, sondern lediglich eine dem Material inhärente Nebenerscheinung, die künstlerisch insofern aufgegriffen wird, als sie Farbe, Oberfläche ist und in ihrer Sprödigkeit der Skulptur Authentizität verleiht.

Man ist in Marl bemüht gewesen, eine Kontinuität in der Verwendung von oxidierendem Stahl als Bildhauermaterial lückenlos in die Gegenwart fortzuführen. Junge Künstler wie Ingo Ronkholz, Mario Reis oder Jo Schöpfer sind ins Ausstellungskonzept eingegliedert worden. Sicher ist aber der Höhepunkt dieser Kunstrichtung im Zusammenhang mit der Corten-Stahl- und Sichtbetonarchitektur der sechziger und siebziger Jahre zu sehen. Neben jener „sozialen" Architektur, die das Zentrum von Marl mit Rathaus, Museum, Schwimmbad und Warenhäusern bestimmt. Von Rost überzogen sind hier nicht nur die derzeit ausgestellten Kunstwerke, auch die monumentale Stahlkonstruktion, die inmitten des Ganzen einen Uhrenkubus mit lila Ziffern trägt. (Skulpturenmuseum Glaskasten Marl und Rathaus bis 7. Sept., Katalog 20 Mark.)

MARIANA HANSTEIN

Neue Platte: Ein Flügel mit „Secret Ingredients"

Klingende Wärmflasche

Die geheimen Zutaten, die Matthias Frey auf seiner jüngsten Platte ins Spiel bringt, entpuppen sich bei näherem Hinsehen als recht banale Haushaltsgegenstände: Mit Holzkeilen und Rundhölzern, Feuerzeugen und Metall-Wärmflaschen präpariert er einen Konzertflügel, mit Plektren und Geldmünzen bringt er die Saiten zum Klingen, und fast trotzig verkündet das Plattencover: „Keine Synthesizer, keine Computermanipulation, kein Baß". Nun, das soll wohl schon etwas heißen in einer Zeit, in der Pop-Musik weitgehend von Technikern fabriziert und nicht von Musikern kreiert wird.

Um so verblüffender ist das Klangergebnis der acht Pièces, die Frey unter dem Titel „Secret Ingredients" zusammenfaßt. Da zirpt das Instrument wie eine Sitar, arpeggiert wie eine Gitarre, dröhnt auch schon mal wie ein Stahlwalzwerk, und hin und wieder klingt es auch einfach bloß wie ein Klavier, das keck Anleihen bei Gershwins „Concerto in F" macht („Last Storm Burns Time").

Die Titel sind gut für manche Überraschung – aber leider hat Frey die Rechnung ohne den Gewöhnungseffekt gemacht. Der bewirkt nämlich, daß man nach dem dritten Stück kaum noch auf weitere Geräusch-Kreationen gespannt ist. Frey zieht sich geschickt aus der Affäre, indem er bei den letzten Titeln dem Flügel gibt, was des Flügels ist: Im „Dance Of The Marionettes" und in „Nopia", einer kaum verhüllten Reverenz an das Piano, läßt er es vor allem in seinem Urklang singen und tritt damit den Beweis an, daß einem solchen Instrument auch ohne Präparationen attraktive Klänge zu entlocken sind. Das gilt auch für die Komposition „Kanu Kanu", in dem eine „präparierte" Passage den Original-Klang des Flügels kontrapunktisch ergänzt und das Klavier sozusagen ein Duett mit sich selber singt.

Schade nur, daß die Klänge mitunter zum Selbstzweck werden. Und hier und da schleicht sich auch eine stereotypische Schlagerfloskel ein. Aber das ist, inmitten der exotischen Töne, fast schon wieder etwas Besonderes (Rillenwerke 8611, LC 7876, im Zweitausendeins Versand).

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Bohumil Hrabal unter Polizeiaufsicht

AFP, Prag

Der tschechoslowakische Schriftsteller Bohumil Hrabal (72) steht seit dem Erscheinen seines jüngsten Werkes im Juli in der Untergrundpresse (Samizdat) unter Polizeiaufsicht. Bei dem Werk handelt es sich um eine Autobiographie mit dem Titel „Pruklesty" (Beschneidung), in der der Autor seine schmerzlichen Erfahrungen während der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 schildert. Hrabal, seine Frau und die Bekannten des Ehepaares wurden wiederholt von der Polizei verhört. Unter dem Druck der Polizei unterschrieb Hrabal eine Erklärung, in der er bestreitet, der Verfasser des Buches zu sein.

Das Musical „Rags" soll wiederauferstehen

SAD, New York

Das Musical „Rags" mit Teresa Stratas in der Starrolle, das vorige Woche am Broadway Premiere hatte und nach vier Vorstellungen wegen lauer Kritiken und Interesselosigkeit des Publikums abgesetzt wurde (vgl. WELT von gestern), soll am 12. September wiederauferstehen. Die Produzenten glauben, daß es gute Chancen hat, sich doch noch durchzusetzen, denn die Kritiker hatten die Stratas einstimmig gepriesen, und die meisten fanden Gefallen an der Musik von Charles Strouse. Das Buch und die Zeichnung der Charaktere wurden aber als banal verrissen. Da eine Wiederaufnahme von „Rags" in der bisherigen Form kaum erfolgversprechend ist, wird das Produktionsteam vermutlich das Buch umschreiben und das Musical neu inszenieren.

Streichung Büchners: ein Lustspiel-Fragment

dpa, Düsseldorf

Eine unleserliche „merkwürdige Streichung" auf einem philosophischen Manuskript Georg Büchners hat sich als Fragment aus dem Lustspiel „Leonce und Lena" entpuppt. Die „akribisch übermalten Zeilen" hatte der Düsseldorfer Büchner-Forscher Jan-Christoph Hauschild auf einer Handschrift des Dichters im Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar entdeckt. Nur der Name Valerio, die zweite männliche Hauptrolle des Lustspiels, sei klar erkennbar gewesen und habe die Zeilen eindeutig dem 1836 niedergeschriebenen Stück zugeordnet, so der Germanist. Der Fund erlaubt, Büchners Beschäftigung mit philosophischen Themen nun genauer zu datieren und bestätigt den engen Zusammenhang zwischen dessen poetischer und wissenschaftlicher Arbeit.

Erstmals Auszug aus einem Roman Nabokows

AP, Moskau

Erstmals ist in der Sowjetunion offiziell ein Auszug aus einem Werk des russisch-amerikanischen Schriftstellers Vladimir Nabokow veröffentlicht worden. Die Schachzeitschrift „Magazin 64" brachte in ihrer Augustnummer ein 2000 Worte umfassendes Kapitel aus seinem letzten Roman „Sieh doch die Harlekins" (1974), einer selbstironischen Persiflage seines Gesamtwerks. In der veröffentlichten Episode grübelt der Romanheld über einer Schachaufgabe, die zur Allegorie für seine persönliche Lage „in einem dunklen und betäubten Paris" zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wird. Dem Ausschnitt liegt, wie dem gesamten Roman, Nabokows eigenes Erleben zugrunde.

Trierer Römerbauten als „kulturelles Welterbe"

epd, Mainz

Die aus der Römerzeit stammenden Baudenkmäler in Trier haben gute Chancen, in die Liste des kulturellen welthistorischen Erbes, die bei der Unesco geführt wird, aufgenommen zu werden. Zu den empfohlenen Baudenkmälern gehören Porta Nigra, Amphitheater, Basilika, Kaiser und Barbarathermen, Römerbrücke, St. Irminen-Speicher sowie Dom, Liebfrauenkirche und Igeler Säule.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Zum ersten Mal Respekt gehabt vor meinem dramatisch-episch sich ergießenden Talent." Diese Worte notierte Hebbel nach Abschluß der Novelle „Anna" im Jahre 1836. Diesen Respekt mag der Leser öfter empfinden, wenn er die gesammelten Novellen und Erzählungen des Dichters liest. Zwischen 1828 und 1851 entstanden, sind sie mehr als bloße Fingerübungen zu seinen großen literarischen Arbeiten, wenn ihm auch, wie bei dem Märchen „Der Rubin", die Bearbeitung nach der Veröffentlichung schon nicht mehr gefiel und er wenige Jahre später eine Bühnenfassung des Stoffes vorlegte. no

Friedrich Hebbel: „Das erzählerische Werk. Sämtliche Novellen und Erzählungen". dtv klassik, 300 S., 12,80 Mark

KULTURNOTIZEN

Ein Wettbewerb für Barock-Cello findet erstmals vom 2. bis 6. September in Paris statt.

Fritz Cremer, Bildhauer aus Ost-Berlin, ist mit Werken im West-Berliner Haus am Lützowplatz bis zum 14. September zu sehen.

„Ein Bauer auf der Rast", ein Ölgemälde von Roelant Savery aus der Zeit um 1615, gehört zu den Neuerwerbungen der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe.

„Gespräch mit der Erde" heißt eine Ausstellung, mit der sich das geologisch-paläontologische Institut der Universität Münster vom 29. 8. bis 30. 11. dem Rheinischen Schiefergebirge widmet.

Das druckgraphische Werk von Barnett Newman (1902-1970) zeigt nach Mönchengladbach jetzt bis zum 5. Oktober der Westfälische Kunstverein Münster.

Wenn der Computer beim Übersetzen hilft

gh. Bonn

Möglichkeiten der Sprachübersetzung mit Hilfe eines Computers stehen im Mittelpunkt der 11. Internationalen Konferenz für Computerlinguistik „Coling 86", die bis Freitag in den Räumen der altehrwürdigen Bonner Universität stattfindet. Etwa 600 Teilnehmer aus 40 Ländern nehmen an diesem international bedeutendsten Fachkongreß über computergestützte Sprachforschung teil.

Die Computerlinguistik oder linguistische Datenverarbeitung befaßt sich mit „allen Fragen der Anwendung des Computers für die Erklärung und Beschreibung natürlicher Sprachen", so Professor Winfried Lenders vom Bonner Institut für Kommunikationsforschung und Phonetik. Das Fach, ein „Zwitter" aus Informatik und Sprachwissenschaft, will die Regeln der Sprachstruktur so exakt wie möglich erfassen, um auf maschinellem Wege Sprachübersetzungen vornehmen zu können.

Erste Ergebnisse dieser Forschung werden in Brüssel bei der Europäischen Gemeinschaft bereits angewendet. Doch hat sich gezeigt, so Lenders, daß Computer-Übersetzungen nur bei relativ einfach strukturierten Sprachen, wie es zum Beispiel Fachsprachen sind, funktionieren. Schwierigkeiten der computergestützten Sprachübersetzung bereitet den Forschern die Mehrdeutigkeit auf der Wort- und auf der Satzebene. So kann das Wort „Schloß" sowohl ein Türschloß wie das Gebäude meinen. Es gibt jedoch inzwischen Computerprogramme, die die exakte Bedeutung des Worts aus dem Satzkontext erschließen können.

Auch eine Hilfe für Behinderte

Ein weiteres Thema der Konferenz sind die Möglichkeiten der Spracherkennung von gesprochener Sprache. So will man Programme erarbeiten, die einen Computer dazu veranlassen, auf das gesprochene Wort zu reagieren. Diese „Frage-Antwort-Systeme" umfassen bis jetzt 300 Worte. Angewendet werden die Ergebnisse beispielsweise bei der Konstruktion von Behinderten-Fahrzeugen.

Der alle zwei Jahre und zuletzt in Stanford (USA) veranstaltete fünftägige Kongreß findet zum erstenmal in der Bundesrepublik statt. Das Bonner Universitäts-Institut befaßt sich im Rahmen der europäischen Forschungs-Kooperation „Eurotra" vor allem mit der Aufstellung mehrsprachiger Wörterbücher. Dort hat man in einer Datenbank inzwischen 320 000 Wörter mit grammatischen Angaben gespeichert.

In Italien wird nun wieder Flagge gezeigt

dpa, Rom

Ein ganz neues Fahnengefühl macht sich unter den Italienern breit, und bei der Flaggenindustrie herrscht Hochstimmung. Besonders dankbar ist sie Ministerpräsident Bettino Craxi, der zu der neuen Freude an der Fahne wesentlich beigetragen hat. Denn in einem Erlaß vom Juni hat Sozialist Craxi die Pflicht zum offiziellen Hissen der italienischen Trikolore weit über das bisherige Maß ausgedehnt. So muß jetzt beispielsweise bei allen Sitzungen von Gemeinde-, Provinzial- und Regionalräten Flagge gezeigt werden. Auch Wahllokale sollen fahnengeschmückt sein. Selbst Schulen und Universitäten müssen jetzt, außer in den Ferien, das grün-weiß-rote Tuch zeigen, das im übrigen immer „sauber und in gutem Erhaltungszustand" zu sein hat.

Eine Trikolore als Hochzeitsgeschenk?

Von Craxi-Mitarbeitern war zu erfahren, daß ihr Chef sogar plante, bei jeder Ziviltrauung den Frischvermählten eine Trikolore überreichen zu lassen. Die Kosten von jährlich mehreren hundert Millionen Mark wären aber angesichts des tiefen Lochs im Staatshaushalt nicht zu vertreten gewesen.

Bis vor ein, zwei Jahren, als Italien wirtschaftlich und außenpolitisch wieder an Bedeutung gewann, waren die Landesfarben, sieht man von gelegentlichen Explosionen nationaler Begeisterung über WM-Fußball- oder vergleichbare Triumphe ab, eine Zutat hauptsächlich staatlichen und militärischen Zeremoniells.

Umfragen und Beobachtungen belegen aber jetzt, daß sich immer mehr Italiener mit ihrem Land identifizieren und stolz auf ihre Nation sind. Unter den Gründen stehen obenan der deutliche Rückgang der Inflation, der industrielle Aufschwung, ein bisher unbekanntes Maß an Stabilität und ein immer ausgeprägteres Empfinden der eigenen Tüchtigkeit. Eng verbunden mit der wirtschaftlichen Festigung ist die gewachsene internationale Kreditwürdigkeit Italiens.

Wirtschafts- und Flaggen-Boom gehen Hand in Hand. Selbst beim Modespektakel auf der Spanischen Treppe in Rom, mit dem Ende Juli die römischen Haute-Couture-Schauen ausklangen, taten es die Veranstalter nicht ohne eine Riesen-Trikolore, die von einer Ballett-Truppe schwungvoll zum Wallen gebracht wurde. Widerspruch weckte der Craxi-Erlaß allerdings bei den Südtirolern, die es lieber mit den traditionellen Tiroler Farben Rot und Weiß allein – ohne *Grün – halten.*

Nach der Gas-Katastrophe in Kamerun droht nun eine Epidemie



Für die Beseitigung der aufgedunsenen Tierkadaver bleibt den Bergungsmannschaften kaum Zeit FOTO: AP

In den Dörfern um den Nios-See herrscht die Stille des Todes

ARTHUR MAX, Souboum

Eine düstere Stille liegt über dem Dorf Souboum in der Nähe des Nios-Sees in Kamerun, in dessen Umgebung nach jüngsten Angaben der Regierung bei einem vulkanischen Gasausbruch etwa 1500 Menschen den Tod gefunden haben. Die strohgedeckten Hütten sind leer, vor ihnen liegen frische Gräber, in denen Soldaten die Opfer der Katastrophe bestattet haben. Verursacht wurde die Naturkatastrophe von einer vulkanischen Explosion tödlichen Gases, die das sonst kristallklare, blaue Wasser des Sees in einen Pfuhl rötlichbraunen Schlamms verwandelt hat.

Auch am Dienstag sind Soldaten noch damit beschäftigt, bei brütender Hitze Gräber auszuheben und die Toten da zu bestatten, wo sie zusammengebrochen sind. „Einige Opfer waren bereits in einem solchen Zustand, daß es schwierig war, sie anzufassen", sagt Generalleutnant James Tataw, der Leiter der Bergungsmannschaft. Tataw befürchtet, daß Regen zum Ausbruch einer Epidemie führen könne, denn für die Beseitigung der steifen und aufgedunsenen Kadaver der Rinder, die auf den Hügeln und in den Vorhöfen der Dorfhütten herumliegen, ist keine Zeit.

Die wenigen Überlebenden der Katastrophe und Mediziner sprechen von einer lähmenden und erstickenden Gasmischung, die den meisten Opfern innerhalb kürzester Zeit den Tod brachte. „Ich hatte ein heißes Gefühl und kam mir wie betrunken vor", berichtet der etwa 30jährige Bauer Chia David Wambong. Er sagt, auf der einen Seite seines Körpers habe er jegliches Gefühl verloren. „Es hat ungefähr so gerochen wie das Gas, das in der Küche zum Kochen verwendet wird."

Dennis Chin, ein 32jähriger Händler, berichtet, er sei von einer Explosion aufgewacht. Er habe kaum atmen können, habe sich aber zum Haus eines Nachbarn geschleppt, wo er bewußtlos zusammenbrach und erst am nächsten Morgen wieder zu sich kam.

Gideon Taka, einer der ersten Regierungsbeamten, die das Katastrophengebiet erreichten, sagt, die meisten Opfer hätten tot vor ihren Hütten gelegen. „Wegen der Hitze rissen sie sich im Todeskampf die Kleider vom Leib", erläutert er. „Die meisten waren nackt oder halbnackt."

Taka berichtet, die Explosion habe sich gegen 21 Uhr ereignet, als die meisten Menschen beim Abendessen saßen. „Ich kam in eine Hütte und sah, daß dort noch das Essen auf dem Tisch stand."

Wissenschaftler nehmen an, daß ein vulkanisches Beben unter dem See Nios eine riesige Blase tödlichen Gases freisetzte, die mit Donnergetöse zur Oberfläche durchbrach. Eine Wolke aus Dampf und Gas breitete sich über ein rund 30 Quadratkilometer großes Gebiet aus. Im Dorf Nios überlebten nur eine Frau und ein Kind, 1000 Menschen kamen um. In Souboum, das rund acht Kilometer vom See entfernt ist, starben etwa 300 Menschen. Der See ist nur rund 300 Meter lang und 150 Meter breit. Er liegt in einer tiefen Senke mit steilen Felswänden an drei Seiten.

(AP)

*

L. K. Bonn

Nach Auskunft des Freiburger Vulkanologen Professor Jörg Keller verdichten sich die Anzeichen, daß die ausströmenden Gase aus tiefen Wasserschichten des Nios-Sees stammten. Sie könnten dort unter dem Druck der Wassermassen lange Zeit festgehalten worden sein. Eine Störung der Wasserschichten, ausgelöst durch ein leichtes Erdbeben oder einen Erdrutsch, habe dann die Schichtung durcheinandergewirbelt und die Gase seien an die Wasseroberfläche geströmt. Möglicherweise sei aber auch die Konzentration der gelösten Gase so groß geworden, daß sie von selbst aufstiegen.

Die völlig vernichtete Vegetation weist nach Keller auf eine Beteiligung von Schwefelwasserstoff (H_2S) hin. Mit Sicherheit sei auch Kohlenmonoxid, -dioxid sowie Schwefeldioxid ausgeströmt, die alle hochgiftig sind.

Warnung vor den neuen Appetitzüglern

dpa, Berlin

Auch die nicht verschreibungspflichtigen Appetitzügler enthalten nach Ansicht der Stiftung Warentest „ähnlich bedenkliche" Wirkstoffe wie ihre Vorgänger, die Anfang dieses Jahres vom Bundesgesundheitsamt unter Rezeptpflicht gestellt wurden. Dem „unzureichend dokumentierten Langzeitnutzen" der Präparate Fugoa N (Scheurich GmbH in Appenweier) und Recatol N (Woelm Pharma GmbH in Eschwege) stehen nach Ansicht der Verbraucherorganisation möglicherweise unerwünschte Wirkungen entgegen. Schon im Mai hatten Apotheker und Ärzte gewarnt, daß bereits eine Einzeldosis des appetithemmenden Wirkstoffs „zentralnervöse Symptome" wie Erregtheit oder Aggressivität bis hin zur Psychose auslösen könne. Es gebe das Risiko von Krampfanfällen und Gehirnblutungen.

Neun Tote durch Hurrikan

dpa, London/Den Haag

Neun Menschen sind vermutlich in schweren Stürmen ums Leben gekommen, die Anfang der Woche in Irland und auf den britischen Inseln erhebliche Verwüstungen anrichteten. An der niederländischen Küste suchte die Polizei mit Booten und einem Hubschrauber nach drei vermißten Windsurfern, die am Dienstag im Ijsselmeer von einem Orkan überrascht worden waren. Zahlreiche Schiffe gerieten in Seenot.

Ranzen auf den Rücken

dpa, Essen

Zum Schuljahresbeginn erinnern die Betriebskrankenkassen daran, daß Kinder unter 13 Jahren den Ranzen auf dem Rücken tragen sollen. Nur so kann die Gefahr einer Verkrümmung der Wirbelsäule gebannt werden. Das Gewicht des Ranzens soll zehn Prozent des Gewichts des Kindes nicht überschreiten.

Bote darf ins Haus

AP, Köln

Ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark riskiert ein Vermieter, wenn er Zeitungsboten daran hindert, die Tageszeitung bis zur Wohnungstür der Hausbewohner zu bringen. In München hatte eine Mieterin gegen ihren Hauswirt geklagt, weil er dem Zeitungsboten das Betreten des Hausflurs untersagt hatte. Das Münchner Amtsgericht entschied, daß grundsätzlich „alle Besucher freien Zugang" zur Wohnung des Mieters haben müssen. (Az.: 23 C 2479/86)

Falsche TÜV-Plaketten

dpa, Bochum

Einen einträglichen Schwindel mit TÜV-Plaketten hat die Bochumer Polizei jetzt aufgedeckt. Sie verhaftete den 50jährigen Chef des florierenden Unternehmens und seine acht „Regionalvertreter". Die Bande soll bundesweit rund 250 000 Mark „Gebühren" für TÜV-Plaketten und gefälschte TÜV-Bescheinigungen für „Rostlauben" kassiert haben.

WETTER: Wechselhaft und kühl

Lage: Am Südrand eines Sturmtiefs über der Nordsee wird kühle Meeresluft nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Donnerstag: Im gesamten Bundesgebiet und Raum Berlin wechselnde, zeitweise auch starke Bewölkung und wiederholt schauerartige Niederschläge. Tageshöchsttemperaturen 14 bis 19 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 12 bis 8 Grad. Im Süden schwacher bis mäßiger, sonst mäßiger bis frischer und böiger Wind um Südwest.

Weitere Aussichten: Am Freitag wechselhaft und kühl, im Südosten zum Teil länger andauernder Regen.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.29 Uhr*, Untergang: 20.16 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 17.44 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 28. Aug., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum, T Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	18	bw
Bielefeld	14	bd
Braunlage	11	bd
Bremen	13	Rs
Dortmund	14	bd
Dresden	18	he
Düsseldorf	15	bw
Erfurt	13	bd
Essen	13	bw
Feldberg/S.	4	bw
Flensburg	13	R
Frankfurt/M.	16	bw
Freiburg	16	bw
Garmisch	11	bd
Greifswald	17	bd
Hamburg	15	bd
Hannover	15	bd
Kahler Asten	7	iW
Kassel	14	R
Kempten	11	bd
Kiel	14	bd
Koblenz	16	bw
Köln-Bonn	15	bw
Konstanz	15	bw
Leipzig	16	bd
List/Sylt	14	R
Lübeck	15	bw
Mannheim	15	bd
München	14	bd
Münster	14	bd
Norderney	13	R
Nürnberg	17	bw
Oberstdorf	11	bd
Passau	13	bd
Saarbrücken	12	bw
Stuttgart	14	bw
Trier	13	bw
Zugspitze	2	Ne

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	32	he
Amsterdam	13	bd
Athen	30	he
Barcelona	24	bw
Belgrad	28	wl
Bordeaux	17	bw
Bozen	18	R
Brüssel	18	bw
Budapest	26	he
Bukarest	26	he
Casablanca	28	he
Dublin	13	bw
Dubrovnik	26	wl
Edinburgh	13	be
Faro	24	be
Florenz	23	bw
Genf	16	be
Helsinki	10	bw
Hongkong	33	he
Innsbruck	14	bw
Istanbul	26	bw
Kairo	31	he
Klagenfurt	17	Rs
Konstanza	23	he
Kopenhagen	16	bw
Korfu	29	he
Las Palmas	27	he
Leningrad	11	bd
Lissabon	21	he
Locarno	16	bw
London	15	bw
Los Angeles	21	wl
Luxemburg	11	bd
Madrid	24	he
Mailand	22	he
Malaga	32	be
Mallorca	29	be
Moskau	14	bw
Neapel	29	bw
New York	22	bw
Nizza	26	be
Oslo	14	bw
Ostende	14	bw
Palermo	28	bw
Paris	16	bw
Peking	31	he
Prag	17	bw
Rhodos	29	he
Rom	28	bw
Salzburg	13	bw
Singapur	25	bw
Split	28	he
Stockholm	12	bw
Straßburg	16	bw
Tel Aviv	30	he
Tokio	28	he
Tunis	30	he
Valencia	27	he
Varna	26	he
Venedig	23	R
Warschau	23	he
Wien	18	R
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; –= keine Angabe

Prince in concert. Ein Star, der Hingabe fordert und sie bekommt

MICHAEL LAAGES, Frankfurt

Das Leben mit Legenden treibt manchmal wunderliche Blüten – der junge Schönling sieht aus wie Prince, der Zauberkünstler der jungen amerikanischen Pop-Generation, er kleidet sich auch so, und prompt recken sich die Hälse reihenweise, als die schmale Person lieblich lächelnd Platz nimmt auf einer der Tribünen in der Frankfurter Eissporthalle. Ein Prince aus zweiter Hand (es ist natürlich nicht der echte). Er bekommt sogar ein paar Hünen beigeordnet, damit ihm nicht allzuviel erdrückende Zuneigung zuteil wird. So ist das eben. Wo ein Gesicht, die Ausstattung und all der modische Fummel zum Markenzeichen werden, ist der Schritt zum Abziehbild nicht weit.

Sobald allerdings beim Deutschland-Start der Prince-Tournee für die 10 000 Gäste die ersten Töne des derart kopierten Idols erklingen, ist klar, daß von musikalischen Abziehbildern nicht die Rede sein kann. Wirbelnd fegt Prince, jetzt 28 Jahre alt, knapp zehn Jahre im Geschäft und erfolgreich, seit Film und Musik unter dem Titel „Purple Rain" erschienen, alle Klischees und schiefen Bilder aus dem Gedächtnis. Vor allem das Bild vom „bösen Buben", vom grell-obszönen Tunichtgut, der mehr durch unbotmäßiges Gehabe, als durch musikalische Entdeckerlust von sich reden macht.

Mag sein, daß sich in der atemlosen Choreographie, der Gier nach Bewegung, die diesen aufregenden Konzertabend durchpulst, auch die eine oder andere Pose findet, die regen Geistern die erotische Phantasie beflügeln könnte. Aber es ist doch bloß ein Posenkabinett. Der angetanzte Männer-Strip schreckt vor endgültigen Offenbarungen zurück, und das bißchen Bodenturnen mit dem Mikrofon bleibt auch bloß rhythmisches Theater für die erste Reihe.

Alles ist Rhythmus, alles ist Musik: Aalig windet sich Prince samt seiner sanft und kernig singenden und swingenden Rock-Elf zu einer Musik, die Bewegungslosigkeit kaum zuläßt. Deswegen tanzt die auch von frischen wie von älteren Titeln gleichermaßen entfachte Menge in der Halle auch so ungezügelt, unbändig und am liebsten ohne Ende mit – weil Musik wie diese ganz selbstverständlich ihren Weg vom Ohr zum Herzen und von dort aus direkt in sämtliche beweglichen Teile findet.

Die Wurzeln, aus denen Prince dabei Kraft schöpft, schienen fast verschüttet – zu schwarz, zu typisch hatte die derbe, kraftvolle Soul-Musik der sechziger Jahre geklungen, als daß sie ganz so flott und unbefangen wie weißer Einheitspop hätte konsumiert werden können. Auch unter den schwarzen Musikern schien das eine gesicherte Erkenntnis zu sein. Immer mehr von ihnen glätteten ihre einstigen Schärfen, bis Dutzendware dabei herauskam.

Prince geht nun den umgekehrten Weg – und rehabilitiert damit auf seine Art die Künste seiner oft verstaubten und vergessenen Vorgänger. Denn ihm stehen 20 Jahre nach der Blütezeit des Soul Bausteine einer neuen Musik zur Verfügung. Die Rhythmen splittern hinein in seine gefühlvollen Stimmkaskaden, schwer lasten Wolken von Synthesizerklängen auf seinen schwärmerischen Balladen. Und darunter hat er noch Ecken und Kanten plaziert, die scharf wie eh und je klingen – klirrende Gitarrenschreie, das immer wieder befeuernde Frage-und-Antwort-Spiel zwischen Star und Band, das seit den ersten Gospel-Messen noch jede schwarze Musik zum Fest machte. Nicht umsonst findet sich Prince immer mal wieder an der betulich-alten Orgel wieder, ganz wie die Großväter in den Kirchen, wenn sie die frommen Lieder anstimmten.

Und Prince inszeniert sich selbst – nicht nur turnend, tanzend und tändelnd, sondern immer wieder auch als wohldosiertes Objekt der Begierde, als schillerndes Appetithäppchen. Da fliegt ein glitzerndes Nabelkettchen unter die Reliquiensammler, da schleudert er klatschnasse Hemden über die gereckten Arme hinweg, gut zwei Arme voller Rosen werden über den Fans ausgeteilt, die sich vor kreischendem Verzücken kaum noch zügeln können – ganz wie in alten Tagen, die die Disco-Jugend bloß aus verklärten Erinnerungen ihrer Väter und Mütter kennt. Vielleicht ist dies ja wieder ein Star-Typ von dem Schlage, der nicht unbedingt Zuhören, sondern Hingabe fordert – und bekommt. Bei Prince, diesem neuzeitlichen Soul-Kraftwerk, lohnt sich allerdings auch genaues Hinhören. (Morgen in Essen, Samstag und Sonntag in Hamburg)



Den guten alten Soul neu verpackt: Prince FOTO: KLEEFELD

LEUTE HEUTE

Würdiges Beispiel

Der Bürgermeister von Morristown (US-Staat New Jersey) in den Vereinigten Staaten war sichtlich gerührt, als er der 72jährigen West-Berlinerin **Elisabeth Arndt** die Urkunde über ihre Ehrenbürgerschaft überreichte: „Ihre Einstellung ist traurigerweise eine Seltenheit in der heutigen Welt geworden." Was war geschehen? Die ehemalige Berliner Lehrerin, die ihren Sohn und seine Familie in den Staaten besuchte, hatte auf der Straße einen Umschlag mit umgerechnet mehr als 2000 Mark gefunden und bei der Polizei abgeliefert. Eigentlich etwas Alltägliches. Für die Stadtväter von Morristown war es dies nicht, denn in der Ernennungsurkunde steht, Frau Arndt habe „ein würdiges Beispiel gegeben und uns alle an jene Bescheidenheit und Ehrlichkeit erinnert, die Europa vor langer Zeit mit seinen Auswanderern in dieses Land gebracht hat".

Mutiger Entschluß

„Ich will, daß die Leute wissen, was ich habe und wie schrecklich diese Krankheit ist", sagte der in den 60er und 70er Jahren berühmt gewordene amerikanische Football-Star **Jerry Smith**. Als erster bekannter Sportler hat er jetzt seine Erkrankung an der Immunschwäche Aids bekanntgegeben. Nach Angaben seiner Ärzte hat der Sportler durch die Erkrankung 27 Kilogramm an Gewicht verloren. „Vielleicht hilft es den Leuten, zu verstehen", sagte Smith zu seinem Entschluß, seine Erkrankung öffentlich bekanntzugeben.

Späte Genugtuung

36 Jahre nach einem Mord, den er nie begangen hat, und nach fast 20jähriger Gefängnishaft, ist ein japanischer Müllmann jetzt rehabilitiert worden. Der 62jährige **Yoshimitsu Umeda** aus Kitami (Hokaido) war wegen Mordes an einem Vertreter der lokalen Forstbehörde 1952 zu lebenslanger Haft verurteilt und 1971 wegen guter Führung freigelassen worden. Ein angeblicher Komplize wurde wegen desselben Verbrechens im Juni 1960 gehängt. Umeda hatte während des Prozesses stets seine Unschuld beteuert und die Polizei beschuldigt, sie habe sein Geständnis durch Folter erzwungen. Jetzt kann er mit einer gerechten Entschädigung rechnen.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt vom Dr. Müller Verlagsbuchhandel, Herrsching, bei.

ZU GUTER LETZT

Strafzettel im Wert von 2619,56 Franc (785,87 Mark) hat ein Autofahrer aus Lothringen mit Fünf- und Zehn-Centimes-Stücken bezahlt. Als sauber verpackte Geldröllchen lieferte der Mann jetzt die 35 Kilogramm schwere Last beim Finanzamt in Nancy ab. Einen Centime bleibt er dem Fiskus allerdings schuldig, da die entsprechende Münze nicht mehr im Umlauf ist.